

Betreff:
Haushaltssatzung 2025/2026

Organisationseinheit: Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	Datum: 22.11.2024
--	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	28.11.2024	Ö

Beschluss:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 17. Dezember 2024 wird der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2025/2026 nach dem derzeitigen Stand mit
 - a) dem Doppelhaushalt 2025/2026 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2024 - 2029
 - b) den Haushaltsplänen 2025/2026 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2024 - 2029 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2025/2026 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ in der beigefügten gegenüber dem Haushaltsentwurf 2025/2026 unveränderten Fassung

wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).
3. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.1 und 5.1).
4. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.2, 5.2.1, 5.2.2, 5.2.3 sowie 7 und 8).
5. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** (Anlagen 4.3, 5.3 und 5.4) sowie die Änderungen an Wesentlichen Produkten und

Maßnahmen (**Anlage 3**) werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in die Endausfertigung des Haushaltsplanes 2025/2026 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.“

Sachverhalt:

1. Allgemeine Erläuterungen

Mit einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 17. Juni 2024 (Drucks.-Nr.: 24-23936) hat die Verwaltung den **Entwurf des Doppelhaushalts 2025/2026 sowie den Entwurf des Investitionsprogramms - IP - 2024- 2029** vorgelegt. Auf die darin enthaltenen Erläuterungen zu den Eckpunkten der seinerzeitigen Planung, u. a. auf die vorgenommene Reduzierung der Überplanungen, wird Bezug genommen.

Die Anhörung der **Stadtbezirksräte** hat in der Zeit vom 5. August 2024 bis 13. September 2024 stattgefunden.

Dem Rat sind mit mehreren Mitteilungen im Zeitraum September bis November 2024 die Anfragen und Anträge bzw. Änderungen von Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte vorgelegt worden.

Der Verwaltungsentwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 bzw. zum Investitionsprogramm 2024 - 2029 ist auf dieser Grundlage in der Zeit vom 25. September bis zum 25. Oktober 2024 in den **Fachausschüssen** beraten worden. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie der Jugendhilfeausschuss hatten zum Doppelhaushalt 2025/2026 weiteren Beratungsbedarf. Eine Beratung ist in den Sitzungen am 20. und 21. November 2024 erfolgt. Soweit nach Abschluss der Fachausschuss-Sitzungen Anträge nachgereicht wurden, ist über diese im Rahmen der Beratung im FPDA am 28. November 2024 eine Abstimmung herbeizuführen. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit (in der Sitzung vom 26.09.2024) sowie der Schul-, der Jugendhilfe- (in der Sitzung vom 01.10.2024), der Wirtschafts-, und der Umwelt- und Grünflächenausschuss haben den Entwurf des Doppelhaushalts 2025 / 2026 sowie des Investitionsprogramms 2024 bis 2029 insgesamt passieren lassen. Die übrigen Fachausschüsse haben der Beschlussempfehlung zugestimmt.

In der **Anlage 1** - Anfragen/Anregungen - sind die gestellten Anfragen bzw. deren Beantwortung - soweit diese bereits vorliegen - enthalten.

In der **Anlage 2** - Finanzunwirksame Anträge - sind die Ergebnisse der Fachausschussberatungen aufgeführt.

Die **Anlage 3** enthält gegenüber dem Haushaltsentwurf notwendig gewordene Anpassungen an Teilhaushalten und Produktdarstellungen.

In den **Anlagen 4.1 und 5.1** (Ergebnishaushalt bzw. Finanzhaushalt inkl. IP) sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte aufgeführt. Die **Anlagen 4.2, 5.2.1, 5.2.2, 5.2.3 sowie 7 und 8** enthalten die Ansatzveränderungen der Verwaltung im Ergebnis- und im Finanzhaushalt. Aus diesen Listen sind auch die entsprechenden Abstimmungsergebnisse der Fachausschüsse ersichtlich.

In den Anlagen 4.3, 5.3 und 5.4 sind die sich nach der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2023/2024 ergebenden neutralen Mittelumsetzungen bzw. neuen Haushaltsvermerke im Ergebnis- und im Finanzhaushalt aufgelistet.

Soweit zu finanzwirksamen Anträgen Stellungnahmen der Verwaltung verfasst wurden, sind sie in der Anlage 6 gebündelt enthalten.

2. Allgemeine Rahmenbedingungen der Haushaltsplanung

Trotz der schwierigen Haushaltssituation ist die Verwaltung bestrebt, ein Investitionsniveau beizubehalten, das wichtige Zukunftsinvestitionen insbesondere mit den Schwerpunkten Kinder, Bildung und Gefahrenabwehr ermöglicht. Im Blickpunkt stehen hierbei neben den Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur die Stabilisierung des Klinikums und des ÖPNV sowie die Stärkung der Innenstadt. Besonders hingewiesen wird darauf, dass die Haushaltssituation durch die Folgen der Inflation und steigenden Personalaufwendungen in Folge von hohen Tarifabschlüssen bzw. entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu Besoldung und Versorgung beeinflusst ist. Auch führt die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützungsleistungen der städtischen Gesellschaften, z.B. des Städtischen Klinikums und der Verkehrs GmbH, zu einer Verschlechterung der finanziellen Lage.

Der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich kann in den Planjahren 2025/2026 nur aufgrund der Sonderregelung des § 182 Abs. 4 NKomVG (2025) und Entnahme aus den Überschussrücklagen (2026) erreicht werden. Hierdurch kann die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2025/2026 erreicht werden. Zur Beurteilung der Höhe der genehmigungsfähigen Kreditaufnahme muss die Kommunalaufsicht jedoch auf die sog. „dauernde Leistungsfähigkeit“ abstellen, die in der Regel unter anderem nur dann anzunehmen ist, wenn die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ausgeglichen ist (§§ 120 Abs. 2 NKomVG, 23 KomHKVO).

Die Inanspruchnahme der Sonderregelung erfolgt im Jahr 2025 letztmalig. Zum Erhalt der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes ist grundsätzlich (§ 110 NKomVG) der planerische Nachweis einer Überschussrücklage am Ende des zweiten Planjahres 2026 erforderlich. Die Überschussrücklage von rd. 241,7 Mio. € wird nach derzeitigem Stand der Planung für den Ausgleich des planerischen Defizits in 2026 ausreichend sein. Erst mit Beginn des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2027 bis 2029 wird diese aufgezehrt. Für die Haushaltsplanung 2025/2026 könnte damit auf die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzepts (HSK) verzichtet werden.

Im Lichte der oben genannten Herausforderungen ist ein Haushaltsausgleich ohne Rückgriff auf etwaige Überschussrücklagen, ohne einen konjunkturellen Aufschwung und eine deutlich verbesserte finanzielle Unterstützung von Bund und Land nicht möglich. Oberstes Ziel der Haushaltsplanung zum Entwurf des Doppelhaushalts 2025/2026 war es daher, im Hinblick auf die Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht trotz der schwierigen Rahmenbedingungen eine unter Rückgriff auf die Überschussrücklage im Jahr 2026 ausgeglichene Haushaltsplanung vorzulegen.

Hierfür ist an der Haushaltsplanung intensiv gearbeitet worden, um den sich verschlechternden Rahmenbedingungen auch aufgrund der Inflation, hohen Energiekosten sowie Baupreissteigerungen begegnen zu können. Hierzu gehörte u.a. die pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Sachaufwandsbudgets der Teilhaushalte (u. a. ohne Personal, Instandhaltungen und Abschreibungen) zum Haushaltsentwurf, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden. Darüber hinaus wurde im Rahmen des verwaltungsinternen

Haushaltsaufstellungsverfahren 2025/2026 an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt.

Jedoch haben sich die planerischen Rahmenbedingungen nach Erstellung des Haushaltsentwurfs weiter wesentlich verschlechtert und mussten im Rahmen der weiteren Planungsphase ergebnisbelastend berücksichtigt werden. Es ergeben sich insbesondere folgende Haushaltsbelastungen in den Jahren 2025 und 2026:

- Unabweisbare Bedarfe, bspw. im Bereich SGB II (THH FB 50) und Staatstheater (THH Kultur und Wissenschaft), rd. 11,5 Mio. € (2025) bzw. 11,8 Mio. € (2026),
- Personalaufwandssteigerungen: rund 7 Mio. €,
- Erhöhte Verlustausgleichszahlungen für die städtischen Gesellschaften: 19,6 Mio. € (2025) bzw. 13,7 Mio. € (2026)

Mit den geplanten Verlusten des Ergebnishaushalts gehen im Finanzhaushalt negative Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit in den Planjahren 2025 bis 2029 einher. Aufgrund der negativen Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit sind für die Finanzierung der geplanten Investitionen entsprechende Kreditermächtigungen eingeplant.

Zu den geplanten Kreditaufnahmen ist anzumerken, dass es sich hierbei um eine Kreditermächtigung handelt. Die Inanspruchnahme dieser Ermächtigung durch eine tatsächliche Kreditaufnahme darf nach den gesetzlichen Vorgaben (Subsidiaritätsprinzip) erst dann erfolgen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist. Kreditaufnahmen werden daher wie auch in der Vergangenheit dann nicht erfolgen, wenn sich die Liquidität im Jahresverlauf positiver als geplant entwickelt.

3. Haushaltsentwurf 2025/2026 als Ausgangspunkt

Der am 21.06.2024 veröffentlichte **Haushaltsentwurf 2025/2026** hat nunmehr unter Berücksichtigung des Jahresabschluss 2021 (- 8,6 Mio. €) sowie der vorl. Jahresergebnisse 2022 (- 5 Mio. €) und 2023 (-15 Mio. €) folgende Finanzdaten:

<i>in Mio. €</i>	2025	2026	2027	2028	2029
Jahresergebnis	-223,0	-196,6	-199,8	-151,1	-163,4
Stand der Überschussrücklagen am Jahresende	241,7	45,1	-154,7	-305,8	-469,3
Gesonderter Passivposten (§ 182 Abs. 4 NKGVG)	-414,7	-414,7	-414,7	-414,7	-414,7
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-153,4	-147,4	-148,6	-99,4	-111,1
Bestand an Zahlungsmitteln am Jahresende	-69,7	-262,1	-464,2	-634,3	-818,4

4. Ansatzveränderungen und Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Hinweis:

Bei den nachfolgenden Berechnungen sind die Ansatzveränderungen aus den Teilen der Textziffer 4 berücksichtigt worden. Die Anträge der Fraktionen und

Stadtbezirksräte, zu denen positive Beschlussvorschläge vorliegen, sind als Haushaltsbelastungen gewertet worden. Anträge, die die gleichen Sachverhalte wie Ansatzveränderungen der Verwaltung abbilden, sind nur einmal einberechnet worden. Nicht zu allen Anträgen sind die finanziellen Auswirkungen bekannt.

4.1 Ergebnishaushalt (ohne Investitionsmanagement - IM -)

4.1.1 Ansatzveränderungen

Seitens der einzelnen Organisations-Einheiten sind umfangreiche Ansatzveränderungen gemeldet worden. Um die mit dem Haushaltsentwurf fortgesetzten Bemühungen zum Abbau der Überplanung nicht aufzuzehren, mussten Abstriche in Kauf genommen werden und an eine zusätzliche Einplanung strenge Maßstäbe angelegt werden. Berücksichtigt wurde dabei neben dem Aspekt des notwendigen Inflationsausgleiches und der oben genannten Priorisierung von Kindern, Bildung, Gefahrenabwehr und der Innenstadtentwicklung im Wesentlichen Folgendes:

- Ergebnisse der Steuerschätzung,
- Personalkostensteigerungen,
- Sachkostensteigerungen im Zusammenhang mit dem Inflationsausgleich,
- Verlustausgleiche für städtische Gesellschaften und
- Zinsanpassungen.

Insgesamt umfassen die zur Entscheidung gestellten Ansatzveränderungen saldiert ein Gesamtvolumen von rund 71,2 Mio. € in 2025 und von rund 35,5 Mio. € in 2026. Den in den Fachausschüssen behandelten Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde zugestimmt oder sie wurden passieren gelassen.

Zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen lagen insbesondere die nachstehend näher erläuterten Ansatzveränderungen vor:

Allgemeine Finanzwirtschaft - Steuern und allgemeine Deckungsreserve

Bei der **Gewerbesteuer** wird nach den Steuerschätzdaten im laufenden Jahr mit einer positiven Entwicklung gerechnet. Ursächlich hierfür waren aber oftmals Sondereffekte wie einmalige Nachzahlungen. Auch im Jahr 2025 und den Folgejahren wird mit einer moderaten Aufwärtsentwicklung gerechnet. Bei der Einschätzung der Gewerbesteuer steht jedoch die Situation bei den regionalen Steuerzahlern im Vordergrund. Zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026 wurde die Veranschlagung ab 2025 um jährlich um jeweils 5,0 Mio. € erhöht. Ein Anlass für darüber hinaus gehende Veränderungen ergibt sich aus den jüngsten Steuerschätzdaten nicht. In den Jahren 2025 und 2026 wird dementsprechend weiterhin ein Aufkommen in Höhe von 215,0 Mio. € bzw. 220,0 Mio. € prognostiziert. In den Planungsjahren 2027 bis 2029 werden Erträge in Höhe von 225,0 Mio. €, 230,0 Mio. € bzw. 235,0 Mio. € erwartet.

Nach den regionalisierten Ergebnissen der Herbst-Steuerschätzung 2024 ergeben sich beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** im Jahr 2025 Mindererträge gegenüber der Entwurfsplanung in Höhe von 1,1 Mio. €, es werden Erträge in Höhe von 171,3 Mio. € erwartet. Für 2026 wird von Erträgen in Höhe von 178,1 Mio. € ausgegangen, so dass sich Mindererträge in Höhe von rd. 1,3 Mio. € ergeben. Für das Jahr 2027 werden Mindererträge in Höhe von 0,8 Mio. € erwartet, in den Jahren 2028 und 2029 werden Mindererträge in Höhe von 1,7 Mio. € gegenüber der Entwurfsplanung prognostiziert.

Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** werden sich für 2025 bei Erträgen in Höhe von 33,7 Mio. € Mindererträge in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ergeben. Im Jahr 2026 ergeben sich Mindererträge in Höhe von 1,3 Mio. €, die Veranschlagung beträgt dann 34,5 Mio. €. Für die Folgejahre bis 2029 ergeben sich ebenfalls Mindererträge in Höhe von jeweils 1,3 Mio. €.

Bei den **Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich** ergeben sich nach den vorläufigen Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich im Jahr 2025 Erträge in Höhe von 165,79 Mio. €, was Mindererträge gegenüber dem Entwurf von rd. 1,2 Mio. € zur Folge hat. Dies ergibt sich aus Mindererträgen in Höhe von rd. 10,0 Mio. € aufgrund einer geringeren Verteilungsmasse sowie aus voraussichtlichen Mehrerträgen in Höhe von rd. 8,3 Mio. € aufgrund einer im Rahmen des Zensus 2022 nach oben korrigierten Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig. Eine weitere geringfügige Verbesserung von 0,5 Mio. € entsteht aus der Berücksichtigung der Steuerkraft der Städte und Gemeinden im zugrunde zu legenden Zeitraum.

Auf dieser Basis würden sich für das Jahr 2026 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 179,5 Mio. € (+5,5 Mio. €) ergeben. Am 19. November 2024 wurde jedoch das „Gutachten zur Weiterentwicklung des horizontalen kommunalen Finanzausgleichs“ veröffentlicht, womit die Niedersächsische Landesregierung ihrer Verpflichtung zu einer regelmäßigen Überprüfung der Methoden des kommunalen Finanzausgleichs nachkommt. Die Ergebnisse aus diesem Gutachten sollen frühestens ab dem Jahr 2026 wirksam werden und könnten im Endeffekt für die Stadt Braunschweig zu Mehrerträgen von jährlich rd. 10,0 Mio. € führen.

Die im Gutachten als notwendig eingestuften Änderungen sind im Grundsatz verfassungsrechtlich erforderlich, allerdings bestehen gewisse Spielräume des Landesgesetzgebers bezüglich des Umsetzungszeitpunkts und der Umsetzungsdauer. Es ist zu erwarten, dass zur Abmilderung der finanziellen Effekte bei den von Mindererträgen betroffenen Gebietskörperschaften - wie bereits in der Vergangenheit praktiziert – die Auswirkungen erst nach mehreren Jahren volle Wirksamkeit entfalten. Somit bestehen Unsicherheiten, ab welchem Haushaltsjahr und über welchen Zeitraum sich durch die noch zu treffenden gesetzlichen Regelungen die grundsätzlich zu erwartenden Mehrerträge für die Stadt Braunschweig ergeben. Wegen dieser Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Gutachten erfolgt im Jahr 2026 lediglich eine Einplanung von Mehrerträgen in Höhe von 2,5 Mio. €, so dass sich Schlüsselzuweisungen in Höhe von 182,0 Mio. € ergeben würden. Für die Folgejahre wird angenommen, dass die im Gutachten aufgezeigten Veränderungen nach vier Jahren, also ab dem Haushaltsjahr 2029 ihre volle Wirksamkeit entfalten. Sollten sich allerdings im weiteren Verfahren zur Umsetzung dieses Gutachtens Veränderungen ergeben, wären zukünftige Haushaltsplanungen entsprechend anzupassen.

In den Planungsjahren 2027 bis 2029 ergeben sich somit Verbesserungen in Höhe von 12,2 Mio. €, 14,4 Mio. €, bzw. 17,9 Mio. € gegenüber der Veranschlagung im Entwurf.

Bei der Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sind Mehrerträge gegenüber der Veranschlagung im Entwurf zu verzeichnen, da sich die Steigerungen im Tarif- und Besoldungsbereich erhöhend auf diese Zuweisung auswirken. Für 2025 und 2026 sind Erträge in Höhe von 15,19 Mio. €, bzw. 16,02 Mio. € zu erwarten, was Mehrerträge von rd. 0,2 Mio. € bzw. 0,7 Mio. € zur Folge hat. In weiteren Finanzplanungszeitraum bis 2029 ist ebenfalls mit Mehrerträgen in Höhe von jeweils rd. 0,7 Mio. € auszugehen.

Neben diesen Mehrerträgen ergeben sich Anpassungen bei den **Zinsveranschlagungen**. Es mussten aufgrund der vorgesehenen Veränderungen

bei der Investitionstätigkeit in den Jahren 2025 bis 2029 die Kreditaufnahmen an den sich ergebenden Saldo aus der Investitionstätigkeit angepasst werden. Gleichzeitig wirkt sich ein prognostizierter beschleunigter Mittelabfluss bei Investitionsprojekten und die weitere Verschlechterung des Saldos aus Verwaltungstätigkeit durch die oben genannten Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt auf die unterjährige Liquiditätsplanung (teilweise bereits ab 2024) aus. Dadurch müssen die veranschlagten Kredite frühzeitiger als bisher angenommen in Anspruch genommen werden, was zu höheren Zinsbelastungen führt. Gegenläufige Auswirkungen haben die sinkenden Zinssätze am Kapitalmarkt. Veränderungen bei den Kreditaufnahmen zur Weitergabe an städt. Gesellschaften aus der sog. Experimentierklausel wirken sich auf die Zinserträge (Erstattungen der Gesellschaften) im Teilhaushalt FB 20, der entsprechende Zinsaufwand (Zahlungen an Banken) im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft aus.

In diesem „zentralen“ Teilhaushalt waren im Haushaltsentwurf 2025/2026 zudem **Deckungsreserven** gemäß § 13 Abs. 2 KomHKVO zur Deckung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 5,0 Mio. € im Jahr 2025 bzw. von 9,0 Mio. € im Jahr 2026 vorgesehen. Die nun vorgeschlagenen Ansatzveränderungen weisen eine Absenkung zum Haushaltsentwurf 2025/2026 aus (2025: -5,0 Mio. €, 2026: -8,0 Mio. €), da dies aufgrund der aktuellen Haushaltssituation erforderlich war.

Aufgrund der Erfahrungen aus der erstmaligen Einplanung einer entsprechenden Deckungsreserve im Haushalt 2023/2024 schlägt die Verwaltung die Beibehaltung der für das Jahr 2026 vorgesehen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung in Höhe von 1,0 Mio. € vor. Die nun vorgeschlagene Ansatzveränderung weist eine Absenkung zum Haushaltsentwurf 2025/2026 in Höhe von 1 Mio. € aus, um den Haushaltsausgleich unter Rückgriff auf die Überschussrücklage nicht zu gefährden.

Diverse Teilhaushalte - Personalaufwand

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ist beim Personalaufwand für 2025 nochmals ein Anstieg von rd. 7,0 Mio. € zu verzeichnen, für das Jahr 2026 beträgt der Anstieg rd. 7,1 Mio. €. Wesentliche Ursache hierfür ist die gegenüber den Vorjahren deutlich gestiegene Beschäftigtenanzahl im Tarifbereich. Weitere geringfügige Mehrbedarfe ergeben sich u.a. im Bereich der Ausbildung, der Beihilfe und der Versorgung. In der Folge ergeben hieraus sich in den Jahren 2027 bis 2029 Mehrbedarfe in Höhe von 5,9 Mio. €, 6,0 Mio. € bzw. 6,1 Mio. €.

FB 20 - Verlustausgleiche für städtische Gesellschaften

Weitere Ansatzveränderungen betreffen insbesondere die städtischen Gesellschaften, vor allem die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH.

Die Wirtschaftsplanungen der städtischen Gesellschaften für 2025 ff. sind – mit Ausnahme der Nibelungen-Wohnbau-GmbH - derzeit noch nicht abgeschlossen. Die Anweisungsbeschlüsse zum Wirtschaftsplan 2025 an die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der jeweiligen Gesellschaft werden dem FPDA in seiner Sitzung am 5. Dezember 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Ansatzveränderungen berücksichtigen die diesen Beschlussvorschlägen zugrundeliegenden Wirtschaftsplanungen.

Hinsichtlich weiterer Ansatzveränderungen wird auf die Anlage 4.2 hingewiesen.

Nach der Bereitstellung der Zusammenfassungen der Ansatzveränderungen für die Beratungen in den Fachausschüssen haben sich u. a. folgende weitere Veränderungen ergeben:

Kultur- und Wissenschaft

Zur Abdeckung weiterer Mittelbedarfe im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft bzw. zur Aufstockung des dort veranschlagten „Veranstaltungsetat“ werden ursprünglich für die Umsetzung des Förderprogramms „Resiliente Innenstädte“ im Teilhaushalt Stabsstelle 0800 veranschlagte Haushaltsmittel in Höhe 250.000 € in 2025 haushaltsneutral bereitgestellt.

4.1.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Sämtliche in den Fachausschüssen angenommenen Fraktionsanträge zum Ergebnishaushalt führen zu Ergebnisverschlechterungen. Sie beinhalten Leistungsausweitungen bzw. Ansatzerhöhungen. Deckungsvorschläge wurden nicht genannt bzw. beschlossen.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Anlage 4.1 hingewiesen.

4.2 Investitionsmanagement -IM-

In den nachfolgenden Ziffern 4.2.1.1, 4.2.2.1 und 4.2.3.1 (Ansatzveränderungen für die Jahre 2025 bis 2029) sind die finanziellen Anpassungen des Investitionsmanagements gegenüber dem Entwurf dargestellt. Trotz der verschlechterten Haushaltslage besteht weiterhin ein hoher Bedarf in die Infrastruktur zu investieren bzw. ein hoher Bedarf aufgrund der bestehenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen ergibt.

4.2.1 Investitionsmanagement für 2025 und 2026 – ergebniswirksam

4.2.1.1 Ansatzveränderungen

Das Investitionsmanagement (IM) beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z. B. Festwertbeschaffungen, Vorplanungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 ergibt sich aufgrund der Ansatzveränderungen der Verwaltung folgende **Ergebnisbelastung (+) / Ergebnisentlastung (-)**:

Investitionsmanagement	2025	2026
Ergebniswirksame Ansatzveränderungen	+8.410.200 €	+5.298.800 €

Es wurden umfangreiche Ansatzveränderungen der Verwaltung im Verhältnis zum Haushaltsentwurf 2025 ff. im IM gemeldet. Insgesamt würde sich bei Annahme der Ansatzveränderungen der Ergebnishaushalt um rd. 8,4 Mio. € für 2025 und um rd. 5,3 Mio. € für 2026 verschlechtern. Diese Veränderungen sind insbesondere auf den Hochbaubereich (neue Projektanforderungen, Anpassung der Finanzraten vorhandener Projekte an den aktuellen Finanzbedarf) zurückzuführen.

Ein Teil der Mehraufwendungen resultiert aus dem Vorziehen von Finanzraten (wie z.B. für die Erweiterung und Sanierung des GY Martino-Katharineum, für den Umbau von Gebäudeteilen des Vienna House zur Kindertagesstätte, der Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule) sowie aus Mehrkosten (wie z.B. für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums und des Gymnasiums Neue Oberschule).

Weiterhin sind Maßnahmen des Mobilitätsentwicklungsplans neu aufgenommen worden, die ebenfalls zu den ergebniswirksamen Belastungen beigetragen haben (z.B. Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsführung).

Die ergebniswirksamen Ansatzveränderungen der Verwaltung sind in den Fachausschüssen weitestgehend angenommen worden.

Hiervon ausgenommen wurden insbesondere die Anträge zu den Sanierungsgebieten Donauviertel und Bahnstadt. Es sind Fragen im APH aufgetreten, die dazu geführt haben, dass diese Anträge zum Teil, obwohl ein Gesamtzusammenhang besteht, passieren gelassen wurden (Antrag lfd. Nr. 57 a-f und 59a-h). Mit Mitteilung DS 24-24728 werden die Fragen des APH beantwortet. Sollte den Verwaltungsveränderungen nicht gefolgt werden, **ergeben sich zusätzliche Haushaltsbelastungen.**

Zu keinem Beschluss in den Fachausschüssen ist es auch hinsichtlich der Ansatzveränderung der Verwaltung zum Ausbau und zur Schließung des Ringgleises gekommen. Diese wurde passieren gelassen.

Nach den Fachausschussberatungen sind weitere Ansatzveränderungen der Verwaltung gemeldet worden, die entsprechend mit „NEU“ in den Beratungsunterlagen gekennzeichnet wurden, aber in der Konsequenz in keinem Fachausschuss bisher beraten worden sind.

Hierbei handelt es sich u.a. um das Förderprojekt LiViK (Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels; Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken). Es wird mit Gesamtkosten von rd. 6 Mio. € und Einnahmen von rd. 5 Mio. € gerechnet (inkl. Personalkosten). In die Beratungen ist auch der parallel von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN gestellte Stellenplanantrag einzubeziehen (SP_170 Neu). Es wird hierzu auf die Stellungnahme der Verwaltung verwiesen.

Darüber hinaus hat die Verwaltung eine Ansatzveränderung eingebracht, die anstatt der Instandhaltung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Franzisches Feld die Erneuerung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Kennelweg vorsieht.

Für die Baumaßnahmen in Zusammenhang mit der Erweiterung und Sanierung des GY Martino-Katharineum hat sich eine Baukostensenkung ergeben, da dieses Projekt vorgezogen werden soll. Diese Haushaltsansatzminderung für 2027 wurde nachträglich eingebracht und bisher ebenfalls noch in keinem Fachausschuss behandelt.

Für die Vorplanung des Neubaus des JZ B 58 hat die Verwaltung ebenfalls neue Ansätze berücksichtigt.

Die Veränderungen im Einzelnen ergeben sich aus der Anlage 5.2.

4.2.1.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Die bisherige Beschlusslage zu den Anträgen der Fraktionen und den Vorschlägen der Stadtbezirksräte führt nach dem gegenwärtigen Beratungsstand für 2025 und 2026 zu keinen finanziellen Veränderungen.

In den Fachausschüssen wurden keine ergebniswirksamen Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte angenommen. **Im Gegensatz zu der Handhabung der Haushaltslesungen der Vorjahre wurden die Anträge, die lediglich passieren gelassen worden sind bzw. bei denen divergierende Abstimmungen vorliegen, nicht belastend berücksichtigt.**

Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte sind weitestgehend passieren gelassen, abgelehnt bzw. zurückgezogen worden. Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit und für den Jugendhilfeausschuss sind am 20. und 21. November 2024 weitere Beratungen erfolgt. Die Ergebnisse hierzu konnten wegen der parallel zu versendenden Haushaltsvorlage für den FPDA nur teilweise berücksichtigt werden. Es wird dafür eine Ergänzungsvorlage vorbereitet.

Zu den Fachausschussberatungen lag zu dem Antrag FWI 169 der SPD-Fraktion (Vorplanung eines Laufschauchs auf der Bezirkssportanlage Rüningen) noch keine Kostenschätzung vor. Die Kosten wurden nunmehr auf 100.000 € für 2025 beziffert und sind Teil der noch zu beratenden Anträge.

Dies betrifft ebenfalls den Antrag des Stadtbezirksrates 221 zur Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg und den Antrag des Stadtbezirksrates 321 zur Instandsetzung der Wege am Ölper See. In beiden Fällen wurden die Kostenschätzungen nachträglich eingereicht. Zu diesen aktualisierten Anträgen hat jeweils noch keine Fachausschussberatung stattgefunden.

Zu den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte existieren darüber hinaus diverse inhaltliche Überschneidungen untereinander, aber auch mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung (z. B. Neubau Jugendzentrum B58, Neubau Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel, Ersatzbau Feuerwehrhaus Geitelde-Stiddien; Neueinrichtung Kindertagesstätte Vienna house, Ersatzpflanzung von Bäumen).

In die Gesamtergebnisse (Ziffer 5) sind hinsichtlich dieser Überschneidungen lediglich die Ansatzveränderungen der Verwaltung belastend eingerechnet worden. Sofern den Ansatzveränderungen der Verwaltung nicht zugestimmt wird, würden diese Ansatzveränderungen und deren finanzielle Belastungen entfallen und stattdessen die Fraktionsanträge und Stadtbezirksanträge bei Annahme finanziell gewertet werden.

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in der Anlage 5.1 zusammengestellt.

4.2.2 Investitionsmanagement für 2025 und 2026. – investiv

4.2.2.1 Ansatzveränderungen

Die Ansatzveränderungen für investive Maßnahmen wirken sich **für 2025 und 2026** im Einzelnen wie folgt aus ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Investitionsmanagement	2025	2026
Investive Ansatzveränderungen (ohne "Experimentierklausel")	+19.366.900 €	-11.911.700 €
Investive Ansatzveränderungen ("Experimentierklausel")	+ 23.976.300 €	+ 56.232.700 €
Gesamt	+43.343.200 €	+ 44.321.000 €

Den investiven Ein- und Auszahlungen durch die Ausleihungen an Städtische Gesellschaften (sog. Experimentierklausel) stehen entsprechende Einnahmen durch Kreditaufnahmen und Zins- und Tilgungsleistungen gegenüber. Zu den Details der sog. Experimentierklausel wird auf Ziffer 6 verwiesen.

Im Übrigen gibt es einen Gesetzesentwurf des Landes zur Änderung des NKomVG, der besagt, dass Einzahlungen und Auszahlungen in Zusammenhang mit der

Experimentierklausel zukünftig nur noch unter der „laufenden Verwaltungstätigkeit“ im Ergebnis- und Finanzhaushalt abzubilden sind. Inwieweit das Gesetz beschlossen wird und wie sich die kaufmännischen Prozesse darstellen, ist noch nicht bekannt. Aufgrund fehlender Informationen werden die bisherigen Veranschlagungsgrundsätze angewandt.

Insgesamt ergeben sich durch die Ansatzveränderungen ohne die sog. Experimentierklausel eine **zusätzliche Belastung** des Finanzhaushalts **für 2025** in Höhe von rd. **19,4 Mio. €** und eine **Entlastung** des Finanzhaushalts **für 2026** in Höhe von rd. **11,9 Mio. €**.

Wie bereits unter Ziffer 4.2.1.1. dargestellt, haben sich die finanziellen Belastungen / Entlastungen insbesondere aus dem Hochbaubereich ergeben. Unter anderem hat die Anpassung der Finanzraten zur Sanierung der Stadthalle zu diesen Belastungen / Entlastungen geführt. Hinzu kommt, dass die Finanzraten der Projekte in Alternativer Beschaffung an den tatsächlichen Finanzbedarf angepasst worden sind (z.B. Sanierung GS Altmühlstraße). Das Haushaltsjahr 2026 wird dadurch entlastet und die Haushaltsjahre 2025 und 2027 entsprechend belastet.

Darüber hinaus sind Mehrkosten bei diversen Hochbauprojekten angefallen (wie z.B. Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums und des Gymnasiums Neue Oberschule).

Die investiven Ansatzveränderungen der Verwaltung sind in den Fachausschüssen weitestgehend angenommen worden.

Es sind jedoch - wie unter Ziffer 4.2.1.1 bereits dargestellt – die Ansatzveränderungen zu den Sanierungsgebieten Donauviertel und Bahnstadt nur teilweise angenommen worden, obwohl die Anträge je Gebiet ganzheitlich zu sehen sind (Antrag lfd. Nr. 57 a-f und 59 a-h).

Zu keinem Beschluss in den Fachausschüssen ist es auch hinsichtlich der Ansatzveränderung der Verwaltung zum Ausbau und zur Schließung des Ringgleises gekommen. Diese wurde passieren gelassen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Aufnahme von Finanzraten für den Neubau der Velouroute Weststadt in Höhe von 4 Mio. € ab 2027 ff. wurde ebenfalls passieren gelassen.

Nach den Fachausschussberatungen sind weitere investive Ansatzveränderungen der Verwaltung gemeldet worden, die entsprechend mit „NEU“ in den Beratungsunterlagen gekennzeichnet wurden, aber in der Konsequenz in keinem Fachausschuss bisher beraten worden sind.

Hierbei handelt es sich wie bereits unter Ziffer 4.2.1.1 dargestellt u.a. um das Förderprojekt LiViK (Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels; Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken).

Weiterhin ist eine Kapitaleinlage mit einem Volumen von 678.300 € in die Braunschweig Beteiligung GmbH (BSBG) zum Ankauf von Beteiligungen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH geplant. Ziel ist es, eine Braunschweig Digital GmbH zu schaffen. Ein entsprechender Grundsatzbeschluss ist für den FPDA am 05.12.2024 vorgesehen. Diese Ansatzveränderung der Verwaltung ist ebenfalls neu hinzugekommen.

Der Antrag zur Installation von Videokameras im Stadtgebiet zur Unterstützung der Aufgaben der Polizei wurde mit einem Haushaltsansatz von 616.000 € im AFKO im Rahmen der Haushaltsberatung passieren gelassen. Nach Ratsentscheidung vom

05.11.2024 (DS 24-24349) ist dem Vorhaben inhaltlich zugestimmt und eine Erweiterung der Standorte vorgesehen worden (Gieseler, Kalenwall, Platz am Ritterbrunnen und Herzogin-Anna-Amalia-Platz). Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten nunmehr auf rund 1 Mio. €. Hierbei sind Anschlusskosten BS-Energy und Mietkosten nicht enthalten. Die zusätzliche Ansatzveränderung (+384.000 €) wird neu in die Beratungen zur Haushaltslesung eingebracht. Teil des Ratsbeschlusses ist, dass angestrebt wird, mindestens eine Kostenbeteiligung des Landes Niedersachsens für die Ausweitung einzubringen. Es wird angeregt, dem Rat die zusätzlichen Kosten dieses Beschlusses im Haushaltsplanverfahren transparent zu machen.

Für das Jahr 2026 sind Verkäufe von Grundstücken (Magnitorwall 16 und Augustorwall 5) geplant, die in Zusammenhang mit der Gründung des „Hauses der Musik“ stehen. In die Ansatzveränderungen der Verwaltung sind neben den erwarteten Verkaufserlösen auch die finanziellen Unterstützungsleistungen zur Entwicklung und baulichen Errichtung des Hauses der Musik eingeflossen. Es wird derzeit von Investitionszuschüssen ausgegangen.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage 5.2 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen (VE)** verändert sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf wie folgt:

VE	Haushalt 2025	Haushalt 2026
Haushaltsentwurf 2025 ff.	220.821.300 €	287.316.000 €
Haushalt 2025 ff.	205.985.900 €	326.267.400 €
Veränderungen	-14.835.400 €	+38.951.400 €

4.2.2.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Die bisherige Beschlusslage zu von den Fraktionen gestellten Anträgen und zu den Vorschlägen der Stadtbezirksräte für die **Investitionen** führt in 2025 und 2026 zu folgenden Veränderungen ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Investitionsmanagement Veränderungen durch	2025	2026
a) die Anträge der Fraktionen	+8.200 €	+8.200 €
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	0 €	0 €
Gesamtsummen	+8.200 €	+8.200 €

In den Fachausschüssen wurden betraglich keine nennenswerten investiven Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte angenommen. **Im Gegensatz zu der Handhabung der Haushaltslesungen der Vorjahre wurden die Anträge, die lediglich passieren gelassen worden sind bzw. bei denen divergierende Abstimmungen vorliegen, nicht belastend berücksichtigt.**

Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte sind weitestgehend passieren gelassen worden, abgelehnt worden bzw. zurückgezogen worden. Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit und für den Jugendhilfeausschuss sind am 20. und 21. November 2024 weitere Beratungen erfolgt. Die Ergebnisse hierzu konnten wegen der parallel zu versendenden Haushaltsvorlage für den FPDA hier nur teilweise berücksichtigt werden. Es wird dafür eine Ergänzungsvorlage vorbereitet.

Der angenommene Antrag der SPD-Fraktion beinhaltet die Beschaffung von Innenzelten für das Jugendzeltlager Lenste von jährlich 8.200 €.

Zu den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte existieren darüber hinaus diverse Überschneidungen untereinander, aber auch mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung (z. B. Neubau Jugendzentrum B58, Neubau Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel, Ersatzbau Feuerwehrhaus Geitelde-Stiddien, Neubau Velouroute Weststadt, Sanierungsmaßnahmen Spielplätze).

In die Gesamtergebnisse (Ziffer 5) sind hinsichtlich dieser Überschneidungen lediglich die Ansatzveränderungen der Verwaltung belastend eingerechnet worden. Sofern den Ansatzveränderungen der Verwaltung nicht zugestimmt wird, würden diese Ansatzveränderungen und deren finanzielle Belastungen entfallen und stattdessen die Fraktionsanträge und Stadtbezirksanträge bei Annahme finanziell gewertet werden.

Durch die einberechneten Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge ergeben sich folgende Veränderungen in der Höhe der Verpflichtungsermächtigungen (VE).

VE	Haushalt 2025	Haushalt 2026
Haushaltsentwurf 2025 ff.	220.821.300 €	287.316.000 €
Haushalt 2025 ff.	220.821.300 €	287.316.000 €
Veränderungen	0 €	0 €

Die Fraktions- und Stadtbezirksräte sind aus der Anlage 5.1 ersichtlich.

4.2.3 Investitionsprogramm – IP - Haushaltsjahre 2027 - 2029

4.2.3.1 Ansatzveränderungen

Das IP würde sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgrund der Ansatzveränderungen in den Planungsjahren 2027 - 2029 um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2025 und 2026 wird auf Ziffer 4.2.1.1 und 4.2.2.1 verwiesen:

Investitionsmanagement	Planungsjahr		
	2027	2028	2029
	- € -	- € -	- € -
Ansatzveränderungen	+56.380.100	+95.143.400	+53.218.900
davon ergebniswirksam	+13.061.500	+878.900	-3.471.400
davon werterhöhend	+52.845.900	+24.301.500	+ 9.610.200
davon werterhöhend „Experimentierklausel“	-9.527.300	+69.963.000	+ 47.080.100

Die zusätzliche Belastung für das Haushaltsjahr 2027 und für das Jahr 2028 resultieren insbesondere aus dem Hochbaubereich und sind auf Baukostensteigerungen als auch auf das Verschieben von Projekten (z.B. Sanierung Rathaus-Neubau) zurückzuführen. Durch das Vorziehen von Projekten aus dem Jahr 2029 im Hochbaubereich tritt entsprechend die Entlastung für dieses Jahr ein.

Zu den Ansatzveränderungen der Ausleihungen an Städtische Gesellschaften (sog. Experimentierklausel) sind Erläuterungen unter Ziffer 4.2.2.1 und Ziffer 6 aufgenommen worden.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage 5.2 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

Aktuell liegen Informationen vor, dass sich die Stadt Braunschweig in den nächsten Jahren (voraussichtlich ab 2027) zahlungswirksam an den Sanierungsmaßnahmen des Staatstheaters Braunschweig aufgrund des Staatstheatervertrages zu beteiligen hat. Es wird derzeit von einem Kostenanteil für das „Kleine Haus“ und das „Große Haus“

von rd. 41-52 Mio. € ausgegangen. Die Kosten sind jedoch noch zu verifizieren. Eine Aufnahme bei den Ansatzveränderungen hat daher nicht stattgefunden.

4.2.3.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Das IP würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2027 - 2029** um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2025 und 2026 s. 4.2.1.2 und 4.2.2.2.

Investitionsmanagement	Planungsjahr		
	2027	2028	2029
	- € -	- € -	- € -
Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte	+8.200	+8.200	+8.200
davon ergebniswirksam	0	0	0
davon werterhöhend	+8.200	+8.200	+8.200

Es wird zu diesen Belastungen auf die Ziffer 4.2.2.2 verwiesen.

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in der Anlage 5.1 zusammengestellt.

Die haushaltsneutralen Umsetzungen des Investitionsmanagements sowie die Änderungen der Haushaltsvermerke sind in den Anlagen 5.3 und 5.4 zusammengestellt. Von der Verwaltung ist u.a. geplant, die Deckungskreise für derzeit als Großprojekte eingestufte Maßnahmen zu erweitern und diese gegenseitig deckungsfähig zu gestalten. Die Details zu den Deckungskreisen (hier Programme) sind aus der Anlage 5.4 ersichtlich. Hierdurch wird die Anzahl der überplanmäßigen und außerplanmäßigen Anträge reduziert.

5 Gesamtergebnisse

5.1 Ergebnishaushalt

Entsprechend dem am Anfang der Ziffer 4 beschriebenen Vorgehen sind in der nachfolgenden Tabelle neben den Ansatzveränderungen die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte berücksichtigt, die bereits ein positives Votum in einem Fachausschuss erhalten haben, soweit die finanziellen Auswirkungen bekannt sind, einschließlich der ergebniswirksamen Aufwandsveränderungen aus dem IM.

<i>in Mio. €</i>	2025	2026	2027	2028	2029
Jahresergebnis	-294,8 (-223,0)	-232,8 (-196,6)	-225,1 (-199,8)	-148,4 (-151,1)	-153,1 (-163,5)
Stand der Überschussrücklagen am Jahresende	241,7 (241,9)	8,9 (45,3)	-216,2 (-154,5)	-364,6 (-305,6)	-517,6 (-469,1)
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	-486,5 (-406,1)	-486,5 (-406,1)	-486,5 (-406,1)	-486,5 (-406,1)	-486,5 (-406,1)

Die Klammerzahlen zeigen den Stand zum Haushaltsentwurf 2025/2026.

Bezüglich des gesonderten Passivpostens gem. § 182 Abs. 4 NKomVG wurde ein Aufbau bis zum Jahr 2025 in der Planung berücksichtigt. Ein Abbau des gesonderten Passivpostens ist im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nicht berücksichtigt.

5.2 Finanzhaushalt

Der **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** ist abhängig von den Jahresergebnissen im Ergebnishaushalt, soweit sie zahlungswirksam sind. Für den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ergeben sich folgende Veränderungen:

<i>in Mio. €</i>	2025	2026	2027	2028	2029
Aktueller Stand	-211,6	-185,7	-173,4	-95,8	-99,4
Stand Haushaltsentwurf	-153,4	-147,4	-148,6	-99,4	-111,1

Mit dem Haushaltsentwurf 2025/2026 war noch ein **Bestand an Zahlungsmitteln** Ende 2024 von 123,5 Mio. € berücksichtigt worden. Nach derzeitigem Stand beträgt die Liquidität voraussichtlich nur 90,5 Mio. €. Durch diese niedrige Ausgangsbasis und die o. g. Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit wird der planerische Liquiditätsstand für die Haushaltsjahre 2025 ff belastet. Dies führt zu folgendem Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des jeweiligen Haushaltsjahres:

<i>in Mio. €</i>	2025	2026	2027	2028	2029
Aktueller Stand	-153,1	-384,3	-613,6	-777,4	-953,2
Stand Haushaltsentwurf	-69,7	-262,1	-464,2	-634,3	-818,4

5.3 Bewertung

Wie unter Abschnitt 5.2 dargelegt, sind die Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit negativ, so dass Tilgungen der Kredite planerisch nicht möglich sind. Um die gesetzlich vorgeschriebene dauernde Leistungsfähigkeit (§ 23 KomHKVO) nachhaltig sicherzustellen, besteht neben der gesetzlichen Vorgabe des Haushaltsausgleichs die Notwendigkeit, den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit so hoch zu gestalten, dass daraus mindestens die ordentlichen Tilgungen der aufgenommenen Kredite getragen werden könnte, damit nicht mittelfristig ein schwer wieder abzubauen Sockelbetrag an Liquiditätskrediten entsteht.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist abhängig von den Jahresergebnissen im Ergebnishaushalt, soweit sie zahlungswirksam sind. Im Hinblick auf den nachhaltigen Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit führt kein Weg an strukturellen Verbesserungen der Haushaltsplanungen im Ergebnishaushalt vorbei. Dieses Planungsziel wird auch gesetzlich konkretisiert, indem der Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt vorrangig ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen (§ 110 Abs. 4 NKomVG) verfolgt werden soll.

Wie unter Ziffer 2 dargestellt, ist ein Haushaltsausgleich ohne Rückgriff auf etwaige Überschussrücklagen ohne einen konjunkturellen Aufschwung und eine deutlich verbesserte finanzielle Unterstützung von Bund und Land nicht möglich und der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich kann in den Planjahren 2025/2026 derzeit nur aufgrund der Sonderregelung des § 182 Abs. 4 NKomVG (2025) und Entnahme aus den Überschussrücklagen (2026) erreicht werden.

Sofern dieser Ausgleich durch Entnahme aus der Überschussrücklage nicht mehr möglich wäre, da diese aufgezehrt ist, bestünde die grundsätzliche gesetzliche Verpflichtung, mit Beschluss des Haushaltsplans ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen (§ 110 Abs. 8 NKomVG). Zunächst sollte daher angestrebt werden, im Rahmen der Möglichkeiten zu versuchen, die Überschussrücklage in 2026 zumindest anteilig zu erhalten.

Derzeit ergeben sich aus den unter Punkt 4 getroffenen Annahmen bezogen auf die Fraktionsanträge eine rechnerisch verbleibende Überschussrücklage von rd. 8,9 Mio. €.

Hilfsweise kommt in Betracht auf ein Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2026 zu verzichten, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen aus § 182 Abs. 5 i. V. m Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 NKomVG erfüllt sind: Dies wäre unter den Voraussetzungen der Fall, wenn der Haushaltsausgleich im Jahr 2026 wegen der Folgen des Krieges in der Ukraine nicht erreicht werden kann und der Rat einen Beschluss fasst auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu verzichten.

6. Kreditaufnahmen und Verbindlichkeiten

Im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung Kreditaufnahmen in Höhe von 148,9 Mio. € für 2025 bzw. rund 183,4 Mio. € für 2026 eingeplant. Darüber hinaus waren unter Inanspruchnahme der sog. Experimentierklausel gemäß § 181 Abs. 1 NKomVG zusätzliche Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften in Höhe von 152,1 Mio. € für 2025 bzw. rund 77,6 Mio. € für 2026 vorgesehen.

Nach der aktuellen Planung verändern sich die Kreditaufnahmen der Kernverwaltung auf 173,9 Mio. € im Jahr 2025 bzw. auf rund 175,4 Mio. € im Jahr 2026. Auch wurden die Ansätze der Kredite für die Konzernfinanzierung entsprechend den Wirtschaftsplanungen 2025 ff. für die teilnehmenden städtischen Gesellschaften auf rund 172,3 Mio. € im Jahr 2025 bzw. rund 131,9 Mio. € im Jahr 2026 verändert. Diese Anpassungen sind in den unter Ziffer 5.2 dargestellten Haushaltsergebnissen berücksichtigt.

Die Ermächtigungen verteilen sich wie folgt auf die Gesellschaften:

Gesellschaft	2025	2026
	Mio. €	Mio. €
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	105,9	76,0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	41,8	24,2
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	20,0	5,0
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	2,0	5,0
Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH	1,5	0,0
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	1,1	1,7
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	0,0	20,0
Gesamt:	172,3	131,9

Die Anlagen 5.2.2 und 5.2.3 weisen die Ansatzveränderungen bezüglich der Kreditaufnahme und -Tilgungen in den Planjahren 2025 – 2029 aus.

7. Ab- bzw. Aufbau von Haushaltsresten im Teilhaushalt FB 20

Nach aktuellem Stand sind für den FB Finanzen Haushaltsreste im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von rd. 42,9 Mio. € von 2023 auf 2024 zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen übertragen worden.

Hierbei handelt es sich um die vorrangig dargestellten Bedarfe. Dies berücksichtigend ist davon auszugehen, dass diese Haushaltsmittel auch bereits in Anspruch genommen worden sind.

8. Änderung der Produktdarstellungen und der Teilhaushaltsergebnisse

Bei den Wesentlichen Produkten wurden einige Kennzahlen angepasst und eine Maßnahme neu aufgenommen - siehe Anlage 3.

Die Beschlussempfehlungen des FPDA, die vorliegenden Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die von der Verwaltung dargelegten Ansatzveränderungen und später die endgültigen Beschlüsse des Rates zum Haushalt 2025/2026 haben auch (redaktionelle) Auswirkungen auf die Teilhaushalte und auf die Produkte. Sie führen in den Teilhaushalten zu einer Änderung der dargestellten Haushaltsansätze und somit auch zu anderen Ergebnissen der Teilhaushalte im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf. Sie haben ferner Änderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen auf die Teilhaushalte sowie auf die Produkterträge und Produktaufwendungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültige Darstellung der Teilhaushalte sowie der Produktplanbeträge kann daher erst in der Endausfertigung des Haushaltsplanes abgebildet werden.

Dies gilt entsprechend für die Aufteilung des Personalaufwandes auf die Teilhaushalte bzw. zwischen den Teilhaushalten. Hierdurch ergeben sich u. a. durch die Auflösung der Personalkostendeckungsreserve noch Verschiebungen, die erst in der Endausfertigung des Haushaltsplanes abgebildet werden können.

9. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der geltenden Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Gegenüber dem in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2025/2026 dargestellten Haushaltsplan 2025/2026 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ergeben sich keine Veränderungen. Somit ist dieser gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Entsprechend dem Ratsbeschluss über die Änderung der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des "Pensionsfonds der Stadt Braunschweig Satzung vom 29. März 2022 sind die Zuführungen zum Sondervermögen ab dem Jahr 2022 vollständig eingestellt worden. Dies gilt auch für empfangene Abfindungsleistungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag. Für zu leistende Abfindungszahlungen bei Dienstherrenwechseln sowie zur Kompensation der dauerhaft steigenden Versorgungsaufwendungen werden nunmehr bis auf Weiteres jährlich pauschal 2,5 Mio. € aus dem Sondervermögen entnommen und dem Kernhaushalt zuführt.

Geiger

Anlage/n:

Anfragen/Anregungen

Die Antwort zur Anfrage
A 005
ist noch in Bearbeitung

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Diverse / FB 20

Produkt / Kostenart

Diverse / 471102

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 471102: Abschreibungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände werden 2025 und 2026 deutlich niedriger, danach sogar drastisch geringer bewertet.

Welche immateriellen Vermögensgegenstände besitzt die Stadt hauptsächlich?

Wie kommen die geringeren AfA-Sätze zustande?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A001 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025 ff**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 471102; Abschreibungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände werden 2025 und 2026 deutlich niedriger; danach sogar drastisch geringer bewertet.

Welche immateriellen Vermögensgegenstände besitzt die Stadt hauptsächlich?

Wie kommen die geringen AfA-Sätze zustande?

Begründung:

Antwort:

Zu den sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen zählen insbesondere Softwarelizenzen und ausgesuchte Rechte (z.B. Bildrechte). Darüber hinaus gibt es noch immaterielle Vermögensgegenstände in Form von Investitionszuschüssen, die aber über das Konto 471101 abgeschrieben werden.

Die Planabschreibungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (Konto 471102) basieren einerseits auf den bereits angeschafften neuen Vermögensgegenständen als auch andererseits auf den Planansätzen für die Beschaffung von sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen.

Das Förderprojekt für den DigitalPakt ist nach erfolgreicher Inanspruchnahme durch die Stadt Braunschweig ausgelaufen, so dass entsprechend ab dem Haushalt 2025 ff. geringere Ansätze für Datenleitungen, Software und Hardware erforderlich geworden sind. Hierin begründet sind auch die geringer kalkulierten Abschreibungen auf dem Konto 471102 für die Haushaltsjahre 2025 ff..

Wählen Sie ein Element aus.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / FB 20 (FB 65)

Produkt / Kostenart

1.11.1165.XX / 421110

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1165 Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2024?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. 002 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1165 Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2024?

Begründung:

Antwort:

Das Produkt 1.11.1165 beinhaltet verschiedene Kostenarten im Zusammenhang mit der Verwaltung städt. Grundvermögens und der Fremdanmietung, z. B. Personalaufwendungen, Erwerb von Vermögensgegenständen (Festwert) oder Mieten und Pachten. Der überwiegende Anteil der Gesamtaufwendungen (2025: 75 %) entfällt auf die Kostenart Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen / Sachkonto 421110. Die jährliche Höhe dieser Aufwendungen ist vom Gesamtumfang der durchzuführenden Hochbaumaßnahmen und deren Struktur abhängig.

Findet bei einem städt. Objekt nur die Sanierung eines Bauteils statt - z. B. Projekt 4E.210186 Kita Thune, Dachsanierung - , handelt es sich zu 100 % um eine reine Aufwandsmaßnahme. Davon sind die sog. Mischprojekte zu unterscheiden, deren Haushaltsmittel in einen investiven Anteil (i. d. R. 80 %) und in einen nicht werterhöhenden Anteil (Aufwand, i. d. R. 20 %) aufgeteilt werden. Dazu zählen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie umfängliche Sanierungen, z. B. Projekt 4E.210315 Neubau 6. IGS. Bei den Mischprojekten handelt es sich zugleich um Großprojekte, deren Gesamtkosten sich oft im zweistelligen Millionenbereich bewegen. 2025 ist der Anteil der Großprojekte im Vergleich zu 2024 am Gesamtvolumen sehr groß. Deren absolute Aufwandsanteile führen zu den hohen Ansätzen ab 2025.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / FB 20 (FB 65)

Produkt / Kostenart

Diverse / 421110

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 421110: die Ansätze für Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen und die Planung für 2027 liegen deutlich höher als in den Vorjahren bzw. für 2028 angenommen.

Aus welchen Gründen werden hier bis zu 50Mio EUR (im Vergleich zu 2023) mehr angesetzt?

Wie unterscheiden sich diese Maßnahmen von bisher häufig als „Investitionen“ bezeichneten Instandhaltungs-/Sanierungsarbeiten?

Welcher Fachbereich wird mit dem größten Teil dieser Ansätze betraut?

Begründung:

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. 003 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 421110: die Ansätze für Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen und die Planung für 2027 liegen deutlich höher als in den Vorjahren bzw. für 2028 angenommen.

Aus welchen Gründen werden hier bis zu 50 Mio EUR (im Vergleich zu 2023) mehr angesetzt?

Wie unterscheiden sich diese Maßnahmen von bisher häufig als „Investitionen“ bezeichneten Instandhaltungs-/Sanierungsarbeiten?

Welcher Fachbereich wird mit dem größten Teil dieser Ansätze betraut?

Begründung:

Antwort:

Die Höhe der Aufwendungen des Sachkontos 421110 ist abhängig vom Gesamtumfang der je Haushaltsjahr durchzuführenden Hochbaumaßnahmen und deren Struktur.

Findet bei einem städt. Objekt nur die Sanierung eines Bauteils statt - z. B. Projekt 4E.210186 Kita Thune, Dachsanierung - , handelt es sich zu 100 % um eine reine Aufwandsmaßnahme. Davon sind die sog. Mischprojekte zu unterscheiden, deren Haushaltsmittel in einen investiven Anteil (i. d. R. 80 %) und in einen nicht werterhöhenden Anteil (Aufwand, i. d. R. 20 %) aufgeteilt werden. Dazu zählen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie umfängliche Sanierungen, z. B. Projekt 4E.210315 Neubau 6. IGS.

Bei den Mischprojekten handelt es sich zugleich um Großprojekte, deren Gesamtkosten sich oft im zweistelligen Millionenbereich bewegen. 2025 - 2027 ist der Anteil der Großprojekte im Vergleich zu 2028 oder auch 2023 am Gesamtvolumen sehr groß. Deren absolute Aufwandsanteile führen zu den hohen Ansätzen.

Die Haushaltsmittel des Sachkontos 421110 werden zum überwiegenden Teil vom Referat Hochbau und von Fachbereich Gebäudemanagement umgesetzt.

I. V.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Diverse / FB 20

Produkt

Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

Antwort:

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt "Transparenz in den Haushaltsberatungen" (DS 24-24333-01).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens wurde an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt und zur Vermeidung von Überplanungen den Anmeldungen der Ist-Aufwand des Jahres 2023 gegenübergestellt und analysiert. Hierdurch kam es bereits zu einer erheblichen Absenkung gegenüber den geltend gemachten Mehrbedarfen.

Als Reaktion auf die stark angespannte Haushaltslage wurde auf Basis dieser reduzierten Mehrbedarfsanmeldungen zusätzlich eine pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Aufwandsbudgets der Teilhaushalte vorgenommen, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden.

Im späteren Vollzug des Haushalts besteht insoweit Flexibilität, dass die Dezernatsleitungen im Rahmen ihrer Fachverantwortung die im Haushaltsentwurf vorläufig bestimmten Ansätze, denen die pauschalen Kürzungen zunächst zugeordnet wurden, unterjährig innerhalb der Budgets eigenverantwortlich anders zuordnen können. Im Ergebnis dieses Planungsverfahrens erhält jede Organisationseinheit jedoch mindestens einen Inflationsausgleich im Vergleich zum Ist-Aufwand 2023.

Es wurde ebenfalls eine Priorisierung der Maßnahmen im Investitionsmanagement vorgenommen (s. u.a. Liste der Zukunftsprojekte (Ziffer 3.2.9.3) im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Rechnerisch konnte in dem verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren dabei eine Ergebnisverbesserung von ca. 45 Mio. € erzielt werden (s. Präsentation zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Im Vergleich der Teilhaushalte im Doppelhaushalt 2023/2024 zu den Teilhaushalten im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind die Ansätze für die Aufwendungen im Ergebnishaushalt insgesamt angestiegen. Die Ausweitung konnte jedoch durch die o. g. verwaltungsinterne Vorgehensweise begrenzt und die Überplanung in den Budgets weiter abgebaut werden.

Ferner hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen um die Ertragskraft für die Jahre 2025 ff. zu erhöhen. Dies erfolgt insbesondere durch die Anhebung der Grundsteuer B.

Gez. Geiger 17.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Allg. Finanzw. / FB 20

Produkt / Kostenart

1.61.6120.01 / 451710

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 451710: warum ist im allgemeinen Aufwärtstrend nur für das Jahr 2025 ein deutlich geringerer Zinsaufwand zu erwarten?

Begründung:


Unterschrift

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Allg. Finanzw. / FB 20

Produkt / Kostenart

1.61.6120.01 / 459115

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 459115: was ist unter "Kreditbeschaffungskosten Experimentierklausel" zu verstehen und warum entwickeln sich diese Kosten in den Jahren 2024-2027 so massiv?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 006 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 459115: was ist unter "Kreditbeschaffungskosten Experimentierklausel" zu verstehen und warum entwickeln sich diese Kosten in den Jahren 2024-2027 so massiv?

Begründung:

Antwort:

Kreditbeschaffungskosten sind einmalige Kosten, die im Zusammenhang mit der Aufnahme von Krediten anfallen können. Wird z. B. ein Kredit auf Vermittlung einer Bank als Schuldscheindarlehen bei einem Versicherungsunternehmen aufgenommen, fällt dafür üblicherweise eine Vermittlungsgebühr an. Die Höhe richtet sich nach dem Kreditvolumen. Folglich stehen die veranschlagten Kreditbeschaffungskosten in Relation zu dem bei Sachkonto 692735 geplanten Volumen der Kreditaufnahmen.

Zur Vollständigkeit wird darauf hingewiesen, dass die ggf. tatsächlich anfallenden Kosten von den städtischen Gesellschaften, für die die Darlehensaufnahmen erfolgen, erstattet werden. Die entsprechende Veranschlagung erfolgt bei Sachkonto 369925 im Teilhaushalt Fachbereich 20 - Finanzen.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / FB 20

Produkt

1.11.1166.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1166 sonstiges Grundstücks-/Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2023?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 007 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1166 sonstiges Grundstücks-/Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2023?

Begründung:

Antwort:

Hinter dem Produkt 1.11.1166 - sonstiges Grundstücks-/Immobilienmanagement verbirgt sich der Zuschuss/Verlustausschlag für die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH.

Gemäß der Mittelfristplanung aus dem Wirtschaftsplan 2024 wurde seinerzeit ein Zuschussbedarf für das Wirtschaftsjahr 2025 in Höhe von 5.549 T€ veranschlagt. Ich verweise hierzu auf die seinerzeitige Vorlage zum Wirtschaftsplan 2024 für den Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) zur Sitzung vom 2. November 2023 (23-22242), Anlage zur Vorlage S. 27.

Ergänzend wird hierzu mitgeteilt, dass die aktualisierte Wirtschaftsplanung der Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2025 voraussichtlich einen Zuschussbedarf von rd. 241,1 T€ ausweisen wird. Dies resultiert aus noch vorhandenen Gewinnvorträgen aus Vorjahren aufgrund des gegenüber der Planung 2024 voraussichtlich besseren Ergebnisses im Jahr 2024 sowie der Verschiebung von geplanten Grundstücksveräußerungen in die Folgejahre (der Wirtschaftsplan 2025 wird dem FPDA voraussichtlich zur Sitzung am 5. Dezember 2024 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt).

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / FB 20

Produkt / Kostenart

Diverse / 431510

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 431510: warum werden die Zuschüsse an verbundene Unternehmern, Beteiligungen und/oder Sondervermögen in 2025 und 2026 mit 118Mio bzw. 114Mio die entsprechenden Positionen der umliegenden Jahre so stark überragen? Welche sind dabei jeweils die 3 größten oder ggfs. neuen Posten in diesen Beträgen?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 008 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 431510: warum werden die Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und/oder Sondervermögen in 2025 und 2026 mit 118Mio bzw. 114Mio die entsprechenden Positionen der umliegenden Jahre so stark überragen? Welche sind dabei jeweils die 3 größten oder ggfs. neuen Posten in diesen Beträgen?

Begründung:

Antwort:

Der Anstieg der Zuschüsse an verbundene Unternehmen und Beteiligungen in 2025 und 2026 resultiert insbesondere aus dem Anstieg der Zuschüsse bzw. Verlustausgleichszahlungen für die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Hinweis: mit Wirkung vom 16. August 2024 wurde letztgenannte Gesellschaft in "Braunschweig Beteiligungen GmbH" umfirmiert; ich verweise hierzu auf die Vorlage vom 26. April 2024; DS 24-23578).

Ausführliche Erläuterungen zu den Notwendigkeiten einer höheren Zuschussveranschlagung für die o. g. Gesellschaften sowie eine Auflistung aller Veranschlagungen für alle weiteren Gesellschaften finden sich im Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026, Kapitel 2.2.3.3: "Verlustausgleich an verbundene Unternehmen und Beteiligungen", pdf-Seite 109 bis 111.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

32 / FB 32

Produkt

1.12.1221.21 und
1.12.1221.22

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB32 Öffentliche Sicherheit, Produkt 1.12.1221 Ordnungswidrigkeiten ruhender und fließender Verkehr:
welche Gründe haben die Ansätze der deutlich niedrigeren Salden für 2025 und 2026?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 009 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB32 Öffentliche Sicherheit, Produkt 1.12.1221 Ordnungswidrigkeiten ruhender und fließender Verkehr:
welche Gründe haben die Ansätze der deutlich niedrigeren Salden für 2025 und 2026?

Begründung:

Antwort:

Der Jahresabschluss für 2023 ist noch offen. Es wurden noch nicht alle Prozesse abgeschlossen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung, so dass die Salden für 2023 nicht aussagekräftig sind. Zum Beispiel enthalten Sie keine Personalaufwendungen.

Bei den Ordnungswidrigkeiten ruhender Verkehr werden im Vergleich zu 2024 in den beiden Jahren 2025 und 2026 positivere Salden erzielt.

Bei den Ordnungswidrigkeiten fließender Verkehr werden im Vergleich zu 2024 in den beiden Jahren 2025 und 2026 niedrigere Salden erzielt.

Die Entwicklung begründet sich in den Tarfkostensteigerungen die naturgemäß 2023 noch nicht durchtrugen und im Ansatz 2024 noch keine Berücksichtigung finden konnten.

gez. Dr. Köhler 15.10.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

37 / FB 37

Produkt

1.12.1260.13

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB37 Feuerwehr, Produkt 1.12.1260.13 Leitstelle:

wie groß ist in den Erträgen für 2025 und 2026 jeweils eine Kostenbeteiligung durch die von der Leitstelle mitbetreuten Nachbarlandkreise?

Kann dieser Anteil eventuell erhöht werden?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 010 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB37 Feuerwehr, Produkt 1.12.1260.13 Leitstelle:
wie groß ist in den Erträgen für 2025 und 2026 jeweils eine Kostenbeteiligung durch die
von der Leitstelle mitbetreuten Nachbarlandkreise?
Kann dieser Anteil eventuell erhöht werden?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Die Kostenbeteiligung durch die von der Leitstelle mitbetreuten Nachbarlandkreise
Wolfenbüttel und Peine beträgt im Jahr 2024 pro Quartal jeweils 249.859,21 €.

Für die Jahre 2025 und 2026 wird sich nach derzeitiger Vertragslage die Beteiligung um
die dann geltende Grundlohnsummensteigerung entsprechend erhöhen. Zu beachten ist in
diesem Zusammenhang jedoch das zwischenzeitlich beauftragte Leitstellengutachten, mit
dessen Ergebnis in 2025 gerechnet wird. Insofern geht die Verwaltung derzeit davon aus,
dass eine neue Kostenbetrachtung mit Fertigstellung des Leitstellengutachtens
vorzunehmen ist.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kulturpunkt West (KPW)

Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 24-23688-01 „Kulturpunkt West - Angebotsqualität für die Menschen in der Weststadt sichern und ausbauen“ hat die Verwaltung (Dezernat IV / Fachbereich 41) am 04.06.2024 über den aktuellen Sachstand bei dieser soziokulturellen Einrichtung informiert. In der genannten Mitteilung heißt es u. a.:

„In den Jahren seines Bestehens ist das Veranstaltungsangebot des KPW kontinuierlich ausgebaut worden. Im Sinne des Förderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Fördergebiet „Soziale Stadt – Donauviertel“ wird der KPW derzeit für 2,6 Millionen Euro saniert und umgebaut. Durch die umfangreiche räumliche Bestandserweiterung erfährt der KPW eine neue Nutzbarmachung und Würdigung.“

In derselben Mitteilung wird jedoch auch darauf verwiesen, dass weder im Doppelhaushalt 2023 / 2024 noch im Doppelhaushalt 2025 / 2026 eine Stellenschaffung im Bereich des KPW vorgesehen war / ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. In welchem Umfang findet im KPW durch die aktuellen baulichen Maßnahmen eine räumliche Bestandserweiterung statt?
2. Gibt es bereits Ideen oder Konzepte, was mit diesen neuen Räumen bzw. Flächen inhaltlich geschehen soll?
3. Ist die Bestandserweiterung mit der vorhandenen personellen und finanziellen Ausstattung zu leisten oder bedarf es hier einer Aufstockung?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 011 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kulturpunkt West (KPW)

Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 24-23688-01 „Kulturpunkt West - Angebotsqualität für die Menschen in der Weststadt sichern und ausbauen“ hat die Verwaltung (Dezernat IV / Fachbereich 41) am 04.06.2024 über den aktuellen Sachstand bei dieser soziokulturellen Einrichtung informiert. In der genannten Mitteilung heißt es u.a.:

„In den Jahren seines Bestehens ist das Veranstaltungsangebot des KPW kontinuierlich ausgebaut worden. Im Sinne des Förderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Fördergebiet „Soziale Stadt – Donauviertel“ wird der KPW derzeit für 2,6 Millionen Euro saniert und umgebaut. Durch die umfangreiche räumliche Bestandserweiterung erfährt der KPW eine neue Nutzbarmachung und Würdigung.“

In derselben Mitteilung wird jedoch auch darauf verwiesen, dass weder im Doppelhaushalt 2023 / 2024 noch im Doppelhaushalt 2025 / 2026 eine Stellenschaffung im Bereich des KPW vorgesehen war / ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. In welchem Umfang findet im KPW durch die aktuellen baulichen Maßnahmen eine räumliche Bestandserweiterung statt?
2. Gibt es bereits Ideen oder Konzepte, was mit diesen neuen Räumen bzw. Flächen inhaltlich geschehen soll?
3. Ist die Bestandserweiterung mit der vorhandenen personellen und finanziellen Ausstattung zu leisten oder bedarf es hier einer Aufstockung?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antwort:

Die Sanierung und der Ausbau des Kulturpunkt West (KPW) sind seit 2019 Teil des Förderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“. Ehedem erhielt die Stadt Braunschweig 2,6 Mio. Euro Fördermittel vom Land für die Sanierungsmaßnahme. Die Sanierung des KPW wird im kommenden Jahr zum Abschluss kommen. Neben der Sanierung wird der KPW um Gebäudeteile erweitert, die bisher vom „Kinder- und Teeny-Klub (KTK) Weiße Rose“ genutzt wurden und ebenfalls einer Renovierung unterzogen werden mussten. Neben der Erweiterung des Keller- und Obergeschosses wird auch der Außenbereich neugestaltet und entwickelt den KPW mit verbessertem Zugang sowie erweiterten Flächen und Angeboten zu einem noch relevanteren und wichtigeren (sozio-)kulturellen Knotenpunkt im Donauviertel und in der Weststadt.

Auf die Anfrage antwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu 1.:

Mit der Sanierung des KPW wird das Raumangebot erweitert. Die Anzahl nutzbarer Räume erhöht sich von 6 auf 13 Räume. Die Nutzfläche lag bisher bei 411 Quadratmetern. Nach der Sanierung werden es 664 Quadratmeter zzgl. Nebenflächen sein.

Zu 2.:

Der KPW ist die größte soziokulturelle Einrichtung der Weststadt sowie ein wichtiger Bestandteil der soziokulturellen Infrastruktur der Stadt Braunschweig. Der seit 1988 bestehende KPW steht explizit allen sozialen Gruppen, Vereinen und Organisationen sowie Privatpersonen zur Anmietung zur Verfügung. Hinzu kommen Eigenveranstaltungen des KPW, die mit der Zielsetzung verbunden sind, möglichst alle Nutzergruppen anzusprechen bzw. relevante Schwerpunktthemen der soziokulturellen Stadtteilarbeit zu bearbeiten. Durch die Erweiterung des Raumangebots ergeben sich weitere Nutzungsoptionen, z.B. für kulturelle, integrative und sozialpädagogische Angebote. Entsprechende Kurse und Workshops werden das bestehende Angebot sinnvoll und umfassend ergänzen. Beispielhaft benannt werden können Angebote zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe oder Tanz- und Musikangebote für Kinder und Jugendliche. Ergänzend dazu soll es zukünftig auch Beratungsräume für beispielsweise das Jobcenter, den Stadtteile ohne Partnergewalt e.V. oder die Erziehungsberatungsstelle geben.

Zu 3.:

Derzeit ist der KPW personell mit einer Stelle Leitung des Hauses (S17 TVöD SuE) und zwei Stellen für Hausmeister (EGr. 5 TVöD) ausgestattet.

Im Jahr 2023 haben im KPW insgesamt 151 Eigenveranstaltungen sowie 455 Vermietungen stattgefunden.

Mit dem vorhandenen Personal wie auch den finanziellen Mitteln kann das bisherige Veranstaltungs- sowie Vermietungsvolumen im Anschluss an die Bestandserweiterung durch die Sanierungsarbeiten beibehalten werden.

I. V.

gez. Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Projektfördermittel Kulturbereich / Magnifest

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) hat am 21. Mai 2024 ausführlich über die Verwaltungsvorlage 24-23781 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ diskutiert und anschließend beschlossen, das Magnifest 2024 mit 28.250 Euro aus Projektfördermitteln der Kulturbereiche zu unterstützen. Die Fachverwaltung hatte ursprünglich rund 18.360 Euro zur Finanzierung der kulturellen Anteile (Bühnenprogramm und Kinderfest am Löwenwall) vorgeschlagen. Um den Kulturetat mit diesem geänderten AfKW-Beschluss nicht überzustrapazieren, wurden die Projektfördermittel im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft in der Ratssitzung am 11. Juni 2024 (auf Antrag von SPD, Grünen und Fraktion BS) um 66.700 Euro erhöht.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über diese Zuwendung an die Werbegemeinschaft Magniviertel e. V. für das Magnifest 2024 und deren mögliche Auswirkungen auf andere kulturelle Projekte bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der gesamte Projektat der Kulturförderung im nächsten Haushaltsjahr 2025?
2. Ist vorgesehen, im kommenden Jahr 2025 wieder ca. 30.000 Euro für das Magnifest aus dem Kulturetat bereitzustellen?
3. Wurde / wird das Magnifest 2024 auch mit Mitteln der Wirtschaftsförderung unterstützt - falls Ja, in welcher Höhe?

Begründung:

In der genannten Sitzung des AfKW am 21. Mai 2024 wurde laut Beschlussauszug zu TOP 7 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ von unserer Ratsfrau Dr. Elke Flake u. a. geäußert, dass verhindert werden müsse, dass aufgrund der aufgestockten Förderung des Magnifestes und der vorläufigen Überzeichnung des Projektfördertopfes andere Projekte im Kulturbereich nicht gefördert werden könnten. Kulturdezernentin Prof. Dr. Anja Hesse richtete zudem die Bitte an die Politik, die Finanzierung des Magnifestes langfristig von einer Projektförderung in eine dauerhafte Förderung umzuwandeln. Dadurch könne auch eine Bevorzugung des Magnifestes im Rahmen der kulturellen Projektförderungen verhindert und dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprochen werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 012 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Projektfördermittel Kulturbereich / Magnifest

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) hat am 21. Mai 2024 ausführlich über die Verwaltungsvorlage 24-23781 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ diskutiert und anschließend beschlossen, das Magnifest 2024 mit 28.250 Euro aus Projektfördermitteln der Kulturbereiche zu unterstützen.

Die Fachverwaltung hatte ursprünglich rund 18.360 Euro zur Finanzierung der kulturellen Anteile (Bühnenprogramm und Kinderfest am Löwenwall) vorgeschlagen.

Um den Kulturetat mit diesem geänderten AfKW-Beschluss nicht überzustrapazieren, wurden die Projektfördermittel im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft in der Ratssitzung am 11. Juni 2024 (auf Antrag von SPD, Grünen und Fraktion BS) um 66.700 Euro erhöht.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über diese Zuwendung an die Werbegemeinschaft Magniviertel e. V. für das Magnifest 2024 und deren mögliche Auswirkungen auf andere kulturelle Projekte bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der gesamte Projektat der Kulturförderung im nächsten Haushaltsjahr 2025?
2. Ist vorgesehen, im kommenden Jahr 2025 wieder ca. 30.000 Euro für das Magnifest aus dem Kulturetat bereitzustellen?
3. Wurde / wird das Magnifest 2024 auch mit Mitteln der Wirtschaftsförderung unterstützt - falls Ja, in welcher Höhe?

Begründung:

In der genannten Sitzung des AfKW am 21. Mai 2024 wurde laut Beschlussauszug zu TOP 7 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ von unserer Ratsfrau Dr. Elke Flake u. a. geäußert, dass verhindert werden müsse, dass aufgrund der aufgestockten Förderung des Magnifestes und der vorläufigen Überzeichnung des Projektfördertopfes andere Projekte im Kulturbereich nicht gefördert werden könnten. Kulturdezernentin Prof. Dr. Anja Hesse richtete zudem die Bitte an die Politik, die Finanzierung des Magnifestes langfristig von einer Projektförderung in eine dauerhafte Förderung umzuwandeln. Dadurch könne auch eine Bevorzugung des Magnifestes im Rahmen der kulturellen Projektförderungen verhindert und dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprochen werden.

Antwort:

Zu 1.:

Der Projektetat der Kulturförderung im Haushaltsjahr 2025 ohne dauerhafte Projektförderungen, Atelierförderung und Tanzförderung beträgt 299.300 Euro.

Zu 2.:

Es liegen bisher keine Absichtserklärungen von Seiten der Veranstalter des Magnifestes vor, in 2025 einen erneuten Antrag auf Mittel der Kulturförderung zu stellen. Eine Antragsstellung steht dem Verein für das zweite Halbjahr 2025 bis zum 30. Mai 2025 frei. Eine Bewilligung erfordert gemäß Unterpunkt f) der Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffs „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ bei Antragssummen über 5.000 Euro eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW). Zudem muss der Antragsteller den ordnungsgemäßen Nachweis der Mittelverwendung für die noch ausstehenden Jahre 2023 und 2024 sicherstellen.

Zu 3.:

Durch Beschluss des Antrages „Erhalt des Magnifestes“ (DS Nr. 16-02985) des Rates am 6. Dezember 2016 wurde die Verwaltung beauftragt, der Werbegemeinschaft Magniviertel e.V. bei der Erstellung eines neuen Konzepts für das Magnifest und bei der Suche nach potenziellen Partnern und Sponsoren für die Durchführung des Festes behilflich zu sein. Daraufhin wurde die Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) damit betraut, die Werbegemeinschaft zu unterstützen. Seitdem berät die BSM den Veranstalter im Rahmen der Sondernutzung und unterstützt die Kommunikation der Veranstaltung. Darüber hinaus erhält der Veranstalter ein Sponsoring i.H.V. von 30.000 Euro zzgl. gesetzl. MwSt. Hierzu wird auf die Mitteilung „Magnifest 2017 - Unterstützungsleistungen der Stadt Braunschweig“ (DS Nr. 17-05085) verwiesen.

I. A.

gez. Dr. Malorny

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

KuW / Ref. 0414

Produkt

1.25.2514.01

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.2514 / .01 Stadtarchiv:

was wird unter "sonstigen Dienstleistungen" zusammengefasst?

Wie erklären sich die defizitären Entwicklungen in den beiden nächsten Jahren durch diese Dienstleistungen und dem allgemeinen Wissenschafts- und Forschungsbereich des Stadtarchivs?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 013 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.2514 / .01 Stadtarchiv:
was wird unter "sonstigen Dienstleistungen" zusammengefasst?
Wie erklären sich die defizitären Entwicklungen in den beiden nächsten Jahren durch
diese Dienstleistungen und dem allgemeinen Wissenschafts- und Forschungsbereich des
Stadtarchivs?

Begründung:

.

Antwort:

Das Produkt "Sonstige Dienstleistungen" umfasst externe und interne Anfragen zu wissenschaftlichen, heimatkundlichen und genealogischen Themen. Einnahmen werden u.a. über gebührenpflichtige externe Anfragen erzielt, deren Zahl während der Corona-Pandemie zurückgegangen ist. Weitere Einnahmen werden durch Benutzungsgebühren erzielt, sowie durch von Nutzerinnen und Nutzern vor Ort erteilte Scanaufträge und Aufträge in Bezug auf Kopien von verfilmten Zeitungen. Da die Nutzerzahlen aufgrund der Pandemie regelrecht eingebrochen waren (das Archiv war zeitweise komplett geschlossen und über einen langen Zeitraum nur zu stark reduzierten Öffnungszeiten und mit einem stark reduzierten Platzangebot nutzbar), hat sich dies in den letzten Jahren auch auf die vor Ort eingenommenen Gebühren negativ ausgewirkt. Aufgrund einer anstehenden Anpassung der Archivgebührenordnung ist in Zukunft mit erhöhten Einnahmen zu rechnen. Die Erhöhung der Einnahmen wurde seinerzeit durch eine Bewertungskommission der KGSt festgesetzt.

I. A.

gez. Dr. Henning Steinführer

Unterschrift (Dez./FBL)

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kürzung Veranstaltungsetat

Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 ist im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft auf Seite 603 auch das Produkt 1.25.2811.04 „Eigene kult. Verant. sonst. Kulturpfl.“ zu finden.

Nachzulesen ist dort, dass der Ansatz für dieses Produkt von 1.416.866 € im Jahr 2024 auf 475.255 € im Jahr 2025 gekürzt werden soll. Das entspricht einer massiven Reduzierung um insgesamt 941.611 €.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 noch im geplanten Umfang stattfinden?
2. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 in reduziertem Umfang stattfinden?
3. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 überhaupt nicht mehr stattfinden?

Wir bitten jeweils um detaillierte Aufzählung aller Veranstaltungen mit den jeweiligen Aufwendungen bzw. Erträgen 2025 / 2026.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 014 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung Veranstaltungsetat

Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 ist im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft auf Seite 603 auch das Produkt 1.25.2811.04 „Eigene kult. Veransth. sonst. Kulturpfl.“ zu finden. Nachzulesen ist dort, dass der Ansatz für dieses Produkt von 1.416.866 € im Jahr 2024 auf 475.255 € im Jahr 2025 gekürzt werden soll. Das entspricht einer massiven Reduzierung um insgesamt 941.611 €.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 noch im geplanten Umfang stattfinden?
2. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 in reduziertem Umfang stattfinden?
3. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 überhaupt nicht mehr stattfinden?

Wir bitten jeweils um detaillierte Aufzählung aller Veranstaltungen mit den jeweiligen Aufwendungen bzw. Erträgen 2025 / 2026.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antwort:

Der Antwort vorangestellt wird, dass die o.g. Anfrage Bezug auf den Veranstaltungsetat des Produktes 1.25.2811.04 nimmt. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich beim Veranstaltungsetat des Produktes 1.25.2811.04 grundsätzlich um den allgemeinen Veranstaltungsansatz des Fachbereichs 41 Kultur und Wissenschaft handelt. Hierüber werden alle zentralen kulturellen Projekte des FB 41, u.a. Veranstaltungen und Kooperationen mit Dritten, z.B. im Rahmen der Erinnerungskultur, finanziert.

Die in der Anfrage aufgezeigte Differenz weist im Haushaltsentwurf 2025/2026 einen reduzierten Finanzierungsansatz für die o.g. kulturellen Projekte in Höhe von ca. 520.000 Euro gegenüber dem Haushalt 2023/2024 aus.

Diese Differenz resultiert aus den verwaltungsseitigen Konsolidierungsmaßnahmen zur Haushaltsaufstellung 2025/2026.

Folgende zusätzlichen technischen Anpassungen wurden im erfragten Produkt 1.25.2811.04 zudem vorgenommen, die zu zahlenmäßigen Abweichungen führen: Die Veranschlagung des Ansatzes für die Tanzförderung (177.500 Euro) wird zukünftig auf dem PSP-Element 1.25.2811.09 geführt.

Zudem handelt es sich bei dem auf S.603 aufgeführten Ansatz nicht ausschließlich um den Etat des Sachkontos für Veranstaltungen. So sieht der Ansatz auch Aufwendungen für Personalkosten und sonstige ordentliche Aufwendungen (Mitgliedsbeiträge, Erstattungen an den FB 65 Gebäudemanagement etc.) vor.

Des Weiteren ergibt sich die Differenz aus neuen Kostenverteilungen innerhalb des Budgets (hier insb. bei den Personalkosten und der internen Leistungsverrechnung).

Im Sinne der Fragestellung wird bei der Beantwortung nicht nur das konkret zitierte Produkt herangezogen, sondern alle Produkte, aus denen sich der Veranstaltungsetat des FB 41 zusammensetzt. Denn die einzelnen Sparten, wie z.B. der Rote Saal, der Kulturpunkt West (KPW) oder das Raabe-Haus:Literaturzentrum, verfügen innerhalb des FB 41 über jeweils gesonderte Veranstaltungsansätze, die ebenfalls zur Haushaltskonsolidierung herangezogen wurden und deren bisher gewohntes Veranstaltungsangebot daher eingeschränkt wird.

Diese haushaltstechnischen Erläuterungen vorausgeschickt, werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Für die Jahre 2025/2026 sind folgende Veranstaltungen der Verwaltung geplant:

2025:

- Durchführung der 15. Braunschweiger Kulturnacht (Budget: 165.000 Euro)
- Verleihung des Louis Spohr Musikpreises (Budget: 33.000 Euro)
- Durchführung des Salons der Wissenschaft (Budget: 50.000 Euro)
- Umsetzung des Architekturpavillons in der Innenstadt (Budget aus Übertragungen 2024 sowie Fördermitteln)

2025/2026:

- Verleihung des Raabe-Literaturpreises (Budget: jeweils 62.500 Euro)
- Literaturfestival (Budget: jeweils 35.000 Euro)
- Durchführung von Braunschweig International (Budget: jeweils 46.000 Euro)
- Fortführung der Umsetzung Kultur.Raum.Zentrale (Budget: jeweils 70.000 Euro)

2026:

- Regionales Musikfest in Braunschweig (Budget: 30.000 Euro)
- Verleihung des Friedrich-Gerstäcker-Preises (Budget: 25.000 Euro)

Zu 2.:

Über die Finanzierungen der großen und zum Teil wiederkehrenden Veranstaltungen, die unter Frage 1 benannt werden, hinaus, stehen dem FB 41 ab dem Haushaltsjahr 2025 keine weiteren Finanzmittel mehr zur Verfügung, mit denen die einzelnen Sparten und Kultureinrichtungen des FB 41 kleine und mittlere Formate über das Jahr verteilt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Verfügung stellen können.

Es wird ab 2025 im Roten Saal, im KPW und in der halle267 lediglich ein Grundbetrieb möglich sein. Der Rote Saal, der KPW und insbesondere die halle267 werden künftig vorrangig Vermietungen vornehmen, und mithin ein deutlich eingeschränktes Veranstaltungs- und Ausstellungsprogramm (gegenüber Ausstellungen in der Vergangenheit wie von Herlinde Koelbl, Peter Tuma und Malte Bartsch) anbieten. Der Einfluss auf die Qualität der Ausstellungen wird geringer.

Das Angebot des Raabe-Haus:Literaturzentrums wird bis zur Grenze der Aufrechterhaltung der Landesförderung auf ein Minimum reduziert.

Neben den kulturellen Projekten der Kultureinrichtungen des FB 41 werden auch die Ansätze für Erinnerungskultur, Wissenschaft und Stadtteilkulturarbeit reduziert.

Ebenso werden überdies die Musikschultage der Städtischen Musikschule nur noch in einem erheblich reduzierten Umfang stattfinden können.

Zu 3.:

Durch die Reduzierung des Veranstaltungsansatzes des Produktes 1.25.2811.04 und der anderen Teilveranstaltungsprodukte würden dem FB 41 - nach derzeitigem Stand der Haushaltsaufstellung - über die unter Antwort 1 benannten Projektmittel hinaus, keine freien Veranstaltungsmittel mehr zur Verfügung stehen. Die Verwaltung ist derzeit aktiv darum bemüht, dass im Rahmen der Ansatzveränderungen bzw. durch Mittelumschichtungen weitere kulturelle Projekte ermöglicht werden könnten. Dies hätte ggf. auch positive Auswirkungen auf die in Antwort 2 dargestellten potenziellen Einschränkungen.

I. V.

gez. Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION.BS - DIE LINKE., Volt, Die
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0500 / Ref. 0500

Produkt

1.31.3119.40

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Fonds für Kinder und Jugendliche 0 €?

Begründung:

Seit 2007 gibt es das Präventionsnetzwerk Kinderarmut in Braunschweig. Der Beirat Kinderarmut bildet das Arbeitsgremium des Netzwerkes. Diese Struktur ist im 2012 vom Rat der Stadt verabschiedeten „Kommunalen Handlungskonzept Kinderarmut“ verankert wie auch die Festlegung der Zuständigkeit des Beirates für den Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche (früher Schulkostenfonds).

Gefüllt wird der Fonds durch Spenden die von "Spendenbeauftragten in Sachen Kinderarmut" eingesammelt werden. Von 2007 - 2016 war der ehem. Propst Armin Kraft, der vom Ex OB Hoffmann benannte Beauftragte. Nachdem er wegen privater Zuwendungen in Misskredit geriet, trat er 2016 zurück. 2018 folgten die Ex-Bürgermeisterin Friederike Harlfinger und der Ex-GF der Nibelungen Wohnbau Rüdiger Warnke.

Auf dem Netzwerktreffen gegen Kinderarmut am 6. Juni 2023 erfolgte auch ein Bericht von Herrn Warnke (hier Schirmherr des Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche) über das Jahr 2022. Es heißt dort: "Insgesamt wurden im Jahr 2022 101.294,22 Euro Spenden eingenommen. Für die langfristig angelegten Resilienzförderkonzepte "Starke Kinder und Jugendliche in BS", Early Excellence-Qualifizierung der Familienzentren, Das Chancennetzwerk, Bewegung und Sprache sowie buddy e. V. sind Mittel geblockt und werden je nach Ausgabenlage angewiesen. Im Jahr 2022 wurden 158.427,11 Euro für Projekte, Einzelfallhilfen, Defizitausgleich bei Schülern und das Kitabudget durch den Braunschweiger Fonds ausgegeben. Ziel ist es, diese unterstützenden Leistungen aufrecht zu erhalten. In Zeiten von Teuerung und steigenden Zahlen von Familien in Armutslagen ist Kontinuität zur Linderung der Folgen notwendig." zum Schluss heißt es: "Prognose Kontostand nach aktueller Kalkulation 2022 181.708,24 EUR"

Im vorliegenden Entwurf werden nun beim Produkt Spenden Kinderarmut (1.31.3119.80) folgende Beträge genannt:

2023 (Ergebnis): -76.557

2024 (Ansatz): 0

2025 (Ansatz): 0

2026 (Ansatz): 0

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Was genau bedeuten die Beträge von 0 € in Bezug auf den Fonds für Kinder und Jugendliche?
2. Ist geplant, den Kampf gegen Kinderarmut als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen und den Fonds für Kinder und Jugendliche aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren?
3. Falls ja, mit welchen Mitteln?
4. Falls nein, wie soll die zukünftige Finanzausstattung des Fonds für Kinder und Jugendliche erfolgen?

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Beantwortung der Anfrage Nr. A_015 der

Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Fonds für Kinder und Jugendliche 0 €?

Begründung:

Seit 2007 gibt es das Präventionsnetzwerk Kinderarmut in Braunschweig. Der Beirat Kinderarmut bildet das Arbeitsgremium des Netzwerkes. Diese Struktur ist im 2012 vom Rat der Stadt verabschiedeten „Kommunalen Handlungskonzept Kinderarmut“ verankert wie auch die Festlegung der Zuständigkeit des Beirates für den Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche (früher Schulkostenfonds).

Gefüllt wird der Fonds durch Spenden die von "Spendenbeauftragten in Sachen Kinderarmut" eingesammelt werden. Von 2007 - 2016 war der ehem. Propst Armin Kraft, der vom Ex OB Hoffmann benannte Beauftragte. Nachdem er wegen privater Zuwendungen in Misskredit geriet, trat er 2016 zurück. 2018 folgten die Ex-Bürgermeisterin Friederike Harlfinger und der Ex-GF der Nibelungen Wohnbau Rüdiger Warnke.

Auf dem Netzwerktreffen gegen Kinderarmut am 6. Juni 2023 erfolgte auch ein Bericht von Herrn Warnke (hier Schirmherr des Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche) über das Jahr 2022. Es heißt dort: "Insgesamt wurden im Jahr 2022 101.294,22 Euro Spenden eingenommen. Für die langfristig angelegten Resilienzförderkonzepte "Starke Kinder und Jugendliche in BS", Early Excellence-Qualifizierung der Familienzentren, Das Chancennetzwerk, Bewegung und Sprache sowie buddy e. V. sind Mittel geblockt und werden je nach Ausgabenlage angewiesen. Im Jahr 2022 wurden 158.427,11 Euro für Projekte, Einzelfallhilfen, Defizitausgleich bei Schülern und das Kitabudget durch den Braunschweiger Fonds ausgegeben. Ziel ist es, diese unterstützenden Leistungen aufrecht zu erhalten. In Zeiten von Teuerung und steigenden Zahlen von Familien in Armutslagen ist Kontinuität zur Linderung der Folgen notwendig." zum Schluss heißt es: "Prognose Kontostand nach aktueller Kalkulation 2022 181.708,24 EUR"

Im vorliegenden Entwurf werden nun beim Produkt Spenden Kinderarmut (1.31.3119.80) folgende Beträge genannt:

2023 (Ergebnis): -76.557

2024 (Ansatz): 0

2025 (Ansatz): 0

2026 (Ansatz): 0

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Was genau bedeuten die Beträge von 0 € in Bezug auf den Fonds für Kinder und Jugendliche?

2. Ist geplant, den Kampf gegen Kinderarmut als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen und den Fonds für Kinder und Jugendliche aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren?

3. Falls ja, mit welchen Mitteln?

4. Falls nein, wie soll die zukünftige Finanzsausstattung des Fonds für Kinder und Jugendliche erfolgen?

Antwort:

1. Der Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche ist ein Treuhandfonds, der vom Sozialreferat der Stadt Braunschweig kostenneutral verwaltet wird. Für den Fonds ist kein Ansatz im städtischen Haushalt vorhanden. Die 0 € beziehen sich auf die geplanten Ansätze für außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen für Spenden für Kinderarmut. Da Spenden in unregelmäßigen Höhen und Abständen erfolgen und nicht garantiert zu Gunsten der Stadt Braunschweig eingehen, werden diese nicht eingeplant. Auch in den vorherigen (Haushalts-)Jahren wurden generell keinerlei Spenden-Erträge und -Aufwendungen eingeplant.

2. Der Kampf gegen Kinderarmut ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist jedoch nicht geplant, städtische Haushaltsmittel in den Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche fließen zu lassen.

3. Siehe zu 2.

4. Wie in den vergangenen Jahren wird der Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche auch künftig auf die Spendenbereitschaft aus der Stadtgesellschaft angewiesen sein.

gez. Kundolf, 13.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Dynamisierung der Zuschüsse

Nach der von der Verwaltung zurückgezogenen Mitteilung 24-23608 vom 31.05.2024 zur Ratssitzung am 11.06.2024 würde der Dynamisierungssatz für die Zuwendungen im Jahr 2025 um 3,45 % erhöht werden, wenn man das im Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ (Vorlage 21-17494) zugrunde legt. Angesichts der außergewöhnlich hohen Tarifsteigerungen und der hohen Inflationsrate der letzten beiden Jahre wird eine Durchschnittsberechnung, die 6 Jahre rückwärts einen Durchschnitt berechnet, allerdings massiv von den Zuschussempfängern kritisiert und ist für Einige existenzbedrohend.

In der zurückgezogenen Mitteilung wird von der Verwaltung vorgeschlagen, aus finanziellen Gründen statt der unzureichenden 3,45 % nur die im Jahr 2024 geltenden 2,19 % zu veranschlagen. Im vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung wurden auch nur 2,19 % als Dynamisierungssatz veranschlagt. Allerdings wurde mündlich angedeutet, daran noch etwas von Seiten der Verwaltung zu korrigieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Plant die Verwaltung die Dynamisierungsrate auf den in der Mitteilung errechneten Durchschnittssatz von 3,45 % zu erhöhen, in dem ein Antrag der Verwaltung zur Korrektur in den Haushaltsberatungen vorgelegt wird?
2. Welches Vorgehen schlägt die Verwaltung vor, um dem berechtigten Anliegen z. B. der Wohlfahrtsverbände, die durch zu geringe Zuschussdynamisierungen an existenzielle wirtschaftliche Grenzen stoßen, zu begegnen?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 016 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Dynamisierung der Zuschüsse

Nach der von der Verwaltung zurückgezogenen Mitteilung 24-23608 vom 31.05.2024 zur Ratssitzung am 11.06.2024 würde der Dynamisierungssatz für die Zuwendungen im Jahr 2025 um 3,45 % erhöht werden, wenn man das im Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ (Vorlage 21-17494) zugrunde legt. Angesichts der außergewöhnlich hohen Tarifsteigerungen und der hohen Inflationsrate der letzten beiden Jahre wird eine Durchschnittsberechnung, die 6 Jahre rückwärts einen Durchschnitt berechnet, allerdings massiv von den Zuschussempfängern kritisiert und ist für Einige existenzbedrohend.

In der zurückgezogenen Mitteilung wird von der Verwaltung vorgeschlagen, aus finanziellen Gründen statt der unzureichenden 3,45 % nur die im Jahr 2024 geltenden 2,19 % zu veranschlagen. Im vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung wurden auch nur 2,19 % als Dynamisierungssatz veranschlagt. Allerdings wurde mündlich angedeutet, daran noch etwas von Seiten der Verwaltung zu korrigieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Plant die Verwaltung die Dynamisierungsrate auf den in der Mitteilung errechneten Durchschnittssatz von 3,45 % zu erhöhen, in dem ein Antrag der Verwaltung zur Korrektur in den Haushaltsberatungen vorgelegt wird?
2. Welches Vorgehen schlägt die Verwaltung vor, um dem berechtigten Anliegen z. B. der Wohlfahrtsverbände, die durch zu geringe Zuschussdynamisierungen an existenzielle wirtschaftliche Grenzen stoßen, zu begegnen?

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antwort:

Zu 1. Es ist geplant die Dynamisierung an die neuen Dynamisierungssätze anzupassen. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wird von der Verwaltung zu den Haushaltsberatungen erstellt.

Zu. 2 Bezüglich evtl. Fehlbedarfe wird auf das bekannte Antragsverfahren über die Ratsfraktionen verwiesen.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt / Kostenart

1.31.3114.60 / 445430

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 445430: Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich üöT werden gegenüber 2024 fast um das Doppelte steigen, sind aber auch klar höher als 2023.

Was ist unter dieser Position zu verstehen?

Warum wird zukünftig ein Bedarf von annähernd und später genau 3Mio EUR angenommen?

Welchen Grund hat die Erwartung von nur 1,6Mio für 2024?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 017 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 445430: Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich üöT werden gegenüber 2024 fast um das Doppelte steigen, sind aber auch klar höher als 2023.

Was ist unter dieser Position zu verstehen?

Warum wird zukünftig ein Bedarf von annähernd und später genau 3Mio EUR angenommen?

Welchen Grund hat die Erwartung von nur 1,6Mio für 2024?

Begründung:

Antwort:

Das Sachkonto bezieht sich auf die Übernahme von Kosten für Krankenbehandlungen nach § 264 Abs. 7 SGB V. Dieser Paragraph regelt die Kostenerstattung für Personen ohne Krankenversicherungsschutz, insbesondere für nicht versicherungspflichtige Personen wie Asylbewerber oder Geflüchtete. Angesichts steigender Fallzahlen und den anhaltenden weltweiten Krise werden hier wachsende Aufwendungen erwartet.

Die Planung erfolgte anhand der Hochrechnung 2023. Das Rechnungsergebnis 2023 weist Aufwendungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. € aus. Nach aktuellen Prognosen wird in 2024 von Aufwendungen ebenso in Höhe von ca. 2,5 Millionen Euro ausgegangen. Die Steigerung auf 2,7 Mio. € für 2025 und 3 Mio. EUR für 2026 erfolgt aufgrund der o.g. Faktoren.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

1.31.3111.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3111, HLU Kap. SGB XII:
warum werden hier Mehrkosten von ca. 2Mio EUR in den Jahren 2025 und 2026 erwartet?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 018 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3111, HLU Kap. SGB XII:
warum werden hier Mehrkosten von ca. 2Mio EUR in den Jahren 2025 und 2026 erwartet?

Begründung:

Antwort:

Die erwarteten Mehrkosten von jeweils 1 Mio. € für die Jahre 2025 und 2026 in diesem Bereich lassen sich auf den Anstieg der Fallzahlen sowie auf die zum Zeitpunkt der HH-Planung prognostizierten Kostensteigerungen in 2025 und 2026 zurückführen.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION.BS - DIE LINKE, Volt, Die
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kosten für Geflüchtete

Begründung:

Regelmäßig wird dargestellt, dass die Mittel von Bund und Land nicht die kommunalen Kosten decken, die für Geflüchtete aufgewendet werden.

Dazu ergeben sich beim vorgelegten Entwurf Fragen.

Produkt 1.31.31XX.XO Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten

Hier sind in den Ansätzen zwischen 2024 und 2026 Fehlbeträge von 17 - 14 Mio. Euro kalkuliert. Für das Jahr 2023 gibt es ein Ergebnis. Dies ist kein Fehlbetrag, sondern ein Überschuss von 6,3 Mio. Euro. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Überschuss zu erläutern.

Produkt 1.31.3130.10 Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz

Für 2025 und 2026 sind Fehlbeträge von 2,1 Mio. bzw. knapp 900.000 Euro eingeplant. Für 2024 ist ein Überschuss von 1,7 Mio. Euro dargestellt und das Ergebnis für 2023 ist sogar ein Überschuss von 15,8 Mio. Euro. Auch dazu wird die Verwaltung um Erläuterung gebeten.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Beantwortung der Anfrage Nr. A 019 der
Die FRAKTION.BS - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kosten für Geflüchtete

Begründung:

Regelmäßig wird dargestellt, dass die Mittel von Bund und Land nicht die kommunalen Kosten decken, die für Geflüchtete aufgewendet werden.

Dazu ergeben sich beim vorgelegten Entwurf Fragen.

Produkt 1.31.31XX.XO Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten

Hier sind in den Ansätzen zwischen 2024 und 2026 Fehlbeträge von 17 - 14 Mio. Euro kalkuliert. Für das Jahr 2023 gibt es ein Ergebnis. Dies ist kein Fehlbetrag, sondern ein Überschuss von 6,3 Mio. Euro. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Überschuss zu erläutern.

Produkt 1.31.3130.10 Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz

Für 2025 und 2026 sind Fehlbeträge von 2,1 Mio. bzw. knapp 900.000 Euro eingeplant.

Für 2024 ist ein Überschuss von 1,7 Mio. Euro dargestellt und das Ergebnis für 2023 ist sogar ein Überschuss von 15,8 Mio. Euro. Auch dazu wird die Verwaltung um Erläuterung gebeten.

Antwort:

Zu 1. Produkt 1.31.31XX.XO:

Das wesentliche Produkt 1.31.31XX.XO enthält u. a. auch das Produkt 1.31.3130.10 "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz".

Das positive Ergebnis 2023 ist insbesondere auf Einmaleffekte im Zusammenhang mit den aus der Ukraine geflüchteten Menschen im Jahr 2022 zurückzuführen. So erhielt die Stadt BS im Jahr 2023 eine Kostenabgeltung nach dem Aufnahmegesetz (AufnG) - Basisjahr 2022 - für rechnerisch 1.664,67 Personen anstatt der ursprünglich geplanten 1.050 erstattungsfähigen Personen.

Zusätzlich wurden im Jahr 2023 die Ausgaben für Unterbringung und Heizung für die unter § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) fallenden Kriegsvertriebenen aus der Ukraine nach dem AsylbLG im Jahr 2022 gesondert erstattet.

Zudem erhielt die Stadt Braunschweig im Jahr 2023 nach § 4 b AufnG zusätzlich zu der Kostenabgeltung nach § 4 Abs. 1 bis 3 AufnG zwei einmalige Sonderzahlungen. Die Sonderzahlungen dienten der finanziellen Unterstützung insbesondere bei der Aufnahme und Unterbringung von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine im Jahr 2023.

Zu 2. Produkt 1.31.3130.10:

siehe Ausführungen zu 1.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

1.31.3142.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3142, Leistungen zur Beschäftigung §111 SGB IX:
wie kommen die Mehrkosten von jeweils 3Mio EUR in den Planungsjahren zustande?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 020 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3142, Leistungen zur Beschäftigung §111 SGB IX:
wie kommen die Mehrkosten von jeweils 3 Mio EUR in den Planungsjahren zustande?

Begründung:

Antwort:

Die Mehraufwendungen sind aufgrund von Vergütungsanpassungen in der HH-Planung 2025 und 2026 berücksichtigt worden. Die Vergütungsanpassungen werden jährlich durch Beschlüsse der Gemeinsamen Kommission festgelegt (zuletzt am 25.10.2023). Es wird erwartet, dass die Personal- und Sachkosten der Leistungsanbieter durch die Vergütungsanpassungen in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt / Kostenart

1.31.3121.10 / 446110

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 446110, Leistungsbet. für Unterkunft und Heizung
Arbeitssuchender: nur für die Jahre 2025 und 2026 werden Beträge angesetzt, die um 9-11Mio EUR unterhalb derjenigen für die umliegenden Jahre liegen werden.

Warum sind die Annahmen für die beiden kommenden Jahre deutlich geringer?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 021 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 446110, Leistungsbet. für Unterkunft und Heizung
Arbeitssuchender: nur für die Jahre 2025 und 2026 werden Beträge angesetzt, die um 9-11Mio EUR unterhalb derjenigen für die umliegenden Jahre liegen werden.
Warum sind die Annahmen für die beiden kommenden Jahre deutlich geringer?

Begründung:

Antwort:

Im Zuge der Haushaltsplanung 2025/2026 wurde für die Leistungsbeteiligung Unterkunft und Heizung zunächst ein Planwert von 64 Millionen angesetzt. Nach Anmeldung aller Planwerte gab es zentrale Vorgaben zur Kürzung der Aufwandsbudget in den Teilhaushalten (siehe hierzu Beantwortung der Anfrage Nr. A004).

Diese pauschale Kürzung sollte möglichst bei dem größten Einzelplanwert vorgenommen werden. Aufgrund dessen wurde die Kürzung bei der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung für SGB II-Hilfeempfänger/-innen vorgenommen.

Da es sich bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II um Pflichtaufwendungen handelt, ist eine Ansatzveränderungen der Verwaltung vorgesehen, um hier den tatsächlich benötigten Bedarf abdecken zu können (siehe hierzu Ansatzänderung der Verwaltung).

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

1.31.3145.21

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3145.21, Qualifizierte Assistenzleistungen:
wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 022 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3145.21, Qualifizierte Assistenzleistungen:
wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:

Antwort:

Die Mehraufwendungen sind aufgrund von Vergütungsanpassungen in der HH-Planung 2025 und 2026 berücksichtigt worden. Die Vergütungsanpassungen werden jährlich durch Beschlüsse der Gemeinsamen Kommission festgelegt (zuletzt am 25.10.2023). Es wird erwartet, dass die Personal- und Sachkosten der Leistungsanbieter durch die Vergütungsanpassungen in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt / Kostenart

Diverse / 424190

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 424190: die sonstigen Bewirtschaftungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich niedriger angesetzt als 2023 und 2024

Welche Gründe gibt es für diese Senkungen?

Begründung:



Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 023 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 424190: die sonstigen Bewirtschaftungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich niedriger angesetzt als 2023 und 2024
Welche Gründe gibt es für diese Senkungen?

Begründung:

Antwort:

Die sonstigen Bewirtschaftungskosten wurden auf Basis der prognostizierten Kosten pro Wohnstandort bzw. Unterkunft kalkuliert. Für den Haushalt 2025/2026 sind die Planwerte deutlich niedriger im Vergleich zu den Haushaltsjahren 2023 und 2024, da sich die Anzahl der Unterkünfte verändert hat und die kostenintensivsten Unterkünfte, wie z. B. die Sporthallen Naumburgstraße, Arminiusstraße und Rheinring, nicht mehr genutzt werden.

Zudem sind in den Haushaltsplanansätzen 2023 und 2024 Haushaltsmittel für Bewirtschaftungskosten für die seinerzeit noch für die Unterbringung von Geflüchteten geplanten Leichtbauhallen enthalten, die tatsächlich nicht realisiert worden sind.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

1.31.3118.90

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3118.90, Stationäre Pflege SGB XII:
warum werden hier jeweils über 40% Mehrkosten gegenüber 2024 in den Jahren 2025 und 2026 angesetzt?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 024 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Produkt 1.31.3118.90, Stationäre Pflege SGB XII: warum werden hier jeweils über 40% Mehrkosten gegenüber 2024 in den Jahren 2025 und 2026 angesetzt?

Begründung:

Antwort:

Ursache für die Mehraufwendungen bzw. erhöhten Einplanungen im Bereich der stationären Pflege in den Jahren 2025 und 2026 gegenüber den vorherigen Haushaltsjahren ist der Anstieg der Fallzahlen sowie die deutliche Erhöhung der zu übernehmenden Heimkosten seit Ende 2023. Für die Jahre 2025 und 2026 wird mit einer weiteren Erhöhung gerechnet.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

51 / FB 51

Produkt

1.36.3630.11

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3630.11, Inobhutnahmen:

hier entwickelt sich der Saldo nach einem Abschluss von ~3,2Mio EUR im Jahr 2023 und nur 462.000,-EUR im Ansatz 2024 hin zu gut 7,2Mio in 2025 und über 8Mio in 2026. Was verursacht diese Entwicklungen?

Sind hierbei auch die Steigerungen im Personalbereich bereits berücksichtigt?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A-025 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025**

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3630.11, Inobhutnahmen:
hier entwickelt sich der Saldo nach einem Abschluss von ~3,2Mio EUR im Jahr 2023 und nur 462.000,-EUR im Ansatz 2024 hin zu gut 7,2Mio in 2025 und über 8Mio in 2026. Was verursacht diese Entwicklungen?
Sind hierbei auch die Steigerungen im Personalbereich bereits berücksichtigt?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Die Entwicklung begründet sich sowohl in den Tarif- als auch in den Sachkostensteigerungen, die naturgemäß 2023 noch nicht durchtrugen und im Ansatz 2024 noch keine Berücksichtigung finden konnten.
Dies betrifft städtische Einrichtungen, wie beispielsweise das Kinder- und Jugendschutzhaus, und Einrichtungen freier Träger gleichermaßen und ist unabhängig vom Rechtskreis (Jugendhilfe (SGB VIII) und Eingliederungshilfe (SGBIX)).
Hierneben sind bei den zu unterstützenden jungen Menschen komplexere Unterstützungsbedarfe festzustellen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

51 / FB 51

Produkt / Kostenart

1.36.3630.XX / 433250

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 433250: die Jugendhilfe-Leistungen in Einrichtungen steigen ab 2025 gegenüber dem Wert von 2023 um 9 bis 12Mio jährlich;
was ist die Ursache für diesen stark erhöhten Ansatz?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A-026 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 433250: die Jugendhilfe-Leistungen in Einrichtungen steigen ab 2025 gegenüber dem Wert von 2023 um 9 bis 12Mio jährlich;
was ist die Ursache für diesen stark erhöhten Ansatz?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Die Entwicklung begründet sich sowohl in den Tarif- als auch in den Sachkostensteigerungen, die aufgrund der im Jahr 2022 erfolgten HH-Planung für den Doppel-HH 2023/2024 noch nicht absehbar waren.

Für den Doppelhaushalt 2025/2026 erfolgt daher eine an den tatsächlichen Verhältnissen ausgerichtete Planung.

Die Aufwandssteigerung betrifft städtische Einrichtungen, wie beispielsweise das Kinder- und Jugendschutzhaus, und Einrichtungen freier Träger gleichermaßen und ist unabhängig vom Rechtskreis (Jugendhilfe (SGB VIII) und Eingliederungshilfe (SGBIX)). Hierneben sind bei den zu unterstützenden jungen Menschen komplexere Unterstützungsbedarfe festzustellen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

51 / FB 51

Produkt

1.36.3620.01

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3620.01, Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen:
was begründet die erwarteten Kostensteigerungen?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 027 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3620.01, Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen:
was begründet die erwarteten Kostensteigerungen?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Stellungnahme:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Kostensteigerungen führen.

Kostensteigerungen ergeben sich insbesondere durch höhere Planansätze bei den Personalkosten, zu den zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verlässliche Aussage getroffen werden kann.

Im Sachkostenbereich gibt es im Vergleich zum Plan 2024 Kostensteigerungen in den Bereichen Ferien in Braunschweig (FiBS) und Internationale Jugendarbeit, denen entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

51 / FB 51

Produkt

1.36.3650.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3650, Tageseinrichtungen für Kinder:
angesetzt sind Saldenverschlechterungen von 35-40Mio EUR für die beiden Entwurfsjahre;
was verursacht diese drastischen Verschlechterungen, was sind im jeweiligen Jahr die drei
größten zusätzlichen Kostentreiber?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 028 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3650, Tageseinrichtungen für Kinder:
angesetzt sind Saldenverschlechterungen von 35-40Mio EUR für die beiden
Entwurfjahre; was verursacht diese drastischen Verschlechterungen, was sind im
jeweiligen Jahr die drei größten zusätzlichen Kostentreiber?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Stellungnahme:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Zu den Veränderungen im Bereich der Personalkosten kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verlässliche Aussage getroffen werden.

Im Sachkostenbereich gibt es Steigerungen bei den Zuschüssen an Freie Träger aufgrund von Tarifsteigerungen in den letzten Jahren, sowie aufgrund der über dem Durchschnitt liegenden Inflation, auf deren Basis die Sachkosten dynamisiert werden. Außerdem wird ein weiterer Ausbau der Betreuungsplätze zur Erreichung und Erfüllung der jeweiligen Rechtsansprüche geplant.

Ein weiterer Grund für die starke Abweichung sind die Gebäudekosten, die noch nicht im Ergebnis 2023 berücksichtigt sind.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

51 / FB 51

Produkt

1.32.3143.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 51, Produkt 1.32.3143, Leistung zur Teilhabe an Bildung §112 SGB IX:
wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A-029 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025**

Text:

FB 51, Produkt 1.32.3143, Leistung zur Teilhabe an Bildung §112 SGB IX:
wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Die Entwicklung begründet sich sowohl in den Tarif- als auch in den Sachkostensteigerungen, die naturgemäß 2023 noch nicht durchtrugen und im Ansatz 2024 noch keine Berücksichtigung finden konnten.

Die Mehrkosten in der Eingliederungshilfe resultieren u.a. aus folgenden Konstellationen:

- steigende Bedarfe an Schulassistenzen an Förderschulen und inklusiven Regelschulen
- kostenintensive Hilfsmittelausstattungen in Schulen
- steigende Bedarfe an Unterbringungen in besonderen Wohnformen
- komplexere Problemlagen bedürfen außergewöhnlich betreuungsintensive Unterstützungsangebote, die sehr kostenintensiv sind.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION. BS - DIE LINKE, Volt, Die
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Projekt
4S.660012

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

1. In welche konkreten Projekten sind die Mittel aus dem Projekt Nr. 4S.660012 in den Jahren 2025 und 2026 geflossen?
2. Welche Kosten sind für den jeweiligen Radwegeneubau geplant?
3. Wie werden bei diesen Projekten die Kosten für den Autoverkehr und die Kosten für die Fahrradstrecke auseinandergerechnet?

Begründung:

Im ISV 2023 wurden für die Jahre 2025 und 2026 noch jeweils 2,66 Millionen Euro für das Programm Radwege / Neubau geplant. Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind nur noch 350.000 Euro für 2025 und 380.000 Euro für 2026 vorgesehen, die übrigen Gelder sind direkt für gezielte Projekte eingeplant. Es lässt sich nicht erkennen, um welche Projekte es sich handelt und wie viel Geld genau für Radwege und den Radwegeneubau geplant ist.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Beantwortung der Anfrage Nr. A_030 der

Gruppe Die Fraktion.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

1. In welche konkreten Projekten sind die Mittel aus dem Projekt Nr. 4S.660012 in den Jahren 2025 und 2026 geflossen?
2. Welche Kosten sind für den jeweiligen Radwegeneubau geplant?
3. Wie werden bei diesen Projekten die Kosten für den Autoverkehr und die Kosten für die Fahrradstrecke auseinandergerechnet?

Begründung:

Im ISV 2023 wurden für die Jahre 2025 und 2026 noch jeweils 2,66 Millionen Euro für das Programm Radwege / Neubau geplant. Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind nur noch 350.000 Euro für 2025 und 380.000 Euro für 2026 vorgesehen, die übrigen Gelder sind direkt für gezielte Projekte eingeplant. Es lässt sich nicht erkennen, um welche Projekte es sich handelt und wie viel Geld genau für Radwege und den Radwegeneubau geplant ist.

Antwort:

Zu 1 und 2.: In 2025 sind 2 Mio. € in das Projekt 5E.660162 "Anbind. Innenst./Bau Veloroute 1", sowie 0,55 Mio. € in das Projekt 5E.660161 "Uferstraße /Neuausbau F.-Radweg" geflossen.

In 2026 ist zum Haushaltsplanentwurf 1 Mio. € in das Projekt 5E.660162 "Anbind. Innenst./Bau Veloroute 1" und 1 Mio. € in das Projekt 5S.660067 "Fahrradstraßennetz Wallring /Lückenschl." geflossen.

Darüber hinaus sind als Ansatzveränderung die neuen Projekte "MEP Umbau südliche Innenstadtumfahrung", "MEP Qualitätsstandards Radverkehr umsetzen" und "MEP Verbesserung Radverkehr an Knotenpunkten" mit zusammen jährlich 600.000 € in 2025 und 2026 angemeldet worden.

In Summe wurden also mehr Mittel in die genannten Radverkehrsprojekte eingeplant als ursprünglich in dem Projekt 4S.660012 zur Verfügung standen.

zu 3.: Bei allen Planungen werden grundsätzlich alle Verkehrsarten betrachtet. Die Kosten für die verschiedenen Verkehrsarten werden in jeglichen Projekten nicht auseinander gerechnet.

I. V.

Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

67, 37 / FB 67 (FB 37)

Produkt / Kostenart

Diverse / 422130

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 422130: zum Jahr 2025 wird ein deutlich höherer Bedarf für Fahrzeug-Instandhaltungen erwartet als für alle Folgejahre und 2024. Nur 2023 war dieser Betrag ähnlich hoch.

Warum werden fast 1,9Mio EUR für Reparaturen nur im nächsten Jahr angenommen?

Begründung:



Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 031 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 422130: zum Jahr 2025 wird ein deutlich höherer Bedarf für Fahrzeug-Instandhaltungen erwartet als für alle Folgejahre und 2024. Nur 2023 war dieser Betrag ähnlich hoch.

Warum werden fast 1,9Mio EUR für Reparaturen nur im nächsten Jahr angenommen?

Begründung:

-/-

Antwort:

Die dem genannten Sachkonto zuzuordnenden Aufwendungen für Unterhaltung der Fahrzeuge (Ansatz 2025: 1.907.600 €) sind insbesondere in den Teilhaushalten FB 67 Stadtgrün (Ansatz 2025: 914.000 €) und FB 37 Feuerwehr (Ansatz 2025: 910.400 €) veranschlagt.

Für den Fachbereich Stadtgrün ist festzustellen, dass der Fuhrpark im FB 67 jährlich steigende Reparaturkosten verursacht. Im Ergebnis ist absehbar, dass für 2024 mit Gesamtaufwendungen i.H.v. rund 1,5 Mio. € (nur FB 67, Ansatz 2024: 594.000 €) zu rechnen ist. Die angestrebte Erneuerung der Fahrzeugflotte wird vermutlich erst ab dem Haushaltsjahr 2027 die erwünschten Effekte und die damit verbundene Kostensenkung für die Fahrzeugreparaturen mit sich bringen. Daher werden auch ergänzend über die Ansatzveränderungen der Verwaltung weitere Mehraufwendungen in Höhe von 400.000 € pro Jahr für die Jahre 2025 und 2026 in die Haushaltslesung eingebracht.

Für den Fachbereich Feuerwehr ist festzustellen, dass ab dem Jahr 2026 Aufwendungen in Höhe von rd. 505.000 € pro Jahr veranschlagt sind. Der Rückgang um rd. 405.000 € begründet sich insbesondere durch eine einmalige Anschaffung von Rüstsets für die Freiwillige Feuerwehr in Höhe von rund 350.000 € im Jahr 2025.

Im Ergebnis wurden die Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2025 ff. in ihrer voraussichtlichen Höhe veranschlagt.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Am 13.02.2024 hat der Verwaltungsausschuss die Verwaltung damit beauftragt, ein Konzept für die Errichtung temporärer Spielplätze in der Innenstadt (sog. Pop-Up-Spielplätze) zu entwickeln und dieses Konzept mit der Benennung mehrerer potenzieller Standorte in der Innenstadt vorzulegen (DS 24-23034).

Hiezru bitten wir um einen aktuellen Sachstandsbericht und insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie weit ist die Bearbeitung dieses Konzeptes mittlerweile fortgeschritten?
2. Welche Orte in der Innenstadt kommen aus Sicht der Verwaltung infrage, um hier einen Pop-Up-Spielplatz einrichten zu können?
3. Kann die Verwaltung schon Aussagen zu den Kosten für die Beschaffung bzw. das Aufstellen an verschiedenen Orten in der Innenstadt beziffern?

Begründung:

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 032 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Am 13.02.2024 hat der Verwaltungsausschuss die Verwaltung damit beauftragt, ein Konzept für die Errichtung temporärer Spielplätze in der Innenstadt (sog. Pop-Up-Spielplätze) zu entwickeln und dieses Konzept mit der Benennung mehrerer potenzieller Standorte in der Innenstadt vorzulegen (DS 24-23034).

Hierzu bitten wir um einen aktuellen Sachstandsbericht und insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie weit ist die Bearbeitung dieses Konzeptes mittlerweile fortgeschritten?
2. Welche Orte in der Innenstadt kommen aus Sicht der Verwaltung infrage, um hier einen Pop-Up-Spielplatz einrichten zu können?
3. Kann die Verwaltung schon Aussagen zu den Kosten für die Beschaffung bzw. das Aufstellen an verschiedenen Orten in der Innenstadt beziffern?

Begründung:

keine

Antwort:

Zu 1: Ein Konzeptentwurf liegt nach erster verwaltungsinterner Abstimmung und Erörterung mit dem Stadtmarketing seit kurzem vor. Angedacht ist, Spielgeräte und Stadtmobiliar verschiedener Größe zur Erhöhung der Spiel- und Aufenthaltsqualität temporär an verschiedenen Orten im Innenstadtbereich aufzustellen.

Zu 2.: Geeignete Standorte sind an verschiedenen Stellen im Innenstadtbereich identifiziert worden, bspw. in den Bereichen Wollmarkt, Alte Waage, Ritterbrunnen und Eiermarkt. An einem entsprechenden Übersichtsplan wird zurzeit gearbeitet. Der Plan in Verbindung mit konkreten Maßnahmen soll dem Ausschuss für Planung und Hochbau in seiner Dezembersitzung vorgestellt werden.

Zu 3.: Je nach Anzahl der parallel mit temporären Spielgelegenheiten auszustattenden Innenstadtstandorte und dem Umfang des Spielangebotes sowie unter der Prämisse, dass diese Spielgelegenheiten mehrjährig an unterschiedlichen Stellen einsetzbar sind, werden die Kosten für den Erwerb, Lieferung und Erstmontage auf ca. 150.000 € geschätzt. Da der finanzielle Aufwand für den regelmäßigen Standortwechsel solcher temporären Spielgelegenheiten überschaubar ist, könnte dieser aus dem laufenden Budget des Fachbereiches Stadtgrün getragen werden.

I. A.
Gez. Michael Loose
Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / FB 20

Produkt / Kostenart

Diverse / 424100

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 424100: die Reinigungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich höher angesetzt als 2023.

Welche Gründe gibt es für diese Erhöhungen?

Begründung:



Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 033 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 424100: die Reinigungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich höher angesetzt als 2023.
Welche Gründe gibt es für diese Erhöhungen?

Begründung:

-

Antwort:

Die Arbeiten zum Jahresabschluss 2023 sind noch nicht abgeschlossen. Daher erfolgt im Haushaltsentwurf 2025/2026 hinsichtlich des Ergebnis 2023 die Angabe des Buchungsstands. Eine entsprechende Fußnote im Haushaltsentwurf 2025/2026 weist darauf hin.

Die weiteren Jahresabschlussarbeiten werden voraussichtlich zu weiteren Aufwandsbuchungen führen, so dass die Erhöhung unter Berücksichtigung des endgültigen Jahresergebnisses 2023 geringer ausfallen wird als im Haushaltsentwurf 2025/2026 vorläufig ausgewiesen.

Im Ergebnis wurden die Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2025 ff. in ihrer voraussichtlichen Höhe veranschlagt.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

67 / FB 67

Produkt / Kostenart

Diverse / 421270

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 4212790: nach einem Ansatz von ca. 8,7Mio EUR im laufenden Jahr soll die Unterhaltung von Grünanlagen ab 2025 wieder mit jährlichen Beiträgen von gut 4Mio EUR auskommen.

Ist dieser Ansatz dauerhaft hinreichend?

Aus welchem Grund wurde der Wert für 2024 verdoppelt?

Wird der Ansatz für 2024 voraussichtlich voll in Anspruch genommen?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A034 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 4212790: nach einem Ansatz von ca. 8,7Mio EUR im laufenden Jahr soll die Unterhaltung von Grünanlagen ab 2025 wieder mit jährlichen Beiträgen von gut 4Mio EUR auskommen.
Ist dieser Ansatz dauerhaft hinreichend?
Aus welchem Grund wurde der Wert für 2024 verdoppelt?
Wird der Ansatz für 2024 voraussichtlich voll in Anspruch genommen?

Begründung:

keine

Antwort:

Zu dem Sachkonto "421270 Infrastrukturverm. - Unterhaltung Grünanlagen" bewirken zwei Effekte die Herabsetzung des Ansatzes im Vergleich zum Haushaltsjahr 2024.

Zum einen sollten im Zuge allgemeiner Einsparvorgaben durch den FB 67 Einsparpotentiale ermittelt werden. Diese betragen für das angeführte Sachkonto insgesamt rund 2. Mio. € über diverse PSPs verteilt.
(siehe hierzu auch die Beantwortung der Anfrage Nr. A 004)

Zum anderen beinhaltet der Haushaltsansatz 2024 einen Einmaleffekt (Projekt "Südteich/ Teichentschlammung" PSP: 4E.670067) in Höhe von rd. 2,2 Mio. €, die insgesamt zu Verringerungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 führen.

Im Ergebnis lässt sich aufgrund der Einsparvorgaben feststellen, dass eine uneingeschränkt zumindest substanzerhaltende städtische Grünflächenpflege im Stadtgebiet nicht möglich ist, sondern nur priorisiert erfolgen kann.

Der Wert wurde nicht verdoppelt. Im Soll waren im Ansatz 2023 rund 7 Mio. € veranschlagt. Im Ist sind allerdings nur rund 4 Mio. € verausgabt worden, da eine Reihe von Stellen, die inzwischen besetzt wurden, den überwiegenden Teil des Jahres 2023 vakant waren und deshalb eine Vielzahl von geplanten Auftragsvergaben nicht zur Durchführung kam.

Mit Ausnahme der Inanspruchnahme der veranschlagten Mittel für das Teichentschlammungsprojekt (Förderprojekt, für das es noch keinen Förderbescheid gibt) wird aktuell davon ausgegangen, dass bis zum Jahresende 2024 der aktuelle Haushaltsansatz weitestgehend in Anspruch genommen wird (einschließlich Mittelbindungen durch erteilte Aufträge).

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

68 / FB 68

Produkt

1.56.5610.15

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

FB 68, Produkt 1.56.5610.15, "Klimaschutz":
für 2025 sind Erträge von 114.006,-EUR angesetzt, für 2026 113.233,-EUR.
Wie kommen diese Erträge zustande?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 035 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 68, Produkt 1.56.5610.15, "Klimaschutz":
für 2025 sind Erträge von 114.006,-EUR angesetzt, für 2026 113.233,-EUR.
Wie kommen diese Erträge zustande?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Die Erträge auf dem Produkt Klimaschutz (1.56.5610.15) werden hauptsächlich durch Landesmittel für die kommunale Wärmeplanung (Aufstellung kommunaler Wärmeplan, § 20 NKlimaG) generiert.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

68 / FB 68

Produkt

1.56.5610.12

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kürzung der Zuschüsse für den FUN Hondlage e.V.

Während die Ansätze für den Doppelhaushalt 2023/2024 eine Förderung für den FUN Hondelage e.V. in Höhe von jährlich 30.000 € ausweisen, stehen in den Jahren 2025 und 2026 jeweils nur 20.000 € zur Verfügung. Wir bitten um eine Erläuterung und Begründung für die Kürzung dieser Zuschüsse.

Begründung:

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 036 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung der Zuschüsse für den FUN Hondelage e.V.
Während die Ansätze für den Doppelhaushalt 2023/2024 eine Förderung für den FUN Hondelage e.V. in Höhe von jährlich 30.000 € ausweisen, stehen in den Jahren 2025 und 2026 jeweils nur 20.000 € zur Verfügung. Wir bitten um eine Erläuterung und Begründung für die Kürzung dieser Zuschüsse.

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Es ist keine Kürzung vorgesehen. Bisher wurde dem FUN Hondelage e.V. neben der auf einem Ratsbeschluss zum Haushalt 2022 basierenden Förderung für eine landwirtschaftliche naturschutzorientierte Fachkraft (20.000 €) und diverser Projektförderungen ein jährlicher institutioneller Zuschuss für den Betrieb des Vereins in Höhe von 10.000 € gewährt. Grundlage hierfür ist die Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima („Ökotopf“).

In den letzten Jahren wurden für diverse Vereine bereits entsprechende institutionelle Zuwendungen aus dem Ökotopf im Vorbericht zum Haushaltsplan ausgewiesen. Dies galt auch für den FUN Hondelage e.V.

Aus Sicht der Verwaltung war diese Regelung nicht mehr zielführend. Zum einem müssen die Vereine trotzdem einen Antrag stellen und den Bedarf nachweisen, zum anderen gab es dadurch eine Ungleichbehandlung, da nicht jeder Verein, der institutionelle Förderungen erhält bzw. erhalten kann, im Vorbericht aufgelistet ist.

Die bisher getrennt je Verein aufgelisteten Förderungen sind nun unter Ziffer 2.2.3.1 Zuschüsse (nicht für Investitionen) auf dem 1.56.5610.12 (Förderung von Umweltorganisationen und -verbänden) zusammengefasst.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION.BS – DIE LINKE., Volt und
Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0800 / Stabsst. 0800

Produkt

4S.000024

4S.000038

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Wie sind die Erträge und Aufwendungen bei den Produktnummern 4S.000024 (Breitbandausbau "weiße Flecken") und 4S.000038 (Breitbandausbau "graue Flecken") zu interpretieren?

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf wird erläutert, dass die Förderquote von Bund und Land beim Breitbandausbau "weiße Flecken" und "graue Flecken" jeweils 75 Prozent beträgt.

Beim Breitbandausbau "weiße Flecken" stehen den Gesamtaufwendungen in Höhe von knapp 20 Millionen Euro lediglich Gesamterträge in Höhe von 500.000 Euro gegenüber, was einer Förderquote von nur 2,5 Prozent entspricht. An einer anderen Stelle im Haushaltsplanentwurf wird sogar von einem "Wegfall der Einnahmeerwartungen aus dem geförderten Breitbandausbau ab dem Jahr 2025" gesprochen.

Wir bitten die Verwaltung, die Zusammenhänge zwischen den Erträgen und Aufwendungen zu erläutern. Dabei bitten wir auch, auf die ursprünglichen Fördermöglichkeiten und die aktuellen Änderungen einzugehen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Beantwortung der Anfrage Nr. A 037 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Wie sind die Erträge und Aufwendungen bei den Produktnummern 4S.000024 (Breitbandausbau "weiße Flecken") und 4S.000038 (Breitbandausbau "graue Flecken") zu interpretieren?

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf wird erläutert, dass die Förderquote von Bund und Land beim Breitbandausbau "weiße Flecken" und "graue Flecken" jeweils 75 Prozent beträgt. Beim Breitbandausbau "weiße Flecken" stehen den Gesamtaufwendungen in Höhe von knapp 20 Millionen Euro lediglich Gesamterträge in Höhe von 500.000 Euro gegenüber, was einer Förderquote von nur 2,5 Prozent entspricht. An einer anderen Stelle im Haushaltsplanentwurf wird sogar von einem "Wegfall der Einnahmeerwartungen aus dem geförderten Breitbandausbau ab dem Jahr 2025" gesprochen.

Wir bitten die Verwaltung, die Zusammenhänge zwischen den Erträgen und Aufwendungen zu erläutern. Dabei bitten wir auch, auf die ursprünglichen Fördermöglichkeiten und die aktuellen Änderungen einzugehen.

Antwort:

Das Wirtschaftsdezernat befasst sich seit dem Jahr 2019 mit der Breitbandkoordinierung. Seitdem stehen Mittel für einen geförderten Ausbau (anfänglich für Beratungskosten und ab 2021 auch für den Adressausbau) im Haushalt der Stabsstelle 0800 zur Verfügung.

Die genannte Förderquote von rd. 75 % ist weiterhin aktuell. Es bleibt bei einem Mittelbedarf von ca. 7.000.000 € bei Einnahmeerwartungen von 5.000.000 € für den geförderten Breitbandausbau "weiße Flecken".

Im Rahmen der Ansatzveränderungen für den Haushalt 2021 wurden für den geförderten Breitbandausbau Mittel in Höhe von 6.000.000 € bei einer Ertragserwartung von 4.500.000 € angemeldet. Die Mittel konnten insbesondere aufgrund der umfassenden bürokratischen Fördermittelvorgaben (z. B. EU-weites Ausschreibungsverfahren) größtenteils nicht verausgabt werden. Im Aufwand sind Haushaltsmittel lediglich ein Jahr als Haushaltsrest übertragbar, sodass (incl. eines Mehrbedarfes von 1.000.000 €) knapp 7.000.000 € für den Haushalt 2023/2024 erneut angemeldet wurden. Mit dem geförderten Ausbau ist aufgrund der ergangenen Förderbescheide von Bund und Land sowie dem mit der Telekom vereinbarten Zuwendungsvertrag im Frühjahr 2024 begonnen worden.

Da ein Mittelabruf seitens der Telekom voraussichtlich erst im Jahr 2025 erfolgen wird, verfallen die vorgenannten Haushaltsmittel wiederum Ende des Haushaltsjahres 2024, sodass für den Haushalt 2025 eine zweite Nachveranschlagung der Mittel stattfand. Technische Gründe erfordern im Investitionsprogramm eine Darstellung der insgesamt angemeldeten Mittel der Vorjahre für dieses Projekt, auch wenn die Mittel, wie in diesem

Fall, zwei Mal verfallen sind und neu veranschlagt werden mussten.
Einnahmeerwartungen werden hingegen nicht nachveranschlagt, damit dieselbe Einnahme nicht das erwartete Ergebnis zweier Haushaltsjahre verbessert. Daher sieht es nach einer Reduzierung der Einnahmeerwartung aus, obwohl diese sich nicht verändert hat. Die Formulierung „Wegfall der Einnahmeerwartungen aus dem geförderten Breitbandausbau“ ist missverständlich. Die Einnahmeerwartung ist lediglich den Vorjahren und nicht dem Jahr 2025 zugeordnet.

I. A.

Leppa

Unterschrift (Dez./FBL)

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0800 / Stabsst. 0800

Produkt / Kostenart

4S.000038 / 431813

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 431813: in der Zahlenreihe der IM-Zuschüsse an übrige Bereiche fallen besonders die 2,7Mio für 2026 und die 16,5Mio für 2027 auf.

Wie kommt die Ungleichverteilung zustande?

Was wäre der größte Einzelposten für die Planung 2027?

Begründung:


Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 038 der
AfD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 431813: in der Zahlenreihe der IM-Zuschüsse an übrige Bereiche fallen besonders die 2,7 Mio für 2026 und die 16,5 Mio für 2027 auf.

Wie kommt die Ungleichverteilung zustande?

Was wäre der größte Einzelposten für die Planung 2027?

Begründung:

--

Antwort:

Grund für die Ungleichverteilung zwischen 2026 und 2027 ist die Platzierung von Mitteln für den geförderten Breitbandausbau („Graue-Flecken-Förderung“) in Höhe von 14.500.000 € im Jahr 2027. Diese Mittel stellen folglich auch den größten Einzelposten in diesem Ansatz dar und sollen - wie bereits die Mittel für die „Weiße-Flecken-Förderung“ - im Teilhaushalt der Stabsstelle Wirtschaftsdezernat verortet werden.

I. A.

Leppa

Unterschrift (Dez./FBL)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

1.31.3151.20

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Nicht-Dynamisierung von Zuschüssen

Ende August 2024 ist bei unserer Ratsfraktion ein weiterer Zuschussantrag zum Sozialbereich eingegangen, für die Begegnungsstätte „Lange Aktiv Bleiben“ (LAB). Dabei handelt es sich um eine überwiegend ehrenamtlich betriebene Einrichtung für Senior*innen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Braunschweig.

Der Paritätische BS beantragt für die genannte Senior*innen-Begegnungsstätte insgesamt 25.000 Euro. Das sind 6.000 Euro mehr als bisher, da der Haushaltsansatz der Verwaltung nur 19.000 Euro beträgt - seit 2023 bis 2026, d. h. hier erfolgte bislang keine Dynamisierung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Warum sind die Haushaltsansätze für die Begegnungsstätte „LAB“ in den letzten Jahren nicht wie bei vielen anderen Einrichtungen dynamisiert worden?
2. Wie sieht es mit der Dynamisierung bei anderen Begegnungsstätten für Senior*innen aus?
3. Bei welchen anderen sozialen Einrichtungen - nicht nur im Bereich der Altenhilfe - wurden die Haushaltsansätze bislang ebenfalls nicht dynamisiert?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 137 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Nicht-Dynamisierung von Zuschüssen

Ende August 2024 ist bei unserer Ratsfraktion ein weiterer Zuschussantrag zum Sozialbereich eingegangen, für die Begegnungsstätte „Lange Aktiv Bleiben“ (LAB). Dabei handelt es sich um eine überwiegend ehrenamtlich betriebene Einrichtung für Senior*innen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Braunschweig. Der Paritätische BS beantragt für die genannte Senior*innen-Begegnungsstätte insgesamt 25.000 Euro. Das sind 6.000 Euro mehr als bisher, da der Haushaltsansatz der Verwaltung nur 19.000 Euro beträgt - seit 2023 bis 2026, d. h. hier erfolgte bislang keine Dynamisierung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Warum sind die Haushaltsansätze für die Begegnungsstätte „LAB“ in den letzten Jahren nicht wie bei vielen anderen Einrichtungen dynamisiert worden?
2. Wie sieht es mit der Dynamisierung bei anderen Begegnungsstätten für Senior*innen aus?
3. Bei welchen anderen sozialen Einrichtungen - nicht nur im Bereich der Altenhilfe - wurden die Haushaltsansätze bislang ebenfalls nicht dynamisiert?

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antwort:

Zu 1. Die LAB wurde zum Zeitpunkt der erstmaligen Dynamisierung als Seniorentagesstätte geführt. Seniorentagesstätten und Seniorenkreise werden nicht dynamisiert. Zudem gab es in der Zeit keine Personalkosten.

Zu 2. siehe unter 3.

Zu 3.

AWO-Fahrradstation - Erhöhung aufgrund Vertrag

Verbraucherzentrale - Förderung nach Vertrag

Hospizarbeit Braunschweig e. V. - Anteilsförderung nach Richtlinie der Pflegekasse

Begegnungsstätte "In den Rosenäckern" - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

Nachbarschaftshilfe "In den Rosenäckern" - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

ambet Achilles Hof - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

Begnungsstätte Am Wasserturm - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

Begegnungsstätte Böcklerstr. - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

Begegnungsstätte Ottenroderstr. - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

Begegnungsstätte Bebelhof - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag

Seniorenrat

AntiRost e.V.

Hebammenzentrale

Pro Familia Mietzuschuss

Antidiskriminierungsstelle

Beratungsstelle für mobile Beschäftigte

Lange aktiv bleiben (LAB)

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kein Abriss und Neubau der städtischen Immobilie Wilhelmstraße 62-71 (ehemalige Landesschulbehörde): Synergieeffekte durch gemeinsame Entwicklung von ökologischen und sozialen Grundsätzen

1) Inwieweit kann die Stadt den Vorschlägen der Braunschweiger Ortsgruppe der Architects for Future Rechnung tragen und vor allem aus den genannten Klimaschutzgründen die städtische Immobilie Wilhelmstraße 62-71 zu erhalten und im Sinne eines klima- und sozialgerechten Umbaus zu entwickeln?

2) Inwieweit kann sich die Stadt vorstellen, durch eine ressourcenschonende Sanierung und einen Umbau der Immobilie dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum gerade in der Innenstadt entgegenzuwirken?

Begründung:

Die Braunschweiger Ortsgruppe der Architects For Future (A4F) hat sich am 20.07.2024 in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Kornblum, Stadtbaurat Leuer und Umweltdezernent Herlitschke zum Thema Stadtplanung und Klimaschutz im Bausektor geäußert. Hierin befürwortet die Gruppe Braunschweiger Architekt*innen und Stadtplaner*innen nachdrücklich den Erhalt der Immobilie Wilhelmstraße 62-71 zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums.

Begründet wird dies folgendermaßen:

"Die Klima- und Umweltschäden des Bausektors werden von der Gesellschaft unterschätzt und von Politik und Wirtschaft vernachlässigt. Doch der Bausektor und der Betrieb von Gebäuden in Deutschland und anderen Ländern des globalen Nordens verursachen ca. 40% der Treibhausgasemissionen und 55% des Müllaufkommens. 50% der produzierten Rohstoffe entfallen auf diesen Bereich. Allein in Deutschland frisst die Versiegelung für neue Siedlungen und Infrastruktur täglich eine Fläche von ca. 80 Fußballfeldern. Dadurch werden Ökosysteme zerstört sowie Hitzeeffekte und Hochwasserrisiken verstärkt. Bauen verursacht weltweit Ressourcenausbeutung, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit in einem unvorstellbaren Ausmaß.

Das müssen und können wir JETZT ändern - auch hier in Braunschweig. Wissen und Technik für umweltfreundliches, klima- und sozialgerechtes (Um)Bauen sind vorhanden — lokal und global, innovativ und traditionell. Die Bauwende ist machbar – auch hier in Braunschweig!

Bei Projekten wie [...] dem Gebäudekomplex der ehemaligen Landesschulbehörde in der Wilhelmstraße, [...] stellen wir leider fest, dass die Stadt Braunschweig immer noch und immer wieder das Abreißen und Neubauen als Normalfall der Stadtentwicklung propagiert oder in Erwägung zieht. Wir hingegen halten es im Sinne des Klimaschutzes für geboten, dass gerade die öffentliche Hand den Bestandserhalt priorisiert. Abriss muss immer kritisch

hinterfragt werden. Sowohl die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen als auch der unnötig anfallende Müll müssen realistisch bewertet werden.

'Braunschweig soll bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein.' Um dies – auch und gerade im Bausektor – erreichen zu können, ist es dringend geboten, Bedarfe zu überdenken, Abriss kritisch zu hinterfragen und Raum für Biodiversität zu erhalten und zu schaffen. Nur so ist die notwendige Bauwende auch in Braunschweig zu schaffen."

Silke Arning (Fraktionsvorsitzende)

Unterschrift

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum,
Sehr geehrter Herr Stadtbaurat Leuer,
Sehr geehrter Herr Stadtrat Herlitschke

Als Braunschweiger Ortsgruppe von Architects For Future wenden wir uns heute an Sie und nehmen Stellung zu einigen aktuellen städtebaulichen, architektonischen und unsere gebaute Umwelt betreffenden Diskursen in Braunschweig.

Die Klima- und Umweltschäden des Bausektors werden von der Gesellschaft unterschätzt und von Politik und Wirtschaft vernachlässigt. Doch der Bausektor und der Betrieb von Gebäuden in Deutschland und anderen Ländern des globalen Nordens verursachen ca. 40% der Treibhausgasemissionen und 55% des Müllaufkommens. 50% der produzierten Rohstoffe entfallen auf diesen Bereich. Allein in Deutschland frisst die Versiegelung für neue Siedlungen und Infrastruktur täglich eine Fläche von ca. 80 Fußballfeldern. Dadurch werden Ökosysteme zerstört sowie Hitzeeffekte und Hochwasserrisiken verstärkt. Bauen verursacht weltweit Ressourcenausbeutung, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit in einem unvorstellbaren Ausmaß.

Das müssen und können wir JETZT ändern - auch hier in Braunschweig - bevor die Klima-Kipppunkte erreicht und unsere Lebensgrundlagen zerstört werden. Wissen und Technik für umweltfreundliches, klima- und sozialgerechtes (Um)Bauen sind vorhanden — lokal und global, innovativ und traditionell. Die Bauwende ist machbar – auch hier in Braunschweig!

Leider müssen wir als Architects for Future immer wieder feststellen, dass die Stadt Braunschweig – trotz ihrer erklärten Ziele bis 2030 klimaneutral zu werden – sich nicht in ausreichendem Maße dafür einsetzt an dieser notwendigen Bauwende aktiv mitzuwirken, im Gegenteil.

Bei Projekten wie der Burgpassage, dem Kaufhaus am Gewandhaus (ehemals Karstadt) oder dem Gebäudekomplex der ehemaligen Landesschulbehörde in der Wilhelmstraße, welche kürzlich vorgestellt wurden, stellen wir leider fest, dass die Stadt Braunschweig immer noch und immer wieder das Abreißen und Neubauen als Normalfall der Stadtentwicklung propagiert oder in Erwägung zieht. Wir hingegen halten es im Sinne des Klimaschutzes für geboten, dass gerade die öffentliche Hand den Bestandserhalt priorisiert. Abriss muss immer kritisch hinterfragt werden. Sowohl die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen als auch der unnötig anfallende Müll müssen realistisch bewertet werden. Wir stimmen dem Präsidenten der Architektenkammer Niedersachsen zu, wenn er diesbezüglich feststellt, dass „die bestmögliche Lösung [...] noch nicht gefunden sein“ kann (Statement der Architektenkammer Niedersachsen vom 25. April 2024).

Wir fordern Sie auf, als politisch Verantwortliche und als Team der Bauverwaltung bei den genannten und allen weiteren Bauvorhaben der Stadt Braunschweig die selbstgesteckten Klimaziele ernst zu nehmen: „Braunschweig soll bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein.“ Um dies – auch und gerade im Bausektor – erreichen zu können, ist es dringend geboten, Be-

darfe zu überdenken, Abriss kritisch zu hinterfragen und Raum für Biodiversität zu erhalten und zu schaffen. Nur so ist die notwendige Bauwende auch in Braunschweig zu schaffen.

Zeigen Sie, Herr Dr. Kornblum, dass Braunschweig es kann. Unterstützen Sie ein Abriss-Moratorium. Unterstützen Sie ein umfangreiches Klimaschutzprogramme auch im Bausektor. Machen Sie ganz Braunschweig zu einem Leuchtturmprojekt unter den deutschen Städten in Hinblick auf eine Bauwende und einen aktiven Klimaschutz. Machen Sie Braunschweig zu einer auf Dauer lebenswerten Stadt, - auch für zukünftigen Generationen.

Mit besten Grüßen und in Hoffnung auf einen baldigen Austausch

Architects For Future, Ortsgruppe Braunschweig

**Beantwortung der Anfrage Nr. A138 der
BIBS-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kein Abriss und Neubau der städtischen Immobilie Wilhelmstraße 62-71 (ehemalige Landesschulbehörde): Synergieeffekte durch gemeinsame Entwicklung von ökologischen und sozialen Grundsätzen

1) Inwieweit kann die Stadt den Vorschlägen der Braunschweiger Ortsgruppe der Architectsfor Future Rechnung tragen und vor allem aus den genannten Klimaschutzgründen die städtische Immobilie Wilhelmstraße 62-71 zu erhalten und im Sinne eines klima- und sozialgerechten Umbaus zu entwickeln?

2) Inwieweit kann sich die Stadt vorstellen, durch eine ressourcenschonende Sanierung und einen Umbau der Immobilie dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum gerade in der Innenstadt entgegenzuwirken?

Begründung:

Zur Begründung wird auf die Anfrage A138 der BIBS-Fraktion verwiesen.

Antwort:

Zu 1):

Die Immobilie Wilhelmstraße 62-71 befindet sich im Eigentum der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG). Die BSBG und die Stadt Braunschweig verfolgen mit der Durchführung eines Konzeptvergabeverfahrens explizit eine Entwicklung, die auch ökologischen und sozialen Grundsätzen folgt. Im Rahmen der Konzeptvergabe werden seitens der Stadt umfangreiche Vorgaben gemacht und Bewertungskriterien angesetzt, die sowohl eine klima- als auch eine sozialgerechte Entwicklung vorgeben bzw. in die Bewertung einstellen. Es findet keine Vergabe nach dem Höchstpreiskriterium statt. Der Erhalt oder Teilerhalt im Sinne einer ressourcenschonenden Entwicklung und der damit einhergehende Umgang mit dem Bestand sind dabei möglich – sie obliegen im Endeffekt der Einschätzung der Bewerber:innen. Ein Abriss wird nicht zwingend eingefordert. Vorliegende Untersuchungen weisen allerdings auf eine Vielzahl von Rissbildungen in den Decken bzw. Böden im Großteil der Bestandsbebauung hin. Seit 2019 erfolgen aufgrund dieser auftretenden Rissbildungen jährliche Untersuchungen durch einen Baustatiker. Demnach kann durch Erschütterungen im Zuge von Bauarbeiten (Umbauten, Errichten neuer Innenwände, Wand-/ Deckendurchbrüche, Schlitzen etc.) der Gleichgewichtszustand und damit die Stabilität des Gebäudes empfindlich gestört werden. Nach statisch-konstruktiver Bewertung „besitzt das Gebäude kein Umbaupotential“ aufgrund des Zustands der Decken. Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte Braunschweig-Wolfsburg hat für das Objekt das Ende der wirtschaftlichen Nutzung festgestellt.

Zu 2):

Mit dem Vergabeverfahren der Wilhelmstraße 62-71 wird nicht vorgegeben, ob saniert, teilerhalten oder abgerissen und neugebaut wird, dies obliegt der Konzeptidee der Bewerber:innen um das Grundstück.

Gez. Schmidbauer

Unterschrift (Dez./FBL)

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

61 / FB 61

Produkt

4S.610047

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Unter der Produktnummer 4S.610047 sind im Investitionsprogramm für den Fachbereich 61 rund 800.000 Euro in den nächsten Jahren zur Erstellung von Straßenpanoramabildern eingestellt, für 2025 beläuft sich der Anteil auf 140.000 Euro und für 2026 auf 50.000 Euro.

Wozu werden diese Straßenpanoramabilder genutzt?

Wer kann auf diese zugreifen?

Begründung:

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A155 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Unter der Produktnummer 4S.610047 sind im Investitionsprogramm für den Fachbereich 61 rund 800.000 Euro in den nächsten Jahren zur Erstellung von Straßenpanoramabildern eingestellt, für 2025 beläuft sich der Anteil auf 140.000 Euro und für 2026 auf 50.000 Euro.

Wozu werden diese Straßenpanoramabilder genutzt?
Wer kann auf diese zugreifen?

Begründung:

-

Antwort:

Nach den Erst- und Wiederholungsbefahrungen von 2000 Straßenkilometern in der Stadt Braunschweig in den Jahren 2019 und 2022 gehören die Straßenpanoramabilder mittlerweile zu den wichtigsten und wertvollsten Geodaten der Stadt Braunschweig. Sie werden den Beschäftigten der Stadt Braunschweig über das verwaltungsinterne Geoportal FRISBI zur Verfügung gestellt.

Sie ermöglichen einen schnellen und eindeutigen Blick auf die Örtlichkeit ohne den Arbeitsplatz verlassen zu müssen. Neben der reinen digitalen Ortsbesichtigung ermöglichen die Bilder u.a. die geometrisch einwandfreie Ermittlung von Abständen, Höhen, Flächen, Horizonten und vieles mehr. Zusätzlich können die Bilder in Beziehung mit anderen Geo- und Fachdaten gesetzt werden. Die Straßenpanoramabilder liefern einen erheblichen Beitrag zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung. Gemäß einer aktuellen Auswertung ergeben sich für das Jahr 2023 über 16.800 Personen-Zugriffstage mit jeweils mindestens einem Zugriff am Tag. Mit Hilfe aktueller Straßenpanoramabilder konnten somit in 2023 mind. 16.800 virtuelle Ortsbesichtigungen mit dem bestehenden Personal bei minimalem Ressourceneinsatz zur Erledigung der städtischen Aufgaben durchgeführt werden. Die tatsächliche Anzahl wird auf das 2 bis 5 fache geschätzt.

Zur Sicherstellung und Intensivierung zeit- und ressourcensparender virtueller Ortsbesichtigungen sind regelmäßige Aktualisierungen der Straßenpanoramabilder notwendig. Entsprechende Wiederholungsbefahrungen sind daher zukünftig im Zweijahresrhythmus vorgesehen. Ohne die Bereitstellung aktueller Straßenpanoramabilder für die Aufgabenerledigung in der Stadtverwaltung können Ortsbesichtigungen in erheblicher Anzahl und damit Aufgaben insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel im aktuellen Umfang nicht mehr erledigt werden. Selbst eine teilweise Kompensation ist mit erheblichen Ressourcenaufwand verbunden (Zeit, Kosten

Fahrzeugbereitstellung, Kosten Wartung & Pflege, etc.).

Die Gesamtkosten für die Jahre 2025 bis 2029 betragen insgesamt voraussichtlich 520.000 €, wobei die Kosten im jeweils ersten Jahr auf die Befahrung selbst und im jeweils zweiten Jahr auf das Hosting und nachgelagerte Datenanalysen entfallen. Die in der Anfrage und im HH-Entwurf aufgeführten Gesamtkosten von 800.000 € beinhalten bereits die Befahrungs- und Hostingkosten seit 2019.

Gez. Schmidbauer

Unterschrift (Dez./FBL)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

68 / Ref. 0680

Produkt

5E.000007

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kürzung der Mittel für den Ausbau des Ringgleises

Im Investitionsprogramm für den Doppelhaushalt 2025/2026 findet sich unter der Bezeichnung "Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung" der Hinweis, dass die Gelder für den weiteren Ausbau des Ringgleises um insg. 2.060.000 EUR gekürzt wurden. Konkret bedeutet das, dass in der mittelfristigen Planung keine Mittel mehr für dieses Projekt zur Verfügung stehen. Wir bitten hierzu um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche bereits beschlossenen Maßnahmen könnten aufgrund dieser Kürzung nicht umgesetzt werden?
2. Was bedeutet diese Kürzung für zukünftige Maßnahmen, z.B. im Bereich der sog. Echobrücke?
3. Wie begründet die Verwaltung die hier vorgenommene Kürzung?

Begründung:

Bekanntlich handelt es sich beim Ringgleis um einen beliebten Freizeitweg für den Fuß- und Radverkehr, der insbesondere für Radfahrende längst auch eine wichtige Bedeutung im Alltagsverkehr innehat. Insbesondere dadurch, dass nach jahrelangem Stillstand die Verhandlungen zur Nutzung der Echobrücke jüngst einen Schritt voran gekommen sind, wuchs die Hoffnung, dass es beim Ausbau des Ringgleises auf der ursprünglich vorgesehenen Trasse einen Schritt vorangehen könnte. Dafür muss der weitere Ausbau des Ringgleises jedoch zwingend mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Sollte die hier genannte Ansatzänderung tatsächlich beschlossen werden, droht stattdessen jahrelanger Stillstand.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 172 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung der Mittel für den Ausbau des Ringgleises

Im Investitionsprogramm für den Doppelhaushalt 2025/2026 findet sich unter der Bezeichnung "Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung" der Hinweis, dass die Gelder für den weiteren Ausbau des Ringgleises um insg. 2.060.000 EUR gekürzt wurden. Konkret bedeutet das, dass in der mittelfristigen Planung keine Mittel mehr für dieses Projekt zur Verfügung stehen. Wir bitten hierzu um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche bereits beschlossenen Maßnahmen könnten aufgrund dieser Kürzung nicht umgesetzt werden?
2. Was bedeutet diese Kürzung für zukünftige Maßnahmen, z.B. im Bereich der sog. Echobrücke?
3. Wie begründet die Verwaltung die hier vorgenommene Kürzung?

Begründung:

Bekanntlich handelt es sich beim Ringgleis um einen beliebten Freizeitweg für den Fuß- und Radverkehr, der insbesondere für Radfahrende längst auch eine wichtige Bedeutung im Alltagsverkehr innehat. Insbesondere dadurch, dass nach jahrelangem Stillstand die Verhandlungen zur Nutzung der Echobrücke jüngst einen Schritt voran gekommen sind, wuchs die Hoffnung, dass es beim Ausbau des Ringgleises auf der ursprünglich vorgesehenen Trasse einen Schritt vorangehen könnte. Dafür muss der weitere Ausbau des Ringgleises jedoch zwingend mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Sollte die hier genannte Ansatzänderung tatsächlich beschlossen werden, droht stattdessen jahrelanger Stillstand.

Antwort:

Bei dem Ringgleis handelt es sich um einen beliebten und gut frequentierten Freizeitweg, der in seiner jetzigen Gestaltung von Fußgängern und Radfahrern im Zusammenhang mit der Naherholung, aber auch als Weg zur Arbeitsstelle oder zu Freizeitaktivitäten gern in Anspruch genommen wird. Dies vorausgeschickt, wird zu den Fragen wie folgt Stellung genommen:

1. Über die zwei bereits in Vorbereitung befindlichen Infostelen hinaus, können keine weiteren Stelen und auch keine weiteren Industriecontainer realisiert werden. Die Auflösung derzeit bestehender Umwegsituationen mit der Zielsetzung der generellen Führung des Ringgleises auf originärer Trasse wäre aktuell nicht zu realisieren (vgl. dazu z.B. 'Masterplan Ringgleis' / DS 14329/11, 'Weiterführung Ringgleis-Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023' / DS 20-14402 und 'Weiterführung des Ringgleises' / DS 16-03035). Die ergänzende Bepflanzung sowie die Anlage weiterer Aufenthaltsorte zur Erhöhung des Freizeitwertes am Ringgleis entfällt.

2. Wie unter Pkt. 1 erwähnt würden aktuelle Umwegsituationen beibehalten werden. Damit entfallen würde auch das Projekt „Brückenschlag-Süd“, welches die Trasse von der Echobrücke beginnend über die Wolfenbütteler und Salzdahlumer Straße und über ein neues Rampenbauwerk bis zur Borsigstraße führt. Die dadurch beabsichtigte Anbindung der Bahnstadt an das Ringgleis müsste somit verschoben bzw. ggf. alternativ gelöst

werden. Darüber hinaus können weitergehende Anbindungen von Stadtteilen an das Ringgleis aktuell nicht erfolgen.

3. Die Kürzung der bisher eingeplanten Mittel ist ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Finanzunwirksame Anträge

Die FRAKTION.BS – DIE LINKE., Volt und Die
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

61 / FB 61

Produkt

1.51.5116.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Verwendungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verwendungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung

Wahrscheinlich endet das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet im Jahr 2026. Damit endet auch der Verwendungsfonds, der derzeit 75.000 Euro pro Jahr beinhaltet und zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert wird. Aus dem Verwendungsfonds werden derzeit eine Vielzahl von kleinen sozialen Projekten finanziert. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlich Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 039 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden.
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung:

Wahrscheinlich endet das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet im Jahr 2026. Damit endet auch der Verfügungsfonds, der derzeit 75.000 Euro pro Jahr beinhaltet und zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert wird. Aus dem Verfügungsfonds werden derzeit eine Vielzahl von kleinen sozialen Projekten finanziert. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlich Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Stellungnahme:

Im Teilhaushalt 61 sind in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 75.000 Euro für den Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" eingeplant. Das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" muss nach Vorgabe des Nieders. Ministeriums (MW) zum 31.12.2026 beendet werden. Nach Abschluss des Sanierungsverfahrens stehen daher ab dem Jahr 2027 keine Städtebaufördermittel mehr zur Verfügung. Eine Weiterführung des Verfügungsfonds aus Mitteln der Städtebauförderung im Teilhaushalt 61 ist daher ab 2027 nicht mehr möglich.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU 039 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024	1	10	0		X
FPDA am 28.11.2024					

SBR 310 Westliches Ringgebiet

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Div. / FB 61 (Ref. 0500)

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Verwendungsfond des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verwendungsfonds im südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung

Im Jahr 2029 endet das Städteförderprogramm „Soziale Stadt“ im Westlichen Ringgebiet. Damit endet auch der Verwendungsfond der derzeit 75.000 Euro pro Jahr, finanziert zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt, beinhaltet. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlichen Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Unterschrift

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FU SBR 02 der
Stadtbezirksrats 310 Westl. Ringgebiet zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verwendungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verwendungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung:

Im Jahr 2029 endet das Städteförderprogramm „Soziale Stadt“ im Westlichen Ringgebiet. Damit endet auch der Verwendungsfond der derzeit 75.000 Euro pro Jahr, finanziert zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt, beinhaltet. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlichen Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Stellungnahme:

Im Teilhaushalt 61 sind in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 75.000 Euro für den Verwendungsfonds im Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" eingeplant. Das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" muss nach Vorgabe des Nieders. Ministeriums (MW) zum 31.12.2026 beendet werden. Nach Abschluss des Sanierungsverfahrens stehen daher ab dem Jahr 2027 keine Städtebaufördermittel mehr zur Verfügung. Eine Weiterführung des Verwendungsfonds aus Mitteln der Städtebauförderung im Teilhaushalt 61 ist daher ab 2027 nicht mehr möglich.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU SBR 02 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024	1	10	0		X
FPDA am 28.11.2024					

SBR 322 Nördliche Schunter-/Okeraue

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Div. / FB 10

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Fortbestand der Altentagesstätte Veltenhof

Beschlussvorschlag

Der Stadtbezirksrat bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob, wie und in welcher Größenordnung die Altentagesstätte Veltenhof dauerhaft finanziell bezüglich des laufenden Betriebes und der Unterhaltung unterstützt werden kann, um den Fortbestand dieses Hauses zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Vereine zu garantieren.

Begründung

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 28.11.2024					

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Diverse / FB 61 (FB 68)

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Interkommunaler Windpark

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, mit den umliegenden Kommunen, auf deren Gebiet die Windenergieplanung des Regionalverband Großraum Braunschweig Flächen für Windparks ausweist, in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, einen interkommunalen Windpark zu schaffen.

Die Stadt Braunschweig bietet mit der Energiegenossenschaft ihr technisches Wissen und kann im Gegenzug die CO₂-Einsparungen für das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig einrechnen.

Begründung

Auf dem Stadtgebiet Braunschweig werden – abgesehen vom Repowering im Südwesten – voraussichtlich keine zusätzlichen Windkraftanlagen erstellt, auch wenn momentan der Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) damit befasst ist, das neue Flächenbeitragsziel von 3,18 % zur Nutzung für Windenergie planerisch zu erreichen (derzeit beläuft sich dieser Wert auf 1,3 % der Fläche des RGB). Denn die von der Verbandspolitik festgesetzten Parameter lassen vor allem in Hinblick auf den festgelegten Abstand von 1.000 Metern zu Wohnbebauung vermuten, dass dies auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig keinerlei Flächen ermöglicht.

Um das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig zu erreichen, ist bilanziell Windkraft jedoch mit einzubeziehen. Um also einen Beitrag zu erreichen, sollten die umliegenden Gemeinden einbezogen werden. Durch einen interkommunalen Windpark könnten diese vom technischen Sachverstand der Energiegenossenschaft profitieren und für die Stadt Braunschweig hingegen könnten die CO₂-Einsparungen anteilig angerechnet werden.

Auf die weitergehenden inhaltlichen Ausführungen des CDU-Antrages „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen“ (DS.-Nr. 24-24242) wird an dieser Stelle hingewiesen.

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 156 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Interkommunaler Windpark

Die Verwaltung wird gebeten, mit den umliegenden Kommunen, auf deren Gebiet die Windenergieplanung des Regionalverband Großraum Braunschweig Flächen für Windparks ausweist, in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, einen interkommunalen Windpark zu schaffen.

Die Stadt Braunschweig bietet mit der Energiegenossenschaft ihr technisches Wissen und kann im Gegenzug die CO2-Einsparungen für das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig einrechnen.

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Antrag FU156 der CDU-Fraktion verwiesen.

Wählen Sie ein Element aus.:

Der Regionalverband Großraum Braunschweig plant seine Windenergieplanung im November zu veröffentlichen. Die Verwaltung tritt anschließend in Gespräche mit Nachbargemeinden ein.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024	3	8	0		X
FPDA am 28.11.2024					

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0800 / Stabsst. 0800

Produkt

1.57.5711.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Quantentechnologie - Konzept zum Ausbau von Technologietransfer zu Bestandsunternehmen und von Inkubatorfunktion für Gründungen

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept auszuarbeiten und dem Wirtschaftsausschuss vorzustellen, wie beim Thema Quantentechnologie der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen umfassend und zeitnah ausgebaut werden kann, um in diesem Bereich eine führende Rolle für Braunschweig und die Region zu sichern

Begründung

Braunschweig ist ein führender Standort in der Quantentechnologie. Dieses wurde nicht zuletzt beim Unternehmergespräch am 14. August dieses Jahres bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) deutlich. Gemeinsam mit der PTB und dem QVLS (Quantum Valley Lower Saxony) haben wir als Stadt der Wissenschaft und Forschung beste Chancen, um bei diesem Megatrend eine entscheidende Rolle einzunehmen.

Deshalb sollte über die Antragsförderung hinaus ein Konzept erstellt werden, wie der der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen zügig und umfassend ausgebaut werden kann. Dies sichert die führende Rolle für Braunschweig und die Region in diesem Bereich und hat darüber hinaus die Chance, diese sogar noch auszubauen.

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

CDU-Fraktion – erweitert auf Antrag der SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0800 / Stabsst. 0800

Produkt

1.57.5711.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Quantentechnologie - Konzept zum Ausbau von Technologietransfer zu Bestandsunternehmen und von Inkubatorfunktion für Gründungen

Beschlussvorschlag geändert im WA am 19.10.2024:

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept **stufenweise** auszuarbeiten und dem Wirtschaftsausschuss **sowie anschließend dem Rat** vorzustellen, wie beim Thema Quantentechnologie der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen umfassend und zeitnah ausgebaut werden kann, um in diesem Bereich eine führende Rolle für Braunschweig und die Region zu sichern.

Begründung

Braunschweig ist ein führender Standort in der Quantentechnologie. Dieses wurde nicht zuletzt beim Unternehmertagesgespräch am 14. August dieses Jahres bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) deutlich. Gemeinsam mit der PTB und dem QVLS (Quantum Valley Lower Saxony) haben wir als Stadt der Wissenschaft und Forschung beste Chancen, um bei diesem Megatrend eine entscheidende Rolle einzunehmen.

Deshalb sollte über die Antragsförderung hinaus ein Konzept erstellt werden, wie der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen zügig und umfassend ausgebaut werden kann. Dies sichert die führende Rolle für Braunschweig und die Region in diesem Bereich und hat darüber hinaus die Chance, diese sogar noch auszubauen.

Unterschrift

- FU 157 NEU -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA am 15.10.2024	10		1	X	
FPDA am 28.11.2024					

Im Wirtschaftsausschuss am 15.10.2024 wird der Antrag FU 157 durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Frau Bürgermeisterin Ihbe) geändert: FU 157 NEU.

Strategische Ziele, Wesentliche Produkte
und Maßnahmen

Teilhaushalt:

FB 60 - Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Strategische Ziele 2025 - 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Sicherung der Einhaltung des öffentlichen Baurechts unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten
2.	Qualifizierte Bauberatung und zügige Genehmigungsverfahren
3.	Digitalisierung aller Arbeitsprozesse im Fachbereich
4.	Sicherstellung des baulichen Brandschutzes
5.	Erhöhung des Sicherheits-Niveaus von Versammlungsstätten
6.	Vereinheitlichung der Vergabeverfahren sowie Optimierung der Nutzung der E-Vergabepattform durch stufenweise Ausweitung des Workflows

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Beim strategischen Ziel Nr. 3 wurde die Beschränkung auf Baugenehmigungsverfahren und Aktenarchiv geändert in alle Arbeitsprozesse im Fachbereich.

Teilhaushalt:

FB 68 - Umwelt

Strategische Ziele 2025 - 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Sicherung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung Braunschweigs unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes sowie einer integrierten Freiraumplanung
2.	Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität durch Schutz der Umweltgüter einschließlich der Aufarbeitung der Hochwasserproblematik, des Lärmschutzes und der Verbesserungen der aquatischen Lebensbereiche durch Renaturierung
3.	Planung und Durchführung effektiver Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, als Beitrag der Stadt Braunschweig zur Bewältigung der globalen Herausforderungen durch den Klimawandel, inklusive dem Erhalt, der Aufwertung und der Schaffung zusätzlicher Freiräume
4.	Sanierung von Altlasten und Brachflächen zur Sicherung natürlicher Wasserreserven und zum Schutz der natürlichen Bodenfunktionen in den Außenbereichen sowie der Reduzierung der von Blindgängern aus dem zweiten Weltkrieg ausgehenden Gefahr
5.	Steigerung der Biodiversität bei gleichzeitiger Ausweitung und Attraktiveren der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung sowie der Beteiligungsprozesse
6.	Bereitstellung von neuen Parkanlagen, Spiel- und Jugendplätzen und Pocket Parks als Ankerpunkte einer multifunktionalen „grünen Infrastruktur“ im Stadtgefüge sowie der Neubau und die grundlegende Umgestaltung von Außenanlagen insbes. an städtischen Schulen und Kitas

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Die strategischen Ziele Nr .5 und 6 wurden aus Vereinfachungsgründen verkürzt.

Strategische Ziele, Wesentliche Produkte und Maßnahmen

Änderungen bei Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit
und Referat 0500 Sozialreferat

Die Aufgaben des Büros für Migrationsfragen wurden
vom FB 50 zum Ref. 0500 verlagert. Aufgrund dessen...

- a) werden die Strategische Ziele beider Bereiche angepasst,
- b) wird das Wesentliche Produkt 1.31.3119.40 „Leistungen
des Sozialreferates“ beim Ref. 0500 um diese Aspekte er-
weitert,
- c) werden 2 Maßnahmen, die bisher beim FB 50 geführt wur-
den, beim Ref. 0500 aufgenommen
- d) und entfallen beim FB 50 das Wesentliche Produkt
1.31.3517.20 „Integration von Migranten“ und die beiden
bisher hier abgebildeten Maßnahmen.

Die neu gefassten Strategischen Ziele, Wesentlichen Produkte
und Maßnahmen werden mit auf folgenden Seiten dargestellt.

Teilhaushalt:

FB 50 - Soziales und Gesundheit

Strategische Ziele 2025 - 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Beibehaltung und Ausweitung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung
2.	Bedarfsgerechte Sicherstellung der Lebensqualität von älteren, kranken und/oder pflegebedürftigen Menschen im Hinblick auf ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben unter Beachtung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ in der Hilfe zur Pflege
3.	Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnungslosenunterkünften; möglichst dezentrale Unterbringung
4.	Verbesserung der Teilhabe für alle am öffentlichen Leben durch die Entstehung und Fortschreibung eines Kommunalen Aktionsplans mit dem Ziel, die Gesamtverwaltung zum Thema Inklusion zu sensibilisieren
5.	Förderung der Integration von Geflüchteten und ihrer Teilhabe
6.	Personenzentrierte, bedarfsdeckende Leistungsgewährung in der Eingliederungshilfe für volljährige Menschen mit Behinderung mit beendeter Schulausbildung durch Anwendung des Gesamtplan-/Teilhabeplanverfahrens unter Berücksichtigung eines partizipativen Ansatzes; weitere Umsetzung der gesetzlichen Regelungen des SGB IX

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Das Strategische Ziel 5 wurde aufgrund der Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ angepasst.

Teilhaushalt:

Ref. 0500 - Sozialreferat

Strategische Ziele 2025 – 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Entwicklung, Steuerung und Umsetzung einer Kennzahlen gestützten Integrationsplanung und davon Ableitung sowie Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen zur Förderung der Teilhabe und interkulturellen Öffnung der Kommune
2.	Aufbau, Fortschreibung und Weiterentwicklung einer integrierten Sozialberichterstattung mit dem Ziel der Förderung konfliktarmer Sozialstrukturen sowie gemeinwesenorientierten Quartiersarbeit u.a. durch die Einrichtung und den Aufbau von Nachbarschaftszentren
3.	Herstellung und Förderung von mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe durch ein breites Netzwerk gegen Kinderarmut und der Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes gegen Altersarmut
4.	Förderung der Vielfalt und Demokratie durch sensibilisierende Maßnahmen im Bereich LSBTIQ* sowie Entwicklung eines lokalen Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus und Förderung der Willkommenskultur
5.	Weiterentwicklung und Umsetzung einer initiiierenden und koordinierenden Gesundheitsplanung sowie die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der senioren- und pflegerelevanten Infrastruktur

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Die Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ wurde zum Anlass genommen, die Strategischen Ziele vollständig neu zu formulieren.

Wesentliches Produkt

1.31.3119.40 - Leistungen des Sozialreferates

Produktbeschreibung:

- Entwicklung von Planungsgrundlagen im Dezernat V inkl. Sozialmonitoring

- Durchführung von Fachplanungen und Begleitung wesentlicher Projekte

- Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Bereich der gesundheitlichen Vorsorge, im kommunalen Handlungsfeld Alters- und Kinderarmut, im Bereich Nachbarschaftszentren, Quartiersarbeit sowie in den Themenfeldern LSBTIQ* und Altenhilfe- und Pflegeplanung

Produktziele:

- Steuerung und Umsetzung von kommunalen Handlungskonzepten zur Integration von Migrant:innen und zur interkulturellen Öffnung/Förderung der Teilhabe, zur Kinderarmut, zur Altenhilfe-/Pflegeplanung sowie Altersarmut

- Verbesserung der Gesundheitsversorgung

- Konzipierung, Förderung und Unterstützung sozialer Stadtteil- und Quartiersarbeit

- Förderung der Chancengleichheit von LSBTIQ*-Personen

- Aufbau eines integrierten Sozialmonitorings

Zum Produkt gehörende Leistungen :

1.31.3119.40.01	Soziale Stadt- und Stadtteilentwicklung
1.31.3119.40.03	Planungsbegl. u. Grundsatzarb. f. Dez. V
1.31.3119.40.05	Integrationsförderung
1.31.3119.40.06	Gesundheitsplanung und -förderung
1.31.3119.40.07	Koordination Kinderarmut
1.31.3119.40.08	LSBTIQ*
1.31.3119.40.09	Nachbarschaftszentren
1.31.3119.40.10	Altenhilfe- & Pflegeplanung
1.31.3119.40.11	Präventive Hausbesuche (bis 2024)
1.31.3119.40.12	Altersarmut
1.31.3119.40.13	Zuwendungen Ref. 0500

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2023 *) -Euro-	Ansatz 2024 -Euro-	Ansatz 2025 -Euro-	Ansatz 2026 -Euro-
Ordentliche Erträge				
Entgelte	0	0	0	0
Übrige ordentliche Erträge	65.556	135.225	136.530	0
12 Summe ordentliche Erträge	65.556	135.225	136.530	0
Ordentliche Aufwendungen				
13 Personalaufwendungen	270.928	613.843	812.873	831.571
14 Versorgungsaufwendungen	In Zeile 13 enthalten			
15 Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	24.115	94.212	93.300	15.900
16 Abschreibungen	0	2.172	1.896	758
17 Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0	0
18 Transferaufwendungen	0	0	0	0
19 Sonstige ordentliche Aufw.	0	58.010	57.110	57.110
20 Summe ordentliche Aufwend.	295.042	768.237	965.179	905.339
21 Ordentl. Ergebnis	-229.487	-633.012	-828.649	-905.339
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
23 Außerordentliche Aufw.	0	0	0	0
24 Außerordentl. Ergebnis	0	0	0	0
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-229.487	-633.012	-828.649	-905.339
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26 Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0	0
27 Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	470	55.100	66.881	66.881
28 Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-470	-55.100	-66.881	-66.881
29 Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-229.957	-688.112	-895.530	-972.220

Produktkennzahl(en):

Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Aufgrund der Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ wurden die Produktziele angepasst und die Liste der Leistungen erweitert.

Wesentliches Produkt	1.31.3119.40 - Leistungen des Sozialreferats
----------------------	--

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Maßnahme:	Umsetzung Kommunales Handlungskonzept Integration	
Nr.:	1	
Wirkung:	Zielgenaue sowie qualitätsgesicherte Planung, Steuerung und Evaluation von Integrationsmaßnahmen und -projekten	
	Betrifft Strat. Ziel Nr.: 1	
Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert)	Maßnahmen zur Umsetzung des Handlungskonzeptes, u. a.: Mitwirkung von Eltern im Bildungsbereich, integrative Projekte im Stadtteil	Maßnahmezeitraum: 2008 bis 2029

Finanzbedarf
Gesamt: 1.478.400 €
Personalaufwend.: 1.310.400 €
Sachaufwendungen: 168.000 €
Erträge: 0 €
* bis 02/2024 im THH 50

Maßnahme:	Sprachförderangebote für Erwachsene in Kooperation mit der VHS international Braunschweig	
Nr.:	2	
Wirkung:	Verbesserung der Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten	
	Betrifft Strat. Ziel Nr.: 1	
Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert)	Pro Jahr mindestens 8 niedrigschwellige Sprachkurse	Maßnahmezeitraum: 2009 bis 2029

Finanzbedarf
Gesamt: 1.490.000 €
Personalaufwend.: 90.000 €
Sachaufwendungen: 1.400.000 €
Erträge: 0 €
* bis 02/2024 im THH 50

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Aufgrund der Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ werden die bisher beim FB 50 "Soziales und Gesundheit" abgebildeten Maßnahmen hier zugeordnet.

Ergebnishaushalt

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Stand: 21. November 2024

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 20 - Finanzen			0	+ 7.000.000	0	+ 7.000.000	0	+ 7.000.000	0	+ 7.000.000	0	+ 7.000.000		
149	1.25.2710.01 Volkshochschulen	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	Weiterführung Sozialer Arbeitsmarkt nach SGB II § 16i 1. Der Rat beauftragt die Vertreterin der Stadt Braunschweig in der Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig, dort den Antrag einzubringen, dass der zum Jahresende auslaufende "Soziale Arbeitsmarkt nach dem Teilhabegesetz" für weitere fünf Jahre fortgesetzt wird. Dazu sollen wieder bis zu 100 Personen bei der VHS Arbeit und Beruf GmbH eingestellt werden. Weitere 50 Personen sollen bei freien Trägern eingestellt werden können. 2. Die VHS-Arbeit und Beruf GmbH wird auch weiterhin im Kontext ihrer grundsätzlichen Zuständigkeit für kommunale Beschäftigungsförderung mit allen beteiligten städtischen Organisationseinheiten mit der Steuerung und Umsetzung des Bundesprogramms „Sozialer Arbeitsmarkt“ nach dem Teilhabechancengesetz SGB II § 16i für bis zu 150 Personen beauftragt. 3. Die VHS Arbeit und Beruf GmbH stellt bis zu 100 Personen zum Einsatz in eigenen Projekten bzw. anderer Tätigkeiten bei städtischen Gesellschaften ein. 4. Die VHS Arbeit und Beruf GmbH koordiniert weiterhin die Abwicklung mit den freien Trägern. Hierzu gehört auch die Entgegennahme und das Bescheiden von Anträgen, die Vorbereitung der Auszahlungen an die freien Träger durch die Stadt sowie das Controlling. 5. Der VHS Arbeit und Beruf GmbH werden für diese Aufgaben die benötigten Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Das waren bislang 2.115.134 Euro 6. Für die Beschäftigung von bis zu 50 Personen bei freien Trägern stellt die Stadt für die Jahre 2025 – 2029 Finanzmittel zur Verfügung. Das waren bislang 800.463 Euro. Begründung: 2019 hat die Stadt Braunschweig eine Gesetzesänderung genutzt und für 150 Langzeitarbeitslose eine Perspektive geschaffen. In der Vorlage (DS 19-10181) war damals vom Einstieg in einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt die Rede. Von 2.441 langzeitarbeitslosen Menschen hatten 150 die Chance auf den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben. Doch damit soll nun Schluss sein. Zum einen schafft das Jocenter Braunschweig es nicht, die 8 Arbeitsplätze nach 16i zu besetzen, die es selber vorhält, zum anderen will das Jobcenter zukünftig nur noch einen Bruchteil der bisherigen 150 Arbeitsplätze finanzieren. Hier muss sich etwas ändern. Nach dem Wechsel der Geschäftsführung des Jobcenters ist nun die Vertreterin der Stadt die Vorsitzende der Trägerversammlung und verfügt damit über eine Mehrheit. Diese Mehrheit muss unbedingt genutzt werden, damit auch weiterhin wenigstens 150 langzeitarbeitslose Menschen eine Perspektive haben. Im Anschluss sollte dann die VHS Arbeit und Beruf GmbH für weitere 5 Jahre beauftragt und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden.										Für 5 Jahre	
			AfSG	Dafür:	1	Dagegen:	10	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
040	1.54.5470.01 ÖPNV	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	Preissenkung Fahrscheine ÖPNV um 10% Die Verkehrswende kann nicht nur mit Verboten umgesetzt werden. Viel wichtiger sind Anreize, damit der ÖPNV attraktiver wird. Insbesondere ein kostenfreier ÖPNV würde viele Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bewegen. Ein 10prozentiger Preisnachlass kann ein erster Schritt in diese Richtung sein.										Dauerhaft	
				0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen		
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029					
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
	Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			0	+	85.000	0	+	88.000	0	0	0	0	0	0		
176	1.12.1221.51 Tierschutz/Tiergesundheit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Verein Stadttiere Braunschweig e. V. Das sogenannte Stadtaubenkonzept in Braunschweig wurde im Mai 2022 vom Rat beschlossen. Hierin ist vorgesehen, dass der Verein Stadttiere Braunschweig e.V. die Betreuung und Pflege der zu errichtenden Taubenschläge übernimmt. Der Verein hat hierfür eine institutionelle Förderung in Höhe von 85.000 € für 2025 bzw. 88.000 € für 2026 beantragt. Beide Summen stellen nur eine geringfügige Erhöhung zu den für 2023 und 2024 bewilligten 81.200 € dar und werden unter anderem zur Pflege der beiden bereits errichteten Taubenschläge benötigt. Außerdem wird die Förderung für die für 2025/2026 geplante Realisierung von bis zu zwei weiteren Taubenschlägen in der Braunschweiger Innenstadt gebraucht. Hierzu ist es notwendig, eine weitere hauptamtliche Beschäftigte in Teilzeit einzustellen.										2 Jahre	Es liegen sowohl Ansatzveränderungen der Verwaltung als auch ein politischer Antrag zu diesem Thema vor.		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-		
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-		
	Fachbereich 37 - Feuerwehr			0	+	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
158	1.12.1260.21 Freiwillige Feuerwehr	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Ortsbrandmeisterweiterbildung Für das Jahr 2025 ist eine zweitägige Ortsbrandmeisterweiterbildung in Duderstadt geplant. An dieser sollen die Ortsbrandmeister unserer 30 Ortsfeuerwehren, ihre Stellvertreter und die Inhaber von Sonderfunktionen teilnehmen. Es ist begrüßenswert und wir sind dankbar dafür, dass diese Funktionsträger neben ihrem Einsatz- und Ausbildungsdienst sowie zahlreicher anderer administrativer Aufgaben an einem Wochenende zusammenkommen, um sich fortzubilden und weiter an der Zukunft der Feuerwehr Braunschweig zu arbeiten. Es ist daher nicht nachzuvollziehen, dass zwar die Tagungsräume und mögliche Referenten aus dem Budget des Fachbereichs 37 bezahlt werden, für die Übernachtung jeder einzelne Feuerwehrmann und jede einzelne Feuerwehrfrau persönlich aufkommen soll. Wenn man das Ehrenamt wirklich schätzt, dann sollte es selbstverständlich sein, dass diese Kosten ebenfalls von der Stadt Braunschweig getragen werden.										Einmalig			
				0	+	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
			AFKO	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-		
	Fachbereich 40 - Schule			- 3.200.000	+	3.315.500	- 3.500.000	+	3.438.500	- 3.500.000	+	3.438.500	- 3.500.000	+	3.438.500		
180	1.21.2410.13 Schülerbeförderung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Kostengünstiges Schülerticket Das kostengünstige Schülerticket wird 2025 und 2026 unter Anpassung des Ticketpreises auf 20 Euro fortgeführt. In Kombination zur verbundweiten Schülermonatskarte hat sich in Braunschweig das kostengünstige Schülerticket bewährt. Das kostengünstige Schülerticket für das Stadtgebiet Braunschweig kostet seit seiner Einführung konstant 15 Euro. Angesichts der allgemeinen Preissteigerung und der allgemeinen Haushaltslage ist eine Preisanpassung auf 20 Euro erforderlich und angemessen. Für 20 Euro im Monat steht den Schüler*innen damit weiterhin ein sehr attraktives und kostengünstiges ÖPNV-Angebot zur Verfügung, und es erfolgt weiterhin eine Stärkung des ÖPNV; die Stärkung des ÖPNV ist eine der Maßnahmen im Handlungsfeld „Mobilität und Verkehr“ des integrierten Klimaschutzkonzepts IKSK 2.0 der Stadt Braunschweig. – Mit 20 Euro im Monat liegt der Preis des Schülertickets immer noch deutlich unter dem früheren Preis des Schülermonatsickets von ca. 50 Euro, und es stellt eine attraktive und kostengünstige Alternative zum verbundweiten Schülermonatsicket dar, das 30 Euro kostet. Darüber hinaus bleibt es bei den bisherigen Feststellungen, dass 1. das kostengünstige Schülerticket für das Stadtgebiet Braunschweig an das Fortbestehen des regionalen Schülertickets gebunden ist (siehe u. a. Drs. 20-13758, 24-23893) und dass 2. am Ziel festgehalten wird, eine Finanzierung der Schülertickets durch das Land Niedersachsen zu erreichen (vgl. Drs. 20-12645-02, 20-13758).										Dauerhaft			
				0	+	1.677.000	0	+	1.800.000	0	+	1.800.000	0	+	1.800.000		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-		
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-		

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen				
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029							
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
139	1.21.2410.13 Schülerbeförderung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	Schülerticket weiter finanzieren Um den jungen Menschen in Braunschweig weiterhin ein kostengünstiges Schüler:innen-Ticket anbieten zu können, beantragen wir, die notwendigen Haushaltsmittel für einen Vertragszeitraum über den 31. Januar 2025 hinaus einzustellen. Wir halten das landesweite Schüler*innen-Ticket für keinen ausreichenden Ersatz. Viele Schüler*innen benötigen kein landesweites Ticket, da sie überwiegend in Braunschweig unterwegs sind und stärker von der deutlich günstigeren 15-Euro-Monatsfahrkarte profitieren. Ob das landesweite Ticket rechtzeitig kommt, ist ebenfalls noch unklar. Das kostengünstige Schüler:innen-Ticket wird von den Schüler:innen sehr gut angenommen und gilt auch für Auszubildende und Teilnehmende an Freiwilligendiensten (FSJ, FÖJ, BFD). Wir unterstützen damit die Forderung des Jugendparlaments Braunschweig, des Jugendring Braunschweig e.V. und des Stadtschülerrates Braunschweig. Seit 11 Jahren haben die Jugendlichen auf die Notwendigkeit eines kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Schüler:innen-Tickets hingewiesen und diese Forderung mit vielfältigen Aktionen untermauert. Der Kompromiss war am Ende, die Kosten für eine Schüler*innen-Monatsfahrkarte in Braunschweig von über 50 Euro auf 15 Euro zu senken. Mit unserem Antrag wollen wir diese wichtige Errungenschaft erhalten.											Dauerhaft				
			SchA	Dafür:	11	Dagegen:	3	Enthaltung:	3	Passieren lassen									
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									
041	1.21.2430.11 Schulentwicklung und -organisation	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Bündnis 90/Die Grünen	Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 21.03.2023 die Haushaltssatzung 2023 / 2024 beschlossen. Mit der Haushaltssatzung 2023 / 2024 wurde auch der Interfraktionelle Antrag zum Ergebnishaushalt FWE 179 von SPD, GRÜNEN und BIBS „Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen“ beschlossen. Der Antrag FWE 179 wurde damals von einem ebenfalls gemeinsamen Antrag derselben Fraktionen zum Stellenplan SP 190 begleitet. Das Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen sollte in den kommenden Jahren fortgesetzt und dauerhaft verstetigt werden. Unseres Wissens sind jedoch bislang für die Fortsetzung des Förderprojekts weder Mittel noch Personal in den Doppelhaushalt 2025 / 2026 eingeplant worden, daher sind erneute Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Stellenplan nötig. Zur inhaltlichen Begründung des Förderprojekts heißt es in dem genannten Antrag FWE 179 zum Doppelhaushalt 2023 / 2024: „Dieser Antrag zu Sachmitteln ergänzt den Antrag zum Stellenplan mit dem Ziel, Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen zu unterstützen. Die Sachmittel sollen u. a. dafür genutzt werden, das bestehende Angebot um neue Bildungsprojekte sinnvoll zu erweitern und auszubauen und setzen sich für 2024-2025 wie folgt zusammen: Sachkosten I: 10.000 € Sachkosten im Zusammenhang mit der beantragten Stelle Sachkosten II: 2.000 € für Seminardurchführung und Schulungsmaterial Honorare: 31.250 € für Dozent*innenhonorare Näheres ergibt sich aus dem ausführlichen, vorliegenden Konzept. (...) Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen. Um möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die Angebotsstruktur zu erfassen, an die Schulen zu kommunizieren und mit den Erfordernissen des schulischen Alltags in Einklang zu bringen, sodass möglichst viele Schulen an den Angeboten teilnehmen und somit möglichst viele Schüler*innen erreicht und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Eben diesen Zweck soll die Koordinationsstelle durch das oben angeführte Aufgabenspektrum erfüllen. Die Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig ist vorzunehmen. Eine Vernetzung mit der vorhandenen Koordinationsstelle im Büro für Migrationsfragen wäre hier sicherlich eine Möglichkeit											Dauerhaft	Siehe SP 134 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766			
				0	+	43.300	0	+	43.300	0	+	43.300	0	+	43.300	0	+	43.300	
			SchA	Dafür:	14	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Passieren lassen									
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									

Seite 4

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
	Kultur und Wissenschaft			0	+	233.100	0	+	239.700	0	+	247.929	0	+	256.518	0	+	265.370		
044	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Arbeitskreis Andere Geschichte Der Arbeitskreis Andere Geschichte ist seit Juli 2019 Träger der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße. Im Jahr 2024 hat sich der Beirat für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße und das Schill-Denkmal konstituiert (Drs. 24-23507). Mit der Trägerschaftsübernahme beschloss der Rat, für die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit und der Konzeption neuer Forschungsschwerpunkte, einen wissenschaftlichen Beirat einzurichten, der jährlich die Erinnerungsarbeit durch den Arbeitskreis evaluiert. Im Februar 2024 fand die konstituierende Sitzung statt. In dem von der Gedenkstättenleitung auf Basis der Empfehlungen des Beirats zusammengestellten Sachstands- und Planungsbericht wird darauf hingewiesen, dass trotz des großen haupt- und ehrenamtlichen Engagements die Nachfrage nach Vermittlungsangeboten nicht mehr zufriedenstellend gestemmt werden könne (Drs. 24-23507, Anlage 2). Dementsprechend hat der Arbeitskreis Andere Geschichte neben der Dynamisierung eine Erhöhung der städtischen Zuwendung zum Ausbau der Bildungs- und Vermittlungsarbeit beantragt. Bei einer errechneten Dynamisierung von 3,86 % für 2025 und (vorläufig) 3,71 % für 2026 gem. Drs. 21-17494 und 24-23943 kommen wir auf eine Erhöhung des im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen Ansatzes um 39.300 € für 2025 und um 43.900 € für 2026.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,71 % entsprechend dem Antragstext berücksichtigt.					
			AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen										
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										
045	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Arbeitskreis Andere Geschichte Der Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. hat im Juli 2024 einen Antrag auf Erhöhung der Kontinuitätsförderung für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße vorgelegt. Insgesamt hat der AK Andere Geschichte für das Jahr 2025 eine Erhöhung um rund 45.040 Euro beantragt und für das Jahr 2026 eine weitere Erhöhung um rund 4.830 Euro, also insgesamt 49.870 Euro (45.040 plus 4.830 Euro) - unter Einberechnung der Dynamisierung, die bereits im Haushaltsentwurf 2025 / 2026 verankert ist. (Ansatz für 2025 = 220.000 Euro, Ansatz für 2026 = 225.000 Euro). Begründet wird der erhöhte Zuschussbedarf a) mit den deutlichen Tarifierhöhungen, die zu Mehrkosten für alle Mitarbeitenden im Jahr 2025 führen sowie mit den prognostizierten Tarifsteigerungen im Jahr 2026 und b) mit zusätzlichen Personalmitteln zur Schaffung einer weiteren halben Stelle (pädagogische Mitarbeiter*in) für den Bereich Bildungsarbeit der Gedenkstätte.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.					
				0	+	45.040	0	+	49.870	0	+	51.591	0	+	53.370	0	+	55.212		
			AFKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-		Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 044.								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
046	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Erhöhung Bildungsarbeit Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. , Schaffung einer zusätzlichen halben Stelle Der zunehmende Rechtsruck wird von einer gestiegenen Nachfrage nach Angeboten der historisch-politischen Bildung begleitet. Im Ergebnis kann die Gedenkstätte Schillstraße die Nachfrage nach Führungen oder Workshops mit dem vorhandenen Personal schon heute nicht mehr decken. Daher ist es erforderlich, dass der AK Andere Geschichte eine zusätzliche halbe Stelle schafft, um diesen Bedarf zu decken.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	34.500	0	+	35.200	0	+	36.414	0	+	37.671	0	+	38.970		
			AFKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 044.								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-									
047	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. Der Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. bringt Interessierte zusammen, die zur Braunschweiger Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert arbeiten. Der Verein ist außerdem Träger der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig-Schillstraße, welche der zentrale Erinnerungsort im Erinnerungskonzept der Stadt Braunschweig ist. Die Gedenkstätte leistet vor allem für Schüler*innen umfangreiche Vermittlungsarbeit zur NS-Geschichte in der Region und sensibilisiert damit für die Themen Intoleranz, Diskriminierung, Repression und Gewalt. In den nächsten beiden Jahren wird der Verein die Angebote der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße in seiner Trägerschaft weiterentwickeln, um ihre Attraktivität für Besucher*innen aus Stadt und Region kontinuierlich zu erhöhen. Der zunehmende Rechtsruck in unserer Gesellschaft geht einher mit einer steigenden Nachfrage nach historisch-politischen Bildungsangeboten. Davon unabhängig konnten die eigenen Angebote des Vereins bereits in den letzten beiden Jahren deutlich ausgeweitet und die Attraktivität der Gedenkstätte erhöht werden. Im Jahr 2023 konnten alleine ca. 2.500 Schüler*innen und weitere Jugendliche mit den Bildungsangeboten des Arbeitskreises Andere Geschichte erreicht werden; vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019 waren es noch ca. 640 Personen. Für 2025 sind Ausstellungen im Kontext der Jubiläen der Gedenkstätte und des Arbeitskreises geplant. Außerdem jährt sich im Jahr 2025 zum 80. Male die Befreiung vom Nationalsozialismus. Um das gestiegene Interesse an historisch-politischer Bildungsarbeit weiter durch pädagogisch fundierte Angebote bedienen zu können, wird eine Erhöhung der städtischen Förderung für eine zusätzliche halbe Stelle pädagogische Mitarbeiter*in benötigt.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	44.955	0	+	44.789	0	+	46.334	0	+	47.933	0	+	49.586		
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 044.								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-									

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
048	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	WRG-Studios e. V. Der gemeinnützige Verein WRG Studios e. V. wurde 2021 von Braunschweiger Künstler*innen gegründet, die zuvor gemeinsam ein Atelierhaus saniert hatten. Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere, aber nicht ausschließlich im westlichen Ringgebiet. Der Verein hat das Werkstattgebäude an der Frankfurter Straße in ein Atelierhaus umgewandelt und seit 2021 zahlreiche sehr innovative Veranstaltungen für die und mit der Kulturszene durchgeführt und etabliert. Formate sind Veranstaltungen wie Kunstausstellungen, Diskussionsrunden, Seminare, Vorträge, die Schaffung von Werk- und Ausstellungsräumen und die Förderung von Vernetzung und Austausch. Dieses Engagement trägt dazu bei, den im Kulturentwicklungsprozess herausgearbeiteten Bedarf an Atelier- und Arbeitsmöglichkeiten für bildende Künstler*innen ein adäquates Angebot gegenüberzustellen und damit auch der Abwanderung von an der HBK ausgebildeten Künstler*innen entgegenzuwirken. Mit dem WRG SENSOR hat der Verein 2023 in einer leerstehenden Wohnung in der Jahnstraße einen Ausstellungsraum eingerichtet, in dem bereits zahlreiche Ausstellungen und Klangperformances stattgefunden haben und der für Sommerkinovorstellungen genutzt wurde. Für die Jahre 2025 bis 2027 beantragt der Verein eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 20.000 € p. a., um Planungssicherheit zu erlangen. Der Verein erhielt in den vergangenen Jahren regelmäßig städtische Projektfördermittel in ungefähr der gleichen Höhe. Für 2026 wurde eine Dynamisierung i. H. v. 3,71 % angesetzt (vgl. Drs. 21-17494, 24-23943).									Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,71 % entsprechend dem Antragstext berücksichtigt.						
			AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen										
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										
049	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Kontinuitätsförderung für WRG Studios e. V. ab 2025 Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt FB 41 Kultur und Wissenschaft) wird für WRG Studios e. V. eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 20.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Der junge Kunstverein WRG Studios hat zum Doppelhaushalt 2025 / 2026 erstmals eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 20.000 Euro pro Jahr beantragt. Der WRG Studios e. V. wurde 2021 von Künstler:innen und Absolvent:innen der HBK Braunschweig gegründet. Die Projekte des jungen Kunstvereins - wie Open Studios, Filmfeste / Sommerkino und Performance Festivals - fördern den Austausch mit europäischen Künstler:innen. Der „WRG SENSOR“ – ein Ausstellungsort in der Jahnstr. 8A - und die Gesprächsplattform „Gartengeräte“ bereichern seit 3 Jahren die Kunstszenen Braunschweigs. Regelmäßig bespielt der junge Kunstverein auch die Braunschweiger Innenstadt, u. a. die Glasfassade des ehem. Kaufhauses am Bohlweg oder mit Aktionen der ShiShi Bar. Der WRG Studios e. V. öffnet jährlich seine Ateliers für interessiertes Publikum. Bis 2023 strebt der junge Kunstverein den Aufbau eines Kunstzentrums mit Atelier-, Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Gastronomieflächen an. Mit der beantragten Kontinuitätsförderung möchte sich der WRG Studios e. V. professionalisieren und in der Umsetzung von wiederkehrenden Projekten und administrativen Aufgabenbereichen auf sichere Beine stellen. Die Kontinuitätsförderung soll dem jungen Kunstverein zudem erleichtern, weitere Förder:innen für seine Projektarbeit zu gewinnen (auf Landes-, Bundes- und Europaebene).									Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 048.									
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										
050	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Kontinuitätsförderung Kunstverein WRG STUDIOS e. V. Mit einer Kontinuitätsförderung möchte sich der WRG Studios e.V. professionalisieren und in der Umsetzung von wiederkehrenden Projekten und administrativen Aufgabenbereichen auf sichere Beine stellen. Besonderer Fokus liegt vor allem auf der Projektarbeit am „WRG SENSOR“ und für das „Gartengeräte“.									Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	20.000	0	+	20.700	0	+	21.500	0	+	22.300	0	+	23.100		
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 048.									
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR03	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	310 - Westliches Ringgebiet	WRG Studios e. V. Hiermit bitten wir die Verwaltung die WRG Studios e.V. mit einer Kontinuitätsförderung von je 20.000 € in den Jahren 2025 und 2026 zu unterstützen. 0 + 20.000 0 + 20.000 0 0 0 0 0 0										für 2 Jahre	
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	Die Beschlussfassung entfällt durch Beschluss des Antrages A 048.				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
051	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	bskunst.de / Alternativer Kunstverein Braunschweig e. V. Im Juni 2024 hat bskunst.de / Alternativer Kunstverein Braunschweig e. V. beantragt, die Kontinuitätsförderung für bskunst.de 2025 / 2026 auf insgesamt 18.600 Euro zu erhöhen. Für 2025 ergibt sich demzufolge eine Erhöhung um 8.900 Euro (Ansatz 2025 = 9.700 €), für 2026 eine Erhöhung um 8.600 Euro (Ansatz 2026 = 10.000 €). Benötigt wird die Zuschusserhöhung laut bskunst.de u. a. aufgrund der erweiterten Vereinsarbeit bzw. wegen der finanziellen Mehrkosten bei dem Erfolgsprojekt #kunsttour. 0 + 8.900 0 + 8.600 0 + 8.900 0 + 9.300 0 + 9.700										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt.
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 052.				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
052	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	bskunst.de Alternativer Kunstverein Braunschweig e. V. Bskunst.de ist ein Kulturangebot des Alternativen Kunstvereins in Braunschweig und gestaltet seit 6 Jahren hochwertige Ausstellungen in der Stadt. Dabei wird auch Kulturschaffenden und Künstler*innen ein Raum geboten, die sich außerhalb der etablierten und bekannten Kunstszenen bewegen - ein großer Mehrwert für Braunschweig! bskunst.de wünscht sich besonders bei ihrem erfolgreichen Großprojekt #kunsttour durch das Öffnen von privaten Räumen der teilnehmenden Kulturschaffenden, dass die mentalen Barrieren zur „Kunst“, die oft abgehoben wirkt, verringert oder ganz beseitigt werden. Das Anliegen des Vereins ist es, verbindende Impulse zu setzen, Menschen in Kontakt zu bringen und das Schöne und vielleicht auch Fremde an der Kunst näher zu den Besucher*innen zu bringen. Braunschweig besser kennenlernen, private Einblicke zu ermöglichen, das sind erwünschte Nebeneffekte des Kunstrundgangs. Ein Projekt mit großer Strahlkraft sind die Ausstellungen in leerstehenden Braunschweiger Immobilien, die die Schaufenster der Stadt wieder beleben! Insgesamt konnte der Verein in 8 Jahren über 130 Ausstellungen organisieren und damit mehr als 150 Kulturschaffende unterstützen. Zur besseren Planungssicherheit für Ehrenamtszuschüssen, Deckung der Fixkosten und Honorarvergütungen benötigt der Verein eine Erhöhung der institutionellen Förderung. Diese wird bskunst.de künftig in großem Maße bei seiner erfolgreichen Kulturarbeit in Braunschweig unterstützen! 0 + 8.900 0 + 9.300 0 + 9.700 0 + 10.100 0 + 10.500										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt.
			AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
053	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Internationales Filmfest Braunschweig Mit großer Mehrheit hat der Rat dem Verein Internationales Filmfest Braunschweig e. V. am 20.02.2024 für 2024 eine erhöhte Zuwendung aus der Deckungsreserve gewährt. Diese Förderung sollte auch in den Folgejahren fortgesetzt werden. Der Ansatz unterliegt der Dynamisierung gem. Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Drs. 21-17494). Zum Hintergrund wird verwiesen auf die Drs. 24-23046.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.				
				0	+	15.000	0	+	17.000	0	+	17.600	0	+	18.300	0	+	19.000		
			AfKW	Dafür:		8	Dagegen:		3	Enthaltung:		-	Angenommen							
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								
110	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. - Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... Dem Verein Internationales Filmfest Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für 2024 eine um 13.000 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.25.2522.09) gewährt. ...]											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor - siehe Anlage 6.				
				0	+	14.600	0	+	16.400	0	+	17.000	0	+	17.600	0	+	18.300		
			AfKW	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	-		Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 053.					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	-							

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
054 NEU	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	If a Bird e. V. Der Verein If a Bird wurde im Jahr 2020 gegründet und ist als gemeinnützig anerkannt. Ziel des Vereins ist die Entdeckung und Förderung von musikalischen und künstlerischen Talenten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen durch Musikprojekte. Die Mitglieder des Vereins haben bereits Bandprojekte und Workshops in der Region und auch international durchgeführt. Der Verein bietet jungen Menschen die Möglichkeit, durch Poesie, Musik, Sensibilisierungs- und Austauschprojekte ihre Erfahrungen, Wünsche, aber auch Probleme zu äußern und so zum Sprachrohr für ihre Communities und letztlich für ihre ganze Generation zu werden. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig haben in den vergangenen Jahren aktiv an den Projekten und Schul-Workshops oder -AGs teilgenommen. Den Ratsgremien ist der Verein wohlbekannt durch seine Projektarbeit (Drs. 21-15680), seine Unterstützung bei den Workshops zum Jugendparlament (Drs. 23-20692-01), seine Mitarbeit am Konzept „Dritter Ort“ für das Haus der Musik (Drs. 23-22412) sowie durch seine Auszeichnung mit der Bürgermedaille der Stadt Braunschweig (Drs. 22-19579). Teile der bisher ausschließlich ehrenamtlichen Arbeit, wie die Organisation von Workshops, das Fundraising, das Projektmanagement, Social-Media-Management und die Buchhaltung, sollen zukünftig ausgelagert oder gegen Honorar wahrgenommen werden. Der Verein hat dazu bei der Stadtverwaltung einen Antrag auf Kontinuitätsförderung in Höhe von 52.200 Euro gestellt. Angesichts der Haushaltslage schlagen die antragstellenden Fraktionen vor, dem Antrag zu 50 % nachzukommen. Der Ansatz für 2026 ist regulär dynamisiert. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 054 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 054 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
				<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-		-				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-		-				
054	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Kontinuitätsförderung für If a Bird e. V. ab 2025 Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt FB 41 Kultur und Wissenschaft) wird für If a Bird e. V. eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 52.200 Euro pro Jahr veranschlagt. Der Verein If a Bird hat zum Doppelhaushalt 2025 / 2026 erstmals eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 52.200 Euro pro Jahr beantragt. In dem Antrag von If a Bird heißt es u. a.: „Die Arbeit und die Aktivitäten des Vereins sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Bisher wurde fast die gesamte Geschäftsführung, die Planung, die Organisations- und Kreativarbeit ehrenamtlich gemacht und ruhte auf den Schultern von 2 Menschen: Tiana Kruskić und Billy Ray Schlag. Das gelingt uns nicht mehr. Wir müssen einen Teil der Tätigkeiten wie die Leitung, das Projektmanagement und bestimmte Tätigkeiten bezahlen. Nur so können wir weiterhin die Arbeit des Vereins gewährleisten und ein nach wie vor hohes Mass an ehrenamtlichen Engagement garantieren. (...) Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig nahmen aktiv in den letzten drei Jahren an unseren Projekten und oder unseren Schul-Workshops/-AGs teil. Besonders benachteiligte Kinder, die sonst nicht so oft Gehör finden, fühlen sich bei uns sehr aufgehoben und verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. (...) If a Bird stärkt Jugendliche durch zwei Säulen: Musik und Kultur einerseits und politisches Empowerment sowie Demokratieförderung andererseits. So war If a Bird mit all seinen Jugendlichen Mitinitiatorin und -Begründerin des Braunschweiger Jugendparlaments. (...)“										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 054 NEU.
			AfKW	<i>Dafür:</i>	11	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Passieren lassen</i>					
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-		-				
055	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Antrag zur Kontinuitätsförderung von If a Bird e.V. Der Gleichstellungsverein und Bürgermedaillenträger If a Bird e.V. steht für kulturelle und demokratische Bildungsarbeit für benachteiligte Jugendliche aus Braunschweig und der Region. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig nahmen aktiv in den letzten drei Jahren an den Projekten und Schul-Workshops/-AGs teil. Die Arbeit und die Aktivitäten des Vereins sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Bisher wurde fast die gesamte Geschäftsführung, die Planung, die Organisations- und Kreativarbeit ehrenamtlich gemacht. Das gelingt dem Verein nicht mehr. Nur mit einem Zuschuss für ein Grundteam kann weiterhin die Arbeit des Vereins gewährleistet werden.										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				<i>Dafür:</i>	11	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Passieren lassen</i>					
			AfKW	<i>Dafür:</i>	11	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Passieren lassen</i>					
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-		-				

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
056	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	If a Bird e.V. Der Gleichstellungsverein und Bürgermedaillenträger If a Bird e.V. steht für kulturelle und demokratische Bildungsarbeit, der benachteiligte Jugendliche aus Braunschweig und der Region empowert und ihnen Strategien in die Hand legt, sich kreativ und menschlich zu entfalten. Bisher wurde fast die gesamte Geschäftsführung, die Planung, die Organisations- und Kreativarbeit ehrenamtlich durchgeführt. In ihrer kulturpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind durch z.B. Armut, Herkunft, sexuelle Orientierung oder Familienhintergründe, bieten If a Bird jungen Menschen die Möglichkeit, durch Poesie, Musik, Sensibilisierungs-, und Austauschprojekte ihre Erfahrungen, Wünsche aber auch Probleme zu äußern und so zum Sprachrohr für ihre Communities zu werden. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig nahmen aktiv in den letzten drei Jahren an Projekten und oder Schul-Workshops/-AGs des Vereins teil. Besonders benachteiligte Kinder, die sonst nicht so oft Gehör finden, fühlen sich bei If a Bird sehr aufgehoben und bekommen hier die besondere Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Aktuelles Projekt ist die Antidiskriminierungsstelle Fair.Spot von Jugendlichen für Jugendliche in Kooperation mit dem Jugendzentrum B58. Zweck ist, benachteiligten Jugendlichen eine Anlaufstelle zu ermöglichen, zu der sie sich trauen hinzugehen, weil sie dort auf Gleichaltrige treffen und ihre Diskriminierungserfahrungen angstfrei teilen können. Ein weiteres erfolgreiches Projekt ist die Talkshowreihe 'Wo kommst du eigentlich her?' Diese stellt Kontakt zwischen hiesigen Politiker*innen, Braunschweiger Persönlichkeiten und den Jugendlichen her, um auf Augenhöhe voneinander zu lernen. So auch, als If a Bird 2021 anlässlich der Oberbürgermeister*in-Wahl die Kandidat*innen in Braunschweigs größter Shishabar zu Fragen der postmigrantischen Jugend Braunschweigs interviewte. Der Verein beantragt erstmals eine städtische Förderung, um seine vielfältigen integrativen Projekte weiter aufrechterhalten zu können. 0 + 52.2000 + 52.2000 + 00 + 00 + 00 + 0										Einmalig	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
151	1.25.2811.01 Sonstige Dienstleistungen sonst. Kulturp	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Kulturrat Für die Unterstützung der Arbeit des Kulturrats werden im Budget des FB 41 Mittel in Höhe von 23.000 € für 2025 und dauerhaft 15.000 € ab 2026 bereitgestellt. Der Vorstand des Kulturrats hatte Ende Juli 2024 alle Fraktionen und Gruppen des Rates angeschrieben und um finanzielle Unterstützung gebeten (s. Anlage). Der Kulturrat der Stadt Braunschweig ist die Interessenvertretung der in Braunschweig im Kulturbereich aktiv tätigen kulturellen und künstlerischen Akteur:innen, Institutionen sowie Gruppen (§ 1 der Geschäftsordnung des Kulturrats). Seine Gründung zählt zu den aus den Ergebnissen des Braunschweiger Kulturentwicklungsprozesses abgeleiteten Kernmaßnahmen (Drs. 22-18910, Abschnitt IV). In der AfKW-Sitzung am 20.08.2024 hat der Vorstand des Kulturrats sein Anliegen noch einmal mündlich vorgetragen und ausgeführt, dass die Unterstützung des Kulturrats durch die Stadt Braunschweig nicht zulasten der Projektförderung erfolgen soll. 0 + 23.0000 + 15.0000 + 15.0000 + 0 + 15.0000 + 15.000										Dauerhaft	
			AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen			
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029						
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
057	1.25.2811.09 Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Kontinuitätsförderung für Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbolino ab 2025 Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt FB 41 Kultur und Wissenschaft) wird für Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbolino eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Der Verein Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbolino hat zum Doppelhaushalt 2025 / 2026 erstmals eine Kontinuitätsförderung in Höhe von rund 123.000 bzw. 80.000 Euro pro Jahr für das Zirkuspädagogische Zentrum und den Zirkusplatz in Braunschweig beantragt. In dem Antrag von Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbolino heißt es u. a.: „In den vergangen 18 Jahren ist es uns hierbei gelungen, ein einzigartiges Kunst- und Kulturprogramm zu entwickeln, das weit über die Stadtgrenzen Braunschweigs und über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus strahlt. Mit dem Zirkus Dobbolino und dem Zirkuspädagogischen Zentrum haben wir Orte geschaffen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, alternative Wege aufzuzeigen, um dem zunehmenden Bewegungsmangel sowie der Phantasie- und Kreativitätslosigkeit bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. Über die künstlerische Nachwuchsförderung hinaus entwickeln wir eigene Kunstproduktionen, wie zum Beispiel unser jährlich neu erstelltes Wintervarieté, Straßenauftritte mit der Feuerwehr und viele weitere kleine Produktionen, die aufgeführt werden. (...)“ Mittlerweile betreiben wir sowohl mobile Spielstätten als auch einen fest installierten Kultur- und Veranstaltungsort in Braunschweig. Dieser Ort befindet sich noch im Aufbau, und ein endgültiger Standort für die beiden Zirkuszelte, die in Braunschweig verbleiben sollen, wird demnächst gefunden. Um diesen Kulturoort bewirtschaften zu können, sind wir auf eine Kontinuitätsförderung angewiesen, da er inzwischen eine Größe erreicht hat, die sich nicht mehr rein ehrenamtlich und mit Mitgliedsbeiträgen betreiben lässt. (...)“ Seit der Eröffnung des Zirkusplatzes haben wir eine stetig wachsende Nachfrage nach all unseren Angeboten. Da wir ein gemeinnütziger Verein sind und nicht gewinnorientiert arbeiten, können wir die Nachfrage nicht decken, da wir alle hauptamtlich in anderen Berufen tätig sind. Wenn wir nun versuchen, die nachgefragten Projekte privatwirtschaftlich darzustellen, was wir ohne Förderung müssten, sind die Vereine, Schulen, Familien und freien Theatergruppen oft nicht in der Lage, diese Kosten zu tragen. Die Nachfrage ist aber da und wir würden gerne mehr AGs an Schulen anbieten oder auch freien Theatergruppen und jungen Künstlern eine Auftrittsmöglichkeit bieten.“ Dem Antrag zufolge hat der Verein Spokuzzi beim Verband der freien Darstellenden Künste in Niedersachsen (LAFT e. V.) bereits einen Antrag auf Spielstättenförderung in Höhe von 43.000 Euro gestellt. Sollte die beantragte Spielstättenförderung vom Land Niedersachsen in voller Höhe bewilligt werden, würde sich die beantragte Kontinuitätsförderung der Stadt Braunschweig auf 80.000 Euro reduzieren. Mit diesem Haushaltsantrag soll die Kontinuitätsförderung für den Verein Spokuzzi / Zirkus Dobbolino auf den Weg gebracht werden, die Startsumme soll dabei										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.			
			AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								
181	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Komitee Braunschweiger Karneval gGmbH Im Dezember 2023 hat der Rat einem interfraktionellen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU zugestimmt und dem Komitee Braunschweiger Karneval für seine Aktivitäten eine um 10.900 Euro erhöhte Zuwendung gewährt (Drs. 23-22678). Der erhöhte Zuwendungsbedarf besteht seitdem unverändert fort. Erhöhte Sicherheitsauflagen und -vorkehrungen, allgemeine Preissteigerungen und hohe bis steigende Zuschauerzahlen bei den Karnevalsveranstaltungen, insbesondere dem Schoduvel, Norddeutschlands größtem Karnevalsumzug, erfordern eine Verstetigung des erhöhten Haushaltsansatzes für Karnevalsaktivitäten (vgl. Drs. 23-22678). Der oben genannte Ratsbeschluss vom Dezember 2023 bezog sich auf die Karnevalssession 2023/2024 mit Sessionseröffnung am 11.11.2023 und den wesentlichen Karnevalsaktivitäten (Prunksitzungen, Umzug, Sessionsabschluss) im Folgejahr Anfang 2024. Es ist daher ggf. noch zu klären, welcher Zuwendungsbedarf im laufenden Haushaltsjahr 2024 für die Session 2024/2025 besteht. Bereits für das kommunale Haushaltsjahr 2025 besteht nach Aussage des Komitees jedenfalls ein um 10.000 Euro erhöhter Zuwendungsbedarf, der im vorliegenden Antrag berücksichtigt und für 2026 dynamisiert wird.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.			
				0	+	20.800	0	+	23.400	0	+	24.300	0	+	25.200	0	+	26.100
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
159	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Komitee Braunschweiger Karneval gGmbh Unser Braunschweiger Schoduve! ist nicht nur der größte Karnevalsumzug Norddeutschlands, sondern auch beliebt bei Jung und Alt. Nach der coronabedingten Pause gab es in 2023 einen neuen Zuschauerrekord mit rund 300.000 Besuchern und auch in diesem Jahr säumten rund 250.000 Karnevalisten die Strecke. Dieser Erfolg bringt jedoch u.a. erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und Auflagen mit sich, die allesamt mit zusätzlichen Kosten hinterlegt sind. Der Schoduve! ist also ein Opfer seines eigenen Erfolgs. Darüber hinaus konnte bereits mehrfach in der Zeitung nachgelesen werden, dass einerseits die Preise für Wurfmaterial gestiegen sind und es anderseits immer schwieriger wird, neue Sponsoren zu finden bzw. die alten Sponsoren zu binden. Doch auch die anderen Veranstaltungen des Komitee Braunschweiger Karneval bringen viel Freude in die eigentlich dunkle Jahreszeit zwischen dem 11.11. und Aschermittwoch. Zu nennen sind hierbei die Büttensabende der drei Braunschweiger Gesellschaften, das Biwak zur Prinzenproklamation und der Sessionsabschluss an Rosenmontag. Bereits für 2024 wurden die Mittel durch einen interfraktionellen Antrag von SPD, CDU und Grünen erhöht. Dieser Haushaltsansatz soll nun verstetigt werden. Unser Schoduve! ist bestes Stadtmarketing und sollte daher auch zukünftig bestmöglich unterstützt werden.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
058	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Magnifest Zur Förderung der kulturellen Anteile des Magnifestes wird eine dauerhafte Förderung in Höhe von 30.000 € p. a. aus dem TH Kultur und Wissenschaft gewährt. Der Ansatz unterliegt der Dynamisierung gem. Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Drs. 21-17494). Zum Hintergrund wird verwiesen auf die Drs. 24-23781 und 24-23867-01. Für die Jahre 2025 ff. soll dadurch die städtische Förderung frühzeitig sichergestellt sein, zugleich bedeutet dies eine Entlastung des Gesamtansatzes für Projektfördermittel (Wissenschaft, Literatur, bildende Kunst, Musik, Chorleiter und Förderung weiterer kultureller Projekte); vgl. Drs. 24-23867.										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
	Referat 0500 - Sozialreferat			0	+	235.800	0	+	218.900	0	+	222.100	0	+	225.500	0	+	229.000		
061	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	SPD	Handlungskonzept Kinderarmut Für den Prozess der Überarbeitung des Handlungskonzepts Kinderarmut werden 20.000 € bereitgestellt. Der Rat hat am 18.12.2012 das Handlungskonzept Kinderarmut beschlossen. Dieser Ratsbeschluss verpflichtet die Stadt, bei ihrer weiteren Arbeit zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Linderung ihrer Folgen sich an diesen Handlungsplan zu halten und ihn zu verwirklichen. Die Stadtverwaltung erhielt den Auftrag, Schritt für Schritt Maßnahmen für die Kinder in Armut auf den Weg zu bringen. Der Ratsbeschluss und das Handlungskonzept sind inzwischen fast zwölf Jahre alt. Eine Überarbeitung des Handlungskonzepts ist daher angezeigt und sollte zeitnah auf den Weg gebracht werden.											Einmalig					
				0	+	20.000	0		0	0		0		0		0		0		
			AfSG	Dafür:		8	Dagegen:		3	Enthaltung:		-	Angenommen		Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt					
			AVI	Dafür:		8	Dagegen:		3	Enthaltung:		-	Angenommen		Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
062	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Bündnis 90/Die Grünen	Kinder- und Familienarmut / Handlungskonzept Kinderarmut Das vom Rat der Stadt Braunschweig am 18.12.2012 beschlossen Kommunale Handlungskonzept Kinderarmut „Braunschweig für alle Kinder“ wird in einem moderierten Beteiligungsprozess überarbeitet. Im Haushalt 2025 / 2026 werden Mittel in Höhe von 30.000 Euro für die Moderation bzw. fachliche Begleitung des Beteiligungsprozesses bereitgestellt. Seit dem Jahr 2007 wird in Braunschweig an dem Thema Kinder- und Familienarmut gearbeitet. Akteure des Diskussionsprozesses sind: a) das Präventionsnetzwerk Kinderarmut. Das Präventionsnetzwerk tagt einmal im Jahr zu wichtigen und aktuellen Themen. b) der Beirat gegen Kinder- und Familienarmut. Der Beirat ist das Arbeitsgremium des Präventionsnetzwerks und trifft sich regelmäßig alle 4 bis 6 Wochen. Die Geschäftsführung des Beirates wird von der Stelle Koordination gegen Kinderarmut im Sozialreferat der Stadt (Kordinierungsstelle Kinderarmut) wahrgenommen. c) der Runde Tisch Politik und Beirat gegen Kinderarmut. Auf Einladung des Sprechertandems im Beirat kommen einmal im Jahr Vertreter*innen der Ratsfraktionen mit den Mitgliedern des Beirates zusammen. Darüber hinaus existiert mit dem Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche ein niedrigschwelliger Spendenfonds, der Hilfe- und Unterstützungsangebote für von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und Familien ermöglicht. Seit dem Ratsbeschluss von 2012 zum Handlungskonzept Kinderarmut ist viel passiert, was die Situation im sozialen Bereich zusätzlich verschärft hat. Insbesondere die Jahre der Corona-Pandemie 2020 bis 2023 brachten für viele Familien in prekären Lebenslagen eine hohe Belastung mit sich. Das gilt auch für den Anstieg der Inflation, die in den Jahren 2022 und 2023 ein Rekordniveau erreichte. Im Jahr 2017 gab es einen ersten Bericht über die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut „Braunschweig für alle Kinder“. Neue Handlungsvorschläge, die über das Handlungskonzept Kinderarmut von 2012 hinausgehen, sind unseres Wissens in den vergangenen Jahren aber nicht erarbeitet worden. Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, das Handlungskonzept zu modifizieren, um neuen Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Um der positiven Beteiligungskultur in Braunschweig zu entsprechen, soll die Überarbeitung in einem moderierten Beteiligungsprozess										Einmalig	
			AfSG	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt. Betrag wurde von 30.000 EUR auf 20.000 EUR geändert.				
			AVI	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen				
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029							
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
063	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	427115 Planungskosten	Bündnis 90/Die Grünen	Ausstattung des Sozialreferats mit Planungsmitteln und Mitteln für Aktivitäten Dem Sozialreferat werden ab dem Haushaltsjahr 2025 jährlich 120.000 Euro für die Sozial- und Gesundheitsplanung und die Stelle „Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie“ zur Verfügung gestellt, um ausreichende Mittel für die anstehenden Planungsaufgaben und deren Umsetzung zu haben. Dazu gehören u. a. die Integrationsplanung, aber auch die Umsetzung von Rats- und Haushaltsbeschlüssen wie dem im Juni 2024 beschlossenen Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus. Das Sozialreferat ist zum 1. März 2024 neu strukturiert worden. Neben der wichtigen Aufgabe der Sozial- und Gesundheitsplanung wie der Altenhilfe oder der Quartiersentwicklung wurde auch eine Verwaltungseinheit (Stelle) „Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie“ geschaffen, durch die u. a. auch die Integrationsplanung fortgeschrieben werden soll. Damit werden alle wichtigen Planungsbereiche im Sozialreferat und somit einer Organisationseinheit gebündelt. Dem Sozialreferat kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Allerdings braucht es neben einer Personalausstattung auch Mittel für die Erstellung von Plänen und Mittel für erste Umsetzungsschritte. Es braucht Mittel für Beteiligung und Kommunikation. Diese Gelder sind im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt. Ein Beispiel dafür ist das vorgesehene Konzept zur Integrationsplanung, für das bereits 2022 von den beiden Mehrheitsfraktionen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro im Doppelhaushalt 2023 / 2024 zur Verfügung gestellt wurden (siehe Antrag FWE 51), die bislang nicht verausgabt wurden und im Doppelhaushalt 2025 / 2026 nun nicht mehr verankert sind. Ein weiteres Beispiel ist der im Juni 2024 mit einstimmiger Ratsmehrheit (bei 3 Enthaltungen) beschlossene Lokale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus (siehe Änderungsantrag 24-23646-01), für dessen Erstellung ausreichend Mittel für entsprechende Beteiligungsformate benötigt werden, die bislang jedoch im Haushaltsentwurf 2025 / 2026 nicht eingeplant sind.										Dauerhaft					
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		A 063 schieben auf den 20.11.24							
			AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen									
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									
059	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Deutsches Rotes Kreuz Sprungbrett gGmbH - DRK Beratungsbüro Ukraine Das "DRK Beratungsbüro Ukraine" übernimmt Beratungsleistungen und Unterstützung für Menschen aus der "Vienna-Unterkunft" und Ukrainerinnen und Ukrainern, die anderweitig Unterkunft im Stadtgebiet gefunden haben. Die Finanzierung erfolgt derzeit aus Mitteln des DRK. Diese können laut Mitteilung des DRK nicht weiter bereitgestellt werden. Um das Beratungsangebot finanziell abzusichern, soll eine anteilige Finanzierung durch die Stadt Braunschweig erfolgen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.				
				0	+	75.000	0	+	77.600	0	+	80.300	0	+	83.100	0	+	86.000	
			AVI	Dafür:	1	Dagegen:	10	Enthaltung:	-	Abgelehnt		BIBS haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 75.000 EUR geändert. Die Anträge 059 und 060 wurden zusammengefasst abgestimmt							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
060	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	DRK Beratungsbüro Ukraine Die DRK Sprungbrett gGmbH betreibt seit August 2023 das „DRK- Beratungsbüro Ukraine“ und übernimmt damit Beratungsleistungen und Unterstützung für die Bewohner*innen aus der Vienna-Flüchtlingsunterkunft und derjenigen ukrainischen MitbürgerInnen, die bereits anderen Wohnraum in Braunschweig beziehen konnten. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine läuft seit über 2 Jahren und es ist völlig offen, wie lange er noch dauert. Diese Unsicherheit prägt auch das Leben der vielen ukrainischen Geflüchteten, die zahlreich in Braunschweig untergekommen sind. Nachdem zum 01.08.2023 der Betrieb des Vienna-Hotels einem anderen Anbieter übertragen wurde, nahm die Zahl der rat- und hilfesuchenden ukrainischen Flüchtlinge in der DRK Kaufbar deutlich zu. Zu den Aufgaben des Beratungsbüros gehören Unterstützung bei der Wohnungssuche, bei Ämter- und Behördengängen, Bankangelegenheiten, Verträgen, Mietangelegenheiten, Fragen in Gesundheitsthemen, sowie in Schule, Jobcenter, Arbeit oder Beruf. Ein wichtiger Baustein sind auch die Kooperation und der Austausch mit anderen regionalen und überregionalen Beratungsstellen und Behörden sowie die Unterstützung der Stadt Braunschweig mit vier Mitarbeiter*innen beim Dolmetscherkurs des Büros für Migrationsfragen/Sozialamt. Um dieses wichtige Beratungsangebot weiter aufrechterhalten zu können, wird eine Erhöhung der städtischen Förderung benötigt.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.	
		AVI	Dafür:	1	Dagegen:	10	Enthaltung:	-	Abgelehnt	BIBS haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 75.000 EUR geändert. Die Anträge 059 und 060 wurden zusammengefasst abgestimmt					
		FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						
084	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Refugium / Flüchtlingshilfe Der Refugium e. V. hat am 27.11.2023 bei der Stadt Braunschweig eine Erhöhung der Institutionellen Förderung auf 125.000 Euro für 2025 beantragt. Die Erhöhung des Grundzuschusses ergibt sich laut dem Verein durch die Kostensteigerungen und insbesondere durch die Tarifanpassungen. Im Haushaltsplan-Entwurf 2025 / 2026 ist der Zuschuss für den Refugium e. V. mit 111.200 Euro für 2025 und 113.700 Euro für 2026 zwar leicht, aber nicht auskömmlich dynamisiert worden. Der Differenzbetrag zwischen Ansatz und Bedarf sollte daher zusätzlich bereitgestellt werden.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.	
		AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen						
		FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
085	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Refugium e.V. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. ist seit über 35 Jahren ein unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit in der Region. Der Verein arbeitet daran, sozialen und ethnischen Minderheiten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Aufgrund des großen Hilfebedarfs und der durch Kriege nach wie vor hohen Anzahl an Geflüchteten ist das Arbeitsaufkommen des Refugiums sehr hoch. Für die kommenden beiden Jahre steht der Verein vor großen Herausforderungen: Der Bedarf an hochqualifizierter Migrationsberatung ist durch zahlreiche Gesetzesänderungen weiter angestiegen. Viele Betroffene, aber auch Institutionen sind unsicher über die aktuellen Rechte und Pflichten für Menschen mit Fluchthintergrund. Ihnen kann das Refugium mit seiner langjähriger Erfahrung und gesammeltem Fachwissen beratend zur Seite stehen. Die Arbeit des Vereins ist nicht wegzudenken aus der Stadt und erfüllt zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgaben. <div>0 + 13.800</div> <div>0 + 11.300</div> <div>0 + 11.700</div> <div>0 + 12.200</div> <div>0 + 12.700</div>										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
		AVI	<i>Dafür:</i>	11	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Passieren lassen</i>						
		FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-						
162	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Förderung POLDEH e.V. - Deutsch-Polnischer Hilfsverein Der deutsch-polnische Hilfsverein POLDEH e.V. leistet wichtige Integrationsarbeit in Braunschweig und erhält dafür eine Landesförderung, die jedoch mit einem Eigenanteil in Höhe von 10 % verbunden ist. Dieser Eigenanteil entspricht den hiermit beantragten 7.000 Euro jährlich und konnte bisher nicht – wie ursprünglich durch den Verein geplant – durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Ähnliches erwirtschaftet werden. Die Landesförderung muss jeweils bis spätestens zum 30. September eines Jahres beantragt werden und hat lediglich eine Laufzeit von 12 Monaten. So lange POLDEH die Landesförderung erhält, sollte der Eigenanteil von der Stadt Braunschweig getragen werden. <div>0 + 7.000</div> <div>0 + 7.000</div> <div>0 + 7.000</div> <div>0 + 7.000</div> <div>0 + 7.000</div>										Dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
		AVI	<i>Dafür:</i>	11	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Passieren lassen</i>						
		FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-						
	Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit			0 + 955.610	0 + 1.039.490	0 + 1.038.900	0 + 877.000	0 + 903.000							
064	1.31.3119.10 Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	Mobil-Ticket kostenlos Geringverdienende und Leistungsberechtigte können über den Braunschweig-Pass das vergünstigte Mobilticket erwerben. Als Ausgleich entrichtet die Stadt im Jahr 2025 237.100 Euro und ab 2026 137.100 Euro an die BSVG. Das Mobilticket kostet 17 €/Monat mit und 25 €/Monat ohne Zeitbegrenzung. Unsere Fraktion schlägt vor, dass Armutsbetroffene künftig kostenlos Bus und Bahn fahren können und mit dem Braunschweig Pass ÖPNV-Tickets kostenlos erhalten. Dies ist nicht nur eine sozialpolitisch sinnvolle Investition, sondern trägt auch dazu bei, dass vorhandene alte und besonders umweltschädliche Autos abgeschafft werden. Der Wegfall der 17 bzw. 25 Euro müsste dann zusätzlich mit der BSVG verrechnet werden. <div>0 + 200.000</div> <div>0 + 100.000</div> <div>0 + 100.000</div> <div>0 + 100.000</div> <div>0 + 100.000</div>										Dauerhaft	Siehe hierzu Ansatzveränderungen der Verwaltung - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor siehe Anlage 6.
		AfSG	<i>Dafür:</i>	1	<i>Dagegen:</i>	10	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Abgelehnt</i>						
		FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-						

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen	
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029				
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
065	1.31.3151.10 Altentagesstätten	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	SPD	Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ hat sich bewährt: Besucht werden Seniorinnen und Senioren, die in ihrem Haushalt leben. Die besuchten Personen fühlten sich fast ausnahmslos gut bis sehr gut durch das Projekt informiert. In fast 53 % der Fälle konnte den Senioren und Seniorinnen direkte Hilfe vermittelt oder Unterstützung auf den Weg gebracht werden. Die Projektförderung durch das Land Niedersachsen endete zum 31.12.2023 und wird nicht fortgesetzt. Der Bedarf für Präventionsberatung und Informationen bei den Seniorinnen und Senioren ist sehr groß und aufgrund des soziologisch-demografischen Wandels wird ein steigender Bedarf gesehen. Der Rat hat daher am 20.02.2024 bei drei Enthaltungen beschlossen, für 2024 aus der Deckungsreserve 58.000 € zur Fortführung des Angebots bereitzustellen (Drs. 24-23046). Für die Fortführung des Angebots in den Jahren 2025 und 2026 ist ein erneuter Beschluss erforderlich. Zur weiteren Begründung s. auch Drs. 24-23046.									Dauerhaft	Der Antrag wurde auch als Stellenplantrag bewertet. Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766		
				0	+	31.000	0	+	31.000	0	+	31.000	0	+	31.000	
		AfSG		Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 065 und 110 wurden zusammengefasst abgestimmt.				
		FPDA		Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						
110	1.31.3151.10 Altentagesstätten	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. - Präventive Hausbesuche Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: „1. Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ wird 2024 fortgesetzt. Hierfür werden Mittel in Höhe von bis zu 58.000 € bereitgestellt. (...)“									Dauerhaft	Der Antrag wurde auch als Stellenplantrag bewertet. Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 - Es liegt eine Stellungnahme der verwitung vor - siehe Anlage 6.		
				0	+	31.000	0	+	31.000	0	+	31.000	0	+	31.000	
		AfSG		Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 065 und 110 wurden zusammengefasst abgestimmt.				
		FPDA		Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						
152	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Lange Aktiv Bleiben (LAB) Für die Begegnungsstätte "LAB - lange aktiv bleiben" soll 2025 eine um 6000 € erhöhte Zuwendung gewährt werden, zudem soll die Begegnungsstätte in die Dynamisierung aufgenommen werden. Neben Bildungsangeboten für Senior*innen ist die LAB ein niedrigschwelliger Raum der Begegnung und des Austauschs. Der niedrigschwellige Zugang der Begegnungsstätte und die offenen Bürozeiten ermöglichen es, der Vereinsamung von Senior*innen entgegenzuwirken und durch Information und Beratung auf weiterführende Hilfen und Beratungsstellen hinzuweisen. Die LAB leistet so einen wichtigen Beitrag zur präveniven Seniorenarbeit im Quartier. Da Miet- und Personalkosten in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind, ist eine Erhöhung des städtischen Zuschusses auf 25.000 € für 2025 angezeigt.									Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.		
				0	+	6.000	0	+	6.900	0	+	7.200	0	+	7.800	
		AfSG		Dafür:	8	Dagegen:	2	Enthaltung:	-	Angenommen						
		FPDA		Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen	
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029				
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
141	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Begegnungsstätte "LAB - Lange aktiv bleiben" Die Begegnungsstätte "LAB - Lange aktiv bleiben" ist seit Anfang 2020 eine Einrichtung der gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH. Die Arbeit der LAB ist geprägt durch das Konzept der Selbstorganisation. Vor Ort organisiert sich die LAB durch ein ehrenamtliches Engagement, sowohl in Bezug auf die Leitung, den inhaltlichen Aufbau und die Struktur sowie die Büroorganisation und die Gremienarbeit. Seit Dezember 2021 unterstützt eine Sozialarbeiterin diese Arbeit mit wöchentlich 4 Stunden. Sie begleitet die ehrenamtliche Leitung der LAB konzeptionell und fungiert als Bindeglied zwischen dem Paritätischen Braunschweig und der Begegnungsstätte. Neben den Bildungsangeboten für Senior*innen ist die LAB ein niedrigschwelliger Raum der Begegnung und des Austauschs mit offenen Bürozeiten. Hierdurch wird ermöglicht, der Vereinsamung von Braunschweiger Senior*innen entgegen zu wirken und durch Information und Beratung auf weiterführende Hilfen und Beratungsstellen hinzuweisen. Auf diese Weise leistet die LAB einen wichtigen Teil der präventiven Arbeit mit Senior*innen im Quartier. Durch die hohen jährlichen Kosten für die Räumlichkeiten (Miete, Energiekosten) hat die LAB seit 2021 leider ein jährliches Defizit von zwischen 9.500 und 16.000 € zu verzeichnen. Um dieses auszugleichen, sollen die Beiträge der teilnehmenden Senior*innen angehoben werden. Um ältere Menschen mit einem geringen Einkommen aber nicht von der wertvollen Senor*innenarbeit auszuschließen, benötigt die LAB eine leichte Erhöhung der städtischen Förderung.											Dauerhaft	
			AfSG	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	Antrag 141 der BIBS hat sich erledigt, da A 152 angenommen wurde					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						
160	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Gerontopsychiatrische Beratungsstelle Die Gerontopsychiatrische Beratungsstelle von ambet leistet hervorragende Arbeit und ist deshalb sehr stark nachgefragt. Die in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Nachfrage übersteigt aber die bislang vorhandenen finanziellen Mittel bei Weitem, so dass sich der Verein an die Verwaltung sowie die Politik gewandt hat. Der Rat der Stadt Braunschweig hat sich in den zurückliegenden Jahren auf vielfältigste Weise mit dem Thema Demenz beschäftigt. Inzwischen sind rund 6.000 Personen in unserer Stadt erkrankt, betroffen sind aber immer auch Angehörige, Freunde, Pfleger und so weiter. Bei Demenz geht es momentan noch nicht um das Aufhalten der Krankheit, sondern immer nur um ein Verlangsamen. Mit dem von der CDU beantragten Dialogforum Demenz wurden zahlreiche neue Handlungsfelder erkannt. Eines davon ist die Förderung der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle. Bereits für 2024 wurden die Mittel durch einen politischen Antrag um 10.000 Euro erhöht. Dieser Haushaltsansatz soll nun verstetigt werden und den Betroffenen Braunschweigerinnen und Braunschweigern eine bessere Perspektive bieten.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 27.300 EUR geändert. Die Anträge 160 und 066 wurden zusammengefasst abgestimmt. Stühmeier während der Abstimmung abwesend				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-						

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. - Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 4. Dem Verein Ambet – Ambulante Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 08.11.2023 für die gerontopsychiatrische Beratungsstelle (Produkt 1.31.3151.20) für 2024 eine um 10.000 € erhöhte Zuwendung gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			AfSG	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	Antrag 110 durch Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-				
066	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Gerontopsychiatrische Beratungsstelle Am 31.07.2024 hat der Verein Ambet - Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen e. V. für das Haushaltsjahr 2025 eine Förderung durch die Stadt BS in Höhe von 201.900 Euro beantragt, für das Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 210.900 Euro. Begründet wird der gestiegene Zuschussbedarf mit einer verstärkten Nachfrage nach den Angeboten der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle, der seit vielen Jahren mit insgesamt 2 Vollzeitstellen im Bereich der Beratung sowie einer halben Personalstelle für die Verwaltung abgedeckt wird. Im Haushaltsplan-Entwurf stehen allerdings nur 173.700 Euro für 2025 und 177.600 Euro für 2026 zur Verfügung. Um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, wird demzufolge eine Aufstockung des städtischen Zuschusses auf die beantragten Summen benötigt. Die oben angegebenen Summen ergeben sich, wenn man den vom Rat beschlossenen Nachtrag 2024 in Höhe von 10.000 Euro von dem von Ambet für die Beratungsstelle angegebenen Mehrbedarf für 2025 und 2026 abzieht. Der Abzug erfolgt mit Blick auf den eigenständigen Grünen Haushaltsantrag „Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.“.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 27.300 EUR geändert. Die Anträge 160 und 066 wurden zusammengefasst abgestimmt. Stühmeier während der Abstimmung abwesend			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen			
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029						
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
140 NEU	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Altenhilfe Für Altenhilfemaßnahmen sollen 30.000 Euro für 2025 und 24.000 Euro für 2026 bereitgestellt werden, insbesondere für folgende Maßnahmen: • Anschaffung einer Software zur Bündelung der ehrenamtlichen Altenhilfe; • Planungsmittel für Umfrage "Leben im Alter in Braunschweig"; • Planungsmittel für Strategie gegen Einsamkeit; • Planungsmittel für Veranstaltung für Ehrenamtliche in der Altenpflege; • Einrichtung eines Info-Webportals. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 140 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										3 Jahre	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 140 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.			
				0	+	30.000	0	+	24.000	0	+	24.000	0	0	0	0		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-					
140	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Unterstützung des Ehrenamtes in der Altenhilfe und -pflege Zur Unterstützung des Ehrenamtes in der Altenhilfe und -pflege werden jeweils 30.000 Euro für 2025 und 2026 an Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Die Mittel können für Maßnahmen zur Anerkennung des Ehrenamtes, zur Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten in der stationären, ambulanten und häuslichen Pflege sowie für präventive Maßnahmen in der Altenhilfe eingesetzt werden. Qualifizierungsmaßnahmen zur Unterstützung des Ehrenamtes, die nicht über andere Wege wie z. B. die Pflegekassen finanziert werden, können ebenfalls gefördert werden. Die Verwaltung macht dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit (AfSG) einen konkreten Vorschlag zur Verwendung der Mittel. Die Altenhilfe- und -pflege befindet sich in einer akuten Krise. Heime werden geschlossen oder bauen Plätze ab, quartiersnahe und präventive Altenhilfe befindet sich erst in den Anfängen. Umso wichtiger ist daher die Unterstützung und Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit in allen Bereichen. Dafür stehen jedoch bislang keinerlei Haushaltsmittel zur Verfügung. Auch den Pflegeheimen werden über den Pflegesatz kaum Gelder für das Ehrenamt zur Verfügung gestellt. Die beantragten 30.000 Euro pro Jahr sind ein erster Ansatz, um diesen wichtigen Bereich weiter auszubauen.										2 Jahre	Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 140 NEU.			
				0	+	30.000	0	+	30.000	0	0	0	0	0	0	0		
			AfSG	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		A 140 schieben auf den 20.11.24. Stühmeier während der Abstimmung abwesend						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-		-						
067	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Frauenhaus Im Frauenhaus Braunschweig werden von Gewalt bedrohte Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention aufgenommen. Die Plätze konnten durch Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (Drs. 24-23373) auf 20 für das laufende Jahr aufgestockt werden. Um dieses Angebot auch für die Jahre 2025 ff. beibehalten zu können, ist eine (dauerhafte) Erhöhung der städtischen Zuwendung erforderlich. Die hiermit beantragten Erhöhungen für 2025 und 2026 entsprechen dem Antrag des Awo-Kreisverbands vom 14.06.2024. Zur weiteren Begründung wird auf Nr. 5 der Drs. 24-23373 verwiesen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt.			
				0	+	135.000	0	+	162.550	0	+	168.200	0	+	174.100	0	+	180.200
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen		Betrag in 2025 von 135.350 EUR auf 135.000 EUR geändert. Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-		-						

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 5. Dem AWO-Kreisverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 18.03.2024 für das Frauenhaus Braunschweig (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 54.400 € erhöhte Zuwendung gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-	<i>Antrag 110 durch Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen</i>				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-					
068	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Frauenhaus Zum 1. August 2024 sind die Plätze für von Gewalt bedrohte Frauen im Frauenhaus Braunschweig mit Unterstützung durch die Stadt Braunschweig von 16 auf 20 aufgestockt worden. Der AWO-Kreisverband Braunschweig e. V. hat dafür zusätzlich zwei Wohnungen angemietet und weitere Personalkapazitäten geschaffen. Um die neu geschaffenen Plätze beibehalten zu können, bedarf es weiterhin der Unterstützung durch die Stadt Braunschweig, also von Verwaltung und Politik. Für das Jahr 2025 werden laut AWO-KV BS insgesamt rund 492.340 Euro für das Frauenhaus BS benötigt, für das Jahr 2026 insgesamt rund 527.540 Euro. Im Haushaltsplan-Entwurf stehen allerdings nur 357.050 Euro für 2025 und 364.950 Euro für 2026 zur Verfügung. Auch um der Istanbul-Konvention (dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) zu entsprechen, bedarf es zwingend einer Aufstockung des städtischen Zuschusses. Die oben angegebenen Summen ergeben sich, wenn man den vom Rat beschlossenen Nachtrag 2024 in Höhe von 54.400 Euro von dem vom AWO-KV BS angegebenen Mehrbedarf für 2025 und 2026 abzieht. Der Abzug erfolgt mit Blick auf den eigenständigen Grünen Haushaltsantrag „Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.“.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	8	<i>Dagegen:</i>	3	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>		<i>Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt</i>			
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
069	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Erhöhung der Zuwendung für das Frauenhaus Seit dem 1. August 2024 konnte die Platzzahl im Frauenhaus auf 20 erhöht werden. Die AWO, als Trägerin des Frauenhauses, hat mitgeteilt, dass eine erhöhte Zuwendung zum dauerhaften Erhalt der Plätze erforderlich ist. Das unterstützt unsere Fraktion mit dem vorliegenden Antrag.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt.				
				0	+	135.000	0	+	162.600	0	+	168.300	0	+	174.200	0	+	180.300		
			AfSG	Dafür:		8	Dagegen:		3	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								
070	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Frauenhaus Das Frauenhaus Braunschweig bietet Schutz und Hilfe für Frauen mit ihren Kindern, die von häuslicher Gewalt bedroht und /oder betroffen sind. Durch großes Engagement vieler Beteiligten konnten zum 1. August 2024 im Frauenhaus Braunschweig die Plätze für von Gewalt bedrohte Frauen auf 20 aufgestockt werden. Dafür wurden zusätzlich zwei Wohnungen angemietet und Personalkapazitäten geschaffen. Um über das Jahr 2024 hinaus diese Möglichkeiten beibehalten zu können, bedarf es einer erhöhten finanziellen Unterstützung durch die Stadt Braunschweig.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt.				
				0	+	135.000	0	+	162.589	0	+	168.200	0	+	174.100	0	+	180.200		
			AfSG	Dafür:		8	Dagegen:		3	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen	
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029				
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
153	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Frauenberatungsstelle Das Thema „digitale Gewalt“ ist in der Beratungsstelle immer relevanter geworden, und die Beratung zu diesem Themenfeld ist immer weiter angestiegen. Bei Frauen, die mit dem Thema Gewalt zur Beratungsstelle kommen, spielt bei ca. 80 % das Thema „digitale Gewalt“ eine große Rolle. Seit April 2024 konnte eine Mitarbeiterin gewonnen werden, die sich intensiv mit dem Thema befasst. Digitale Gewalt bezieht sich auf Gewalthandlungen, die sich technischer Hilfsmittel und digitaler Medien bedienen, und auf Gewalt, die im digitalen Raum stattfindet. Neben erhöhter Nachfrage nach Langzeitberatungen, durchschnittlich 25 Sitzungen pro Klientin, und Verweisungen an niedergelassene Psychotherapeuten und Kliniken musste eine Warteliste etabliert werden. Erforderlich sind Beratungen von Frauen bei Akutversorgung, Weiterbildung der Beraterinnen und die Ausweitung von Präventionsmaßnahmen.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	8	<i>Dagegen:</i>	3	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>		<i>Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 50.000 EUR geändert.</i>				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-						
110	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 8. Der Frauenberatungsstelle wird auf der Grundlage ihrer E-Mail vom 20.12.2023 an die Verwaltung und die Fraktionen für 2024 eine um 33.300 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3157.10) gewährt. ...]											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	8	<i>Dagegen:</i>	3	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>		<i>Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.</i>				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-						

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen				
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029							
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
071	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Erhöhung Zuwendung Frauenberatungsstelle Neben der erhöhten Nachfrage nach Langzeitberatungen (durchschnittlich 25 Sitzungen pro Klientin) und stark angestiegenen Verweisungen an die Beratungsstelle durch niedergelassene Psychotherapiepraxen und Kliniken, musste mittlerweile eine Warteliste etabliert werden. Daneben fehlt es den Beraterinnen an Kapazitäten, um die erhöhte Nachfrage nach Beratung zum Thema „Digitale Gewalt“ zusätzlich zu bedienen. Die Situation soll durch die Schaffung einer weiteren Personalstelle verbessert werden. Dieser Ansatz wird mit dem vorliegenden Haushaltsantrag unterstützt.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.			
				0	+	50.000	0	+	53.700	0	+	55.600	0	+	57.600	0	+	59.600	
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									
142	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Frauenberatungsstelle Seit über 40 Jahren ist die Frauenberatungsstelle Anlaufstelle für alle Anliegen von Frauen, besonders auch für von Gewalt betroffenen Frauen, deren Anteil fast jährlich steigt. Die Beratungsstelle bildet damit einen erheblichen Baustein hinsichtlich der Prävention und Beratung zum Thema häusliche Gewalt. In den letzten Jahren ist das Thema 'Digitale Gewalt' in der Beratungsstelle immer relevanter geworden, wie die gesteigerte Nachfrage nach Beratung zu diesem breiten Themenfeld zeigt. Bei ca. 80 % der Frauen, die mit dem Thema 'Gewalt' in die Frauenberatungsstelle kommen, spielt das Thema 'Digitale Gewalt' eine große Rolle. Für diesen Bereich konnte die Frauenberatungsstelle im April 2024 eine kompetente Mitarbeiterin einstellen. Hierzu hat der Rat im Februar 2024 eine außerplanmäßige Erhöhung in Höhe von 33.300 € für 2024 beschlossen (Ds. 24-23046). Da es sich um eine einmalige Erhöhung handelte, hat die Verwaltung im aktuellen Haushaltsplanentwurf diese Erhöhung nicht berücksichtigt. Es bedarf also für 2025 und 2026 eines weiteren Beschlusses durch die Politik. Um diese wichtige Beratung, besonders im Bereich 'Digitale Gewalt' dauerhaft und nachhaltig sicherstellen zu können, wird aufgrund der Erhöhung der Personalkosten eine geringfügig höhere städtische Förderung benötigt.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.			
				0	+	50.000	0	+	53.700	0	+	55.600	0	+	57.600	0	+	59.600	
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
072	1.31.3430.10 Betreuungsleistungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Institut f. pers. Hilfen Dem Betreuungsverein „Institut für persönliche Hilfen“ wird für zwei Jahre länger als bislang beschlossen eine erhöhte Zuwendung gewährt, da die Landesförderung noch nicht an die Gesetzesreform angepasst wurde. Auch für 2025 bis 2027 soll die städtische Förderung nachrangig zur Landesförderung erfolgen. Die (auskömmliche) Finanzierung der Betreuungsvereine in Niedersachsen ist nach der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts zum Januar 2023 (BGBl. I 2021, S. 882) noch immer nicht geklärt oder gesichert. Vgl. etwa den Bericht des NDR vom 05.06.2024: „Betreuungsvereine warten seit mehr als einem Jahr auf finanzielle Sicherheit. Gut jeder dritte steht vor dem Aus“ (https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Betreuungsvereine-in-Niedersachsen-fordern-Zukunftssicherheit,betreuungsvereine104.html). Wenn der Braunschweiger Betreuungsverein jedoch aus finanziellen Gründen seine Arbeit einstellen müsste, müsste die Stadtverwaltung das auffangen. Im Übrigen wird auf die ausführliche Begründung des Haushaltsantrags FWE 193 der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2023/2024 verwiesen (Drs. 23-20846, Anl. 4.1). Die hiermit beantragten Ansatzserhöhungen sind etwas niedriger, als von dem Verein beantragt. Sie entsprechen der von der SPD-Fraktion auf Grundlage der Drs. 21-17494, 23-21295 und 24-23943 errechneten Dvnamisierung von 3.86 % für 2025 und (vorläufig) 3.71 % für 2026. die etwas höher sind als die Werte in <div>0 + 4.5000 + 143.1000 + 143.1000 + 00 + 00 + 00</div>										für 3 Jahre	
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		A 072 schieben auf den 20.11.24			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
073	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	AWO Bezirksverband Braunschweig - Nachbarschaftsladen Heidberg Seit 2011 ist der AWO-Bezirksverband Braunschweig Träger des integrativen Stadtteilprojekts Heidberg AKTIV. Darüber hinaus betreibt er seit 2018 auch den Nachbarschaftsladen Heidberg. Beide Projekte sind organisatorisch der AWO-Migrationsberatung zugeordnet. Um dieses Beratungspensum aufrechtzuerhalten, benötigen die pädagogischen Mitarbeiterinnen auch in Zukunft Unterstützung von einer Verwaltungskraft. Der Rat hat daher am 20.02.2024 beschlossen, für 2024 eine um 13.000 € erhöhte Zuwendung zu gewähren (Drs. 24-23046). Auch für die Jahre 2025 ff. ist eine erhöhte Zuwendung erforderlich. Für 2026 wurde eine Dynamisierung i. H. v. 3,71 % angesetzt (vgl. Drs. 21-17494, 24-23943). <div>0 + 40.0000 + 42.8000 + 44.3000 + 45.9000 + 47.500</div>										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen		Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 3. Dem Awo-Bezirksverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 29.08.2023 für den Betrieb des Nachbarschaftsladens Heidberg (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 37.200 € erhöhte Zuwendung gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	8	<i>Dagegen:</i>	3	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>		<i>Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt</i>			
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-					
143	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	AWO-Nachbarschaftsladen Heidberg Seit Sommer 2018 betreibt der AWO-Bezirksverband Braunschweig e. V. den Nachbarschaftsladen Heidberg. Dieser ist organisatorisch der AWO-Migrationsberatung zugeordnet. Ziel dieser wichtigen Quartiersarbeit ist die Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bewohnergruppen im Braunschweiger Stadtteil Heidberg. Hierbei hat der Verein gerade die Bedarfe der dort lebenden Senior*innen im Blick und sorgt mit seiner Angebotsstruktur mit für die Integration von Geflüchteten und dauerhaft im Heidberg lebender Migrant*innen. Immer stärker in Anspruch genommen wird das Angebot der Sozialberatung vor Ort. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine und der Aufnahme von dortigen Geflüchteten ist die Zahl der Ratsuchenden und der Beratungsgespräche deutlich gestiegen. Diese Entwicklung wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Um das Beratungspensum aufrechtzuerhalten, wird von den pädagogischen Mitarbeiterinnen auch zukünftig die Unterstützung durch eine Verwaltungskraft benötigt. Dadurch könnten sich die pädagogischen Mitarbeiterinnen auf ihre wichtige koordinierende, beratende, integrierende und aktivierende Arbeit sowie auf die Unterstützung der aus der Ukraine geflüchteten Frauen und Kinder konzentrieren. Durch einen Ratsbeschluss vom Februar 2024 (Ds. 24-23046) wurde dem AWO-Bezirksverband Braunschweig für den Betrieb des Nachbarschaftsladens Heidberg für 2024 eine um 37.200 € erhöhte Zuwendung gewährt. Da diese Erhöhung leider im aktuellen Haushaltsplanentwurf für 2025 und 2026 nicht berücksichtigt wurde, orientieren wir uns in unserem Antrag an den im Doppelhaushalt aufgeführten Zahlen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	8	<i>Dagegen:</i>	3	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>		<i>Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt</i>			
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
074	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Cura e. V. Die Anlaufstelle für Straffällige berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhaltes, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto). Die Verhinderung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen bewirkt insbesondere, dass Personen, die eine Haftstrafe hätten antreten müssen, nicht nur nicht inhaftiert werden, sondern auch ihre familiären Bezüge und ggf. ihren Arbeitsplatz aufrechterhalten. Der Rat hat am 09.04.2024 in öffentlicher Sitzung bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen, dem Verein Cura für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe für 2024 eine um 11.500 € erhöhte Zuwendung zu gewähren (Drs. 24-23373). Die für die Erhöhung vorgebrachten Gründe gelten auch für 2025 und 2026, sodass auch hier eine Ansatzerhöhung erfolgen muss. Zur weiteren Begründung siehe Drs. 24-23373, Nr. 3 des Sachverhalts. Für 2026 wurde eine Dynamisierung i. H. v. 3,71 % angesetzt (vgl. Drs. 21-17494, 24-23943). Die städtische Förderung erfolgt nachrangig zu der Landesförderug. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V. stattfindet.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.	
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	Die SPD hat A 074 auf 12.000 € erhöht. Der Antrag wurde zusammen mit A 110 abgestimmt.				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
110	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... Dem Verein Cura Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.01.2024 für die Anlaufstelle für Straffällige (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 11.500 € erhöhte Zuwendung gewährt. Die städtische Förderung erfolgt dabei nachrangig zu der Landesförderung. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V. stattfindet....]									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.	
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	Die SPD hat A 074 auf 12.000 € erhöht. Der Antrag wurde zusammen mit A 110 abgestimmt.				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
154	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	DRK-Schuldnerberatung Die Schuldnerberatungsstelle des DRK-Kreisverbandes Braunschweig-Salzgitter e. V. in der Münzstraße teilt sich in zwei Arbeitsbereiche auf. Zum einen wird Ratsuchenden im Rahmen der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II geholfen. Der zweite Arbeitsbereich, die offene Schuldnerberatung, steht allen Braunschweiger Bürger *innen zur Verfügung. Um der gestiegenen Nachfrage gerecht zu werden und die Beratungskapazitäten bedarfsgerecht auszuweiten, ist eine Erhöhung der Personalkapazitäten bei der Schuldnerberatung um mindestens eine Teilzeitstelle erforderlich.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	35.500	0	+	36.800	0	+	38.100	0	+	39.500	0	+	40.900		
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 154, 075 und 076 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										
075	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Ausweitung der Beratungskapazitäten in der Schuldnerberatungsstelle Um dem erhöhten Anfragebedarf gerecht zu werden, bedarf es einer Erhöhung der Personalkapazitäten um mindestens eine Teilzeit-Stelle mit 19,5 Std./Woche. Die Kosten dafür belaufen sich auf € 35.500 Euro.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	35.500	0	+	36.800	0	+	38.100	0	+	39.500	0	+	40.900		
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 154, 075 und 076 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
076	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	DRK Schuldnerberatung Die Schuldnerberatungsstelle des DRK Kreisverbandes Braunschweig-Salzgitter e.V in der Münzstraße 16 in Braunschweig hat zwei unterschiedliche Arbeitsbereiche. Zum einen wird Ratsuchenden im Rahmen der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II geholfen. Der zweite Arbeitsbereich, die „offene Schuldnerberatung“, steht allen Braunschweiger Bürger*innen zur Verfügung. Der Beratungsprozess im offenen Zugang startet mit einer sogenannten „Kurzberatung“, in der das Anliegen und der Beratungsbedarf der Ratsuchenden geklärt wird, dieses Beratungsformat dauert etwa 20 Minuten und es ist normalerweise möglich, innerhalb von zwei Wochen einen Termin zu bekommen. Um dem erhöhten Anfragebedarf an Beratungsleistungen gerecht zu werden, bedarf es einer Erhöhung der Personalkapazitäten um mindestens eine Teilzeit-Stelle mit 19,5 Std./Woche. Hierfür wird eine Erhöhung der städtischen Unterstützung benötigt.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	30.063	0	+	24.563	0	+	25.500	0	+	26.400	0	+	27.400		
			AfSG	Dafür:		11	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 154, 075 und 076 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								
077	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Förderung eines Nachbarschaftszentrums Am Schwarzen Berge e. V. 2021 wurde die Initiative Quartier:Plus am Schwarzen Berg gegründet. Sie hat das Quartier:Haus aufgebaut und mit Mitteln der LAG Soziale Brennpunkte finanziert. Die Förderung „Gute Nachbarschaft“ des Landes Niedersachsen läuft Ende 2024 aus. Nun gilt es, die aufgebauten Strukturen zu verstetigen. Durch niedrigschwellige, zielgruppenbezogene Maßnahmen und Angebote wird das Wohlbefinden der Bewohner:innen langfristig positiv beeinflusst und die Identifikation mit dem Stadtteil gesteigert. Die wenigen sozialräumlichen Strukturen im Stadtteil müssen unterstützt werden. In keinem Fall darf der Eindruck entstehen, dass der Schwarze Berg der "vergessene Stadtteil" ist. Diese wichtige Anlaufstelle muss erhalten bleiben, was nur mit Unterstützung der Stadt Braunschweig möglich ist. In der Vorschlagsliste zur Priorisierung potenzieller Nachbarschaftszentren in Braunschweig ist das Quartier:HAUS Schwarzer Berg an fünfter Stelle mit der Einstufung "höchste Priorität" platziert. (Vorlage 22-19739). Die Begründung der Einstufung: - Stadtteil mit sehr geringer Dichte institutionalisierter Begegnungsmöglichkeiten - aktuelle Räumlichkeiten nicht ausreichend für ein nachhaltiges Nachbarschaftszentrum - im Anschluss an Projektphase ggf. Suche geeigneterer Räume - bis Ende 2024 über MU-Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ finanziert; nachhaltige Anschlussfinanzierung notwendig. Da hier deutlich wird, dass eine Finanzierung dringend notwendig ist, beantragen wir für den Doppelhaushalt 2025/26 eine Förderung der Stadt Braunschweig in									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	113.225	0	+	117.200	0	+	121.300	0	+	125.500	0	+	129.900		
			AfSG	Dafür:		11	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
078	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Quartierhaus PLUS Im Frühjahr 2021 hat sich die Initiative Quartier:PLUS - Gemeinwesen, zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss und integrierte Stadtentwicklung unter dem Dach des Bürgervereins 'Am Schwarzen Berge' gegründet, um das Quartier am Schwarzen Berg als 'immer vergessenes Viertel' im Norden Braunschweigs zu aktivieren. Gemeinsam mit den Anwohner*innen wurden seitdem Projekte wie 'Gute Nachbarschaft', 'Quartier:Garten', und 'Gesundheit im Quartier' umgesetzt. In diesen drei Jahren haben die Aktiven des Quartierhauses PLUS sich nachhaltig als Kümmer*innen um die Menschen vor Ort eingebracht und das Quartierhaus zu einer Anlaufstelle für Austausch, Begegnung und Solidarität werden lassen. Mit niedrigschwelligen, zielgruppenbezogenen Maßnahmen und Angeboten soll langfristig das Wohlbefinden der Anwohner*innen im Quartier verbessert werden. Mittlerweile hat sich das Quartierhaus als erste Anlaufstelle für neuhinzugezogene Anwohner*innen etabliert. Durch die Modellförderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen konnten vor Ort erste Strukturen zur gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklung aufgebaut werden. Um diese wertvollen Strukturen zu verstetigen, sollte dieses erfolgreiche zivilgesellschaftliche Engagement mit Hilfe der städtischen Förderung unbedingt weitergeführt werden.									Einmalig	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	113.225	0	+	117.200	0	+	121.300	0	+	125.500	0	+	129.900		
			AfSG	Dafür:		11	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								
SBR05	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	330 - Nordstadt- Schunteraue	Nachbarschaftszentrum am Schwarzen Berg Der Stadtbezirksrat beantragt zum Doppelhaushalt 2025/2026 eine Förderung der Stadt Braunschweig in Höhe von 109.000 Euro pro Jahr für ein Nachbarschaftszentrum am Schwarzen Berg. Das im Konzept Nachbarschaftszentren vorgesehene Verfahren der Interessenbekundung ist analog der bestehenden Nachbarschaftszentren anzuwenden									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	113.225	0	+	117.200	0	+	121.300	0	+	125.500	0	+	129.900		
			AfSG	Dafür:		11	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
079	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Nachbarschaftszentrum SQUAT - Institutionelle Förderung Refugium e.V. ist seit 38 Jahren ein angesehener, unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Der Verein arbeitet daran, Geflüchteten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, und ist so ein wichtiger Partner in der Braunschweiger Integrationspolitik. Für viele Menschen, Organisationen und kommunale Stellen ist der Verein zu einer wichtigen fachlichen Anlaufstelle geworden. Um insbesondere nach der Corona-Pandemie durch gezielte Maßnahmen das harmonische Zusammenleben im Stadtbezirk zu fördern, wurde durch das Refugium 2021 zusätzlich das Nachbarschaftszentrum SQUAT (Solidarisches Quartier stärkt Teilhabe) ins Leben gerufen. Hierfür konnten erfolgreich Fördermittel aus dem Programm "Gute Nachbarschaft" des NMU eingeworben und eine dreijährige Förderung vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 erreicht. Diese Förderung läuft nun aus. Bei SQUAT handelt es sich zum einen um ein klassisches Nachbarschaftszentrum, das einen offenen und niedrigschwelligen Treffpunkt für alle Bewohner*innen darstellt und mit anderen Initiativen, z. B. Foodsharing e.V., kooperiert. Weiterhin handelt es sich um einen Treffpunkt der Zivilgesellschaft, der von unterschiedlichsten Initiativen genutzt wird (Umweltkulturverein, Ernährungsrat, Seebücke, feministisches Bündnis etc.). Kooperationen mit verschiedensten Institutionen wurden aufgebaut und gemeinsame Projekte durchgeführt (Reallabor der TU, HdK, Organic Beats Festival). SQUAT beteiligt sich an der Runde der Nachbarschaftsprojekte der Stadt und am Dialogforum Innenstadt. SQUAT dient als ein zentraler Treffpunkt im Stadtbezirk und bietet Raum für Begegnung und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen. Die vielfältigen Angebote tragen aktiv zur Reduktion von Anonymität und Einsamkeit bei und fördern das Miteinander im Quartier, generationenübergreifend, interkulturell sowie unabhängig vom gesellschaftlichen Status. Durch die Verknüpfung der Migrationsberatung mit der Gemeinwesen-/Nachbarschaftsarbeit ergeben sich Synergieeffekte: Es wird auf eine inklusivere Gesellschaft hingearbeitet, in der Migrant*innen nicht nur Unterstützung in Anspruch nehmen, sondern aktiv zur Bereicherung des Gemeinwesens beitragen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
080	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Nachbarschaftszentrum 'Squat' des Refugium e.V. Mit ihrem Gemeinwesen- und Nachbarschaftsprojekt 'Squat' (Solidarisches Quartier stärkt Teilhabe), dessen Einrichtung vom Rat beschlossen wurde, ist es dem Refugium gelungen, einen Ort zu schaffen, an dem für neuzugewanderte und alteingesessene Braunschweiger*innen ein Leben in Vielfalt möglich ist. Das 'Squat' fördert den interkulturellen Austausch und das gegenseitige Verständnis. Es unterstützt Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrer erfolgreichen Integration und bereichert gleichzeitig das Gemeinwesen der Stadt um neue Perspektiven und den Abbau von Ausgrenzung und Isolierung. 'Squat' war und ist seit 2021 ein Treffpunkt für verschiedenste Akteure und Initiativen der Zivilgesellschaft wie den Ernährungsrat, die Seebücke und das feministische Bündnis. Mehrere erfolgreiche Kooperationen im Stadtteil wurden durchgeführt, z.B. mit dem Reallabor am Hagenmarkt, dem Haus der Kulturen und dem Organic Beats Festival. Da das Landesförderprogramm 'Gute Nachbarschaft' Ende 2024 ausläuft, werden städtische Mittel dringend benötigt, um die wichtige Arbeit eines Begegnungszentrums der Hoffnung und aktiven Teilhabe für alle Menschen fortzusetzen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR06	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	130 - Mitte	Institutionelle Förderung des Nachbarschaftszentrums SQUAT (Refugium e.V.) Refugium e.V. ist seit 38 Jahren ein angesehener, unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Der Verein arbeitet daran, Geflüchteten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, und ist so ein wichtiger Partner in der Braunschweiger Integrationspolitik. Für viele Menschen, Organisationen und kommunale Stellen ist der Verein zu einer wichtigen fachlichen Anlaufstelle geworden. Um insbesondere nach der Corona-Pandemie durch gezielte Maßnahmen das harmonische Zusammenleben im Stadtbezirk zu fördern, wurde durch das Refugium 2021 zusätzlich das Nachbarschaftszentrum SQUAT (Solidarisches Quartier stärkt Teilhabe) ins Leben gerufen. Hierfür konnten erfolgreich Fördermittel aus dem Programm "Gute Nachbarschaft" des NMU eingeworben und eine dreijährige Förderung vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 erreicht. Diese Förderung läuft nun aus. Bei SQUAT handelt es sich um einen um ein klassisches Nachbarschaftszentrum, das einen offenen und niedrigschwelligen Treffpunkt für alle Bewohner*innen darstellt und mit anderen Initiativen, z. B. Foodsharing e.V., kooperiert. Weiterhin handelt es sich um einen Treffpunkt der Zivilgesellschaft, der von unterschiedlichsten Initiativen genutzt wird (Umweltkulturverein, Ernährungsrat, Seebrücke, feministisches Bündnis etc.). Kooperationen mit verschiedensten Institutionen wurden aufgebaut und gemeinsame Projekte durchgeführt (Reallabor der TU, HdK, Organic Beats Festival). SQUAT beteiligt sich an der Runde der Nachbarschaftsprojekte der Stadt und am Dialogforum Innenstadt. SQUAT dient als ein zentraler Treffpunkt im Stadtbezirk und bietet Raum für Begegnung und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen. Die vielfältigen Angebote tragen aktiv zur Reduktion von Anonymität und Einsamkeit bei und fördern das Miteinander im Quartier, generationenübergreifend, interkulturell sowie unabhängig vom gesellschaftlichen Status. Durch die Verknüpfung der Migrationsberatung mit der Gemeinwesen-/Nachbarschaftsarbeit <div>0 + 113.2250 + 117.2000 + 121.3000 + 125.5000 + 129.900</div>										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
083 NEU	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Einrichtung weiterer Nachbarschafts- und Quartierszentren Mit Beschluss vom 27.09.2022 (Drs. 22-19319-01) hat der Rat der Einrichtung von zunächst vier Nachbarschaftszentren zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, entsprechende Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Für den weiteren Ausbau stehen aktuell keine Mittel im Haushalt. Für 2025 sollen zwei weitere Nachbarschaftszentren in die städtische Förderung aufgenommen werden. In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung könnten für den Ausbau im Jahr 2026 ggf. Mittel aus der Flexibilisierungsreserve verwendet werden. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 083 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 083 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.					
				0	+	226.450	0	+	234.400	0	+	242.500	0	+	250.900	0	+	259.600		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
083	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Einrichtung weiterer Nachbarschafts- und Quartierszentren 1. Das in den Jahren 2023 / 2024 begonnene Programm zur Einrichtung weiterer Nachbarschaftszentren wird fortgeführt. Dazu werden im Jahr 2025 und 2026 jeweils zwei zusätzliche Nachbarschaftszentren eingerichtet und in die städtische Förderung aufgenommen. 2. Übereinstimmend mit der von der Verwaltung dargestellten Prioritätenliste werden im Jahr 2025 die bereits existierenden Einrichtungen am Schwarzen Berg „Quartier:PLUS“ und des Refugiums „SQUAT“ in der Innenstadt weiter finanziert, deren Förderung durch das Land im Jahr 2025 ausläuft. 3. Die Entscheidungen für die beiden Einrichtungen im Jahr 2026 inklusive der eventuell nötigen investiven Maßnahmen und der Trägervergabe werden so vorbereitet, dass die jeweiligen Einrichtungen im Jahr 2026 auch eröffnen können. Die Prioritätenliste wird gegebenenfalls entsprechend der Realisierbarkeit korrigiert. 4. Über den Stand, die Umsetzung und die laufende Arbeit wird kontinuierlich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit (AfSG) berichtet. Im Haushaltsjahr 2025 werden dafür rund 220.000 Euro benötigt, im Haushaltsjahr 2026 rund 440.000 Euro. Nachbarschaftszentren sind wichtige Anlaufpunkte in den Quartieren, um das Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt dort zu stärken. Sie dienen als Kommunikationsorte und Treffpunkte. Hier können wichtige soziale Dienstleistungen wie Beratung und Information regelmäßig angeboten werden. Über die Nachbarschaftszentren können und sollen die Angebote im Quartier vernetzt werden. Sie sind Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement. Gerade in der heutigen Zeit sind Einrichtungen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts wichtige Pfeiler auch zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens. Schon in der letzten Ratsperiode wurden Grundsatzbeschlüsse zur Einrichtung von Nachbarschaftszentren gefasst. Erst mit dem Haushalt 2023 / 2024 wurden erste Haushaltsmittel zur Einrichtung von vier Nachbarschaftszentren bereitgestellt. Die Einrichtung „SQUAT“ des Refugiums und das „Quartier:PLUS“ am Schwarzen Berg sind schon aktiv und wurden bisher durch eine zeitlich befristete Anschubfinanzierung des Landes finanziert. Die Anträge zur Folgefinanzierung wurden definitiv abgelehnt, weil eine dauerhafte Unterstützung laut Auffassung des Landes Aufgabe der Kommune ist. Beide Einrichtungen müssten schließen, wenn keine Weiterfinanzierung durch die Kommune erfolgen würde.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 083 NEU.					
				0	+	226.450	0	+	468.800	0	+	485.000	0	+	501.800	0	+	519.200		
			AfSG	Dafür:		11	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR12	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	111 - Hondelage- Volkmarode	Haushaltsantrag: Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums Der Stadtbezirksrat bittet den Rat der Stadt Braunschweig, die nötigen Finanzmittel in Höhe von geschätzt ca. 750.000 € für die die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 zur Verfügung zu stellen. Dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen. <div>0 + 113.225</div> <div>0 + 117.200</div> <div>0 + 121.300</div> <div>0 + 125.500</div> <div>0 + 129.900</div>										Dauerhaft	Die Kosten für die Errichtung sind im IP veranschlagt Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	10	<i>Enthaltung:</i>	1	<i>Abgelehnt</i>					
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-					
161	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Förderung des regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes Der Hospizarbeit Braunschweig e.V. hatte sich im Herbst 2023 an die Ratsfraktionen gewandt, um auch in Braunschweig eine Netzwerkkoordinierungsstelle für eine regionale Hospiz- und Palliativnetzwerkstelle einzurichten. Denn seit dem 1. April des vergangenen Jahres gilt eine neue Förderrichtlinie, die vorsieht, dass die gesetzlichen Krankenkassen und Ersatzkassen die Netzwerkkoordination in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt mit bis zu 15.000 € pro Jahr fördern, sofern sich die Kommunen in gleicher Höhe beteiligen. In Braunschweig bestand seit mehreren Jahren der Runde Tisch Hospiz- und Palliativarbeit. Die Organisation ist in der Verantwortung der Hospizarbeit Braunschweig e.V., welche die nötigen personellen Ressourcen für den bestehenden Bedarf eines gut funktionierenden Netzwerkes mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Fortbildungen etc. nicht leisten konnte. Die CDU-Fraktion hatte deshalb für die Ratssitzung am 19. Dezember des vergangenen Jahres den Antrag gestellt, dem Verein Hospizarbeit Braunschweig e.V. einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro für dieses Netzwerk zu gewähren (vgl. DS.-Nr. 23-22448). In ihrer Stellungnahme hat die Verwaltung zum einen dargestellt, dass sie das Vorhaben unterstützt und zum anderen für 2024 die entsprechenden Mittel bereitstellt. Für weitere Jahre müsste jedoch zusätzliches Geld bereitgestellt werden, mit dem vorliegenden Antrag soll dieses geschehen. <div>0 + 15.400</div> <div>0 + 15.400</div> <div>0 + 15.400</div> <div>0 + 15.400</div> <div>0 + 15.400</div>										Dauerhaft	Eine Einplanung von Haushaltsmitteln wurde bereits zum Haushaltsentwurf 25/26 berücksichtigt.
			AfSG	<i>Dafür:</i>	8	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	3	<i>Angenommen</i>					
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 4. Der Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH wird auf der Grundlage ihres Antrags vom 31.01.2024 für den Diakonietreff im Madamenhof (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 20.000 € erhöhte Zuwendung gewährt....]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		A 110 schieben auf den 20.11.24			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
081	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Stadtteilladen Madamenweg Aufgrund von Lohnsteigerungen im Umfang von rund 14 % (von 2024 auf 2025) benötigt die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten (DWB) für den Stadtteilladen am Madamenweg im Westlichen Ringgebiet für die kommenden Jahre eine erhöhte Bezuschussung durch die Stadt Braunschweig - für 2025 insgesamt rund 65.200 Euro, für 2026 insgesamt rund 66.950 Euro. Zum tariflichen Hintergrund der Diakonie in Niedersachsen: Es gilt der sog. TV DN. Der neue Abschluss läuft seit April 2024, hier gab es eine erste Steigerung um 5,5 %. Die nächste folgt im Februar 2025 mit 4,5 %. Darüber hinaus wurde für die Berufsgruppe Sozialarbeit in den Berufsfeldern Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosen-, Eingliederungs- sowie Flüchtlingshilfe eine Zulage in Höhe von monatlich 180 Euro eingeführt. Im Stadtteilladen Madamenweg hat die DWB zudem langjährige Mitarbeitende, die mittlerweile nach der höchsten Entgeltstufe vergütet werden. Der Ansatz im Haushaltplan-Entwurf für den Stadtteilladen Madamenweg beträgt für 2025 = 54.800 Euro, für 2026 = 56.100 Euro. Mit diesem Antrag soll der bestehenden Deckungslücke für die genannte Einrichtung begegnet werden.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		A 081 schieben auf den 20.11.24			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
082	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Dauerausstellung Rosenstr. 76 Aufgrund von Lohnsteigerungen im Umfang von rund 14 % (von 2024 auf 2025) benötigt die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten (DWB) für die Dauerausstellung Rosenstr. 76 für die kommenden Jahre eine erhöhte Bezuschussung durch die Stadt Braunschweig - für 2025 insgesamt rund 164.850 Euro, für 2026 insgesamt rund 168.730 Euro. Zum tariflichen Hintergrund der Diakonie in Niedersachsen: Es gilt der sog. TV DN. Der neue Abschluss läuft seit April 2024, hier gab es eine erste Steigerung um 5,5 %. Die nächste folgt im Februar 2025 mit 4,5 %. Darüber hinaus wurde für die Berufsgruppe Sozialarbeit in den Berufsfeldern Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosen-, Eingliederungs- sowie Flüchtlingshilfe eine Zulage in Höhe von monatlich 180 Euro eingeführt. Der Ansatz im Haushaltplan-Entwurf für die Dauerausstellung Rosenstr. 76 beträgt für 2025 = 155.945 Euro, für 2026 = 159.445 Euro. Mit diesem Antrag soll der bestehenden Deckungslücke für die genannte Einrichtung begegnet werden.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.				
				0	+	8.905	0	+	9.285	0	+	9.700	0	+	10.100	0	+	10.500		
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		A 082 schieben auf den 20.11.24								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										
110	1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... Dem Verein Frauen BUNT e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 30.11.2023 für 2024 eine um 9.900 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3517.20) gewährt. ...]											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.				
				0	+	11.000	0	+	12.300	0	+	12.800	0	+	13.300	0	+	13.800		
			AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen										
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
177	1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Frauen BUNT e. V. Der Verein Frauen Bunt e.V. setzt sich für ein freies und selbstbestimmtes Leben von Frauen besonders mit Flucht- und Migrationsgeschichte ein und will die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, ein internationales Weltbild und das inter- und transkulturelle Zusammenleben fördern. Hierzu bietet Frauen BUNT diverse Projekte wie zum Beispiel Sprachförderung, Theaterperformances, Müttergruppen und Malateliers an. Für sein herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement wurde stellvertretend für den Verein dessen Vorsitzende Imrie Shashivari, Anfang dieses Jahres die Bürgermedaille verliehen. Mit Hilfe der im Haushalt 2023/2024 bewilligten zwei halben Stellen (Verwaltung und pädagogische Mitarbeiterin) konnten in diesem Jahr neue Projekte und Aktivitäten gestartet werden, so das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Programm 'Migrantinnen einfach stark im Alltag'. Außerdem konnte das Projekt 'GeT AKTIV - Geflüchtete für Teilhabe in der Politik und Gesellschaft aktivieren' neu gestartet werden. Um dieses für die Unterstützung und Integration von Frauen mit Migrationsgeschichte wertvolle Engagement fortzuführen, benötigt der Verein eine Erhöhung der institutionellen Förderung. 0 + 18.895 0 + 21.682 0 0 0 0 0 0										2 Jahre	
				<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-	-	-			
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-	-	-			
144	1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Welcome House Seit 2017 erhält das vom anerkannt gemeinnützigen Verein TRIVT e.V. (Toleranz, Respekt und interkulturelle Vielfalt) betreute Welcome House finanzielle Unterstützung von der Stadt. Seitdem bringt das Welcome House durch Begegnungsangebote Geflüchtete mit alleingesessenen Bewohnern in Kralenriede zusammen und versucht, mögliche Ängste, Hemmungen und Vorurteile abzubauen und damit zu einem stärkeren Zusammenhalt vor Ort beizutragen. Zu den Angeboten gehören unter anderem das Nachbarschafts-Café, ein Englisch-Treff 'Tea & Talk', Kreativtreffs zum Basteln und Malen, gemeinsames Essen, Kochen, Grillen und Backen sowie die Möglichkeit zu musikalischen 'Jamssessions'. Eines der Hauptgebote ist die Fahrradwerkstatt, in der Fahrräder gespendet, ausgeliehen oder zum Reparieren vorbeigebracht werden können. Unter Anleitung eines ehrenamtlich arbeitenden interkulturellen Teams werden die Räder hier wieder 'fahrtüchtig' gemacht. Des Weiteren gibt es ein umfangreiches Angebot für Geflüchtete. In Einzelgesprächen können dringende Fragen in Bezug auf das Asylverfahren, die Alltagssorgen, gesundheitliche und finanzielle Themen sowie Orientierungsfragen in Braunschweig erörtert werden. Für die Geflüchteten wird ein Überweisungs- und Kopierservice angeboten und es werden Informationen zu Versorgungsmöglichkeiten, Deutschkursen, Veranstaltungen und Freizeitangeboten in Braunschweig zur Verfügung gestellt. Für einer tiefergehende Beratung oder Unterstützung wird außerdem eine Weitervermittlung an Fachberatungsstellen angeboten. Da sozialer Zusammenhalt und Integration auch in Braunschweig besonders wichtig sind, bittet der Verein um eine moderate Erhöhung der städtischen Kontinuitätsförderung, um dieses für die Stadtgesellschaft so wichtige ehrenamtliche Engagement weiterführen zu können. 0 + 2.600 0 + 3.900 0 + 4.100 0 + 4.300 0 + 4.500										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AVI	<i>Dafür:</i>	11	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Passieren lassen</i>					
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-	-	-			
145	1.41.4120.10 Betreuung von psychisch Kranken	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Drogenberatungsstelle Die Jugend- und Drogenberatung DROBS leistet unter der Trägerschaft des Paritätischen Braunschweig seit beinahe 50 Jahren eine wertvolle Arbeit in unserer Stadt. Zu allen Fragen rund um die Themen Sucht und Abhängigkeit werden für Betroffene sowie deren Eltern, Partner*innen und Freund*innen Beratung und Prävention angeboten. Das Beratungsangebot umfasst außerdem den Bereich Glücksspielsucht. Zur unverbindlichen Information kann das sogenannte Café Relax genutzt werden. Durch zunehmend deutlich steigende Ausgaben im Personal- und Sachkostenbereich benötigt die Drogenberatungsstelle eine moderate Erhöhung der städtischen Förderung. 0 + 32.155 0 + 24.855 0 0 0 0 0 0										Einmalig	
			AfSG	<i>Dafür:</i>	10	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>		<i>A 145 schieben auf den 20.11.24. Volkmann während der Abstimmung abwesend</i>			
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-	-	-	-			

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
086	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Verein für sexuelle Emanzipation e. V. Dank einer 5-jährigen Förderung von Aktion Mensch konnte der VSE 2023 eine Trans*-Beratungsstelle mit einer professionellen Beraterin und eigenen Beratungsräumen eröffnen. In der Beratungsstelle in der Jasperallee finden Beratungen statt, Veranstaltungen (z. B. Fortbildung zur transitionsbegleitenden Psychotherapie), Gruppentreffen und Supervision des Onkel-Emma-Beratungsteams. Hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen und Organisationen in Braunschweig. Trans* ist immer noch mit viel Scham und Unsicherheit behaftet. In der Regel dauern Beratungsgespräche 60 bis 90 Minuten. Ziel des Projekts ist die Förderung der Lebensqualität von trans* Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 27 Jahre. Die Stelle der hauptamtlichen Kraft mit einer Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche beinhaltet neben der Beratungstätigkeit die Projektleitung für den Aufbau einer Trans*Beratungsstelle. In der Projektförderung von Aktion Mensch sind bestimmte Kosten nicht förderfähig, z. B. Energiekosten, Reinigung, Büromaterial, Versicherungen, Steuerberatung und Lohnbuchhaltung. Diese Kosten sind aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung höher als geplant und können nicht weiter durch Eigenmittel des VSE gedeckt werden, sodass für 2025 bis 2027 eine jährliche Finanzierungslücke von ca. 20.000 € besteht.									für 3 Jahre		
			AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
087	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Förderung Trans*Beratungsstelle tra*BS Dank einer 5-jährigen Förderung von Aktion Mensch konnte der VSE e.V. 2023 eine Trans*-Beratungsstelle mit einer professionellen Beraterin (75%) und eigenen Beratungsräumen eröffnen. Diese Einrichtung ist einmalig in Niedersachsen. In der Projektförderung von Aktion Mensch sind bestimmte Kosten nicht förderfähig, u.a. Energiekosten, Reinigung, Büromaterial, Versicherungen, Gebühren (GEZ), Steuerberatung und Lohnbuchhaltung etc. Diese nicht förderfähigen Kosten und die geplanten Eigenmittel für das Projekt werden zurzeit aus dem Vereinsvermögen des VSE gedeckt. Wegen der allgemeinen Preisentwicklung sind die genannten Projektkosten höher als geplant. Gleichzeitig ist der Vereinshaushalt an sich unter erheblichen Kostendruck durch die allgemeinen Preissteigerungen, was die Unterstützung der Trans*Beratungsstelle aus Vereinsvermögen erschwert. Aus diesen Gründen beantragt unsere Fraktion eine Förderung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 in Höhe von jeweils € 19.550,00 und für 2027 in Höhe von € 19.600,00 zur Deckung der Finanzlücke.									für 3 Jahre		
			AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
088	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Förderung der Trans*Beratungsstelle (tra*BS) des Vereins für sexuelle Emanzipation e.V.: Der Verein für sexuelle Emanzipation (VSE) konnte durch die Projektförderung von Aktion Mensch im Jahr 2023 eine Trans*Beratungsstelle mit einer professionellen Beraterin und eigenen Beratungsräumen an der Jasperallee eröffnen. Diese Einrichtung ist einmalig in Niedersachsen. In der zweiten Jahreshälfte 2023 fanden bereits fast dreimal so viele Beratungsgespräche (58) statt wie im ersten Halbjahr. So wurden Beratungen an Schulen, der Inobhutnahme und in der Jugendhilfe durchgeführt sowie Schulungen der Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamts durchgeführt. Als Veranstaltungen wurden unter anderem ein Opening Café, ein Playdate für Eltern mit *transKindern bis 12 Jahre, ein Workshop für Stimmtransision sowie eine Fortbildung für Psychotherapeut*innen organsiert. Da nicht alle Kosten der Beratungsstelle durch die Aktion Mensch gedeckt werden können, trägt der VSE die restlichen Kosten derzeit aus dem Vereinsvermögen. Damit der Verein seine wertvolle Arbeit der Trans*Beratungsstelle erfolgreich weiterführen kann, wird eine moderate finanzielle Unterstützung									Für 3 Jahre		
			AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen				
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029							
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
110	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 10. Überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 26.400 € zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig“ vom 27.06.2023 (Drs. 23-21288-01) wird zugestimmt. ...]										Dauerhaft	Eine höhere Einplanung von Haushaltsmitteln wurde bereits zum Haushaltsentwurf 25/26 berücksichtigt. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. -Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.				
				0	+	26.400	0	+	27.400	0	+	28.400	0	+	29.400	0	+	30.500	
			AFSG	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Zurückgezogen	Bündnis 90/Die Grünen ziehen den Antrag zurück								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									
110	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 2. Dem Verein SOLWODI Niedersachsen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.02.2024 für das Projekt ASUNA (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 8.000 € erhöhte Zuwendung gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.				
				0	+	9.700	0	+	11.500	0	+	11.900	0	+	12.400	0	+	12.900	
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen	A 110 schieben auf den 20.11.24								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-									

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen			
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029						
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
SBR07	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	310 - Westliches Ringgebiet	AIDS-Hilfe e. V. Hiermit bitten wir die Verwaltung für die AIDS- Hilfe e.V. für den Doppelhaushalt für 2025 Mehrkosten im Rahmen der Dynamisierung in der Höhe von 2.500 € sowie für 2026 in der Höhe von 2.600 € einzustellen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24- 23943) berücksichtigt.			
				0	+	2.500	0	+	2.600	0	+	2.600	0	+	2.600			
			AfSG	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-		hat sich erledigt, da bereits eingestellt						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								
	Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie			- 1.773.715	+	656.100	- 1.785.970	+	693.500	- 1.785.970	+	663.100	- 1.785.970	+	677.200	- 1.785.970	+	692.000
182	1.36.3620.02.01 Kinder- und Jugendverbandsarbeit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Jugendfreizeiten der freien Träger Dieser Haushaltsantrag bezieht sich auf die Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig. Der Teil 2 der Richtlinien (Zuschüsse für Aktivitäten, Funktionsgegenstände und Investitionsmaßnahmen an die Träger der freien Jugendhilfe im Bereich der Jugendförderung) wurde zuletzt 2019 angepasst (Drs. 19-11281). Die Jugendverbände machen seit Januar 2023 in mehreren Schreiben und Gesprächen deutliche Kostensteigerungen geltend, vgl. Drs. 23-20708. Für 2023 hatte die Stadtverwaltung daher vorgeschlagen: "Um einerseits die zusätzliche Belastung der Familien durch eine Erhöhung von Teilnahmeentgelten gering zu halten und andererseits die aktuellen Kostensteigerungen dauerhaft besser einschätzen zu können, soll aufgrund der besonderen Lage in Bezug auf die Energiekrise und überdurchschnittlich hohe Inflation im Rahmen der Ausnahmeregelung der Richtlinie für das Jahr 2023 ein pauschal gewährter Aufschlag von 25 % auf den jeweiligen Gesamtzuschussbetrag gewährt werden" (Drs. 23-20708). Der vorliegende Antrag greift diese Regelung auf und sieht auch für die Folgejahre eine entsprechende Mittelaufstockung vor.										Dauerhaft				
				0	+	65.000	0	+	75.000	0	+	75.000	0	+	75.000	0	+	75.000
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								
089	1.36.3620.02.01 Kinder- und Jugendverbandsarbeit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Jugendring - Förderung für Jugendfreizeiten Nach Mitteilung des Jugendrings ist die Erhöhung des Zuschusses notwendig, um eine weitere Erhöhung der Teilnahmebeiträge für Veranstaltungen der Jugendverbände abzuwenden. Die kommunale Förderung muss Maßnahmen betreffen, die zur Daseinsvorsorge gehören. Wenn Jugendverbände gezwungen werden, immer höhere Beiträge zu verlangen, widerspricht dies gerade der Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher und Familien und dem Grundrecht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung zu mündigen Erwachsenen. Gemäß § 11 SGB VIII sind junge Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir beantragen hiermit, dass die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.										Dauerhaft				
				0	+	250.000	0	+	250.000	0	+	250.000	0	+	250.000	0	+	250.000
			JHA	Dafür:	13	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Antrag auf Verschieben 21.11.2024						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
183	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Erziehungsberatungsstelle Der Verein BEJ e. V. organisiert für die Stadt Braunschweig die Erziehungs-, Familien- und weitgehend auch die Jugendberatung. Dazu unterhält er die beiden Erziehungsberatungsstellen Domplatz und Jasperallee sowie die Jugendberatung BiB. Seine Ausgaben bestehen zu fast 90 % aus Personalkosten. Die Anwendung des TVöD ist mit der Stadt Braunschweig vereinbart. Aufgrund dieser Konstellation stößt das vereinbarte Verfahren zur Dynamisierung beim BEJ an seine Grenzen. Angesichts der besonderen Situation soll der BEJ daher für 2025 und 2026 aus der Dynamisierung genommen und der Haushaltsansatz einmalig durch gesonderten Beschluss festgelegt werden. Ohne die beantragten Zuschusserhöhungen müssten die Beratungskapazitäten reduziert und Berater*innen entlassen werden. Ab 2027 soll grundsätzlich zur üblichen Dynamisierung zurückgekehrt werden. Da das ansonsten bewährte Durchschnittsverfahren zur Dynamisierung in den Folgejahren die hohen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre noch anteilig berücksichtigt, wird für den Doppelhaushalt 2027/2028 zu klären sein, ob beim BEJ zur Regel-Dynamisierung (Durchschnittsverfahren) zurückgekehrt werden kann oder ob erneut ein Einzelbeschluss erforderlich ist, damit dann nicht zu hoch dynamisiert wird.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.					
				0	+	183.100	0	+	201.300	0	+	208.300	0	+	215.500	0	+	223.000		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
090	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Zuschuss für Erziehungsberatung BEJ Das BEJ übernimmt die kommunale Pflichtaufgabe nach §28 SGB VIII. Mit dem vorgesehenen Zuschuss ist die Erfüllung dieser Aufgabe nicht möglich. Die Erhöhung der Zuschüsse ist notwendig, um den Betrieb der drei Braunschweiger Erziehungs-, Familien- und Jugendberatungsstellen im bisherigen Umfang mit dem vorhandenen Personal in den nächsten Jahren aufrecht zu erhalten.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.					
				0	+	183.100	0	+	201.300	0	+	208.300	0	+	215.500	0	+	223.000		
			JHA	Dafür:		12	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Antrag auf Verschieben 21.11.2024					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
091	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Erziehungsberatungsstelle Das Angebot der Erziehungsberatungsstelle richtet sich an Eltern und junge Menschen, die bei der Lösung von Erziehungsfragen, Klärung und Bewältigung von erzieherischen Problemen und der zugrundeliegenden Faktoren sowie bei Trennung und Scheidung unterstützt werden. Diese Pflichtleistung einer Kommune im Kanon der Hilfen zur Erziehung stellt einen wesentlichen Baustein im Rahmen der psychosozialen Daseinsvorsorge für junge Menschen und deren Eltern in Braunschweig dar. Da die gewährte Dynamisierung die Tarifsteigerungen nicht abdeckt, wird derzeit eine freiwerdende Stelle einer psychologischen Fachkraft in der Jugendberatung nicht extern ausgeschrieben, solange sich keine andere Finanzentwicklung abzeichnet. Eine Reduzierung von Beratungskapazitäten würde zu einer Verlängerung der Wartezeiten von Eltern und jungen Menschen oder zu einem eingeschränkten Beratungsumfang bzw. einem eingeschränkten Beratungsangebot führen. Um erzieherische Probleme zukünftig weiterhin nachhaltig bearbeiten und lösen zu können, benötigt die Erziehungsberatungsstelle eine Erhöhung der städtischen Förderung.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	183.000	0	+	201.000	0	+	208.000	0	+	215.200	0	+	222.700		
			JHA	Dafür:		12	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Antrag auf Verschieben 21.11.2024					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								
110	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 7. Dem Verein Mondo X e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für die Jugendberatung Mondo X für 2024 eine um 4.500 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.36.3630.06.05) gewährt....]									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.						
				0	+	5.400	0	+	6.500	0	+	6.800	0	+	7.100	0	+	7.400		
			JHA	Dafür:		12	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen							
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
092 NEU	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.- bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Deutscher Kinderschutzbund Ergänzender Beschluss: Der Haushaltsansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen. Der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Braunschweig e. V. hat bei der Stadt Braunschweig einen Antrag auf Erhöhung der institutionellen Förderung zum Haushaltsjahr 2025 gestellt. Der Antrag wurde bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 01.10.2024 beraten. In einer Mitteilung an den JHA außerhalb von Sitzungen vom 31.10.2024 (Drs. 24-24531) geht die Stadtverwaltung auf Fragen ein, die in der JHA-Sitzung aufgeworfen wurden. Die Verwaltung führt aus, dass sie sich noch in klärenden Gesprächen mit dem Deutschen Kinderschutzbund befinde und die Prüfung des Antrags noch nicht abgeschlossen sei. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, eine Entscheidung zu den entsprechenden Haushaltsanträgen mit einem Sperrvermerk zu versehen; denn „so bestünde für den Ausschuss auch nach Abschluss der Haushaltsberatungen durch den erforderlichen endgültigen Beschluss im Fachausschuss noch eine Steuerungsmöglichkeit“ (Drs. 24-24531). Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 092 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 092 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.					
				0	+	89.800	0	+	89.500	0	+	92.600	0	+	95.800	0	+	99.200		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
092	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.- bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Kinderschutzbund Der Kinderschutzbund / Ortsverband Braunschweig Cura hat für das Haushaltsjahr 2025 und die Folgejahre bei der Stadt Braunschweig eine dauerhafte Erhöhung der institutionellen Förderung um 90.000 Euro beantragt. Die beantragte Erhöhung wird laut Kinderschutzbund für die Deckung der Grundkosten für Geschäftsführung, Verwaltung und Sachkosten benötigt, da diese nicht mehr aus Eigenmitteln finanziert werden können. Als etablierte und wichtige Organisation ist der Kinderschutzbund u. a. seit 2024 gemeinsam mit der Stadt Braunschweig Träger des neu gegründeten „Braunschweiger Netzwerks Kinderschutz“, des 6. Kinderschutzzentrums in Niedersachsen. Wesentliche Aktivitäten bzw. langjährige Arbeitsbereiche des Kinderschutzbundes sind z. B. die „Nummer gegen Kummer“, die Patenschaften im Kinderschutzbund, eine Gewaltberatungsstelle und das Projekt Chancennetzwerk (gemeinsam mit dem Beirat gegen Kinderarmut). Von der Stadt Braunschweig wurde der Kinderschutzbund bislang lediglich mit einer institutionellen Förderung von knapp 13.000 Euro bezuschusst (Ansätze 2024: 12.900 €, 2025: 13.200 €, 2026: 13.500 €). Dadurch war die Geschäftsstelle des Kinderschutzbundes nur äußerst gering ausgestattet und die Personalstellen unter Tarif bezahlt. Eine Aufstockung war bzw. ist insbesondere bei der hauptamtlichen Geschäftsführung sowie der Finanz- und Verwaltungsleitung notwendig.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 092 NEU.					
				0	+	90.000	0	+	93.200	0	+	96.500	0	+	99.900	0	+	103.400		
			JHA	Dafür:		10	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Angenommen		Antrag auf Verschieben 21.11.2024					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-								

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
093	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.- bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Kinderschutzbund Ortsverband Braunschweig e.V. Der Braunschweiger Kinderschutzbund gestaltet seit 50 Jahren die Kinder- und Jugendarbeit. Neben Tätigkeitsbereichen wie den Schulkindbetreuungen und den Braunschweiger Familienpaten haben sich die Braunschweiger Bildungspaten seit 2015 fest etabliert. Seit 2024 ist der Verein auch gemeinsam mit der Stadt Braunschweig Träger des neu gegründeten 'Braunschweiger Netzwerks Kinderschutz', des 6. Kinderschutzzentrums in Niedersachsen. Projekte, die der Kinderschutzbund in Braunschweig für Kinder durchführt, sind die 'Nummer gegen Kummer', eine Hotline von ehrenamtlich gut geschultem Personal, gerichtet an Großeltern, Eltern, Kinder und Jugendliche; eine Gewaltberatungsstelle mit dem Schwerpunkt Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie das Projekt Chancennetzwerk, durch das Anbieter von außerschulischen Angeboten und Grundschulen vernetzt werden. Der Verein benötigt eine deutliche Erhöhung der städtischen Förderung, um seine notwendigen Grundkosten für Geschäftsführung, Verwaltung und Sachkosten zukünftig decken zu können.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.						
				0	+	89.800	0	+	92.900	0	+	96.200	0	+	99.600	0	+	103.100		
			JHA	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Antrag auf Verschieben 21.11.2024								
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										
163	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Elternpraktikum mit Babysimulatoren - Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ bietet der Sozialdienst katholi-scher Frauen Braunschweig (SkF) bereits seit 19 Jahren an den meisten weiterführenden Schulen Braunschweigs regelmäßig jedes Jahr. Schon jetzt gibt es für dieses beliebte und bewährte Präventionsprojekt viele Terminanfragen von den kooperierenden Braunschweiger Schulen für das kommende Schuljahr. Perspektivisch stehen dem SkF jedoch keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfü-gung, um die Durchführung der Projekte zu finanzieren. Denn die Einwerbung von Fördermit-teln durch Stiftungen und Sponsoren gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger. Viele Förde-rer unterstützen den SkF schon viele Jahre und obwohl sie ganz begeistert von der Präventi-onsarbeit sind, müssen sie leider zeitweilig aufgrund ihrer Förderrichtlinien mit der Förderung pausieren oder aus wirtschaftlichen Gründen die Mittel kürzen oder ablehnen. Aus diesem Grund ist die Weiterführung der Projekte in der jetzigen Form gefährdet. Der SkF hat einen grundsätzlichen finanziellen Bedarf für das Projekt in Höhe von 41.500 Euro pro Jahr, kann aber aus unterschiedlichen Quellen einen großen Teil selbst erwirtschaf-ten. In den kommenden Jahren ergibt sich eine Unterdeckung von rund 20.000 Euro, die durch den städtischen Haushalt ausgeglichen werden sollte, um das Bestehen dieses wichtigen Pro-jektes zu garantieren. Die Förderung soll zunächst auf drei Jahre begrenzt sein, damit im Anschluss daran eine Eva-uation – auch in Bezug auf andere Fördermöglichkeiten – erfolgen kann. Nach einer konkre-tisierten Auskunft des SkF werden für 2025 mindestens 15.000 Euro und für 2026 mindestens 16.300 Euro benötigt. Durch die hiermit beantragte Summe von 20.000 Euro ist sichergestellt, dass keine finanziel-len Nöte entstehen. Andererseits ist durch den im Anschluss einzureichenden Verwendungs-nachweis sichergestellt, dass zu viel gezahltes städtisches Geld rückerstattet wird.									für 3 Jahre	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.						
				0	+	20.000	0	+	20.000	0	+	20.000	0	0	0	0				
			JHA	Dafür:	4	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt										
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-										

Teilhaushalt			Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen	
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge			Aufwendungen
094	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Schwangeren- und Familienberatungsstelle Braunschweig: Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ an Braunschweiger Schulen Seit 2005 findet das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ in zahlreichen Braunschweiger Schulen statt. Das Projekt, welches sich an SuS ab Klasse 8 sowie an junge Erwachsene richtet, ist sehr nachgefragt und wird an Schulen und bei den SuS sehr gut angenommen. Es besteht eine langfristige Kooperation mit anderen Netzwerken in Braunschweig (z.B. Runder Tisch „Frühe Hilfen“, Netzwerk gegen Gewalt, Netzwerk Integration etc.). Das Projekt umfasst verschiedenste Themen und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Aufklärung über Schütteltrauma und Folgen des Rauchens/Alkoholkonsums in der Schwangerschaft. Aber auch die Themen Lebensplanung, Bedeutung von Elternschaft, Kindesvernachlässigung (z.B. durch Überforderung jugendlicher Eltern) werden thematisiert. Wie wichtig dies ist, wird deutlich, wenn wir uns bewusst machen, dass bei Inobhutnahmen durch das Jugendamt häufig frühe Familiengründungen und Überforderung als Gründe für die Herausnahme der Kinder aus den Familien genannt werden. Dieses Präventionsprojekt mit seiner umfassenden Aufklärungsarbeit ist also nötig und wichtig und muss unbedingt weitergeführt werden. Die bisherige Finanzierung durch Stiftungen und Sponsoren ist nicht länger gewährleistet und somit beantragt der Sozialdienst der katholischen Frauen (SkF) zur Weiterführung des Präventionsprojektes die oben aufgeführte Summe.										Einmalig	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			JHA	Dafür:	-	Dagegen:	12	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
178	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Kürzung bei KinderPaten / Der Weg e.V. zurück nehmen Mit dem Präventionsangebot KinderPaten erreicht der Verein Der Weg e.V. Kinder aus hochbelasteten Familien. Die langjährige, fachlich begleitete Beziehungsarbeit (meist 5 Jahre oder mehr) der ehrenamtlichen Patinnen und Paten reicht in ihrem Wirkungsgrad an den einer mehrjährigen Ambulanten Sozialpädagogischen Familienhilfe heran oder übertrifft diese. Die betroffenen Kinder werden bereits in einem Alter erreicht, in dem eine Einflussnahme auf ihre Identitätsbildung noch gut möglich ist. Der Kostenaufwand für eine Patenschaft liegt derzeit bei ca. 2500,- €/ Jahr. Das entspricht ca. dem Kostenaufwand für eine SPFH im Monat. KinderPaten im Verein Der Weg e.V. bietet langfristige ehrenamtliche Beziehungsarbeit mit fachlicher Begleitung, Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit auf höchstem Niveau. Das exponentiell mit der Größenordnung des Projekts steigende finanzielle Risikopotential sprengt die Finanzierungsmöglichkeit eines kleineren Vereins. Eine Finanzierung von 75% der kalkulierten Kosten durch die öffentliche Hand ist mittelfristig die unterste Voraussetzung für die langfristige Planung der ehrenamtlichen Hilfeangebote. Im Haushalt 2023/2024 betrug die städtische Zuwendung noch 27.000 Euro. Erst am 28. Oktober informierte der Verein die Fraktionen, dass erst zu diesem Zeitpunkt eine Information des FB 51 erfolgt sei; wonach es im Haushalt 2025/2026 zu einer Kürzung in Höhe von 10.000 Euro kommen soll. Das würde bedeuten, dass deutlich weniger Kinder fachlich begleitet werden können. Zudem überlegt der Verein das Angebot gleich ganz in den Landkreis WF zu verlegen; wo eine Vollfinanzierung gesichert sein soll. Dazu darf es nicht kommen.										Dauerhaft	
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
146 NEU	1.36.3650.01.06 Kindertagespflege	433150 Jugendhilfeleistung en avE	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege Ab 2025 wird der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung gem. § 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII wie folgt erhöht: + für die Erfahrungsstufe 1 um 0,18 Euro je Stunde; + für die Erfahrungsstufe 2 um 0,12 Euro je Stunde; + für die Erfahrungsstufe 3 um 0,08 Euro je Stunde. Das Basisentgelt für die Kindertagespflegepersonen (KTPP) nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGB VIII wurde zuletzt zum Januar 2023 erhöht. Es setzt sich zusammen aus einer Sachkostenerstattung und einer Förderleistung und beträgt zz. + 5,30 Euro in der Erfahrungsstufe 1, + 5,80 Euro in der Erfahrungsstufe 2 und + 6,30 Euro in der Erfahrungsstufe 3. Es wird eine degressive Erhöhung vorgeschlagen, d. h., dass z. B. die Erfahrungsstufe 1 stärker erhöht wird als die Erfahrungsstufen 2 oder 3. Die weitere Begründung erfolgt mündlich. Dieser Haushaltsantrao ersetzt den Antrag FWE 146 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										Dauerhaft	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 146 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
146	1.36.3650.01.06 Kindertagespflege	433150 Jugendhilfeleistung en avE	Bündnis 90/Die Grünen	Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 werden die laufenden Geldleistungen an Kindertagespflegepersonen (zuletzt geändert am 20.12.2022 / siehe DS 22-19983) um den gleichen Prozentsatz angehoben, wie er auch der jeweiligen Dynamisierung der Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich entspricht, für die keine gesonderten Regelungen festgelegt wurden. Sofern bis 2026 im Bereich der Kindertagespflege keine andere Regelung gefunden wird, wird dieses Verfahren auch in den Folgejahren fortgeführt. Mit Ratsbeschluss vom 12.09.2023 (siehe DS 23-21516-01) wurde die Verwaltung beauftragt, die laufenden Geldleistungen in der Kindertagespflege mit Wirkung vom 01.08.2024 anzupassen, so dass nicht nur die reine Betreuungsstunde in der Förderleistung berücksichtigt wird, sondern auch die zusätzliche Tätigkeit für Akquise, Elternarbeit, Hauswirtschaft und Verwaltung. Außerdem sollten die Sachkostenpauschale angehoben und diese neuen Förderbeträge dann laufend dynamisiert werden. Dieser Ratsbeschluss ist bis heute nicht umgesetzt, sondern die Verwaltung dementiert die Notwendigkeit. Angesichts der hohen Inflation und der hohen Personalkostensteigerungen der letzten beiden Jahre kann eigentlich nicht abgestritten werden, dass auch selbstständige Kindertagespflegepersonen in ihren Sachausgaben diese Inflation spüren und einen Anspruch auf ein erhöhtes Leistungsentgelt haben. Es wird deshalb vorgeschlagen, mindestens den Prozentsatz der Dynamisierung für geförderte Zuschussempfänger*innen ab 2025 anzuwenden. Das wären mit dem Stand August 2024 3,45 % Erhöhung für das Jahr 2025. Falls im Laufe der aktuellen Haushaltsberatungen ein höherer Prozentsatz für die Dynamisierung beschlossen wird, soll dieser auch für die Leistungsentgelte der Kindertagespflegepersonen Anwendung finden.										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Hinweis: Die angegebenen Kosten wurden nach der Sitzung des JHA am 01.10.2024 angepasst. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 146 NEU
			JHA	Dafür:	13	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen		Antrag auf Verschieben 21.11.2024			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
095	1.36.3650.04 Essensversorgung	342110 Erträge aus Verkauf	Die FRAKTION. BS	Essensgeld in städtischen Kindertagesstätten abschaffen Der vom Bundestag einberufene Bürgerrat fordert vollkommen zu Recht, dass Essen in Kitas nicht nur gesund, sondern auch kostenfrei erfolgen soll. Dabei sollen Kita-Fachkräfte und Lehrkräfte gleich mit verköstigt werden. Die niedersächsische Landesregierung hat Anfang diesen Jahres mitgeteilt, dass sie den Vorschlag grundsätzlich gut findet und mit den Kommunen über eine Umsetzung reden will. Geschehen ist leider nichts. Wir sind der Ansicht, dass Braunschweig bei diesem wichtigen Thema eine Vorreiterrolle einnehmen und gleichzeitig Druck auf die Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung ausüben sollte.										Dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
				- 1.773.715	0	- 1.785.970	0	- 1.785.970	0	- 1.785.970	0	- 1.785.970	0		
			JHA	Dafür:	1	Dagegen:	11	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
096	1.36.3660.02.02 Kinder- und Jugendzentren Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger Die freien Träger der Kinder- und Jugendzentren fordern eine Erhöhung der Zuschüsse. Dazu liegt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (AK OKJA) vom 12.06.2024 vor, in dem Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig, Teil 3 Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Kinder-/Jugendzentren sowie Aktiv- bzw. Abenteuerspielplätze) gemacht werden (s. Anlage). Die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sollten dynamisiert und an die Sätze für die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen angepasst werden. Der Eigenanteil der freien Träger bleibt dabei bestehen. Die Sach- und Betriebskosten für Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft wurden seit Jahren nicht angepasst. Das hat inzwischen, auch bedingt durch die gestiegenen Kosten gerade in den letzten zwei Jahren, dazu geführt, dass ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen und denen in freier Trägerschaft entstanden ist. Die Qualität der Arbeit ist vergleichbar gut, die Kosten für die Stadt sind aber durch den Eigenanteil der Träger (10 % bei nichtkonfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern) geringer, sodass die Stadt schon allein deshalb ein Interesse daran haben sollte, weiterhin die Angebote der freien Träger zu erhalten und zu fördern. Für 2025 ist eine Erhöhung um 75.000 € angesetzt (vgl. Schreiben des AK OKJA vom 12.06.2024). Für 2026 sollen die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen dynamisiert werden. Da der SPD-Fraktion die Bezugswerte nicht bekannt sind, haben wir nur die 75.000 € mit (vorläufig) 3,71 % für 2026 dvnamisiert. <div>0 + 75.000<div>0 + 92.100</div><div>0 + 95.400</div><div>0 + 98.800</div><div>0 + 102.400</div></div>										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,56 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.- Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			JHA	Dafür:	11	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
097	1.36.3660.02.02 Kinder- und Jugendzentren Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Jugendfreizeiteinrichtungen Der Arbeitskreis Offene Kinder- und Jugendarbeit in Braunschweig (AK OKJA) hat im Juni 2024 einen Antrag auf Anpassung der Förderrichtlinien eingereicht. Ziel dieses Antrags ist die Dynamisierung der Zuschüsse für alle Kinder- und Jugendzentren in freier Trägerschaft. Begründet wird der Antrag vom AK OKJA mit einer erheblichen Schieflage bei der Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch die seit Jahren / teilweise Jahrzehnten festgeschriebenen Pauschalen in den aktuellen Förderrichtlinien. Eine Anpassung sei entscheidend, um die Qualität und Kontinuität in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Braunschweig zu sichern. Konkret beantragt der AK OKJA: • Die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen werden angehoben. Die Höhe orientiert sich an der nicht erfolgten Dynamisierung in den vergangenen fünf Jahren. • Zukünftig werden die Pauschalen entsprechend der stadtwweit geltenden Dynamisierung jährlich anpasst. Nach Berechnung der Verwaltung würde sich bei Anwendung im Jahr 2025 einmalig ein finanzieller Mehrbetrag von rund 75.000 € für alle 16 Einrichtungen zusammen ergeben. Die Finanzierung der OKJA-Einrichtungen war laut dem vorliegenden Antrag auch schon in den vergangenen Jahren schwierig. Die freien Träger finanzierten, anders als in anderen Bereichen, mit einem hohen Eigenanteil die Arbeit der Kinder- und Jugendzentren (10 % bei nicht konfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern). Die Mitarbeitenden betrieben zudem intensive Akquise von Drittmitteln (Stiftungen, Landesmittel, usw.), um die Arbeit aufrecht zu erhalten. In den meisten Fällen seien hier aber Eigenmittel notwendig und es könnten nur projektbezogene Sachmittel / Honorarmittel finanziert werden. Die steigenden Kosten für z.B. die Reinigung der Einrichtungen oder die Verwaltungskosten seien durch Drittmittel durchgehend nicht abbildbar. Diese Akquise binde Personalressourcen und die Träger hätten hier mittlerweile eine Belastung, die kaum mehr zu stemmen sei. Dem Antrag des AK OKJA zufolge sind die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten mindestens seit 2014 nicht mehr erhöht worden.Die Dynamisierung der Pauschalen würde es den Einrichtungen ermöglichen, die Kontinuität und das hohe Niveau der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu halten und damit die Hilfesysteme der Stadt zu stabilisieren. Die Ansätze im aktuellen Haushaltsentwurf für das Produkt bzw. die Kostenstelle Jugendfreizeiteinrichtungen betragen 2024 = 2.695.600 € 2025 = 2.720.000 € <div>0 + 75.000<div>0 + 92.100</div><div>0 + 95.400</div><div>0 + 98.800</div><div>0 + 102.400</div></div>										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,56 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
			JHA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
SBR10	1.51.5111.03 Bebauungsplanung	427115 Planungskosten	212 - Südstadt- Rautheim- Mascherode	Neues Baugebiet Rautheim-Möncheberg– DS 24-24248 Die Verwaltung wird aufgefordert, die in Vorlage 22-19235-03 genannten Voraussetzungen im Zuge der weiteren Planung „Rautheim-Möncheberg“ umzusetzen und hierfür die notwendigen Haushaltsmittel 2025/2026 einzustellen oder in die Zukunftsliste unter 3.2.9.3 aufzunehmen. 0											

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport			0	+ 524.800	0	+ 452.700	0	+ 464.600	0	+ 476.800	0	+ 489.500		
184	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	Lebenschancen durch Sport Seit vielen Jahren bietet „Lebenschancen durch Sport“ in Trägerschaft des VfB Rot-Weiß Braunschweig e. V. Modellprojekte zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung mittels Fitnessstunden und Fortbildungsangeboten durch Sportpädagog*innen in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen in Stadtteilen mit einem entsprechenden Förderbedarf an. Das Projekt schließt damit eine wichtige Lücke, da es Bewegungsangebote für die Kinder an Orten schafft, an denen ansonsten Betreuungseinheiten u. a. durch den Fachkräftemangel in Schulen und an Kindertagesstätten teilweise oder ganz entfallen müssten. Entsprechend positiv fielen auch eine Nutzerbefragung sowie eine Bewertung des Projekts durch die Stadtverwaltung aus (vgl. Drs. 22-19706). Das mehrfach ausgezeichnete Projekt ist in den vergangenen Jahren zudem kontinuierlich gewachsen: Nachdem es zunächst im westlichen Ringgebiet, im Siegfriedviertel und im Schwarzen Berg erfolgreich umgesetzt wurde, soll es auch auf den Bebelhof ausgeweitet werden. „Lebenschancen durch Sport“ leistet damit einen bemerkenswerten Beitrag zu den empfohlenen Maßnahmen zum Leitziel 1 des „Masterplans Sport 2030“ (vgl. Ratsbeschluss vom 21.06.2016). Um den städtischen Zuschussbedarf zu reduzieren, haben die Organisatoren von „Lebenschancen durch Sport“ in Gesprächen mit der Kommunalpolitik, dem Trägerverein VfB Rot-Weiß und dem Stadtsportbund Braunschweig angekündigt, zur Finanzierung ihres Projekts zusätzliche Drittmittel in einer signifikanten Höhe einwerben zu wollen. Es wird entsprechend beantragt, die vorgesehene Fördersumme durch die Stadt Braunschweig in den kommenden Haushaltsjahren sukzessive zu senken (für 2025 auf 75 % und für die Folgejahre auf 50 % des bisherigen Ansatzes), da zukünftig ein gewisser Eigenanteil aus Drittmitteln gedeckt werden soll. 0 + 234.900 0 + 156.600 0 + 162.100 0 + 167.700 0 + 173.500										Dauerhaft	
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
SBR11	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	310 - Westliches Ringgebiet	Lebenschancen durch Sport Für das Projekt „Lebenschancen durch Sport“ werden für 2025 und 2026 jeweils 313.200 € eingestellt. 0 + 313.200 0 + 313.200 0 0 0 0 0 0										für 2 Jahre	
			SpA	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						
099	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Sportvereine / Sportbetrieb Der Haushaltsansatz für das Produkt bzw. die Kostenstelle 1.42.4210.01 Sportvereine / Sportbetrieb hat im Haushaltsentwurf 2025 / 2026 eine massive Kürzung erfahren (siehe S. 104). Im Jahr 2024 beträgt der Haushaltsansatz noch 504.872 Euro, im Jahr 2025 bislang lediglich 357.721 Euro (2026 = 363.688 €). Diese globale Kürzung sollte so nicht umgesetzt werden, da das starke Auswirkungen auf die Förderung der Braunschweiger Sportvereine hätte, von der u. a. die Pauschalen für deren Übungsleiter*innen abhängen. 0 + 100.000 0 + 103.500 0 + 107.100 0 + 110.800 0 + 114.700										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			SpA	Dafür:	7	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-						

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
100	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Erhalt und Betrieb des Landesstützpunkts Schwimmen der SSG BS Dem Schwimm-Startgemeinschaft Braunschweig (SSG BS) e. V. werden im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt Referat 0670 Sportreferat) pro Haushaltsjahr aus Mitteln der Sportförderung 64.850 Euro für den Erhalt sowie 13.050 Euro für den Betrieb des Landesstützpunktes Schwimmen gewährt. Die Bezuschussung der SSG BS soll dabei nicht zu Lasten anderer Zuschussempfänger gehen. Am 23. August 2024 hat sich die Schwimm-Startgemeinschaft Braunschweig (SSG BS) an alle Ratsfraktionen gewandt und darum gebeten, die von dem Verein beantragten Zuschüsse für den Landesstützpunkt Schwimmen zu bewilligen. Der Verein weist in seinem Schreiben insbesondere auf die gestiegenen Personalkosten durch professionelleres Training sowie auf die höhere Kostenbelastung bei der Schwimmbadnutzung durch gestiegene Wasserpreise hin. Die SSG BS hat deshalb eine Finanzierungsstrategie entwickelt, die u. a. eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge (2024 = 30 %, 2025 = 30 %, ab 2026 = 10 %) sowie aktive Sponsoring-Maßnahmen enthält. In der Finanzplanung des Vereins ist deutlich zu erkennen, dass die SSG BS nach wie vor auf die Zuschüsse der Stadt BS angewiesen ist. Mit der Bewilligung würden die Fraktionen einen Verein unterstützen, der für kontinuierlichen Erfolg und steigende Bedeutung steht. Zudem würde so der Ansatz der SSG BS gestärkt, das Training zu professionalisieren.									Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.	
			SpA	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
179	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	"Lebenschancen durch Sport" nicht einstellen Leitziel 1 der aktuellen Sportentwicklungsplanung - dem Masterplan Sport 2023 - lautet: "Die Bewegungsförderung und das Sportangebot für Kinder und Jugendliche in den Kinder-tageseinrichtungen und in den Schulen sollen – insbesondere durch die Kooperation mit Sportvereinen - kontinuierlich ausgebaut werden." Die Umsetzung des Leitziels 1 soll vor allem durch die Maßnahme 1 erfolgen. Es heißt dazu im Masterplan Sport 2030: "Weiterführung Modellprojekte: In Braunschweig werden in ver-schiedenen Stadtgebieten Modellprojekte in Kooperation von organisiertem Sport und Bil-dungseinrichtungen durchgeführt. Dabei handelt es sich zum Einen um das mehrfach preis-gekrönte, in Trägerschaft des VfB Rot-Weiß Braunschweig durchgeführte Projekt „Lebens-chancen durch Sport“, das die Bewegungs- und Gesundheitsförderung im Programmgebiet der „Sozialen Stadt“, dem Westlichen Ringgebiet, mittels Fitnessstunden und Fortbildungsan-geboten durch einen Sportpädagogen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Or-ganisationen intendiert. Dieses Projekt soll auf weitere Stadtteile mit Unterstützungsbedarf ausgedehnt werden." Diese Ausweitung auf die Stadtteile Siegfriedviertel, Schwarzer Berg und Viewegs Gar-ten/Bebelhof hat in den Jahren 2021 und 2023 stattgefunden. Die Umsetzung des Leitziels 1 war also auf einem guten Weg und die Vollfinanzierung durch die Stadt ist von 52.000 auf 112.000 Euro gestiegen. Die zukünftige Umsetzung scheint aber nicht mehr gesichert zu sein. Bereits im Juni wurde dem Verein von der Verwaltung mitgeteilt, dass anteilig Kosten vom Verein übernommen werden müssten. Da der Verein das Projekt gegen Folgen der Kinderarmut in armen Stadttei-len fortsetzen möchte, zu einer Anteilsfinanzierung aber nicht in der Lage ist, haben mittler-weile einige Gespräche unter Beteiligung des SSB stattgefunden. Diese haben bis Ende Ok-tober allerdings zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Das Beharren auf einen Ei-genanteil führt zwangsweise zum Ende des Projektes. Nachdem bereits das zusätzliche Per-sonal in den Kitas der Stadtteile mit vielen armen Familien gestrichen wurde, wäre dies ein weiterer herber Schlag für die Kitas mit einem hohen Anteil armer Kinder. Das sollte unbedingt vermieden werden. Zur Umsetzung dieses Antrages möchten wir anregen, dass eine Übertragung des Projektes auf den FB 51 oder das Ref. 0500 geprüft wird. Dort erscheint die langfristige Sicherung die-ses wichtigen Projektes besser möglich zu sein.									Dauerhaft		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 68 - Umwelt			0	- 2.441.760	0	- 2.422.799	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000		
101 NEU	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Umweltbildung beim FUN Hondelage e.V. Für eine Ausweitung der Tätigkeiten im Bereich der Umweltbildung werden dem FUN Hondelage e.V. ab dem Jahr 2025 Mittel in Höhe von 9.000 € pro Jahr zur Verfügung gestellt. Mit Schreiben vom 19. Juni 2024 beantragt der FUN Hondelage e.V. eine zusätzliche Förderung in Höhe von 25.000 € für die Einrichtung einer halben Stelle für die Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage. Der Bedarf konnte sowohl im Anschreiben selbst als auch in der beigefügten Machbarkeitsstudie hinreichend nachgewiesen werden. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage soll mit diesem Antrag allerdings nicht der volle Betrag sondern in Abstimmung mit dem FUN Hondelage e.V. nur der gerundete Wert einer Minijobstelle inkl. Sozialabgaben gewährt werden. Es soll dem FUN Hondelage e.V. allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Summe ggf. durch das Einwerben weiterer Fördermittel aufzustocken.										Dauerhaft	Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 101.
				0	+ 9.000	0	+ 9.000	0	+ 9.000	0	+ 9.000	0	+ 9.000		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
101	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	FUN Hondelage e.V. - Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage Mit Schreiben vom 19. Juni 2024 beantragt der FUN Hondelage e.V. eine zusätzliche Förderung in Höhe von 25.000 € für die Einrichtung einer halben Stelle für die Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage. Der Bedarf konnte sowohl im Anschreiben selbst als auch in der beigefügten Machbarkeitsstudie hinreichend nachgewiesen werden. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage und die formalen Kriterien der "Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima" soll mit diesem Antrag allerdings nicht der volle Betrag sondern in Abstimmung mit dem FUN Hondelage e.V. nur der Wert einer Minijobstelle gewährt werden. Es soll dem FUN Hondelage e.V. allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Summe ggf. durch das Einwerben weiterer Fördermittel aufzustocken.										Für 3 Jahre	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6.
				0	+ 6.456	0	+ 6.456	0	+ 6.456	0	0	0	0		
			UGA	Dafür:	6	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
102	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Erhöhung Zuwendung Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. Da in den letzten Jahren der Bedarf an Umweltbildungsangeboten beim FUN stetig zugenommen hat und es auch viele Nachfrage von Schulen, Einwohner:innen und Betrieben gibt, kann die Arbeit ehrenamtliche nicht mehr geleistet werden. Deshalb möchte der FUN Personal für eine Umweltbildungsstelle einstellen. Wissensvermittlung stellt die Basis für eine nachhaltige Arbeit im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz dar. Das Ziel ist es, ein fundiertes Wissen über den Klimawandel, seine Ursachen, Folgen und Auswirkungen auf verschiedene Systeme und Lebensräume zu vermitteln. Die Kosten für die Personalstelle belaufen sich auf ca. 25.000 Euro pro Jahr. Der FUN stellt einen Arbeitsplatz, die administrative Verwaltung und fachliche Einarbeitung und Betreuung der Umweltstelle. Die Stelle soll mit einer pädagogisch qualifizierten Person besetzt werden.										Dauerhaft	
				0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000		
			UGA	Dafür:	6	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen		
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029					
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
103	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. FUN ist ein Naturschutzprojekt in der Kulturlandschaft Hondelage, das sich seit Jahrzehnten für Projekte wie die Fließwasserrenaturierung und Artenschutzprojekte stark macht. Neben der Verbesserung der Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten ist die Umweltbildung ein wesentliches Ziel. Nur wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Probleme und Besonderheiten von Umwelt und Natur sensibilisiert werden können, sind sie auch bereit, etwas für deren Erhalt zu tun. Im Bereich der Kinder- und Jugendförderung arbeitet der Verein mit mehreren Braunschweiger Schulen, unter anderem mit der IGS Sally Perel und der Grundschule Hondelage, zusammen und bietet Exkursionen und Führungen an. Im NaturErlebnisZentrum werden naturbezogene Vorträge und weitere kulturelle Veranstaltungen angeboten. In den letzten Jahren hat der Bedarf an Umweltbildungsangeboten beim FUN im NaturErlebnisZentrum Hondelage stetig zugenommen. Es gab viele Nachfragen von Schulen, Bürgern und Betrieben nach Exkursionen und Aktionen. Ehrenamtlich kann der FUN dies nicht mehr leisten. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, möchte der FUN eine Umweltbildungsstelle in Hondelage einrichten. Diese soll dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzschutzes zu schärfen, Umweltbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten und den Schutz der Umwelt in der Region zu fördern. Die Stadt Braunschweig hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Die Einrichtung einer Umweltbildungsstelle kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dieses Ziel zu erreichen. Zur Finanzierung dieser Stelle benötigt der FUN eine Erhöhung der städtischen Förderung.											Dauerhaft		
			UGA	Dafür:	6	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-							
104	1.56.5610.15 Klimaschutz	Diverse Diverse	AfD	Streichung von überflüssigen Ausgaben für den sogenannten Klimaschutz Dieser Teilhaushalt enthält bereits die Produkte Umweltschutz, Artenschutz, Bodenschutz, Immissionsschutz, Umweltplanung und viele mehr. Der Ansatz von Aufwendungen für "Klimaschutz" ist daher überflüssig und wird mit diesem Antrag für beide Jahre auf Null gesetzt. Herkunft und Verbleib der Erträge für diese Sparte sind gesondert mitzuteilen und zu behandeln.											Einmalig		
			UGA	Dafür:	-	Dagegen:	6	Enthaltung:	-	Abgelehnt							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-							
	Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat			0	+	25.000	0	+	25.000	0	+	25.000	0	+	25.000		
105	1.57.5711.01 Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Baustellenfonds weiterführen Gerade für kleine Gewerbetreibende kann eine langanhaltende Straßenbaumaßnahme gravierende Folgen haben. Und oft reichen schon kleinere Beträge aus, um diese Folgen abzufedern. Deshalb setzt sich unsere Fraktion für den Erhalt des Baustellenfonds ein und wir beantragen die Einsetzung der Mittel in der gleichen Höhe wie 2024. Gleichzeitig fordern wir, dass betroffene Gewerbetreibende aktiv von der Stadt über diese Fördermöglichkeit informiert werden. Wenn eine Fördermaßnahme nicht abgerufen wird, bedeutet das nicht automatisch, dass sie nicht benötigt wird. Es kann auch bedeuten, dass sie nicht bekannt ist.											Dauerhaft		
			WA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen							
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-							

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen	
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029				
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	Allgemeine Finanzwirtschaft			+ 11.000.000	0	+ 11.000.000	0	+ 11.000.000	0	+ 11.000.000	0	+ 11.000.000	0			
106	1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	301310 Gewerbesteuer	Die FRAKTION. BS	Anhebung Gewerbesteuerhebesatz auf 470% Braunschweig ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Deshalb gibt es mittlerweile auch fast keine Gewerbeflächen im Stadtgebiet. Diese positive Entwicklung gibt es vor allem auch dadurch, dass die Stadt erhebliche Mittel einsetzt, um die sogenannten weichen Standortfaktoren - Bildung, Kultur, Sport, Freizeit - in einer angemessenen Form zur Verfügung zu stellen. Diese Entwicklung hat sich am anderen Ende - beim Hebesatz der Gewerbesteuer - nicht abgebildet. Hier ist seit Jahren keine Veränderung zu verzeichnen. Es besteht also Handlungsbedarf und deshalb wird eine Erhöhung des Hebesatzes auf 470% vorgeschlagen. Diese Anhebung ist auch im Vergleich zu anderen Städten angemessen. Hannover hat einen Hebesatz von 480%, läge also auch zukünftig vor Braunschweig. (Bei vergleichbaren Städten liegt der Hebesatz folgendermaßen: - Mönchengladbach (261.000 Einw.): 490% - Gelsenkirchen (260.000 Einw.): 480% - Aachen (249.000 Einw.): 475% - Augsburg (296.000 Einw.): 470% (Quelle: DIHK 2024)) + 10.000.000 0 + 10.000.000 0 + 10.000.000 0 + 10.000.000 0 + 10.000.000 0											Dauerhaft	
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-					
107	1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	0 #NV	Die FRAKTION. BS	Einführung Bettensteuer in Höhe von 4% auf den Übernachtungspreis Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main und viele andere Städte erheben eine Bettensteuer. Laut NDR erhebt auch Hannover seit Anfang 2024 eine Bettensteuer. Laatzen, Leer und Bleckede sind zum 1. Juli nachgezogen. Weiter wird in Niedersachsen in Cuxhafen, Lüneburg, Hann. Münden, Adendorf, Amt Neuhaus und im Lembruch eine Bettensteuer erhoben. Hildesheim soll ab nächstem Jahr eine Bettensteuer erheben. Touristen und Geschäftsreisende nutzen die Braunschweiger Infrastruktur und sollten deshalb auch entsprechend eine Bettensteuer zahlen, die dann der Stadt zugute kommt. Damit werden die Einnahmen aus den Übernachtungen bzw. dem Tourismus gerechter verteilt. Bei der kürzlich erfolgten Erhöhung der Grundsteuer um 100 Punkte wurde die Belastung der Braunschweigerinnen und Braunschweiger nicht als Hindernis gesehen. + 1.000.000 0 + 1.000.000 0 + 1.000.000 0 + 1.000.000 0 + 1.000.000 0											Dauerhaft	
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
	Diverse Fachbereiche			0	+	3.075.446	0	+	661.246	0	-	382.920	0	-	327.458	0	-	272.377		
108 NEU	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Dynamisierung der Zuwendungen für 2025 und 2026 1. Das 2022 eingeführte Durchschnittsverfahren zur „Anpassung der Dynamisierung der Zuwendungen“ (Drs. 21-17494) wird grundsätzlich beibehalten. 2. Für 2025 wird mit einer leicht erhöhten durchschnittlichen Tarifsteigerung von 4 % (statt 3,43 %, vgl. Drs. 24-23943) gerechnet. Zusammen mit der durchschnittlichen Preissteigerung von 3,56 % ergibt das eine Dynamisierung von 3,91 % für 2025. 3. Für die Zuwendungen, für die im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 Einzelbeschlüsse gefasst wurden, wird keine zusätzliche Dynamisierung nach Nr. 2 gewährt.Zu 1: Das 2022 gewählte Dynamisierungsverfahren ist bereits das dritte Verfahren, das in Braunschweig zur Anwendung kommt. Die beiden zuvor gewählten Verfahren wiesen deutliche Mängel auf und wurden deshalb verworfen. Das 2022 gewählte Durchschnittsverfahren lieferte für 2022 und 2023 gute Werte. Die hohen Tarifierhöhungen für 2024 werden durch das Durchschnittsverfahren nur nach und nach bei der Dynamisierung wirksam. Eine erneute Änderung des Verfahrens hätte jedoch erhebliche Nachteile; denn jede Umstellung des Verfahrens erzeugt nicht nur einen deutlichen Umstellungsaufwand, sondern greift in das bewährte Rechenverfahren ein (vgl. dazu etwa den Haushaltsantrag von SPD und Grünen zum Verein BEJ). Zu 2: Die Verwaltung hatte mit Drs. 24-23943 eine durchschnittliche Tarifsteigerung von 3,43 % mitgeteilt. Die hohen Tarifsteigerungen für 2024 werden durch das Durchschnittsverfahren erst nach und nach bei der Dynamisierung wirksam. Deshalb soll für 2025 mit einer leicht erhöhten durchschnittlichen Tarifsteigerung von 4 % gerechnet werden. Die Tarifsteigerung geht zu 80 % in die Dynamisierung ein (Drs. 21-17494, 24-23943). Die durchschnittliche Inflation der Verbraucherpreise geht zu 20 % in die Dynamisierung ein. Zusammen ergibt das eine Dynamisierung von 3,91 % für 2025. - Die leicht erhöhte durchschnittliche Tarifsteigerung, die gewissermaßen als Einmalzahlung wirkt, müsste für die Zukunft aus dem Durchschnittsverfahren wieder herausgerechnet werden. Zu 3: Die Verwaltung hat zu den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen regelmäßig mitgeteilt: „Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.“ Diese Ansatzveränderungen bezogen sich auf alle Zuwendungsempfänger. Bei den Einzelbeschlüssen zu Haushaltsanträgen einzelner Vereine oder Verbände wurde die Dynamisierung aber bereits mit berücksichtigt. Eine weitere Ansatzerhöhung soll 2025 nicht erfolgen. Ab 2027 soll auf die Dynamisierung dieser Vereine und Verbände wieder das Durchschnittsverfahren (Drs. 21-17494) angewendet werden. Es bleibt den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden, dem Kulturrat und der Stadtverwaltung davon unbenommen, ein praktikables neues Dynamisierungsverfahren zu entwickeln und anzuwenden. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.												Dauerhaft	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Kostenschätzung beinhaltet die Auswirkungen der Beschlussvorschläge zu Ziffer 1. und Ziffer 2. Die Entlastung aus der Umsetzung aus des Beschlusspunktes 3. kann derzeit nicht ermittelt werden.			
				0	+	85.200	0	+	155.900	0	+	226.600	0	+	297.300	0	+	368.000		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
108	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Dynamisierung der Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich 1. Das für das Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ zur Berechnung der Dynamisierungsrate für Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich (Vorlage 21-17494) wird aufgehoben. Stattdessen wird in Absprache mit den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden und dem Kulturrat Braunschweig ein praktikables Verfahren entwickelt, das aktuelle Tarifsteigerungen und die Inflationsrate zeitnah berücksichtigt und nicht die Durchschnittswerte von 6 Jahren rückwärts zugrunde legt. 2. Zur konsensualen Entwicklung eines praktikablen Verfahrens ist wahrscheinlich ein längerer Zeitraum nötig, so dass zumindest bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2025 dieses neue Verfahren nicht berücksichtigt werden kann. 3. Deshalb wird für 2025 einmalig ein pauschaler Dynamisierungssatz von insgesamt 7 % angesetzt, um die hohen Ausgaben-Steigerungen auffangen zu können, die durch Personalkosten-Erhöhungen und Inflation eingetreten sind. Für 2026 wird zunächst der im Haushaltsentwurf vorgesehene Dynamisierungssatz eingeplant und im Laufe des Jahres 2025 an das neue Verfahren angepasst. 4. Das in Punkt 3. beschriebene Verfahren wird auf alle Zuschüsse angewendet, die unter die Dynamisierung fallen. Wenn für einzelne Zuschussempfänger*innen durch beschlossene Haushaltsanträge der Fraktionen höhere Zuschusserhöhungen beschlossen werden, wird für 2025 keine zusätzliche Dynamisierung angesetzt. Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren eine hohe Inflation in allen Bereichen erfahren, deren Höhe mindestens seit der Jahrtausendwende nicht mehr erlebt worden ist. Entsprechend gab es hohe Tarifsteigerungen in allen Bereichen von teilweise 10 % und mehr. Das hat wie bei der Stadt Braunschweig so auch bei fast allen gemeinnützigen Trägern zu unerwartet hohen Kostensteigerungen geführt, die kaum aufzufangen sind. Die institutionellen Zuschüsse, die für fast alle Träger existenziell sind, müssen zumindest diese Kostensteigerungen abdecken. Die Zeiten, in denen sinkende Förderung durch andere Einnahmen, unterbezahltes Personal oder Ehrenamt kompensiert werden konnten, sind seit langem vorbei. Wenn Braunschweig nicht in eine Situation kommen will, in der zunehmend wichtige öffentliche Angebote für das Gemeinwohl wegfallen oder für mehr Geld durch die öffentliche Hand selbst übernommen werden müssen, muss auch gerade bei hoher Inflation eine angemessene Steigerung der Zuschüsse erfolgen. Das seit 2022 praktizierte Verfahren, nach der die jährliche Dynamisierungsrate nach den Durchschnittssteigerungen der Tarife und Sachkosten der letzten 6 Jahre berechnet wird - wobei das Jahr vor der jeweiligen Zuschusseinplanung unberücksichtigt bleibt, ist unproblematisch, wenn es von Jahr zu Jahr nur geringe Schwankungen gibt, lässt sich aber bei den großen Sprüngen von heute nicht anwenden. Trotz alldem ist nachvollziehbar, dass ein sicheres, einfaches und praktikables Verfahren nicht von heute auf morgen zu entwickeln ist. Da aber dringend Handlungsbedarf besteht, wird einmalig eine pauschale Erhöhung von insgesamt 7 % vorgeschlagen. <div>0 + 463.9000 + 487.9000 + 500.0980 + 512.6000 + 525.415</div>										Dauerhaft	Mehraufwand für Umsetzung bei den bestehenden Zuschussempfängern, wenn gleichzeitig die in den Ansatzveränderungen der Verwaltung enthalten Mehrbedarfe zur Zuschussdynamisierung in den betreffenden Teilhaushalten angenommen werden. Wenn die Anträge in den Ansatzveränderungen der Verwaltung nicht angenommen werden oder weitere Zuschussempfänger aufgenommen werden, wird ein entsprechend höherer Betrag zur Umsetzung benötigt. Sollte der Antrag FWE 146 zur Aufnahme der Kindertagespflege in die Dynamisierung angenommen werden, erhöht sich der Betrag um nachfolgend aufgeführten Beträge zur Kindertagespflege: Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 6. + 404.700 € (2025)
			SpA	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			AFKO	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen			Zum Rat		
			JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen			Antrag auf Verschieben 21.11.2024		
			AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			AVI	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen			A 108 schieben auf den 20.11.24		
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands			Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
164	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	Aussetzen der Dynamisierung für 2025/26 Die Dynamisierung der freiwilligen Zuschüsse in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales wird in den Jahren 2025/26 ausgesetzt. Bereits im Rahmen der Diskussion über die Erhöhung der Grundsteuer (DS.-Nr. 24-23754) in der Ratssitzung am 11. Juni dieses Jahres hatten wir angekündigt, im Gegenzug zur Überkompensation der Grundsteuer bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Aussetzung der Dynamisierung für die Jahre 2025/26 zu beantragen. Ein realistischer Konsolidierungskurs kann nur durch einen sinnvollen Ausgleich von Einnahmeerhöhungen und Ausgabekürzungen gelingen. Die Überkompensation bei der Grundsteuer stellt eine Einnahmeerhöhung dar, das Aussetzen der Dynamisierung ist eine Kürzung bei den Ausgaben. Diese ist darüber hinaus insofern folgerichtig, da bereits beim ursprünglichen Beschluss (DS.-Nr. 16941/14) davon die Rede war, dass die Dynamisierung so lange durchgeführt werden sollte, „soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt.“ Mit einem geplanten Defizit im Ergebnishaushalt in Höhe von 223 Millionen Euro in 2025 und in Höhe von 196,6 Millionen Euro in 2026 ist der Punkt, an dem wir uns die Dynamisierung leisten können, bereits lange überschritten. Die Verwaltung selbst hat unlängst in einem Schreiben an die Wohlfahrtsverbände darauf hingewiesen, dass Braunschweig eine der wenigen Städte sei, die derzeit eine Dynamisierung im Haushalt vorsähe. Da sonst – bspw. bei der Erhöhung der Grundsteuer – auch der Blick auf umliegende Kommunen gerichtet wird. sollte hier keine Ausnahme gemacht werden.											Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung vor. Wenn diese abgelehnt werden würden, ergeben sich zusätzliche Entlastungen zu dem nebenstehenden Betrag
				0	- 309.754	0	- 594.654	0	- 609.520	0	- 624.758	0	- 640.377		
			AfSG	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			AFKO	Dafür:	2	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			JHA	Dafür:	2	Dagegen:	10	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			AfKW	Dafür:	2	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			AVI	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			Sportausschuss	Dafür:	3	Dagegen:	7	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-				
109	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Die FRAKTION. BS	LOB Prämien für Beamtinnen und Beamte In Niedersachsen gibt es einen nicht nachvollziehbaren Streit zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium. Während das Innenministerium eine Auszahlung von leistungsorientierten Prämien an Beamtinnen und Beamte nach derzeitiger Rechtslage für möglich hält, vertritt das Finanzministerium eine andere Position. Dieser Streit führt in den Kommunen dazu, dass Beamtinnen und Beamte unterschiedlich behandelt werden. Während es in Städten wie Hannover oder Salzgitter dazu kommt, dass LOB-Prämien ausgezahlt werden, entscheiden sich Kommunen wie Braunschweig und Osnabrück dafür, dass zum Nachteil der Beschäftigten gehandelt wird und keine LOB-Zahlung erfolgt. Dagegen hat am 3. Mai die ver.di-Betriebsgruppe der Stadt Braunschweig protestiert und 700 Unterschriften für die LOB-Zahlung an den Oberbürgermeister übergeben. Dieser berechtigte Protest soll mit dem vorliegenden Antrag unterstützt werden. Braunschweig sollte sich vor die eigenen Beschäftigten stellen und nicht warten, bis irgendwann der Streit zwischen den Ministerien beigelegt ist. Die Gelder aus den Jahren 2023 und 2024, die nach aktueller Planung nicht ausgezahlt werden, sollen im Jahr 2025 nachgezahlt werden.										Dauerhaft	Eine Kostenschätzung der Verwaltung liegt noch nicht vor.
				0	+ 3.300.000	0	+ 1.100.000	0	0	0	0	0	0		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-				
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-		-				

	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Anträge zum Stellenplan

Diverse Fachbereiche			0	+	402.872	0	+	805.724	0	+	864.648	0	+	783.238	0	+	798.903		
	Referat 0150 - Gleichstellungsreferat																		
186	Diverse Diverse	Diverse Diverse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Kulturpunkt West Im Referat 0150 Gleichstellungsreferat wird eine zusätzliche Stelle S 15 TZ 29,25 für das Projekt StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt geschaffen. Für die Fortbildung zur StoP-Fachkraft werden 2025 einmalig 1.600 Euro bei den Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen bereitgestellt. Die zusätzliche Dreiviertelstelle dient zur Verstetigung des erfolgreichen Projekts "StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt" des Gleichstellungsreferats. Der Haushaltsplanentwurf weist für den THH des Ref. 0150 insgesamt nur 14.000 Euro für Sach-/Dienstleistungenaus , davon 3.000 Euro für Aus- und Fortbildung, sodass der Ansatz für die notwendige Fortbildung zur StoP-Fachkraft um 1.600 Euro einmalig erhöht werden sollte. <div>0</div> <div>+</div> <div>29.250</div> <div>0</div> <div>+</div> <div>58.500</div> <div>0</div> <div>+</div> <div>59.670</div> <div>0</div> <div>+</div> <div>60.863</div> <div>0</div> <div>+</div> <div>62.080</div>												Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
	Fachbereich 40 - Schule																		
134	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen Die mit Ratsbeschluss zum Doppelhaushalt 2023 / 2024 beim FB 40 eingerichtete halbe Stelle wird im Stellenplan fest verankert, um Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen dauerhaft zu unterstützen. Die (halbe) Stelle dient weiterhin zur Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben und soll auch künftig insbesondere 1. die Projekte gegen Rassismus und rechte Gewalt, welche bereits in Braunschweiger Schulen laufen, organisatorisch und koordinativ unterstützen; 2. Schulen dabei unterstützen, sich für das Programm "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zu bewerben sowie Schulen, die bereits den Titel besitzen, miteinander vernetzen; 3. regionale Bildungspartner*innen der politischen Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus ermitteln, miteinander vernetzen und bei der Vermittlung und Finanzierung von Angeboten an Schulen helfen; 4. Bedarfe der politischen Bildung insbesondere im Themenbereich der Rassismusprävention und -bekämpfung ermitteln, hier bereits vorhandene Angebote ermitteln sowie ggf. mit weiteren Partner*innen Angebote erstellen; 5. das Einwerben von passenden Fördermitteln prüfen und ggf. umsetzen. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 21.03.2023 die Haushaltssatzung 2023 / 2024 beschlossen. Mit der Haushaltssatzung 2023 / 2024 wurde auch der Interfraktionelle Antrag zum Stellenplan SP 190 von SPD, GRÜNEN und BIBS „Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen“ beschlossen. Der Antrag SP 190 wurde damals von einem ebenfalls gemeinsamen Antrag derselben Fraktionen zum Ergebnishaushalt FWE 179 begleitet. Das Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen sollte in den kommenden Jahren fortgesetzt und dauerhaft verstetigt werden. Unseres Wissens sind jedoch bislang für die Fortsetzung des Förderprojekts weder Personal noch Mittel in den Doppelhaushalt 2025 / 2026 eingeplant worden, daher sind erneute Anträge zum Stellenplan und zum Ergebnishaushalt nötig. Zur inhaltlichen Begründung des Förderprojekts heißt es in dem genannten Antrag SP 190 zum Doppelhaushalt 2023 / 2024: „Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen. ! Im möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die												Dauerhaft	Siehe FWE 041 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 Durch eine Verstetigung der Stelle entstehen erst ab dem Jahr 2027 zusätzliche Personalkosten		
				0	0	0	0	0	+	42.809	0	+	43.666	0	+	44.539			
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-		

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
Kultur und Wissenschaft																				
SBR04	1.25.2811.09 Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	Diverse Diverse	221 - Weststadt	Zusätzliche Stelle für den KulturPunkt West Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich und zeitnah die Besetzung einer zusätzlichen Stelle für den KulturPunkt West zum Haushaltsjahr 2025/2026 zu veranlassen. Aus Sicht des Stadtbezirksrates 221 sind mit Abschluss der umfassenden Sanierung des KPW, mit der u.a. eine Verdoppelung der nutzbaren Räume einhergeht, zusätzliche Personalressourcen zwingend erforderlich, um den Erfordernissen und Bedarfen der Bevölkerung in der Weststadt und den Nutzungsanfragen aus der gesamten Stadt Genüge leisten zu können und das Ziel der Sanierungsförderung „Donaucampus“ angemessen umzusetzen: <input type="checkbox"/> Unterstützung der Leiterin des Hauses bei der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen für die unterschiedlichen Zielgruppen in der Weststadt, insbesondere für die zusätzlichen Räume, auf der Grundlage der Förderkonzeptes „Donau-Campus“. <input type="checkbox"/> Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten im gesamten Stadtteilgebiet, die vom KPW ausgehen und nachhaltige Bedeutung für Partizipations-, Integrations- und Demokratisierungsprozesse haben. <input type="checkbox"/> Dauerhafte Unterstützung der Leiterin des Hauses in Verwaltungsangelegenheiten, bei der Projektarbeit resp. -umsetzung und der Vertretung des Hauses in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen in der Weststadt inkl. dem Stadtbezirksrat und dem Quartiersmanagement. Der KPW ist aufgrund seines differenzierten Raumangebotes und der Qualität seines großen Saales die wichtigste soziokulturelle Einrichtung im Stadtteil mit Strahlkraft in die Gesamtstadt. <input type="checkbox"/> Mit der Umsetzung des Förderprojektes Donauviertel ist zusätzlich die Entwicklung des Campus-Donauviertel-Gedankens und die Umsetzung von Maßnahmen auf dem Campus-Gebiet verbunden. Dies bedeutet ein zusätzliches Arbeitsaufkommen für die Hausleitung mit neuen Projekt-Ideen, Kooperationen mit unterschiedlichen Partnerinstitutionen des Stadtteils sowie regionalen und überregionalen Trägern. Hierzu ist eine personelle Unterstützung unerlässlich									Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766						
				0	+	38.345	0	+	76.690	0	+	78.224	0	+	79.788	0	+	81.384		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
187	Diverse Diverse	Diverse Diverse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Kulturförderung In der Abteilung 41.0 wird eine zusätzliche Vollzeitstelle A 10 für das Controlling von Zuwendungen und Kulturfördermitteln sowie die Verstärkung der Beratungstätigkeit der Kulturverwaltung geschaffen. Der AfKW hat sich 2024 aus gegebenem Anlass mehrfach intensiv damit befasst, wie in der städtischen Kulturförderung die Beratung von Zuwendungsempfänger*innen und Antragsteller*innen sowie die Prüfung von Förderanträgen und Verwendungsnachweisen ausgebaut werden kann (unter TOP 7.1 am 14.03.2024, unter TOP 7.1 am 18.04.2024 sowie unter TOP 8 und TOP 12 am 21.05.2024). Erste Voraussetzung für den Aufbau des im AfKW diskutierten Aufbaus eines soliden Controlling-Systems ist die Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Abt. 41.0. Zu den Aufgaben der neuen Personalstelle gehört insbesondere auch die Beratung der Geförderten (in der Projekt- und Kontinuitätsförderung) bei der Antragstellung, der sachgerechten Verwendung der Fördermittel und der Erstellung der erforderlichen Nachweise.									Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766						
				0	+	38.345	0	+	76.690	0	+	78.224	0	+	79.788	0	+	81.384		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit																				
135	500-1303 Altenhilfe	Diverse Diverse	SPD	Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ hat sich bewährt: Besucht werden Seniorinnen und Senioren, die in ihrem Haushalt leben. Die besuchten Personen fühlten sich fast ausnahmslos gut bis sehr gut durch das Projekt informiert. In fast 53 % der Fälle konnte den Senioren und Seniorinnen direkte Hilfe vermittelt oder Unterstützung auf den Weg gebracht werden. Die Projektförderung durch das Land Niedersachsen endete zum 31.12.2023 und wird nicht fortgesetzt. Der Bedarf für Präventionsberatung und Informationen bei den Seniorinnen und Senioren ist sehr groß und aufgrund des soziologisch-demografischen Wandels wird ein steigender Bedarf gesehen. Der Rat hat daher am 20.02.2024 bei drei Enthaltungen beschlossen, für 2024 aus der Deckungsreserve 58.000 € zur Fortführung des Angebots bereitzustellen (Drs. 24-23046). Für die Fortführung des Angebots in den Jahren 2025 und 2026 ist ein erneuter Beschluss erforderlich. Zur weiteren Begründung s. auch Drs. 24-23046.									Dauerhaft	Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766						
				0	+	17.571	0	+	35.142	0	+	35.845	0	+	36.562	0	+	37.293		
				Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
			FPDA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	-	-	-	-			

Teilhaushalt			Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen					
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029								
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
136	500-1303 Altenhilfe	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. - Präventive Hausbesuche Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: „1. Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ wird 2024 fortgesetzt. Hierfür werden Mittel in Höhe von bis zu 58.000 € bereitgestellt. (...)“									Dauerhaft	Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766						
				0	+	17.571	0	+	35.142	0	+	35.845	0	+	36.562	0	+	37.293		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr																				
SBR13	Diverse Diverse	Diverse Diverse	120- Östliches Ringgebiet	Beschluss - Prüfung der Eignung verschiedener Optionen zur Einrichtung einer Sommerstraße im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet Die Verwaltung soll die notwendigen Ressourcen (personell, finanziell) ermitteln und in den Doppelhaushalt einstellen, die zur Umsetzung des Antrages 23-20890 erforderlich sind (Konzept für Sommerstraßen im Östlichen Ringgebiet).									Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 Siehe hierzu die IP-Liste zu den Fraktions- und Stadtbezirksanträgen						
				0	+	41.970	0	+	83.940	0	+	85.619	0	+	87.331	0	+	89.078		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport																				
188	Diverse Diverse	Diverse Diverse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Fördermaßnahme Teichentschlammung Im Fachbereich 67 wird vorbehaltlich der Genehmigung des Förderprojekts "Stillgewässersanierung mit einer minimalinvasiven Methode als Pilotprojekt (Teichentschlammung)" eine zusätzliche Vollzeitstelle E 12 kw 3) für die Umsetzung des Projekts geschaffen. Im Haushaltsplan 2024 ist das Projekt 4E.670067 „FB 67: Sünteich/Teichentschlammung" hinterlegt. Bei Genehmigung des Projekts durch den Fördermittelgeber stehen diese Mittel bis zur Beendigung des Projekts zur Verfügung (§ 20 Abs. 4 KomHKVO). Ziel des beantragten Projekts ist die Entschlammung von vier Teichen im Stadtgebiet mit einer minimalinvasiven Methode. Entschlammung werden sollen der Sünteich und der Portikusteich im Bürgerpark, der Kiryat-Tivon-Teich im Kiryat-Tivon-Park und der Dowesee im Schul- und Bürgergarten. Diese Stillgewässer zeichnen sich durch einen hohen Eintrag an Nährstoffen sowie durch eine sehr geringe Wassertiefe und vergleichsweise geringe Größe aus. Ein übermäßiger Nährstoffeintrag kann bei Erwärmung des Gewässers zu massenhaftem Algenwachstum führen. Deswegen "kippen" Stillgewässer vor allem im Sommer um, was am unangenehmen Geruch und einer Trübung des Gewässers erkennbar ist. Das Projekt soll einer weiteren Verschlammung und Verlandung der Stillgewässer entgegenwirken und ihre Funktion als Feuchtbiootope erhalten, die Vögeln, Amphibien und Insekten einen Lebensraum bieten und zugleich von der Bevölkerung zur Naherholung genutzt werden. Die Gewässer sind teilweise prägend für die jeweiligen Park- und Grünanlagen. Hinzu kommt die kühlende Wirkung im Sommer für die angrenzenden Gebiete, da die Wassertemperaturen in der Regel unter den Luft- und Oberflächentemperaturen der Umgebung liegen. So können Temperaturmaxima tagsüber im Nahbereich des Stillgewässers abgepuffert werden. Diese Funktion gewinnt in Zeiten des Klimawandels zunehmend an Bedeutung. Für das Projekt steht eine Förderung in Höhe von 55 % durch das Land Niedersachsen in Aussicht. Mit dem Projekt ist die hier beantragte E12-Stelle verbunden, die somit ebenfalls zu 55 % vom Land gefördert würde.									3 Jahre	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766						
				0	+	47.440	0	+	94.870	0	+	96.767	0		0	0		0		
				Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					
			FPDA	Dafür:		-	Dagegen:		-	Enthaltung:		-			-					

Teilhaushalt			Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen	
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029				
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
170 NEU	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	Stelle für das Projekt "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Für die Umsetzung des Projekts "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" wird im Fachbereich 67 Stadtgrün eine Stelle neu zur Verfügung gestellt. Diese Stelle soll zum Ende des Jahres 2029 befristet werden. Erfreulicherweise hat die Stadt Braunschweig eine Förderzusage für das Projekt LiViK erhalten, dass vom BMUV im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz finanziell unterstützt wird. Wie aufgrund einer mündlichen Anfrage in der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 29. August 2024 deutlich geworden ist, fehlen zur Umsetzung dieses Programms personelle Ressourcen im Umfang von 1,0 Stellen, die bislang im Stellenplan nicht vorgesehen sind. Um die Umsetzung des Projekts LiViK zu sichern und die Fördergelder effektiv abrufen und einsetzen zu können, sollen die fehlenden Personalkapazitäten mit diesem Antrag geschaffen werden. 0,8 Stellenanteile der neu zu schaffenden Vollzeitstelle werden durch den anteiligen 80 %igen Zuschuss des Fördermittelgebers zu den Personalkosten refinanziert. Somit verbleiben 0,2 Anteile einer Vollzeitstelle, die von der Stadt zusätzlich für einen Zeitraum von 5 Jahren finanziert werden sollen. 0 + 47.440 0 + 94.870 0 + 96.767 0 + 98.702 0 + 100.676											Für 5 Jahre	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 Siehe hierzu die IP-Liste zu den Ansatzveränderungen.
				<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-			-				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-			-				
148 NEU	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	Zwei Stellen für Planung und Sanierung von Kinderspielplätze Für die schnellere Planung und Sanierung von Spielplätzen werden insgesamt zwei Stellen neu geschadffen und zwar je eine Stelle im FB 67 Stadtgrün und eine Stelle im Referat 0680 Grün- und Freiraumplanung. Bei der (Neu-)Planung und der Sanierung von Spielplätzen geht es oft nur schleppend voran. Dies liegt zum einen an fehlenden Investitionsmitteln, wie aus der Stellungnahme der Verwaltung zu einer Anfrage der Grünen Ratsfraktion hervorgeht (DS 24-24235-01). Zum anderen fehlt es an Planungskapazitäten im Fachbereich 67. Insbesondere um den bekannten Sanierungsstau bei Spielplätzen schneller abbauen zu können, ist es sinnvoll und notwendig, zwei neue Stellen für die Planung von Spielplätzen neu zu schaffen. Dieser Antrag ersetzt den Antrag SP 148. 0 + 83.940 0 + 167.880 0 + 171.238 0 + 174.663 0 + 178.156											Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-			-				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-			-				
<u>Fachbereich 68 - Umwelt</u>																
168	Diverse Diverse	Diverse Diverse	CDU	Ausbau der Energieberatung Es wird eine zusätzliche Stelle für eine aufsuchende Energieberatung für alle Braunschweiger Eigentümerinnen und Eigentümer geschaffen. Die größten CO2-Einsparungen können in den Bereichen Energie/Wärme und Verkehr erzielt werden und deshalb sollten die größten Anstrengungen auch in diesen Bereichen erfolgen. Um die Braunschweigerinnen und Braunschweiger mit Wohneigentum bei der Frage, an welcher Stelle sinnvolle Investitionen zur Energieeinsparung und CO2-Reduktion durchgeführt werden sollten, beraten zu können, soll eine aufsuchende Energieberatung angeboten werden. Dazu muss eine zusätzliche Stelle in der Energieberatung geschaffen werden, die sich aufgrund der erzielten Einsparungen bereits nach kurzer Zeit selbst tragen dürfte. Auf die weitergehenden inhaltlichen Ausführungen des CDU-Antrages „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen" (DS.-Nr. 24-24242) wird an dieser Stelle hingewiesen. 0 + 41.000 0 + 82.000 0 + 83.640 0 + 85.313 0 + 87.019											Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-			-				
			FPDA	<i>Dafür:</i>	-	<i>Dagegen:</i>	-	<i>Enthaltung:</i>	-			-				

Ergebnishaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Personalvertretung			0	+ 16.400	0	+ 14.915	0	+ 14.915	0	+ 14.915	0	+ 14.915	
1.11.1140.01 Personalvertretung	426120 Aufw. für Aus- undFortbildung, Umschulung		Durch die neue Zusammensetzung der Personalratsgremien, die sich im Zusammenhang mit den diesjährigen Personalratswahlen erst nach der Haushaltsanmeldung ergeben haben, entsteht ein höherer Bedarf an Haushaltsmitteln für Aus- und Fortbildung einzelner Personalräte. Die Dienststelle hat gemäß§ 37 NPersVG die hierfür entstehenden Kosten zu tragen, wenn eine beantragte Schulung für das jeweilige Mitglied für die Tätigkeit im Personalrat erforderlich ist. Die Schulungen finden darüber hinaus wieder fast ausschließlich als Präsenzveranstaltungen statt, sodass hierdurch höhere Kosten als bei den Onlineschulungen der vergangenen Jahre entstehen.										
			0	+ 7.000	0	+ 6.515	0	+ 6.515	0	+ 6.515	0	+ 6.515	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	
1.11.1140.01 Personalvertretung	427140 Veranstaltungen		Nach § 43 NPersVG besteht für die Örtlichen Personalräte kalenderjährlich die Verpflichtung eine Personalversammlung durchzuführen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass aufgrund der Teilnehmerzahlen und der damit verbundenen Raumgröße/Parkmöglichkeiten für Einsatzfahrzeuge eine Anmietung externer Räumlichkeiten erforderlich ist.										
			0	+ 9.400	0	+ 8.400	0	+ 8.400	0	+ 8.400	0	+ 8.400	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	
Fachbereich 01 - Büro Oberbürgermeister			0	+ 398.500	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	
1.11.1116.10 Städtepartnerschaften/Intern. Beziehungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Tserkva/Ukraine										
			0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	
1.12.1210.02 Wahlen und Abstimmungen	Diverse Diverse		Bürgerbegehren „Bahnübergang Grünewaldstraße“										
			0	+ 298.500	0	0	0	0	0	0	0	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-	-	-	-	

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen	
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Fachbereich 10 - Zentrale Dienste			0	+ 232.363	0	+ 237.442	0	0	0	0	0	0		
1.11.1145.01 Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	443135 Bankgebühren und Porto		Zentrale Serviceleistungen, in denen die Aufwendungen der Gesamtverwaltung gebündelt veranschlagt werden (Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes)											
			0	+ 232.363	0	+ 237.442	0	0	0	0	0	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
Fachbereich 20 - Finanzen			- 10.862.000	+ 33.216.208	- 2.727.800	+ 14.575.868	- 7.777.300	+ 16.061.767	- 7.200.100	+ 6.228.450	- 4.715.000	+ 7.746.152		
1.11.1165.21 Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	348510 Erst. verb.Untern., Betei.+Sonderverm .		Anpassung der Pacht/Sonderpacht											
			+ 873.100	0	+ 933.900	0	+ 933.900	0	+ 933.900	0	+ 933.900	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
1.11.1165.21 Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	431520 Zuschuss an FB 65 für bebauten Bereich		Anpassungen an Mittelbedarf im Zusammenhang mit der Anmietung von Liegenschaften für die Unterbringung städtischer Org.-Einheiten											
			0	0	0	+ 340.000	0	+ 340.000	0	+ 340.000	0	+ 340.000		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
1.11.1165.21 Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	Diverse Diverse		(Außerordentlicher) Ertrag und Aufwand im Zusammenhang mit dem Haus der Musik (nicht zahlungswirksam)											
			0	+ 13.579.412	+ 2.560.000	+ 490.000	0	+ 405.000	0	+ 797.000	0	+ 1.195.652		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
1.11.1166.01 Sonst. Grundst.- /Gebäudemanagement	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.											
			- 278.300	0	+ 319.900	0	+ 624.700	0	+ 548.900	0	+ 491.100	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
1.11.1166.01 Sonst. Grundst.- /Gebäudemanagement	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Grundstücksgesellschaft Braunschweig GmbH											Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24712)
			0	- 5.307.900	0	+ 2.050.000	0	- 1.500.000	0	- 500.000	0	- 500.000		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.25.2710.01 Volkshochschulen	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Volkshochschule/Haus der Familie										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24720)
			0	+ 316.000	0	+ 336.300	0	0	0	- 402.300	0	- 833.300	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					
1.41.4110.01 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 8.475.100	0	- 5.379.200	0	- 5.403.200	0	- 4.261.300	0	- 3.149.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					
1.41.4110.01 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	369925 Sonst.Finanzerträg e Experimentierklaus		Aktualisierte Planung										
			+ 60.000	0	+ 163.000	0	- 27.000	0	+ 210.000	0	+ 150.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					
1.41.4110.01 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Städtisches Klinikum BS gGmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24702)
			0	+ 26.087.196	0	+ 12.167.768	0	+ 15.512.667	0	0	0	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					
1.42.4242.01 Eintracht-Stadion BgA	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH (Betriebsteil Eintracht-Stadion)										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24645)
			0	- 22.900	0	- 13.700	0	+ 37.400	0	+ 154.400	0	+ 173.400	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					
1.42.4242.02 Stadtbad Braunschweig GmbH	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			0	0	+ 34.900	0	+ 95.300	0	+ 153.000	0	+ 189.500	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					
1.42.4242.02 Stadtbad Braunschweig GmbH	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24644)
			0	- 34.100	0	- 30.400	0	- 23.200	0	- 10.200	0	+ 800	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-					

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.52.5222.01 Wohnungsbaugesellschaften	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 248.800	0	- 503.800	0	- 693.800	0	- 877.100	0	- 871.300	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.54.5470.01 ÖPNV	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 1.541.400	0	- 762.400	0	- 3.324.500	0	- 3.827.500	0	- 2.561.400	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.54.5480.01 Sonstiger Personen- und Güterverkehr	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24706)
			0	- 123.200	0	- 119.200	0	0	0	0	0	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.55.5520.01 Öffentliche Gewässer / Wasserbau	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 42.900	0	- 39.100	0	- 147.600	0	- 181.900	0	- 174.100	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 1.103.500	0	- 37.400	0	+ 285.500	0	+ 435.100	0	+ 295.300	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der BS Stadtmarketing-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24708)
			0	+ 47.700	0	+ 182.700	0	- 111.700	0	- 165.850	0	- 68.800	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs- Gesellschaften	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der BS Zukunft-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24707)
		0	- 112.300	0	- 118.800	0	- 52.300	0	+ 58.500	0	+ 58.500		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs- Gesellschaften	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Struktur-Förderung Braunschweig-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24710)
		0	- 1.396.700	0	- 869.800	0	- 842.100	0	- 813.100	0	- 827.100		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.57.5731.05 Stadthalle	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+S V Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
		- 105.100	0	- 17.600	0	- 120.600	0	- 333.200	0	- 19.000	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.57.5731.08 Sonst. wirtschaftl. Unternehmen	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Braunschweig Beteiligungen GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24647)
		0	+ 183.000	0	+ 161.000	0	+ 2.296.000	0	+ 6.770.000	0	+ 8.207.000		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	
1.12.1221.51 Tierschutz/Tiergesundheit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Grundlage ist das vom Rat am 24.05.2022 beschlossene Stadttaubenkonzept, das maßgeblich vom Verein Stadttiere e.V. umgesetzt wird. Dieser soll die Mittel, die bereits in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 entsprechend berücksichtigt waren, erhalten. Das Projekt ist nicht abgeschlossen und wird fortgesetzt, zumal die Stadt unterdessen erhebliche Mittel in Taubenschläge investiert hat, die vom Verein betrieben werden.										Es liegen sowohl Ansatzveränderungen der Verwaltung als auch ein politischer Antrag zu diesem Thema vor.
		0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000		
		AFKO	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Kultur und Wissenschaft			0	+ 2.140.645	0	+ 2.261.538	0	+ 1.463.800	0	+ 1.468.100	0	+ 1.463.800	
1.25.2610.08 Staatstheater	431110 Zuweisung an das Land		Dynamisierung der Kontinuitätsförderung und dauerhaften Projektförderung gem. Drs. Nr. 24-23943										
			0	0	0	+ 4.300	0	0	0	+ 4.300	0	0	
		AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.25.2610.08 Staatstheater	431110 Zuweisung an das Land		Vertraglichen Verpflichtungen ggü. dem Staatstheater, Mehrbedarf (u.a. durch tarifliche Personalkostensteigerungen) vor, was dazu führt, dass der vertraglich festgelegte Erstattungsbetrag von 1/3 der Kosten durch die Stadt Braunschweig steigt.										
			0	+ 2.108.445	0	+ 2.094.438	0	+ 1.401.000	0	+ 1.401.000	0	+ 1.401.000	
		AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.25.2811.04 Eigene kult. Veransth. sonst. Kulturpfl.	427140 Veranstaltungen		Vom 12. bis 14. Juni 2026 findet als Projekt von herausragender städtischer Bedeutung der "Tag der Niedersachsen" in Braunschweig statt. Die Stadt Braunschweig hat hierfür ein umfangreiches Rahmenprogramm anzubieten, welches überregional sichtbar sein soll. Als Schnittstelle von Kunst, Kultur und Wissenschaft obliegt es dem Kultur- und Wissenschaftsdezernat, die Braunschweig-Meile sowie das Rahmenprogramm für den Tag der Niedersachsen mitzuentwickeln und zu gestalten.										
			0	0	0	+ 100.000	0	0	0	0	0	0	
		AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
Diverse Diverse	Diverse Diverse		Dynamisierung der Kontinuitätsförderung und dauerhaften Projektförderung gem. Drs. Nr. 24-23943										
			0	+ 32.200	0	+ 62.800	0	+ 62.800	0	+ 62.800	0	+ 62.800	
		AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen				
Referat 0500 - Sozialreferat			0	+ 6.200	0	+ 12.600	0	+ 12.600	0	+ 12.600	0	+ 12.600	
1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Neuberechnung der Dynamisierung										
			0	+ 6.200	0	+ 12.600	0	+ 12.600	0	+ 12.600	0	+ 12.600	
		AVI	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit			+ 6.226.000	+ 14.730.905	+ 5.512.000	+ 15.477.385	+ 5.512.000	+ 6.816.400	+ 5.512.000	+ 6.816.400	+ 5.512.000	+ 6.816.400	
1.31.3119.10 Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Notwendige Haushaltsmittel zur Umsetzung des Mobil-Tickets ab 01.01.2025: Der bestehende Vertrag zwischen Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH, der BSVG und der Stadt BS über das Mobil-Ticket soll zum ab 01.01.2025 angepasst werden. Die Stadt Braunschweig zahlt der BSVG für jedes Sozialticket (BS-Mobil-Ticket für Inhaber/innen eines BS-Pass) eine sog. Fahrgeldauffüllung um dortige Mindererlöse teilweise zu kompensieren.										
			0	+ 2.162.900	0	+ 2.462.900	0	+ 2.462.900	0	+ 2.462.900	0	+ 2.462.900	
		AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.31.3119.10 Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung wegen der vorgeschlagenen Preiserhöhung des Mobil-Tickets ab 01.01.2025										S. auch Ds. 24-24671 zur Anpassung des Vertrages zum BS- Mobil-Ticket
			0	- 702.000	0	- 597.000	0	- 597.000	0	- 597.000	0	- 597.000	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.31.3121.10 Leistungen für Unterkunft und Heizung	Diverse Diverse		Anpassung an den tatsächlichen Mittelbedarf, zugleich Ertragsanpassung wegen des Erlasses der Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2024 - BBFestV 2024										
			+ 616.000	+ 9.396.305	+ 616.000	+ 9.660.985	+ 616.000	+ 1.000.000	+ 616.000	+ 1.000.000	+ 616.000	+ 1.000.000	
		AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		DAVON: 13.800 € Neuberechnung der Dynamisierung, 7.800 € Begegnungsstätte Ottenroder Str., 400 € Begegnungsstätte Achilles Hof										
			0	+ 22.000	0	+ 39.300	0	+ 39.300	0	+ 39.300	0	+ 39.300	
		AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.31.3430.10 Betreuungsleistungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Das Institut für persönliche Hilfen e. V. erhält eine dauerhafte Zuwendung für die Deckung der Personal- und Sachkosten für eine halbe Vollzeitstelle Sozialarbeit im Bereich der Querschnittsaufgaben. Grundlage für die Förderung ist der zwischen dem Verein und der Stadt geschlossene Vertrag vom 22.03.2011/13.04.2011.										
			0	+ 5.800	0	0	0	0	0	0	0	0	
		AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.31.3460.10 Wohngeld	348110 Erstattung v. Land		Wohngeld-Plus-Gesetz Kommunen, die die Aufgaben der Wohngeldbehörde wahrnehmen, erhalten zukünftig vom Land Niedersachsen für die zusätzlich erforderlichen notwendigen Verwaltungskosten für die Umsetzung der Wohngeld-Plus-Gesetzes einen Ausgleich (seit 2023). Dies erfolgt über eine Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes (Aufnahme eines § 5a).										
			+ 1.190.000	0	+ 476.000	0	+ 476.000	0	+ 476.000	0	+ 476.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen		
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029				
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		DAVON: 22.400 € Neuberechnung der Dynamisierung, -4.800 € Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Siegfrieds Bürgerzentrum. Im Siegfriedviertel wurde eine Nachbarschaftszentrum gegründet und von der Stadt bezuschusst. Eine Doppelförderung erfolgt nicht. Die Haushaltsmittel werden nicht mehr benötigt.												
			0	+	17.600	0	+	40.200	0	+	40.200	0	+	40.200	
		AFSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen						
1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		DAVON: 6.200 € Neuberechnung der Dynamisierung und -5.800 € DECKUNG Mehrbedarf bei 1.31.3430.10												
			0	+	400	0	+	12.800	0	+	12.800	0	+	12.800	
		AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen						
Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Neuberechnung der Dynamisierung												
			0	+	27.900	0	+	58.200	0	+	58.200	0	+	58.200	
		AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen						
Diverse Leistungen für Bildung und Teilhabe	Diverse Diverse		Durch Änderung der Bundesbeteiligungsfestlegungsverordnung (BBFestV) ist mit einer höheren Beteiligung des Bundes an den Zweckausgaben für BuT nach dem SGB II sowie dem BKGK zu rechnen.-												
			+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+	1.000.000	0	+	1.000.000	0	+	1.000.000	0
		AfSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
Diverse Eingliederungshilfe SGB IX	Diverse Diverse		Anhand der Hochrechnungsergebnisse 2024 ist erkennbar, dass die für das Jahr 2025 bisher geplanten HH-Mittel nicht ausreichen werden.												
			+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000			
		AFSG	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie			+ 1.321.000	+ 2.671.019	+ 1.305.400	+ 2.727.819	+ 1.306.348	+ 2.726.871	+ 1.307.315	+ 2.725.904	+ 1.308.301	+ 2.724.918			
1.32.3148.61 Ink.pausch.§3NdsG finanz L.Land inklSchu	348110 Erstattung v. Land		Erstattungen des Landes, Nds. Gesetz über finanzielle Leistungen des Landes wegen der Einführung der inklusiven Schule, Berechnung erfolgt nach Einwohner- und Schüler*innenzahl.												
			+ 318.000	0	+ 318.000	0	+	318.000	0	+	318.000	0	+	318.000	0
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.36.3620.01.06 Beteiligungs- u. Spielplatzang.-heiten	445512 Erstatt. an Gebäudemanagem ent - Miete		Jahresmiete Jugendbüro, Mittel stehen durch üpl. Ausgabe und Deckung durch 0800 im Jahr 2024 für das Gesamtprojekt zur Verfügung und können ins Haushaltsjahr 2025 übertragen werden. Eine weitere Übertragung in 2026 ist nicht möglich, daher wird der Jahresbetrag für 2026 (und 2027) hier neu gemeldet. Das Förderprojekt läuft bis zum 31.12.2027.										
			0	0	0	+ 198.200	0	+ 198.200	0	0	0	0	
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.36.3620.01.06 Beteiligungs- u. Spielplatzang.-heiten	445512 Erstatt. an Gebäudemanagem ent - Miete		Jahresmiete Jugendbüro, Mittel stehen durch üpl. Ausgabe und Deckung durch 0800 im Jahr 2024 für das Gesamtprojekt zur Verfügung und können ins Haushaltsjahr 2025 übertragen werden. Nach erneuter Überprüfung der Sach- und Rechtslage ist eine Übertragung im rahmen der Zweckbindung gemäß § 20 Abs. 4 KomHKVO bis zur Abwicklung des Gesamtprojekts möglich. Die ursprünglich nachveranschlagten Mittel aus 2026 und 2027 werden daher nicht benötigt.										
			0	0	0	- 198.200	0	- 198.200	0	0	0	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.- bildung/-beratung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Mehrbedarf durch Dynamisierungen auf Basis von Mitteilung 24-23943 in Höhe von 3,45% (vorher: 2,19%)										
			0	+ 1.200	0	+ 2.500	0	+ 2.500	0	+ 2.500	0	+ 2.500	
		JHA	Dafür:	10	Dagegen:	2	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.36.3650.01 Betreuung von Kindern unter 3 Jahren	Diverse Diverse		Erhöhung Finanzhilfe für Krippengruppen und altersstufenübergreifende Gruppen Der Landesfinanzhilfesatz für Krippengruppen ist nach dem Ergebnis der Überprüfung der Finanzierungsanteile von Land und Kommunen an den Betriebskosten der Krippenplätze ab dem 1. August 2024 von 59 % auf 59,5 % zu erhöhen.										
			+ 63.000	- 63.000	+ 47.400	- 47.400	+ 48.348	- 48.348	+ 49.315	- 49.315	+ 50.301	- 50.301	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.36.3650.01.06 Kindertagespflege	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Mehrbedarf durch Dynamisierungen auf Basis von Mitteilung 24-23943 in Höhe von 3,45% (vorher: 2,19%)										
			0	+ 1.400	0	+ 2.900	0	+ 2.900	0	+ 2.900	0	+ 2.900	
		JHA	Dafür:	10	Dagegen:	2	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.36.3650.03.08 Schukibetreug. Schulen/KoGS,Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Schulkindbetreuung: Einplanung entsprechend des Mittelbedarfs										
			0	- 418.500	0	- 418.500	0	- 418.500	0	- 418.500	0	- 418.500	
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
1.36.3660.03.11 Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	332110 Benutzungsgebühr en und ähnliche Entgelte		Entgeltanpassung für den Zeltplatz Lenste. Vorauss. Ratsbeschluss im September 2024										
			+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen		
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029				
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
510-3200 Übergeordnete Kostenstelle FT, BT EKG	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Anstehende Mietforderung Kita Warnekamp. Mittel wurden zunächst nicht in ausreichender Höhe eingeplant.												
			0	+	17.000	0	+	17.000	0	+	17.000	0	+	17.000	
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Mehrbedarf durch Dynamisierungen auf Basis von Mitteilung 24-23943 in Höhe von 3,45% (vorher: 2,19%)												
			0	+	36.500	0	+	74.900	0	+	74.900	0	+	74.900	
		JHA	Dafür:	10	Dagegen:	2	Enthaltung:	-	Angenommen						
Diverse Eingliederungshilfe SGB IX	433910 Sonstige soziale Leistungen öT		Die Hälfte der laufenden Schulassistenten sind sogenannte "Laienhelfer". Der neue Tarifabschluss sieht als Entgeltgruppe nun aber nur noch die Heilerziehungspflegehelfer vor, was eine Entgeltsteigerung bei den beauftragten Leistungen von 6,79-30,57% ausmacht.												
			0	+	1.352.782	0	+	1.352.782	0	+	1.352.782	0	+	1.352.782	
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
Diverse Eingliederungshilfe SGB IX	Diverse Diverse		Durch Tarifsteigerungen bei den Leistungserbringern und der sich in der Überprüfung sowie Fallbegleitung höher darstellenden Bedarfe bei den jungen Menschen, machen die zu berücksichtigende Kostensteigerung erforderlich.												
			+	930.000	+	1.743.637	+	930.000	+	1.743.637	+	930.000	+	1.743.637	
		JHA	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
Fachbereich 06 - Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft			0	+	455.000	0	+	235.000	0	+	235.000	0	+	235.000	
1.54.5450.01 Straßenreinigung und Winterdienst	445610 Erstattung an sonstige öffentl. Sonderr.		Winterdienst für Radwege (s. u.a. Ratsentscheidung vom 14.07.2020 (20-13342-02). Maßnahme 11 der Ratsentscheidung lautet: Verbesserung bei Radwegereinigung und Winterdienst.												
			0	+	220.000	0	0	0	0	0	0	0	0		
		AMTA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.- SE BS Nds. WasserG		Einige in der Sonderrechnung Stadtentwässerung ausgewiesene Kanalabschnitte werden in den tatsächlichen Verhältnissen nicht als Kanal, sondern als verrohrtes Gewässer angesehen. Dies hat zur Folge, dass die in der Sonderrechnung anfallenden kalkulatorischen Kosten für die verrohrten Gewässer nicht in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren einbezogen werden können. Der sich daraus ergebene Mehrbedarf i.H.v. rd. 85.000 EUR muss vom städtischen Haushalt getragen werden.												
			0	+	85.000	0	+	85.000	0	+	85.000	0	+	85.000	
		AMTA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.- SE BS Nds. WasserG		Die Anmeldungen der Mitgliedsbeiträge für den Wasserverband Mittlere Oker (WVMO) wurde auf die neuen Forderungen des WVMO angepasst.										
			0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	
		AMTA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen				
Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation			0	+ 320.000	0	- 150.000	0	0	0	0	0	0	
1.51.5111.03 Bebauungsplanung	427115 Planungskosten		Für die Umsetzung des Planungsvorhabens BOMA+ wurde eine Vereinbarung mit der Volksbank geschlossen, wonach die Stadt sich an den Gesamtkosten beteiligt.										
			0	+ 320.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
		APH	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	1	Angenommen				
Diverse Diverse	Diverse Diverse		Umsetzungen im Zusammenhang mit dem Digitalen Zwilling										
			0	0	0	- 150.000	0	0	0	0	0	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr			0	+ 510.000	0	+ 900.000	0	+ 370.000	0	+ 370.000	0	+ 370.000	
1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private Unternehmen		Mehrbedarf für die Vertragsentgelte an Bellis und BS Energy, sowie die Niederschlagswassergebühren										
			0	+ 510.000	0	+ 530.000	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	1	Angenommen				
1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private Unternehmen		Anpassung an den Mittelbedarf										
			0	0	0	+ 370.000	0	+ 370.000	0	+ 370.000	0	+ 370.000	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen	
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Fachbereich 68 - Umwelt			+ 129.900	+ 232.000	+ 129.900	+ 172.000	+ 129.900	+ 50.000	+ 129.900	0	+ 129.900	0		
1.55.5522.01 Hochwasserschutz	427115 Planungskosten		Planungskosten im Bereich Hochwasserschutz: Benötigt werden die Haushaltsmittel (insgesamt 180.000 € in 2025 und 120.000 € in 2026) zur Fortschreibung des Hochwasserschutzkonzept aus 2024 und Hochwasserschutzkonzept in 2025 und 2026 (Innenstadt).											
			0	+ 112.000	0	+ 52.000	0	0	0	0	0	0		
		UGA	Dafür:	6	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen					
1.56.5610.04 Landschaftsrahmenplanung	427115 Planungskosten		Der Landschaftsrahmenplan (LRP) als zentrales Instrument zur Konkretisierung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist gem. § 10 (2) BNatSchG aufzustellen und gem. § 10 (4) BNatSchG mind. alle 10 Jahre in allen Bereichen fortzuschreiben bzw. neu aufzustellen. Die Verpflichtung der Fortschreibung wurde erst mit dem Insektenvielfaltsgesetz v. 18.08.2021 eingeführt, gilt voraussetzungslos und unterliegt keinem anlassbezogenen Erforderlichkeitsvorbehalt. Der LRP aus dem Jahre 2000 für das Gebiet der Stadt Braunschweig wurde zuletzt ausschließlich für das Schutzgut „Tiere und Pflanzen“ sowie im Bereich Biotopverbundplanung aktualisiert. Die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele sind der Handlungsrahmen für die Naturschutzverwaltung und dienen als Grundlage anderer Fachplanungen sowie in Verwaltungsverfahren.											
			0	+ 120.000	0	+ 120.000	0	+ 50.000	0	0	0	0		
		UGA	Dafür:	6	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen					
1.56.5610.15 Klimaschutz	314110 Zuweisungen vom Land		Kostenausgleich für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen gem. §§ 18 und 20 NKlimaG für die Haushaltsplanung in 2025/2026. Bisher wurde davon ausgegangen, dass nur ein Betrag für Sachkosten als Ertrag bei FB 68 anzusetzen ist. Der ergangene Bescheid für das Jahr 2024 hat gezeigt, dass die Erträge i. H. von 237.939 Euro im vollem Umfang dem THH 68 zuzuordnen ist. Eine Aufteilung ist nicht vorzunehmen. 108.000 Euro sind jeweils für 2025 und 2026 veranschlagt. Die Differenz von 129.900 Euro ist für 2025 und 2026 als Ansatzveränderung nachzumelden. Für die mittelfristige Finanzplanung ist es möglich, dass sich die Beträge im Bescheid zum Klimagesetz ändern. Ansatzpunkte dafür gibt es im Moment nicht.											
			+ 129.900	0	+ 129.900	0	+ 129.900	0	+ 129.900	0	+ 129.900	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
Allgemeine Finanzwirtschaft			- 5.195.000	- 7.653.700	+ 5.448.000	- 3.810.200	+ 10.384.000	- 12.818.200	+ 12.301.000	- 16.407.800	+16.383.000	- 14.824.300		
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	301210 Grundsteuer B		Anpassungen insbesondere aufgrund der Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung 2024											
			0	0	+ 1.000.000	0	+ 1.100.000	0	+ 1.600.000	0	+ 2.100.000	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	302110 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024											
			- 1.100.000	0	- 1.300.000	0	- 800.000	0	- 1.700.000	0	- 1.700.000	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-					

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			- 1.400.000	0	- 1.300.000	0	- 1.300.000	0	- 1.300.000	0	- 1.300.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	311110 Schlüsselzuweisun gen vom Land		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			- 1.210.000	0	+ 8.000.000	0	+ 12.200.000	0	+ 14.400.000	0	+17.900.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			0	0	+ 730.000	0	+ 750.000	0	+ 760.000	0	+ 770.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361520 Zinsertrag verb.Untern.,Bet.+ SV/Cashpool		Zinserträge Cashpool - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Aufwand korrespondiert mit Erträgen bei den Sachkonten 361520 und 361720.										
			- 401.600	0	- 737.600	0	- 618.400	0	- 508.800	0	- 430.400	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361710 Zinsertrag Kreditinstitute		Zinserträge aus Geldanlagen - Aktualisierung der Ertragserwartung										
			- 100.400	0	- 184.400	0	- 154.600	0	- 127.200	0	- 107.600	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361720 Zinsertrag Kreditinstitute/Cash pool		Zinserträge Cashpool - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Aufwand korrespondiert mit Erträgen bei den Sachkonten 361520 und 361720.										
			- 983.000	0	- 760.000	0	- 793.000	0	- 823.000	0	- 849.000	0	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451520 Zinsaufw. an verb.Unternehmen/ Cashpool		Zinserträge Cashpool - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Aufwand korrespondiert mit Erträgen bei den Sachkonten 361520 und 361720.										
			0	- 852.800	0	- 667.000	0	- 698.000	0	- 726.000	0	- 752.000	
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				

Teilhaushalt		Aus- schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451710 Zinsaufwand an Kreditinstitute		Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten führen zu geänderten Zinsaufwendungen										
		0	+ 7.262.000	0	+ 8.497.000	0	- 6.380.000	0	- 8.457.100	0	- 6.556.300		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451715 Zinsaufwand an Kreditinst. Experiment.		Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Zinsaufwendungen durch die Stadt Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel führen zu entsprechend anderen Zinsaufwendungen.										
		0	- 11.516.200	0	- 6.169.900	0	- 8.398.600	0	- 8.056.900	0	- 5.551.800		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	452110 Zinsaufwand für Liquiditätskredite		Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten führen zu geänderten Zinsaufwendungen										
		0	+ 2.242.300	0	+ 2.365.700	0	+ 2.174.400	0	+ 500.200	0	- 2.158.200		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459110 Kreditbeschaffungs kosten		Aktualisierte Planung										
		0	+ 151.000	0	+ 1.000	0	+ 511.000	0	+ 122.000	0	+ 44.000		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459115 Kreditbeschaffungs kosten Experimentierkl		Aktualisierte Planung										
		0	+ 60.000	0	+ 163.000	0	- 27.000	0	+ 210.000	0	+ 150.000		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	462130 Deckungsreserve Sachaufw. EHH (ohne IM)		Absenkung Deckungsreserven										
		0	- 5.000.000	0	- 8.000.000	0	0	0	0	0	0		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				
Diverse Fachbereiche			0	+ 7.014.666	0	+ 7.064.328	0	+ 5.906.450	0	+ 6.009.171	0	+ 6.121.578	
Diverse Fachbereiche													
Diverse Diverse	Diverse Diverse		Neuberechnung der Personalkosten										
		0	+ 7.014.666	0	+ 7.064.328	0	+ 5.906.450	0	+ 6.009.171	0	+ 6.121.578		
		0	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	-				

Ergebnishaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen

Teilhaushalt		Veränderungen in €																			
Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029											
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen										
Diverse Fachbereiche		0	0	0	0	0	0	0	0	0	+	0									
Kultur und Wissenschaft																					
1.25.2630.10 Musikalische Ausbildung	427140 Veranstaltungen	Musikschulangebote in Geflüchtetenunterkünften																			
		0	+	5.000	0	+	5.000	0	+	5.100	0	+	5.279	0	+	5.516					
1.25.2811.04 Eigene kult. Verantst. sonst. Kulturpfl.	427140 Veranstaltungen	Umsetzung von Haushaltsmitteln zur Aufstockung des Veranstaltungsetats aus der Nachveranschlagung der Eigenmittel zum Förderprogramm RIS im HH-Jahr 2025																			
		0	+	250.000	0		0	0		0	0		0	0		0					
Referat 0500 - Sozialreferat																					
1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500																			
		0	+	827.500	0	+	839.800	0	+	856.596	0	+	886.577	0	+	926.473					
Diverse Diverse	Diverse Diverse	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500																			
		+	147.500	+	509.393	+	147.500	+	430.793	+	151.188	+	434.763	+	151.943	+	442.897	+	152.703	+	452.475
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit																					
1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500																			
		0	-	175.000	0	-	175.000	0	-	178.500	0	-	184.748	0	-	193.061					
1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500																			
		0	-	627.500	0	-	639.800	0	-	652.596	0	-	675.437	0	-	705.832					

Teilhaushalt		Veränderungen in €									
Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029	
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen
1.31.3517.30 Integration von Geflüchteten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		0	- 30.000	0	- 30.000	0	- 30.600	0	- 31.671	0	- 33.096
Diverse Diverse	Diverse Diverse	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		- 147.500	- 509.393	- 147.500	- 430.793	- 151.188	- 434.763	- 151.943	- 442.897	- 152.703	- 452.475
Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport											
1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Mit Beschluss des VA im November 2024 (DS 24-24374) gibt der BSV Ölper das an den Verein verpachtete Sportgelände mit Wirkung zum 1.1.25 an die Stadt zurück. Zukünftig ist das Ref. 0670 für die Instandhaltung und Pflege des großen Sportgeländes zuständig und die Unterhaltungszuschüsse an den Verein entfallen.									
		0	- 70.900	0	- 73.400	0	- 76.000	0	- 78.700	0	- 81.500
4S.670048 Global-Instandh. Sportstätten	421270 Infrastrukturverm. - Unterh. Grünanlag.	Mit Beschluss des VA im November 2024 (DS 24-24374) gibt der BSV Ölper das an den Verein verpachtete Sportgelände mit Wirkung zum 1.1.25 an die Stadt zurück. Zukünftig ist das Ref. 0670 für die Instandhaltung und Pflege des großen Sportgeländes zuständig und die Unterhaltungszuschüsse an den Verein entfallen.									
		0	+ 70.900	0	+ 73.400	0	+ 76.000	0	+ 78.700	0	+ 81.500
Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat											
1.57.5711.01 Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Umsetzung von Haushaltsmitteln zur Aufstockung des Veranstaltungsetats aus der Nachveranschlagung der Eigenmittel zum Förderprogramm RIS im HH-Jahr 2025									
		0	- 250.000	0	0	0	0	0	0	0	0

Finanzhaushalt

Anlage 5.1

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 20 - Finanzen												
Vorplanungen Gebäudemaßnahmen												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	3E.21 Neu	Kita Watenbüttel - GS Watenbüttel - Völkenrode / Vorplanungen	SBR 321									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für ein Konzept zum Fortbestand der Kindertagesstätte in Watenbüttel und zur Errichtung des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Watenbüttel/Völkenrode
		neu		0	0	*)	0	0	0	0	0	
		Veränderung		0	0	*)	0	0	0	0	0	
			APH									Anmerkung der Verwaltung Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. abgelehnt 0 / 9 / 1
	3E.21 Neu	Feuerwehrgerätehäuser / Konzept Mängelbeseitigung	SBR 322									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung, mit welchem abgestuften Zeitplan, die bereits verwaltungsseitig festgestellten Mängel der im Bezirk 322 liegenden Feuerwehrhäuser behoben werden können
		neu		0	0	*)	0	0	0	0	0	
		Veränderung		0	0	*)	0	0	0	0	0	
			AFKO									Anmerkung der Verwaltung Es werden je Jahr Finanzmittel in Höhe von 150.000 EUR für die Beseitigung von Mängeln an Feuerwehrgerätehäusern zur Verfügung gestellt (4S.210017). Zur Prioritätensetzung der Abarbeitung von Mängeln dienen zum einen der Begehungsbericht der FUK, die Prioritätenliste aus dem Feuerwehrbedarfsplan sowie die Möglichkeiten der jeweiligen Maßnahmen an den Feuerwehrhäusern (24-24160-01). In diesem Rahmen werden auch die Mängel an den Feuerwehrhäusern im Stadtbezirk 322 abgearbeitet. Weitere Haushaltsmittel werden für nicht erforderlich gehalten.
			APH									abgelehnt: 0 / 10 / 0 Der Antrag wurde für erledigt erklärt (siehe Anmerkung der Verwaltung)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	3E.21 Neu	Feuerwehrhaus Harxbüttel / Vorplanung Überdachung Grillplatz	SBR 322	bisher 0 0 0 0 0 0 0	neu 0 0 *) 0 0 0 0 0	Veränderung 0 0 *) 0 0 0 0 0 0						zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung, ob und in welcher Form dem Bauantrag der Freiwilligen Feuerwehr Harxbüttel für die Verlängerung der Überdachung Grillplatz incl. Abstellcontainer entsprochen werden kann; die Architektenleistungen und die Umsetzung plant die Freiwillige Feuerwehr Harxbüttel in eigener Regie mit Unterstützung u.a. von Architekten, Statikern etc., für deren Arbeit keine Kosten für die Stadt Braunschweig entstehen. Anmerkung der Verwaltung Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. abgelehnt: 1 / 9 / 0 Der Antrag wurde für erledigt erklärt.
BSA Rüningen / Vorplanung Laufschauch												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	
169	3E.67 Neu	BSA Rüningen / Vorplanung Laufschauch	SPD-Fraktion	bisher 0 0 0 0 0 0 0	neu 0 0 *) 0 0 0 0 0	Veränderung 0 0 *) 0 0 0 0 0 0						zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für die Planung eines Laufschauches auf der Bezirkssportanlage Rüningen Im Vorbericht des Haushaltsplans soll weiterhin das Umsetzungsprojekt unter dem Kapitel 3.2.9.3 "Zukunftsprojekte" (4E.Neu) aufgenommen werden. Anmerkung der Verwaltung Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. passieren lassen (10 / 0 / 0)
169	3E.21 Neu	BSA Rüningen / Vorplanung Laufschauch		bisher 0 0 0 0 0 0 0	neu 100.000 0 0 100.000 0 0 0	Veränderung 100.000 0 0 100.000 0 0 0						Anmerkung der Verwaltung neu: Für die Vorplanung des Laufschauchs werden Planungsmittel für 2026 in Höhe von 100.000 EUR geschätzt. Die fachliche Zuständigkeit liegt entgegen der bisherigen Annahme beim Fachbereich Gebäudemanagement und nicht beim Sportreferat. Die Umsetzungskosten der Maßnahme werden nach grober Kostenschätzung auf 3.760.000 EUR beziffert.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Grundstückskauf "Am Gewandhaus"												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
111	4E.200006	Am Gewandhaus / Ankauf	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI bisher 3.200.000 0 3.200.000 0 0 0 0 0 neu 0 0 0 0 0 0 0 0 Veränderung -3.200.000 0 -3.200.000 0 0 0 0 0 WA									Verringerung der Haushaltsmittel i. H. v. 14.999.999 EUR auf 1 EUR für 2025 für den Ankauf des Gebäudes "Am Gewandhaus" abgelehnt 1 / 10 / 0
24	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
111	4E.200006	Am Gewandhaus / Ankauf	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI bisher 11.800.000 0 11.800.000 0 0 0 0 0 neu 100 0 100 0 0 0 0 0 Veränderung -11.799.900 0 -11.799.900 0 0 0 0 0 WA									Verringerung der Haushaltsmittel i. H. v. 14.999.999 EUR auf 1 EUR für 2025 für den Ankauf des Gebäudes "Am Gewandhaus" Anmerkung der Verwaltung: Finanzraten können nur in vollen 100 EUR vorgesehen werden. abgelehnt 1 / 10 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Baumaßnahmen Vienna house Die "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" beantragt, die Finanzraten in Höhe von 3,2 Mio. EUR für Baumaßnahmen am Vienna house im Rahmen des 2.BA vorzuziehen. Alle Baumaßnahmen am Vienna house wurden in einem Projekt abgebildet, sind jedoch aufgrund ihrer Inhalte im Investitionsprogramm anderen Sparten (wie z.B. Kita, Sport, Flüchtlingsunterkunft) zugeordnet worden. Das Projekt gliedert sich wie folgt auf: -Herrichtung Flüchtlingsunterkunft -Herrichtung Kita -Herrichtung Sporthalle -Sanierung Bestandsgebäude												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		Herrichtung Flüchtlingsunterkunft	bisher	1.800.000	0	500.000	1.000.000	300.000	0	0	0	Beibehaltung der Finanzraten für die Herrichtung der Flüchtlingsunterkunft im Gebäudekomplex "Vienna house"
			neu	1.800.000	0	500.000	1.000.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			JHA									Der Antrag wurde zurückgezogen
			APH									Der Antrag wurde zurückgezogen
			AFSG									Der Antrag wurde für erledigt erklärt.
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		Herrichtung Kita	bisher	3.200.000	0	0	0	0	0	0	3.200.000	Vorziehen der Finanzraten in Höhe von 3,2 Mio. EUR von 2030 für die Einrichtung einer Kita
			neu	3.200.000	0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	0	0	-3.200.000	Anmerkung der Verwaltung: Es gibt hierzu eine Ansatzveränderung der Verwaltung, die ein Vorziehen der Finanzraten für die Kita auf 2025-2027 in Höhe von 3.200.000 EUR vorsieht
			JHA									Der Antrag wurde zurückgezogen
			APH									Der Antrag wurde zurückgezogen
			AFSG									Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA Herrichtung Sporthalle	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI bisher 2.500.000 0 500.000 1.000.000 1.000.000 0 0 0 neu 2.500.000 0 500.000 1.000.000 1.000.000 0 0 0 Veränderung 0 0 0 0 0 0 0 0 JHA APH AFSG									Beibehaltung der Fiannzraten für die Herrichtung der Sporthalle im Gebäudekomplex "Vienna house" Der Antrag wurde zurückgezogen Der Antrag wurde zurückgezogen Der Antrag wurde für erledigt erklärt.
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA Sanierung Bestandsgebäude	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI bisher 12.650.000 0 1.500.000 3.500.000 3.000.000 1.850.000 0 2.800.000 neu 12.650.000 0 1.500.000 3.500.000 3.000.000 1.850.000 0 2.800.000 Veränderung 0 0 0 0 0 0 0 0 JHA APH AFSG									Beibehaltung der Fiannzraten für die Sanierung der Bestandsgebäude im Gebäudekomplex "Vienna house" Der Antrag wurde zurückgezogen Der Antrag wurde zurückgezogen Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €													
Sanierung Gebäude Hamburger Str. (Gesundheitsamt)																								
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0													
114	4E.210288	Gesundheitsamt / Sanierung	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI <div><div>bisher1.240.000245.0000000995.000</div><div>neu2.235.000245.000600.000790.000600.000000</div><div>Veränderung995.0000600.000790.000600.00000-995.000</div></div> <div><div>APH</div><div>AFSG</div><div>AFSG</div></div>									<div>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 9.950.000 EUR für die Sanierung des Gesundheitsamtes auf die Jahre 2025-2027</div> <div>abgelehnt 1 / 10 / 0</div> <div>26.09.2024: passieren lassen (11 / 0 / 0) - Der Antrag soll erneut am 20.11.2024 im AFSG behandelt werden.</div> <div>20.11.2024: abgelehnt (1 / 9 / 0)</div>												
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0													
114	4E.210288	Gesundheitsamt / Sanierung	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI <div><div>bisher11.160.0002.205.0000008.955.000</div><div>neu10.165.0002.205.0002.400.0003.160.0002.400.000000</div><div>Veränderung-995.00002.400.0003.160.0002.400.00000-8.955.000</div></div> <div><table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>3.160.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>3.160.000</td></tr><tr><td>VE 2027:</td><td>0</td><td>VE 2027 neu:</td><td>2.400.000</td><td>VE 2027 Veränderung:</td><td>2.400.000</td></tr></table></div> <div><div>APH</div><div>AFSG</div><div>AFSG</div></div>									VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.160.000	VE 2026 Veränderung:	3.160.000	VE 2027:	0	VE 2027 neu:	2.400.000	VE 2027 Veränderung:	2.400.000	<div>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 9.950.000 EUR für die Sanierung des Gesundheitsamtes auf die Jahre 2025-2027</div> <div>Anmerkung der Verwaltung</div> <div>Bei Annahme des Antrages wären Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 3.160.000 EUR zu Lasten 2026 und 2.400.000 EUR zu Lasten 2027 erforderlich.</div> <div>abgelehnt 1 / 10 / 0</div> <div>26.09.2024: passieren lassen (11 / 0 / 0) - Der Antrag soll erneut am 20.11.2024 im AFSG behandelt werden.</div> <div>20.11.2024: abgelehnt (1 / 9 / 0)</div>
VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.160.000	VE 2026 Veränderung:	3.160.000																			
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	2.400.000	VE 2027 Veränderung:	2.400.000																			

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Maßnahme Neubau Kinder-, und Jugendzentrum												
JZ B 58 - Antrag des SBR 330												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-2.566.000		1.000.000	810.000	0	0	0	-4.376.000	
	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	SBR 330									
		bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
		neu	1.934.000	124.000	1.000.000	810.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	-2.566.000	0	1.000.000	810.000	0	0	0	0	-4.376.000	
		JHA	-2.566.000	0	1.000.000	810.000	0	0	0	0	-4.376.000	Anmerkung der Verwaltung Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei diesem Antrag nicht berücksichtigt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.
		APH	-2.566.000	0	1.000.000	810.000	0	0	0	0	-4.376.000	passieren lassen (12 / 0 / 0) Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden. passieren lassen (11 / 0 / 0)
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-10.264.000		4.000.000	3.240.000	0	0	0	-17.504.000	
	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	SBR 330									
		bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
		neu	7.736.000	496.000	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	-10.264.000	0	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	-17.504.000	
		zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 3.240.000 EUR										
		Anmerkung der Verwaltung Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei dieser Antrag nicht berücksichtigt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.										
		VE 2026: 0 VE 2026 neu: 3.240.000 VE 2026 Veränderung: 3.240.000										
		JHA	-10.264.000	0	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	-17.504.000	passieren lassen (12 / 0 / 0) Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
		APH	-10.264.000	0	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	-17.504.000	passieren lassen (11 / 0 / 0)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €		
JZ B 58 - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI													
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		2.000.000	2.376.000	0	0	0	-4.376.000		
116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI										
			bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 vauf die Jahre 2025 und 2026 Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor. passieren lassen (12 / 0 / 0) Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden. passieren lassen (11 / 0 / 0)	
			neu	4.500.000	124.000	2.000.000	2.376.000	0	0	0	0		
			Veränderung	0	0	2.000.000	2.376.000	0	0	0	-4.376.000		
			JHA	0	0	2.000.000	2.376.000	0	0	0	-4.376.000		
			APH	0	0	2.000.000	2.376.000	0	0	0	-4.376.000		
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		8.000.000	9.504.000	0	0	0	-17.504.000		
116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI										
			bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 vauf die Jahre 2025 und 2026 Anmerkung der Verwaltung Bei Annahme des Antrages wäre eine VE zu Lasten 2026 i. H. v. 9.504.000 EUR erforderlich. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.	
			neu	18.000.000	496.000	8.000.000	9.504.000	0	0	0	0		
			Veränderung	0	0	8.000.000	9.504.000	0	0	0	-17.504.000		
			VE 2026: 0 VE 2026 neu: 9.504.000 VE 2026 Veränderung: 9.504.000										
			JHA	0	0	8.000.000	9.504.000	0	0	0	-17.504.000		
			APH	0	0	8.000.000	9.504.000	0	0	0	-17.504.000		

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
JZ Watenbüttel - Antrag des SBR 321												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	SBR 321									
			bisher	95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. 5E.210156)		neu	95.000	0	95.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	95.000	0	0	0	0	-95.000	Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.
			JHA									passieren lassen (12 / 0 / 0)
			APH									Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
												abgelehnt 1 / 10 / 0
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	SBR 321									
			bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)		neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	855.000	0	0	0	0	-855.000	Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.
			JHA									passieren lassen (12 / 0 / 0)
			APH									Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
												abgelehnt 1 / 10 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
JZ Watenbüttel - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	0	
117a	4E.210474 (inkl. 5E.210156)	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		bisher	95.000	0	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
		neu	95.000	0	95.000	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt.
		Veränderung	0	0	95.000	0	0	0	0	0	-95.000	Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor. passieren lassen (12 / 0 / 0) Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden. abgelehnt 1 / 10 / 0
		JHA										
		APH										
	25	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	0	
117b	4E.210474 (inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	0	855.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
		neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt.
		Veränderung	0	0	855.000	0	0	0	0	0	-855.000	Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor. passieren lassen (12 / 0 / 0) Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden. abgelehnt 1 / 10 / 0
		JHA										
		APH										

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Kita-Maßnahmen												
Anbau Kita Wenden												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	4E. 21 Neu	Kita Wenden / Anbau	SBR 322									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für den Anbau an die Kita Wenden, der die erforderlichen Vorgaben zum Flächenbedarf zur Wiedereinrichtung einer 4. Gruppe erfüllt und die Aufstockung des Platzangebotes ermöglicht
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			JHA									Anmerkung der Verwaltung Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertagesstätte nicht an eine bestimmte Einrichtung gebunden sind und im Umfeld der ev. Kindertagesstätte in Wenden insbesondere nach Inbetriebnahme der Kindertagesstätten Warnekamp, und der VW Betriebs-Kita Löwenkinder sowie der Aufnahme einer Kindergartengruppe der Betriebs-Kita Frech Daxe (VW Financial im Käferweg) für örtliche Bedarfe weitere Plätze vorhanden sind. Allein in letzterer Einrichtung stehen 25 zusätzliche Plätze für Kindergartenkinder aus dem Stadtgebiet zur Verfügung. Es sind somit ausreichend Auffangkapazitäten vorhanden (DS 24-23537-01)
			APH									Von einer Kostenschätzung wird daher abgesehen. abgelehnt 0 / 12 / 0 abgelehnt 0 / 10 / 1

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
	4E. 21 Neu	Kita Wenden / Anbau	SBR 322									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für den Anbau an die Kita Wenden, der die erforderlichen Vorgaben zum Flächenbedarf zur Wiedereinrichtung einer 4. Gruppe erfüllt und die Aufstockung des Platzangebotes ermöglicht
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			JHA									Anmerkung der Verwaltung Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertagesstätte nicht an eine bestimmte Einrichtung gebunden sind und im Umfeld der ev. Kindertagesstätte in Wenden insbesondere nach Inbetriebnahme der Kindertagesstätten Warnekamp, und der VW Betriebs-Kita Löwenkinder sowie der Aufnahme einer Kindergartengruppe der Betriebs-Kita Frech Daxe (VW Financial im Käferweg) für örtliche Bedarfe weitere Plätze vorhanden sind. Allein in letzterer Einrichtung stehen 25 zusätzliche Plätze für Kindergartenkinder aus dem Stadtgebiet zur Verfügung. Es sind somit ausreichend Auffangkapazitäten vorhanden (DS 24-23537-01) Von einer Kostenschätzung wird daher abgesehen.
			APH									abgelehnt 0 / 12 / 0 abgelehnt 0 / 10 / 1

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Maßnahmen an Feuerwehrgerätehäusern												
Neubau Feuerwehrhaus Geitelde-Stiddien - Antrag des SBR 222												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-286.900		116.000	0	0	0	0	-402.900	
	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	SBR 222									
		bisher		522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	<p>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien entsprechend der ursprünglichen Planung zum Haushalt 2023 ff.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor.</p> <p>passieren lassen (10 / 0 / 0) passieren lassen (11 / 0 / 0)</p>
		neu		236.000	120.000	116.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		-286.900	0	116.000	0	0	0	0	-402.900	
		AFKO		-286.900	0	116.000	0	0	0	0	-402.900	
		APH		-286.900	0	116.000	0	0	0	0	-402.900	
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-567.500		1.044.000	0	0	0	0	-1.611.500	
	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	SBR 222									
		bisher		2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	<p>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien entsprechend der ursprünglichen Planung zum Haushalt 2023 ff.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor.</p> <p>passieren lassen (10 / 0 / 0) passieren lassen (11 / 0 / 0)</p>
		neu		2.124.000	1.080.000	1.044.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		-567.500	0	1.044.000	0	0	0	0	-1.611.500	
		AFKO		-567.500	0	1.044.000	0	0	0	0	-1.611.500	
		APH		-567.500	0	1.044.000	0	0	0	0	-1.611.500	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Neubau Feuerwehrhaus Geitelde -Stiddien - Antrag der CDU-Fraktion												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		666.600		320.900	534.700	213.900	0	0	-402.900	
165	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	CDU-Fraktion									
		bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf das Jahr 2025
		neu	522.900	120.000	402.900	0	0	0	0	0	0	
		Veränderung	0	0	402.900	0	0	0	0	0	-402.900	
												Anmerkung der Verwaltung
												Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden.
												Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.
		AFKO	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>402.900</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-402.900</u>	passieren lassen (10 / 0 / 0)
		APH	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>402.900</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-402.900</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0)
165 Neu	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf 2025-2027 sowie Erhöhung der Gesamtkosten um 3.332.600 EUR; der bisherige Antrag FWI 165 wird ersetzt
		neu	1.189.500	120.000	320.900	534.700	213.900	0	0	0	0	
		Veränderung	666.600	0	320.900	534.700	213.900	0	0	0	-402.900	
												Anmerkung der Verwaltung
												Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt.
												Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Klimaschutzmaßnahmen "Städtische Gebäude"												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		5.000.000		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	
113	4S.210106	Städt. Maßnahmen / Klimaschutz	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN									
		bisher	5.799.500	5.799.500	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 1 Mio. EUR für Klimaschutzmaßnahmen an Städtischen Gebäuden
		neu	10.799.500	5.799.500	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	
		Veränderung	5.000.000		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	
		APH	<u>5.000.000</u>	<u>0</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>0</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0)
112	4S.210107	städt. Gebäudemaßnah. / Begrünung	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN									
		bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 500.000 € für Begrünungsmaßnahmen an Städtischen Gebäuden
		neu	3.500.000	1.000.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	
		Veränderung	2.500.000		500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	Hinweis der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten bereits eine Aufstockung der Haushaltsmittel um jährlich 450.000 €.
		APH										Der Antrag wurde zurückgezogen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie												
26		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		41.000		8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	0	
118	5S.510013	FB 51:Global-Sachanl. Zeltlager L..	SPD									
			bisher	775.000	600.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 EUR jährlich für die Beschaffung von Innenzelten für das Jugendzeltlager Lenste
			neu	812.500	600.000	42.500	42.500	42.500	42.500	42.500	0	
			Veränderung	37.500		7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	0	Anmerkung der Verwaltung Auf Grundlage eines aktuellen Angebotes wären bei einem Ersatz von 5 Innenzelten pro Jahr 8.200 EUR (statt 7.500 EUR p.a.) zu veranschlagen.
			JHA	<u>41.000</u>	<u>0</u>	<u>8.200</u>	<u>8.200</u>	<u>8.200</u>	<u>8.200</u>	<u>8.200</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 1 / 0 ; der Betrag wurde von 7.500 EUR auf 8.200 EUR geändert (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege												
9	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
119	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
			bisher	544.700	350.700	38.800	38.800	38.800	38.800	38.800	0	geringere Erträge in Höhe von 38.800 EUR jährlich für 2025-2029 für die Bezuschussung von privaten Denkmälern
			neu	350.700	350.700	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-194.000		-38.800	-38.800	-38.800	-38.800	-38.800	0	Anmerkung der Verwaltung Die Erträge wurden ab 2025 von 33.300 EUR auf 38.800 EUR erhöht.
			APH									abgelehnt 1 /10 /0 (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
119	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
			bisher	1.580.500	1.053.000	105.500	105.500	105.500	105.500	105.500	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 105.500 EUR jährlich für 2025- 2029 für die Zuschussung von privaten Denkmälern
			neu	1.053.000	1.053.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-527.500		-105.500	-105.500	-105.500	-105.500	-105.500	0	Anmerkung der Verwaltung Die Haushaltsmittel wurden ab 2025 von 100.000 EUR auf 105.500 EUR erhöht.
			APH									abgelehnt 1 /10 /0 (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von SBR 310												
19	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	SBR 310									
			bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	0	3.285.000	<p>Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsrate sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden</p> <p>Anmerkung der Verwaltung Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.</p> <p>abgelehnt 0 / 10 / 0</p> <p>(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung zu FWI 120 - Anlage 6)</p>
			neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	0	
			Veränderung	0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000	
			AMTA									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €																										
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0																										
	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	SBR 310	bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	0	6.100.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR Anmerkung der Verwaltung Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor. <table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>450.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>450.000</td></tr><tr><td>VE 2027:</td><td>0</td><td>VE 2027 neu:</td><td>1.000.000</td><td>VE 2027 Veränderung:</td><td>1.000.000</td></tr><tr><td>VE 2028:</td><td>0</td><td>VE 2028 neu:</td><td>1.200.000</td><td>VE 2028 Veränderung:</td><td>1.200.000</td></tr><tr><td>VE 2029:</td><td>0</td><td>VE 2029 neu:</td><td>0</td><td>VE 2029 Veränderung:</td><td>0</td></tr></table> AMTA	VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000	VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000	VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000	VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000																												
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000																												
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000																												
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0																												
				neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	0																									
				Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000																									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI"												
19	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
120	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
			bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	0	3.285.000	Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 310 vor. abgelehnt 0 / 10 / 1 (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)
			neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	0	
			Veränderung	0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000	
			AMTA									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €																																																				
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0																																																				
120	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	<div>Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI</div> <table><tr><td>bisher</td><td>6.679.995</td><td>579.995</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>6.100.000</td></tr><tr><td>neu</td><td>4.229.995</td><td>579.995</td><td>1.000.000</td><td>450.000</td><td>1.000.000</td><td>1.200.000</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td>Veränderung</td><td>-2.450.000</td><td></td><td>1.000.000</td><td>450.000</td><td>1.000.000</td><td>1.200.000</td><td>0</td><td>-6.100.000</td></tr></table> <div><table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>450.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>450.000</td></tr><tr><td>VE 2027:</td><td>0</td><td>VE 2027 neu:</td><td>1.000.000</td><td>VE 2027 Veränderung:</td><td>1.000.000</td></tr><tr><td>VE 2028:</td><td>0</td><td>VE 2028 neu:</td><td>1.200.000</td><td>VE 2028 Veränderung:</td><td>1.200.000</td></tr><tr><td>VE 2029:</td><td>0</td><td>VE 2029 neu:</td><td>0</td><td>VE 2029 Veränderung:</td><td>0</td></tr></table><div>AMTA</div></div>									bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	0	6.100.000	neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	0	Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000	VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000	VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000	VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000	VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0	<div>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe vno 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden, so dass sich eine Haushaltsentlastung von rund 2,5 Mio. EUR ergibt</div> <div>zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR</div> <div>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die Sachkosten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</div> <div>Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 310 vor.</div> <div>abgelehnt 0 / 10 / 1</div> <div>(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)</div>
bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	0	6.100.000																																																							
neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	0																																																							
Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000																																																							
VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000																																																										
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000																																																										
VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000																																																										
VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0																																																										

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Maßnahmen Radverkehr												
Einrichtung geschützte Radverkehrstreifen												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				50.000		50.000	0	0	0	0	0	
125	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	2.873.336	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall
			neu	3.530.365	2.230.365	300.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	
			Veränderung	657.030	0	50.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	657.030	0	50.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr. passieren lassen (11 / 0 / 0) (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
125	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall
			neu	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			AMTA	0	0	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr. passieren lassen (11 / 0 / 0) (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)

24

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Planung weiterer Velorouten												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		400.000		200.000	200.000	0	0	0	0	
122	3E.66 NEU	weitere Velorouten / Vorplanung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 400.000 EUR (2025 und 2026 je 200.000 EUR) für die Planung von zwei weiteren Velorouten
			neu	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten den Bau der Veloroute Weststadt.
			AMTA	<u>400.000</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>200.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0) (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)

26

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	4E.66 Neu	Saarstr. / Sanierung Radwege	SBR 321	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege Saarstraße - stadtein- und stadtauswärts.
				neu 2.300.000	0	100.000	2.200.000	0	0	0	0	
				Veränderung 2.300.000		100.000	2.200.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kosten für eine grundhafte Sanierung der bestehenden Radwegflächen, beiderseits der Saarstraße im oben genannten Abschnitt, würden etwa 2.300.000 EUR betragen. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen. Es sind keine Kosten für eine Optimierung der Radwegbreiten enthalten, da die zur Verfügung stehenden Flächen dies nicht ermöglichen. Ein solcher Eingriff würde zudem die Baumwurzeln beeinträchtigen und die Bäume schädigen, so dass diese vermutlich nicht erhalten werden können. Eine reine Deckensanierung würde ca. 800.000 EUR kosten. Aufgrund der dabei zu überbauenden Wurzeln wäre die Radwegoberfläche danach jedoch wellig und es würde bald erneut zu Aufbrüchen im Asphalt kommen.
			AMTA									abgelehnt 0 / 10 / 1
Unterflurverlegung Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	4E.66 Neu	Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld / Unterflurverlegung	SBR 120	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Unterflurverlegung von den Wertstoffcontainern der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth- Str. / Franzsches Feld.
				neu 190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung 190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kostenschätzung beläuft sich auf 190.000 EUR.
			AMTA									abgelehnt 0 / 11 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Umrüstung Müllbehälter												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			30.000		30.000	0	0	0	0	0	
166	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	CDU-Fraktion									zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 i. H. v. 30.000 EUR zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell "Rostock" auf das Modell "Kendo"
			bisher	29.098.200	22.598.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			neu	29.128.200	22.598.200	1.330.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	30.000	0	30.000	0	0	0	0	0	
												passieren lassen (10 / 0 / 0)
												Anmerkung der Verwaltung neu Die CDU-Fraktion hat den Antrag dem Projekt 5S.660039 Global-Baumaßnahmen zugeordnet. Die Maßnahmen werden jedoch als Teil des Straßenvermögens und damit als Aufwand angesehen.
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)
sonstige Tiefbaumaßnahmen												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			300.000		0	300.000	0	0	0	0	
	3E.66 Neu	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp/Planung Umgestaltung	SBR 111									zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelkamp / Am Feuerreich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	
												abgelehnt 0 / 10 / 1

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	4S.66 Neu	Sommerstraßen SBR 120 / Umsetzung	SBR 120	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung der Eignung verschiedener Optionen zur Einrichtung einer Sommerstraße im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet und für die anschließende Umsetzung.
				neu 0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
				Veränderung 0		*)	*)	*)	*)	*)	0	
			AMTA									Anmerkung der Verwaltung Für die erfolgreiche Durchführung von Sommerstraßen sind verschiedene personelle und materielle Ressourcen sowie infrastrukturelle Voraussetzungen erforderlich. Finanziert werden müssen u. a. Kommunikationsmaterial, Bürgerbeteiligung, Ausstattung (wie z. B. Mobiliar mit Sitzmöglichkeiten, mobiles Grün, etc.), Verkehrseinrichtungen sowie ggf. Veranstaltungen, Ausstellungsmaterial etc. Je nachdem in welchem Umfang und mit welcher Ausstattung eine Sommerstraße umgesetzt werden soll, variieren die Kosten für die Maßnahme. Auf Grundlage der benannten Ausgaben von anderen Städten, die bereits eine Sommerstraßen eingerichtet haben, sind für eine erfolgreiche Umsetzung von Sommerstraßen eine Planstelle sowie Mittel pro Sommerstraße in Höhe von ca. 100.000 EUR jährlich erforderlich. Daher wurde der Antrag in einen Antrag zum Investitionsprogramm und einen Stellenplanantrag aufgeteilt. Die Verwaltung sieht eine Vorberatung der Stellenplananträge im FPDA am 28.11.2024 vor (lfd. Nr. SBR13). Aufgrund dieses Zusammenhangs sollte mit dem gleichen Ergebnis über die beiden Antragsteile abgestimmt werden.
												abgelehnt 1 / 10 / 0
124	4E.66 Neu	Prinzenweg / barrierefreier Umbau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 300.000 EUR für den barrierefreien Umbau des Prinzenweges
				neu 300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	
				Veränderung 300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	Die Verwaltung wird gebeten, die Finanzraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.
												Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah / Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.
												Anmerkung der Verwaltung Die Kosten werden auf rund 400.000 EUR geschätzt. Um die Maßnahme umsetzen zu können, wäre der Antrag dahingehend zu ändern. Die Haushaltsmittel sollten für 2026 eingeplant werden.
			AMTA	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0)
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	4E.66 Neu	Holbeinstr. / Umgestaltung zu verkehrsberuhigtem Bereich	SBR 120	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 die Umgestaltung des nördlichsten Abschnittes der Holbeinstr. zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße)
				neu 300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung 300.000		300.000	0	0	0	0	0	
			AMTA									Anmerkung der Verwaltung Zur Umwandlung des nördlichen Abschnittes der Holbeinstr. zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich ist ein niveaugleicher Ausbau der Abschnitte erforderlich. Die Umbaukosten werden auf ca. 300.000 EUR geschätzt. Eine Umsetzung ist frühestens Ende 2026 möglich. Die beantragten Finanzmittel werden dennoch in 2025 dargestellt, da die Verwaltung nicht entscheiden kann, den politischen Antrag entsprechend zu verändern. abgelehnt 1 / 10 / 0
	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	SBR 120	bisher 3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Bordsteinabsenkung an der Einmündung des Gehweges an der Schlegelstr. in die Herzogin-Elisabeth-Str.
				neu 3.506.000	2.000.000	306.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
				Veränderung 6.000	0	6.000	0	0	0	0	0	
			AMTA									Anmerkung der Verwaltung Die Kostenschätzung beläuft sich auf 6.000 EUR. abgelehnt 1 / 10 / 0
	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	SBR 321	bisher 3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Befestigung der Haltestelle Lammer Heide, stadteinwärts (so wie stadtauswärts).
				neu 3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
				Veränderung 0	0	0	0	0	0	0	0	
			AMTA									Anmerkung der Verwaltung Der Abschluss der Umsetzung ist aus bestehenden Haushaltsmitteln im Oktober 2024 geplant (s. auch DS 24-24192-01). Daher ist keine Aufnahme weiterer Haushaltsmittel notwendig. Der Antrag wurde für erledigt erklärt

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 67 (inkl. 0670) - Stadtgrün und Sport Umsetzung Sportentwicklungsplanung												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		525.000		175.000	175.000	175.000	0	0	0	
127	4S.67 NEU	Sportentwicklungsplanung / weitere Umsetzung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 250.000 EUR für 2025, 2026 und 2027 für die weitere Umsetzung der Sportentwicklungsplanung
		neu		525.000	0	175.000	175.000	175.000	0	0	0	
		Veränderung		525.000		175.000	175.000	175.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung wird zur Zeit für die Gremien vorbereitet.
		SpA		<u>525.000</u>	<u>0</u>	<u>175.000</u>	<u>175.000</u>	<u>175.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen 10 / 0 / 0
25		Baumaßnahmen (Veränderungen)		225.000		75.000	75.000	75.000	0	0	0	
127	4S.67 NEU	Sportentwicklungsplanung / weitere Umsetzung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 250.000 EUR für 2025, 2026 und 2027 für die weitere Umsetzung der Sportentwicklungsplanung
		neu		225.000	0	75.000	75.000	75.000	0	0	0	
		Veränderung		225.000		75.000	75.000	75.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung wird zur Zeit für die Gremien vorbereitet.
		SpA		<u>225.000</u>	<u>0</u>	<u>75.000</u>	<u>75.000</u>	<u>75.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (10 / 0 / 0)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Umwandlung Kunstrasenplatz in Tennenplatz Sportanlage Querum												
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		440.000	0	-440.000	0	0	0	
126	5E.670093	SpA Querum/Umw. Tennenpl.-Kunstr.-Bau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									Vorziehen der Finanzrate 2027 in Höhe von 440.000 EUR für die Umwandlung des Tennenplatzes auf der städtischen Sportanlage Querum in einen Kunstrasenplatz auf 2025. geringere VE zu Lasten 2027: - 440.000 EUR Anmerkung der Verwaltung: In den Gesamtkosten des Projektes sind 57.200 EUR Personalkosten enthalten, die hier nicht dargestellt werden.

33

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Zuschuss Neubau Tennisheim und Tagespflege "BTSV"												
28	Aktivierbare Zuwendungen			500.000		500.000	0	0	0	0	0	
129	5E.67 NEU	BTSV/Zuschuss Tennisheim und Tagespflege	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	500.000	0	500.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		500.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für einen Zuschuss an den BTSV zu einem Neubau, in dem das Tennisheim und eine Tagespflegestation eingerichtet werden
			SpA	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (10 / 0 / 0)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Sanierung von Spielplätzen Wasserspielplatz Muldeweg												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		1.800.000		800.000	1.000.000	0	0	0	0	
	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	SBR 221	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung des Wasserspielplatzes im Muldeweg
				neu 0	0	*)	0	0	0	0	0	
				Veränderung 0		*)	0	0	0	0	0	Hinweis der Verwaltung Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. Zum HH 2023 ff. wurden 408.000 EUR angenommen. Es liegen ähnliche Anträge der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" (Antrag 133) und der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" (Antrag 150) vor.
				UGA 0	0	*)	0	0	0	0	0	passieren lassen (8 / 0 / 0)
	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung neu
				neu 600.000	0	100.000	500.000	0	0	0	0	Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten auf rd. 600.000 EUR (2025: 100.000 EUR und 2026: 500.000 EUR).
				Veränderung 600.000		100.000	500.000	0	0	0	0	
133	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2025 für die Sanierung des Wasserspielplatzes im Muldeweg
				neu 600.000	0	100.000	500.000	0	0	0	0	
				Veränderung 600.000		100.000	500.000	0	0	0	0	Die Verwaltung wird gebeten, die Finanzraten so auf die Jahre 2025 und 2026 zu verteilen, dass die Planung und Sanierung des Wasserspielplatzes verbindlich im Jahr 2026 abgeschlossen werden kann. Hinweis der Verwaltung Die Verwaltung sieht eine Verteilung der Haushaltsmittel auf zwei Jahre vor (2025: 100.000 EUR; 2026: 500.000 EUR). In 2025 muss eine Verpflichtung zu Lasten 2026 eingegangen werden können. Es liegen ähnliche Anträge des SBR 221 und der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI." (Antrag 150) vor.
						VE 2026: 0	VE 2026 neu: 500.000	VE 2026 Veränderung:			500.000	
				UGA 600.000	0	100.000	500.000	0	0	0	0	passieren lassen (8 / 0 / 0)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €																																																			
150	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	<div>Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI</div> <table><tr><td>bisher</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td>neu</td><td>600.000</td><td>0</td><td>600.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td>Veränderung</td><td>600.000</td><td></td><td>600.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td colspan="10"></td></tr><tr><td>UGA</td><td>600.000</td><td>0</td><td>600.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr></table>									bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0	neu	600.000	0	600.000	0	0	0	0	0	0	Veränderung	600.000		600.000	0	0	0	0	0	0											UGA	600.000	0	600.000	0	0	0	0	0	0	<div>zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2025 für die Sanierung des Wasserspielplatzes im Muldeweg.</div> <div>Anmerkung der Verwaltung Es liegen ähnliche Anträge des SBR 221 und der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" (Antrag FWI 133) vor.</div> <div>passieren lassen (8 / 0 / 0)</div>
bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0																																																					
neu	600.000	0	600.000	0	0	0	0	0	0																																																					
Veränderung	600.000		600.000	0	0	0	0	0	0																																																					
UGA	600.000	0	600.000	0	0	0	0	0	0																																																					
Neubau Spielplatz Heidbergpark																																																														
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)		00000000																																																											
174	5E.67 Neu	Spielplatz Heidbergpark / Neubau	<div>Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI</div> <table><tr><td>bisher</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td>neu</td><td>300.000</td><td>0</td><td>300.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td>Veränderung</td><td>300.000</td><td>0</td><td>300.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td></tr><tr><td colspan="10"></td></tr><tr><td>UGA</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>									bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0	neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	0	Veränderung	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	0											UGA										<div>zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 300.000 EUR für den Neubau eines Spielplatzes im Heidbergpark.</div> <div>abgelehnt 1 / 9 / 0</div>
bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0																																																					
neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	0																																																					
Veränderung	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	0																																																					
UGA																																																														

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
sonstige Spiel- und Jugendplätze												
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			300.000		150.000	150.000	0	0	0	0	
	5S.670049	Global-Baum.Kinderspielplätze	SBR 310									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für den Ersatz des zentralen Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg.
			neu	8.875.600	6.525.600	510.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion. "Die Linke., Volt, Die Partei" vor. Darüber hinaus hat dieFraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN allgemein für die Sanierung von Spielplätzen zusätzlich 400.000 EUR je Jahr ab 2026 beantragt.
			UGA									abgelehnt 1 / 9 / 0
130	5S.670049	Global-Baum.Kinderspielplätze	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für den Ersatz des zentralen Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg 156.
			neu	8.875.600	6.525.600	510.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag des Stadtbezirksrates 310 vor. Darüber hinaus hat dieFraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN allgemein für die Sanierung von Spielplätzen zusätzlich 400.000 EUR je Jahr ab 2026 beantragt.
			UGA									abgelehnt 1 / 9 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
147	5S.670049	Global-Baum Kinderspielplätze	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 400.000 EUR ab 2026 für die Sanierung von Spielplätzen im Stadtgebiet
			neu	10.425.600	6.525.600	460.000	860.000	860.000	860.000	860.000	0	
			Veränderung	1.600.000		0	400.000	400.000	400.000	400.000	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegen Anträge zum Ersatz eines Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg vom SBR 310 und "Die Fraktion.-Die Linke., Volt, Die Partei" vor.
			UGA	<u>1.600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>400.000</u>	<u>400.000</u>	<u>400.000</u>	<u>400.000</u>	<u>0</u>	passieren lassen (9 / 0 / 1) Der Antrag FWI 147 wurde durch den Antrag FWI 147 Neu ersetzt.
147 Neu	5S.670049	Global-Baum Kinderspielplätze	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für 2025 und 2026 für kleinere Sanierungsmaßnahmen von Kinderspielplätzen und die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten; dieser Antrag ersetzt den Antrag FWI 147 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.
			neu	9.125.600	6.525.600	610.000	610.000	460.000	460.000	460.000	0	
			Veränderung	300.000		150.000	150.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegen Anträge zum Ersatz eines Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg vom SBR 310 und "Die Fraktion.-Die Linke., Volt, Die Partei" vor.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Instandsetzung der Wege "Ölper See"												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			332.000		0	332.000	0	0	0	0	
	4E.67 Neu	Ölper See / Instandsetzung Wege	SBR 321									zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandsetzung der Wege am Ölper See.
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	0	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	*)	0	0	0	0	
			UGA									abgelehnt 0 / 8 / 0
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	332.000	0	0	332.000	0	0	0	0	
			Veränderung	332.000		0	332.000	0	0	0	0	
			Anmerkung der Verwaltung neu: Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten auf rd. 332.000 EUR, die zeitlich für 2026 zu veranschlagen wären. Vorbereitende Maßnahmen würden in 2025 stattfinden.									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €		
sonstige Grüninstandhaltungen													
9			Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										
			0000000000										
131a	4S.670007	Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI										zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 550.000 EUR für 2025 und in Höhe von jährlich 520.000 EUR für 2026 ff. für die Instandhaltung von Grün- und Spielanlagen (Grund: keine Absenkung der Spiel- und Jugendplätze pro Kind)
			bisher	440.000	440.000	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	440.000	440.000	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
			UGA										
16			Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										
			0000000000										
131b	4S.670007	Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI										zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 550.000 EUR für 2025 und in Höhe von jährlich 520.000 EUR für 2026 ff. für die Instandhaltung von Grün- und Spielanlagen (Grund: keine Absenkung der Spiel- und Jugendplätze pro Kind)
			bisher	40.697.900	28.422.100	2.413.000	2.465.700	2.465.700	2.465.700	2.465.700	0		
			neu	43.327.900	28.422.100	2.963.000	2.985.700	2.985.700	2.985.700	2.985.700	0		
			Veränderung	2.630.000	550.000	520.000	520.000	520.000	520.000	520.000	0		
			UGA										

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Baumpflanzungen aufgrund der erwarteten Extremwetterereignisse - Antrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
9	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
132a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Beibehaltung der Erträge für den Ankauf von Bäumen
			neu	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion vor.
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	passieren lassen (10 / 0 / 0)
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			1.900.000		380.000	380.000	380.000	380.000	380.000	0	
132b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	5.222.000	4.542.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 380.000 EUR für die Ersatzbeschaffung von Bäumen, deren Pflanzung und Pflege (Grund: Verlust der Bäume durch Extremwetterlagen)
			neu	7.122.000	4.542.000	516.000	516.000	516.000	516.000	516.000	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	1.900.000		380.000	380.000	380.000	380.000	380.000	0	In den Gesamtkosten des Projektes im Investitionsprogramm sind jährliche Personalkosten enthalten, die hier nicht dargestellt werden.
			UGA	1.900.000	0	380.000	380.000	380.000	380.000	380.000	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion vor.
												passieren lassen (10 / 0 / 0)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €			
Baumpflanzungen aus Klimaschutzgründen - Antrag von BIBS-Fraktion														
9			Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
173a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	BIBS-Fraktion											
			bisher	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Beibehaltung der Erträge für den Ankauf von Bäumen	
			neu	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vor.
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	passieren lassen (10 / 0 / 0)	
16			Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
173b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	BIBS-Fraktion											
			bisher	5.222.000	4.542.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 900.000 EUR für 2025 für die Nachpflanzung und Pflege von 355 Bäumen (Grund: Verlust der Bäume durch große Hitze in den Jahren 2018 und 2019)	
			neu	6.122.000	4.542.000	1.036.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0		
			Veränderung	900.000		900.000	0	0	0	0	0	0		
			UGA	900.000	0	900.000	0	0	0	0	0	0	passieren lassen (10 / 0 / 0)	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Sonstige Grünbaumaßnahmen												
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	5S.670046	FB 67: Global-Baum.Freizeitwegenetz	SBR 112									
			bisher	4.209.500	3.459.500	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Realisierung einer direkten befestigten Verbindung von der Lichtsignalanlage an der Querumer Str. zum Gehweg östlich der Wiese an der Querumer Str./Joseph-Fraunhofer-Str.
			neu	4.209.500	3.459.500	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			UGA									
												Anmerkung der Verwaltung Der Wegebau ist bereits beauftragt und wird aus dem Teilhaushalt des FB 67 finanziert. Daher ist keine Einplanung weiterer Haushaltsmittel notwendig. abgelehnt 0 / 8 / 0 (Der Antrag wird aufgrund der Anmerkung der Verwaltung als erledigt angesehen)
	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	SBR 111									
			bisher	3.888.400	3.263.400	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 25.000 EUR für 2025 für die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese auf städtischen Gelände für die Hundebesitzer im Stadtbezirk 111.
			neu	3.913.400	3.263.400	150.000	125.000	125.000	125.000	125.000	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	0	
			UGA									
												Anmerkung der Verwaltung: Entsprechend politischem Beschluss (DS 21-15375 mit Änderungsanträgen 21-15375-01 und 21-15375-02) wurde die Einrichtung von drei Hundewiesen im Braunschweiger Stadtgebiet umgesetzt. Diese sind ausdrücklich von überbezirklichem Charakter und stehen allen Hundebesitzerinnen und -besitzern zur Verfügung. Die Anlagen Im Großen Moore in Bienrode und am Dorntriftweg/Madamenweg im Westlichen Ringgebiet wurden zunächst temporär eingerichtet. Eine Evaluation über die Nutzung der Hundefreilaufflächen ist entsprechend des vorliegenden Beschlusses für das kommende Jahr vorgesehen. Eine momentane Ausweitung des Hundefreilaufangebotes auf zusätzlichen Flächen ist derzeit nicht geplant. Eine Kostenschätzung zum vorliegenden Antrag ist aufgrund der fehlenden Detailinformationen (z.B. einzuzäunende Fläche) derzeit nicht möglich. abgelehnt 0 / 8 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 68 - Umwelt (inkl. 0680)												
Thermografiebefliegung												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	0	
167	4E.68 Neu	FB 68: Thermografiebefliegung	CDU-Fraktion									zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 240.000 EUR für 2025/2026 (2025: 80.000 EUR; 2026: 160.000 EUR) für eine Thermografiebefliegung von Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Es gilt weiter die Einschätzung der Verwaltung, dass der Wissenszuwachs durch eine Thermografiebefliegung gegenüber den Gebäudeeigentümern oder Mietern bekannten Daten zum Energieverbrauch aus den jährlichen Abrechnungen als eher gering einzustufen ist und die damit verbundenen hohen Kosten und den personellen Aufwand einer datenschutzkonformen Bereitstellung nicht rechtfertigen kann (vgl. 21-17368-01, 24-24242-01). Die Verwaltung erachtet eine Mischung aus Information und konkreten Anreizen (bspw. steuerliche Vorteile durch die Ausweisung von Sanierungsgebieten oder die Etablierung von energieeffizienten Wärmenetzen) für die zentralen Grundlagen, um Gebäudesanierungen im privaten Bereich zu steigern." abgelehnt 1 / 5 / 0 (siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 6)
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	240.000	0	80.000	160.000	0	0	0	0	
			Veränderung	240.000		80.000	160.000	0	0	0	0	
			UGA									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Nutzungsverzicht Querumer Forst												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		500.000		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
185	4S.680051	Zuschüsse f. Altholzinseln	SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN									
		bisher		75.000	75.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR jährlich für die Schaffung von Altholzinseln
		neu		575.000	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
		Veränderung		500.000		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Anmerkung der Verwaltung: Für die Ratssitzung am 17. Dezember 2024 liegt parallel ein Antrag von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vor, das Pilotprojekt "Der Querumer Forst als Naturwald" umzusetzen (DS 24-24723).
Grünbaumaßnahmen im Umweltbereich												
25		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	0	
	5E.000009	Ref. 0680 Spielplatz Ölper/Neuerrichtung	SBR 321									
		bisher		187.000	187.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Planung und Errichtung des Spielplatzes am Biberweg
		neu		447.000	187.000	260.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		260.000		260.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die aktuelle Kostenschätzung beläuft sich auf 260.000 EUR; die Ansätze der Vorjahre sind zum Teil verfallen
		UGA										abgelehnt 1 / 5 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	5E.00 Neu	Calisthenic-Station SBR Lehnendorf / Watenbüttel / Neubau	SBR 321	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Errichtung einer Calisthenic-Station im Stadtbezirk Lehnendorf-Watenbüttel, die dafür möglichen Plätze sind dem Bezirksrat zur Entscheidung vorzulegen
				neu 0	0	*)	0	0	0	0	0	
				Veränderung 0		*)	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.
			UGA									abgelehnt 1 / 5 / 0
Ausbau und Schließung Ringgleis												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			850.000		150.000	400.000	300.000	0	0	0	
175	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.700.000 EUR in 2025 - 2027 für die Erweiterung des Ringgleises
				neu 850.000	0	150.000	400.000	300.000	0	0	0	
				Veränderung 850.000		150.000	400.000	300.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) vor, die Finanzmittel in 2025 auf 0 EUR zu reduzieren. Sollten beide Anträge angenommen werden, wären 1.700.000 EUR im Haushalt veranschlagt. Sollte dieser Antrag angenommen, sowie die Ansatzveränderung abgelehnt werden, wären 3.760.000 EUR im Haushalt veranschlagt.
			UGA	<u>850.000</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>400.000</u>	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (6 / 0 / 0)
												Anmerkung der Verwaltung neu Das Bauvorhaben beinhaltet auch Aufwandsanteile, so dass das Projekt nach der Fachausschussberatung in Aufwand und Investition aufgeteilt wurde. Zu der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) liegt eine parallele Anfrage (A 172) der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			850.000		150.000	400.000	300.000	0	0	0	
175	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.700.000 EUR in 2025 - 2027 für die Erweiterung des Ringgleises
			bisher	14.429.483	12.369.483	2.060.000	0	0	0	0	0	
			neu	15.279.483	12.369.483	2.210.000	400.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	850.000		150.000	400.000	300.000	0	0	0	
			zusätzliche VE zu Lasten 2027: 300.000 EUR									
			Anmerkung der Verwaltung: Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) vor, die Finanzmittel in 2025 auf 0 EUR zu reduzieren. Sollten beide Anträge angenommen werden, wären 1.700.000 EUR im Haushalt veranschlagt. Sollte dieser Antrag angenommen, sowie die Ansatzveränderung abgelehnt werden, wären 3.760.000 EUR im Haushalt veranschlagt.									
			VE 2026: 0 VE 2026 neu: 0 VE 2026 Veränderung: 0									
			VE 2027: 0 VE 2027 neu: 300.000 VE 2027 Veränderung: 300.000									
			VE 2028: 0 VE 2028 neu: 0 VE 2028 Veränderung: 0									
			VE 2029: 0 VE 2029 neu: 0 VE 2029 Veränderung: 0									
UGA			850.000	0	150.000	400.000	300.000	0	0	0	passieren lassen (6 / 0 / 0)	
			Anmerkung der Verwaltung neu Das Bauvorhaben beinhaltet auch Aufwandsanteile, so dass das Projekt nach der Fachausschussberatung in Aufwand und Investition aufgeteilt wurde. Zu der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) liegt eine parallele Anfrage (A 172) der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor.									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €		
Teilhaushaltsübergreifend													
Einrichtung eiines Nachbarschaftszentrums - Antrag SBR 111													
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit													
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0		
	4S.500025	FB 50 Global-Zuschüsse an Sozialeinr.	SBR 111										
			bisher	274.600	274.600	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111; dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen. Anmerkung der Verwaltung Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor. Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083) Wegen den Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.
			neu	274.600	274.600	*)	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	*)	0	0	0	0	0	
			APH AFSG										
abgelehnt 0 / 10 / 1 abgelehnt 0 / 10 / 1													

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 20 - Finanzen (Umsetzung durch FB 65)												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
	4S.21 Neu	Nachbarschaftszentren /Neubauten	SBR 111									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111;
			neu	75.000	0	75.000	0	0	0	0	0	dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken
			Veränderung	75.000		75.000	0	0	0	0	0	Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen.
												Anmerkung der Verwaltung Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor. Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083) Wegen den Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.
			APH AFSG									abgelehnt 0 / 10 / 1 abgelehnt 0 / 10 / 1

50

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung (IM)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste (incl. Anteile FB 40 und FB 51)												
Digitalisierung von Kitas												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		785.400	333.200	333.200	119.000	0	0	0
1a	4E.Neu	Digitalisierung Kitas		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 428.400 EUR für 2025-2026 für den Datennetzausbau an Kitas
				neu	428.400	0	214.200	214.200	0	0	0	
				Veränderung	428.400		214.200	214.200	0	0	0	
				JHA	<u>428.400</u>	<u>0</u>	<u>214.200</u>	<u>214.200</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
												angenommen 12 / 0 / 0
1b	4E.Neu	Digitalisierung Kitas		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025-2027 für die Ausstattung der Kitas im Rahmen der Digitalisierung (Ipsads: 93.900 EUR - Konto 422220, ISERV-Cloud - 73.100 EUR - Konto 427193; WLAN-Access-points: 133.000 EUR -Konto 422220)
				neu	300.000	0	100.000	100.000	100.000	0	0	
				Veränderung	300.000		100.000	100.000	100.000	0	0	
				JHA	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
												angenommen 12 / 0 / 0
1c	4E.Neu	Digitalisierung Kitas		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 19.000 EUR jährlich für 2025-2027 für die Nutzung der Kita App (Nutzungsgebühren gemäß FB 10)
				neu	57.000	0	19.000	19.000	19.000	0	0	
				Veränderung	57.000		19.000	19.000	19.000	0	0	
				JHA	<u>57.000</u>	<u>0</u>	<u>19.000</u>	<u>19.000</u>	<u>19.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
												angenommen 12 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen Vorplanungen												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		900.000		500.000	100.000	0	0	0	300.000	
2	3E.210028	IGS Querum/Vorpl. Umbau ehem. GS-Gebäud										
			bisher	100.000	100.000	0	0	0	0	0	0	
			neu	900.000	100.000	500.000	0	0	0	0	300.000	
			Veränderung	800.000		500.000	0	0	0	0	300.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 EUR für die Vorplanung des Umbaus des ehemaligen GS-Gebäudes Querum (zukünftige Nutzung voraussichtlich IGS Querum)
			SchA	<u>800.000</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>300.000</u>	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	<u>800.000</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>300.000</u>	angenommen 11 / 0 / 0
NEU	3E.21 Neu	JZ B 58 / Vorplanung Neubau										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		0	100.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2026 für die Vorplanung des Neubaus des JZ B 58

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Beteiligung an BSBG												
	27	Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Veränderungen)		678.300		678.300	0	0	0	0	0	
NEU	5E.20 Neu	BSBG/Kapitaleinlage zur Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH"	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 678.300 EUR als Kapitaleinlage zur Schaffung einer "Braunschweig Digital GmbH"
			neu	678.300	0	678.300	0	0	0	0	0	
			Veränderung	678.300		678.300	0	0	0	0	0	
Gründung Haus der Musik												
Grundstücksankäufe												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-2.225.000		-2.225.000	0	0	0	0	0	
NEU	4E.200006	FB 20: Am Gewandhaus / Ankauf	bisher	3.200.000	0	3.200.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 975.000 € für 2025 für Kaufnebenkosten in Zusammenhang mit dem Erwerb des Gebäudes "Am Gewandhaus" (Poststraße 5)
			neu	975.000	0	975.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.225.000		-2.225.000	0	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
24	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)			3.200.000		3.200.000	0	0	0	0	0	0
NEU	4E.200006	FB 20: Am Gewandhaus / Ankauf	bisher	11.800.000	0	11.800.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 975.000 € für 2025 für Kaufnebenkosten in Zusammenhang mit dem Erwerb des Gebäudes "Am Gewandhaus" (Poststraße 5)
			neu	15.000.000	0	15.000.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	3.200.000		3.200.000	0	0	0	0	0	
Grundstücksverkäufe												
20	Veräußerung von Sachvermögen (Veränderungen)			3.050.000		0	3.050.000	0	0	0	0	
NEU	5S.210007	FB 20: Global -Veräuß. von Grundst.	bisher	59.542.069	56.542.069	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	0	zusätzliche Verkaufserlöse in Höhe von 3.050.000 EUR für 2026 von städtischen Liegenschaften im Rahmen der Gründung des Hauses für Musik
			neu	62.592.069	56.542.069	600.000	3.650.000	600.000	600.000	600.000	0	
			Veränderung	3.050.000		0	3.050.000	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Investitionszuschüsse "Stiftung"												
28	Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)			62.782.700		0	3.000.000	20.250.000	19.600.000	19.932.700	0	
NEU	5E. 20 Neu	FB 20: Zuschüsse "Haus der Musik"	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Investitionszuschüsse in Höhe von 62.782.700 EUR für 2026-2029 für die Schaffung des Hauses für Musik
			neu	62.782.700	0	0	3.000.000	20.250.000	19.600.000	19.932.700	0	
			Veränderung	62.782.700		0	3.000.000	20.250.000	19.600.000	19.932.700	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Schulsanierungsprogramm BBS V												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		1.980.000	0	0	0	0	0	1.980.000
3a	4E.210459	BBS V Technikakademie / Sani. 2. BA		bisher 120.000	0	0	0	0	20.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Mio. EUR für 2030 für die Sanierung der BBS V; die Veranschlagung wurde fälschlicherweise nicht vorgenommen Gesamtkosten bisher: 600.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.500.000 EUR angenommen 17 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
				neu 2.100.000	0	0	0	0	20.000	100.000	1.980.000	
			Veränderung	1.980.000		0	0	0	0	0	1.980.000	
			SchA	<u>1.980.000</u>							<u>1.980.000</u>	
			APH	<u>1.980.000</u>	0	0	0	0	0	0	<u>1.980.000</u>	
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		7.920.000	0	0	0	0	0	7.920.000
3b	4E.210459	BBS V Technikakademie / Sani. 2. BA		bisher 480.000	0	0	0	0	80.000	400.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Mio. EUR für 2030 für die Sanierung der BBS V; die Veranschlagung wurde fälschlicherweise nicht vorgenommen Gesamtkosten bisher: 600.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.500.000 EUR angenommen 17 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
				neu 8.400.000	0	0	0	0	80.000	400.000	7.920.000	
			Veränderung	7.920.000		0	0	0	0	0	7.920.000	
			SchA	<u>7.920.000</u>	0	0	0	0	0	0	<u>7.920.000</u>	
			APH	<u>7.920.000</u>	0	0	0	0	0	0	<u>7.920.000</u>	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Lessingymnasium												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-240.000		-240.000	0	0	0	0	0	
4	4E.210462	Lessingymnasium/Austausch Fassadenplatt.										
			bisher	240.000	0	240.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel für den Austausch der Fassadenplatten des Lessinggymnasiums in Höhe von 240.000 EUR für 2025, da die Maßnahme bereits in 2024 umgesetzt werden soll
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-240.000		-240.000	0	0	0	0	0	
			SchA	<u>-240.000</u>	<u>0</u>	<u>-240.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
			APH	<u>-240.000</u>	<u>0</u>	<u>-240.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
GS Mascheroder Holz												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		40.000	-150.000	40.000	150.000	0	0	0
5	4E.210464	GS Mascheroder Holz / San. Außentüren		bisher	150.000	0	150.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 EUR für die Sanierung der Außentüren der GS Mascheroder Holz sowie Verschieben der Maßnahme von 2025 auf 2026 ff. (Gesamtkosten bisher: 150.000 EUR; Gesamtkosten neu: 190.000 EUR)
			neu	190.000	0	0	40.000	150.000	0	0	0	
			Veränderung	40.000		-150.000	40.000	150.000	0	0	0	
			SchA	40.000	0	-150.000	40.000	150.000	0	0	0	
			APH	40.000	0	-150.000	40.000	150.000	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
GS Lindenberg												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-200.000	-200.000	0	0	0	0	0
6	4E.210466	GS Lindenberg SpH / Fassadensan.		bisher	200.000	0	200.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025 für die Fassadensanierung der Sporthalle GS Lindenberg, da die Halle nicht mehr benötigt wird
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000		-200.000	0	0	0	0	0	
			SchA	-200.000	0	-200.000	0	0	0	0	0	
			APH	-200.000	0	-200.000	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
GS Klint												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			260.000		260.000	0	0	0	0	0	
7	4E.21 Neu	GS Klint / Dachsanierung Sporthalle		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 260.000 EUR für 2025 für die Dachsanierung der Sporthalle GS Klint
				neu 260.000	0	260.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung 260.000		260.000	0	0	0	0	0	
			SchA	<u>260.000</u>	<u>0</u>	<u>260.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	<u>260.000</u>	<u>0</u>	<u>260.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
GS Bebelhof / Hans-Würtz-Schule												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		1.200.000		600.000	600.000	0	0	0	0	
8	4E.21 Neu	GS Bebelhof - Hans-Würtz-Schule / Sanierung Trinkwassernetz		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,2 Mio. EUR für 2025/2026 für die Sanierung des Trinkwassernetzes der GS Bebelhof - Hans-Würtz-Schule
				neu 1.200.000	0	600.000	600.000	0	0	0	0	
				Veränderung 1.200.000		600.000	600.000	0	0	0	0	
				SchA <u>1.200.000</u>	<u>0</u>	<u>600.000</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
				APH <u>1.200.000</u>	<u>0</u>	<u>600.000</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
RS Nibelungenschule												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		350.000		0	50.000	300.000	0	0	0	
9	4E.21 Neu	RS Nibelungenschule / San. Haupteingang im Zwischentrakt		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 EUR für 2026/2027 für die Sanierung des Haupteingangs der RS Nibelungenschule im Zwischentrakt (Klimaschutzmaßnahmen - Dämmung)
				neu 350.000	0	0	50.000	300.000	0	0	0	
				Veränderung 350.000		0	50.000	300.000	0	0	0	
				SchA <u>350.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>50.000</u>	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
				APH <u>350.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>50.000</u>	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Jugendverkehrsschule												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		92.000	92.000	0	0	0	0	
10a	4E.21 Neu	Jugendverkehrsschule / Sanierung		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 460.000 EUR für 2025 für die Sanierung der Jugendverkehrsschule
				neu	92.000	0	92.000	0	0	0	0	
				Veränderung	92.000		92.000	0	0	0	0	
				SchA	<u>92.000</u>	<u>0</u>	<u>92.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
				APH	<u>92.000</u>	<u>0</u>	<u>92.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		368.000	368.000	0	0	0	0	
10b	4E.21 Neu	Jugendverkehrsschule / Sanierung		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 460.000 EUR für 2025 für die Sanierung der Jugendverkehrsschule
				neu	368.000	0	368.000	0	0	0	0	
				Veränderung	368.000		368.000	0	0	0	0	
				SchA	<u>368.000</u>	<u>0</u>	<u>368.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
				APH	<u>368.000</u>	<u>0</u>	<u>368.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Einrichtung von Ganztagsbetrieben Einrichtung GTB und Sanierung der GS Stöckheim												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
12a	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung		bisher 1.105.700	0	0	0	0	0	0	1.105.700	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim
				neu 1.105.700	0	0	0	0	0	0	1.105.700	
				Veränderung 0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	160.000	0	0	0	-160.000	0
12b	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung		bisher 3.652.630	2.351.930	0	0	100.000	500.000	600.000	100.700	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 800.000 EUR von 2029 auf 2025 für die Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim und dessen Sanierung
				neu 3.652.630	2.351.930	160.000	0	100.000	500.000	440.000	100.700	
				Veränderung 0		160.000	0	0	0	-160.000	0	
			SchA	0	0	160.000	0	0	0	-160.000	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	0	0	160.000	0	0	0	-160.000	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

[illegible]

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Einrichtung GTB GS St. Josef												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-800.000		0	0	-80.000	-720.000	0	0	
13a	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB		bisher 800.000 0 0 0 80.000 720.000 0 0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4 Mio. EUR für 2027/2028 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef, da die Schule aufgegeben werden soll.							
			neu 0 0 0 0 0 0 0 0									
			Veränderung -800.000 0 0 -80.000 -720.000 0 0									
			SchA -800.000 0 0 0 -80.000 -720.000 0 0	angenommen 15 / 0 / 0								
			APH -800.000 0 0 0 -80.000 -720.000 0 0	angenommen 11 / 0 / 0								
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)												
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-3.200.000		0	0	-320.000	-2.880.000	0	0	
13b	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB		bisher 3.200.000 0 0 0 320.000 2.880.000 0 0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4 Mio. EUR für 2027/2028 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef, da die Schule aufgegeben werden soll.							
			neu 0 0 0 0 0 0 0 0									
			Veränderung -3.200.000 0 0 -320.000 -2.880.000 0 0									
			SchA -3.200.000 0 0 0 -320.000 -2.880.000 0 0	angenommen 15 / 0 / 0								
			APH -3.200.000 0 0 0 -320.000 -2.880.000 0 0	angenommen 11 / 0 / 0								

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Einrichtung GTB GS Schunteraue													
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
14a	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB		bisher	926.000	0	0	0	0	926.000	0	0	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Schunteraue
			neu	926.000	0	0	0	0	0	926.000	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		483.400	20.000	340.000	123.400	0	0	0	
14b	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB		bisher	920.000	340.000	210.000	210.000	100.000	60.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.417.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Schunteraue (Gesamtkosten bisher: 4.600.000 EUR; Gesamtkosten neu: 7.016.700 EUR)
			neu	1.403.400	340.000	230.000	550.000	223.400	60.000	0	0	0	
			Veränderung	483.400		20.000	340.000	123.400	0	0	0	0	
			SchA	483.400	0	20.000	340.000	123.400	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	483.400	0	20.000	340.000	123.400	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

[illegible]

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Schulneubauten / -erweiterungen												
Herstellung der 4-Zügigkeit GS Pestalozzi-Straße												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-280.000		0	0	0	0	0	-280.000	
15a	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit	bisher	400.000	120.000	0	0	0	0	0	280.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mio. EUR für 2030 für die Herstellung der Vierzügigkeit der GS Pestalozzistraße (Fehlerkorrektur zum HH-Entwurf)
			neu	120.000	120.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-280.000		0	0	0	0	0	-280.000	
			SchA	-280.000	0	0	0	0	0	0	-280.000	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	-280.000	0	0	0	0	0	0	-280.000	angenommen 11 / 0 / 0
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-1.120.000		0	0	0	0	0	-1.120.000	
15b	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit	bisher	1.600.000	480.000	0	0	0	0	0	1.120.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mio. EUR für 2030 für die Herstellung der Vierzügigkeit der GS Pestalozzistraße (Fehlerkorrektur zum HH-Entwurf)
			neu	480.000	480.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.120.000		0	0	0	0	0	-1.120.000	
			SchA	-1.120.000	0	0	0	0	0	0	-1.120.000	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	-1.120.000	0	0	0	0	0	0	-1.120.000	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Herrichtung Sporthalle GS Comeniusstraße												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				881.600		601.600	280.000	0	0	0	0	
16a	4E.210399	GS Comeniusstraße/Herr. Sporthalle	bisher	369.000	369.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.563.000 EUR für 2025-2026 für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie Nachveranschlagung von 369.000 EUR aufgrund des Verfalls von Haushaltsresten für 2025 (Gesamtkosten bisher: 1.845.000 EUR; Gesamtkosten neu: 4.408.000 EUR)
			neu	1.250.600	369.000	601.600	280.000	0	0	0	0	
			Veränderung	881.600		601.600	280.000	0	0	0	0	
			SchA	881.600	0	601.600	280.000	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	881.600	0	601.600	280.000	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				2.050.400		930.400	1.120.000	0	0	0	0	
16b	4E.210399	GS Comeniusstraße/Herr. Sporthalle	bisher	1.476.000	1.476.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.563.000 EUR für 2025-2026 für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie Nachveranschlagung von 369.000 EUR aufgrund des Verfalls von Haushaltsresten für 2025 (Gesamtkosten bisher: 1.845.000 EUR; Gesamtkosten neu: 4.408.000 EUR)
			neu	3.526.400	1.476.000	930.400	1.120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	2.050.400		930.400	1.120.000	0	0	0	0	
			VE 2026:			0	VE 2026 neu:	1.100.000	VE 2026 Veränderung:		1.100.000	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 1.100.000 EUR
			SchA	2.050.400	0	930.400	1.120.000	0	0	0	0	
		APH	2.050.400	0	930.400	1.120.000	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan Schule													
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-219.800	500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000	
17a	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen		bisher	3.675.000	250.000	500.000	100.000	300.000	1.000.000	1.000.000	525.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.099.000 EUR für die Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule sowie Vorziehen der Finanzraten von 2028-2030 auf die Vorjahre (Gesamtkosten alt: 18.375.000 EUR, Gesamtkosten neu: 17.276.000 EUR)
			neu	3.455.200	250.000	1.000.000	1.100.000	300.000	800.000	5.200	0		
			Veränderung	-219.800		500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000		
			SchA	-219.800	0	500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000	angenommen 15 / 0 / 0	
			APH	-219.800	0	500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000	angenommen 11 / 0 / 0	
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		-879.200	2.000.000	4.000.000	0	-800.000	-3.979.200	-2.100.000	
17b	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen		bisher	14.700.000	1.000.000	2.000.000	400.000	1.200.000	4.000.000	4.000.000	2.100.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.099.000 EUR für die Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule sowie Vorziehen der Finanzraten von 2028-2030 auf die Vorjahre (Gesamtkosten alt: 18.375.000 EUR, Gesamtkosten neu: 17.276.000 EUR)
			neu	13.820.800	1.000.000	4.000.000	4.400.000	1.200.000	3.200.000	20.800	0		
			Veränderung	-879.200		2.000.000	4.000.000	0	-800.000	-3.979.200	-2.100.000		
												zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.000.000 EUR geringere VE zu Lasten 2028: - 800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 4.000.000 EUR	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Erweiterung G8/G9 und Sanierung GY Kleine Burg													
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-2.830.000	0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000	
18a	4E.210349	GY Kleine Burg/ Erw. G8/G9+San.		bisher	2.893.275	63.275	0	0	0	0	1.830.000	1.000.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 14,15 Mio. EUR für 2029-2030 für die Erweiterung des GY Kleine Burg (G8/G9) und dessen Sanierung; Grund: das Sanierungskonzept wird zur Zeit überarbeitet und die Erweiterung findet im Rahmen des Projektes "Burgpassage" statt.
			neu	63.275	63.275	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.830.000		0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000		
			SchA	-2.830.000	0	0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000	angenommen 15 / 0 / 0	
			APH	-2.830.000	0	0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000	angenommen 11 / 0 / 0	
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		-11.320.000	0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000	
18b	4E.210349	GY Kleine Burg/ Erw. G8/G9+San.		bisher	11.520.000	200.000	0	0	0	0	7.320.000	4.000.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 14,15 Mio. EUR für 2029-2030 für die Erweiterung des GY Kleine Burg (G8/G9) und dessen Sanierung; Grund: das Sanierungskonzept wird zur Zeit überarbeitet und die Erweiterung findet im Rahmen des Projektes "Burgpassage" statt.
			neu	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-11.320.000		0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000		
			SchA	-11.320.000	0	0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000	angenommen 15 / 0 / 0	
			APH	-11.320.000	0	0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000	angenommen 11 / 0 / 0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Erweiterung Wilhelmgymnasium (G8/G9)												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	380.000	320.000	-700.000	0
19a	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	740.000	0	0	0	0	0	740.000	0	Anpassung der Einnahmen (Fördergelder) für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums an den tatsächlichen Zahlungsfluss
			neu	740.000	0	0	0	380.000	320.000	40.000	0	
			Veränderung	0	0	0	380.000	320.000	-700.000	0		
			SchA	0	0	0	0	380.000	320.000	-700.000	0	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
			APH	0	0	0	0	380.000	320.000	-700.000	0	
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		391.300	0	0	391.300	740.000	-740.000	0
19b	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	3.859.600	841.500	600.000	900.000	667.100	51.000	800.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.956.100 EUR für 2026 für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums sowie Vorziehen einer Teil- Finanzrate 2029 auf 2028 (Gesamtkosten bisher: 18,54 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: 20,497 Mio. EUR)
			neu	4.250.900	841.500	600.000	900.000	1.058.400	791.000	60.000	0	
			Veränderung	391.300	0	0	391.300	740.000	-740.000	0		
			SchA	391.300	0	0	0	391.300	740.000	-740.000	0	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
			APH	391.300	0	0	0	391.300	740.000	-740.000	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
18 Zuwendungen für Investitionstätigkeit 												

23

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Erweiterung GY M.K. (G8/G9) sowie Sanierung												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
21a	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA		bisher 1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Erweiterung des GY M.K. (G8/G9)
				neu 1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	
				Veränderung 0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-678.800	2.000.000	700.000	814.200	0	0	-4.193.000
21b	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA		bisher 22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 614.000 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY M.K. sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 auf 2025/2026; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben
				neu 23.195.400	4.581.000	2.500.000	3.000.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
				Veränderung 307.000		2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	
			SchA	307.000	0	2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	307.000	0	2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	angenommen 11 / 0 / 0
NEU	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA		bisher 22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.357.600 EUR für 2027 für die Erweiterung und Sanierung des GY M.K. (Grund: u.a wegen vorgezogenem Baumaßnahmenbeginn und damit geringeren Baukostensteigerungen) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf
				neu 22.209.600	4.581.000	2.500.000	1.200.000	4.539.200	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
				Veränderung -678.800		2.000.000	700.000	814.200	0	0	-4.193.000	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
18	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
21c	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Erweiterung des GY M.K. (G8/G9)
			neu	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)												
				-678.800		2.000.000	4.300.000	-2.785.800	0	0	-4.193.000	
21d	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 614.000 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY M.K. sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 auf 2025/2026; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 2.500.000 EUR
			neu	23.195.400	4.581.000	2.500.000	3.000.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
			Veränderung	307.000		2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	
			VE 2026: 500.000 VE 2026 neu: 3.000.000 VE 2026 Veränderung: 2.500.000									
			VE 2027: 3.725.000 VE 2027 neu: 3.725.000 VE 2027 Veränderung: 0									
			VE 2028: 3.540.000 VE 2028 neu: 3.540.000 VE 2028 Veränderung: 0									
			VE 2029: 3.540.000 VE 2029 neu: 3.540.000 VE 2029 Veränderung: 0									
			SchA 307.000 0 2.000.000 2.500.000 0 0 0 -4.193.000									
			APH 307.000 0 2.000.000 2.500.000 0 0 0 -4.193.000									
NEU	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.357.600 EUR für 2027 für die Erweiterung und Sanierung des GY M.K. (Grund: u.a wegen vorgezogenem Baumaßnahmenbeginn und damit geringeren Baukostensteigerungen) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.300.000 EUR geringere VE zu Lasten 2027: -2.785.800 EUR
			neu	22.209.600	4.581.000	2.500.000	4.800.000	939.200	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
			Veränderung	-678.800		2.000.000	4.300.000	-2.785.800	0	0	-4.193.000	
			VE 2026: 500.000 VE 2026 neu: 4.800.000 VE 2026 Veränderung: 4.300.000									
			VE 2027: 3.725.000 VE 2027 neu: 939.200 VE 2027 Veränderung: -2.785.800									
			VE 2028: 3.540.000 VE 2028 neu: 3.540.000 VE 2028 Veränderung: 0									
			VE 2029: 3.540.000 VE 2029 neu: 3.540.000 VE 2029 Veränderung: 0									

27

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Flüchtlingsunterkünfte												
Umbauten Vienna house												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				1.000.000		200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	
23a	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA		bisher 20.150.000	0	2.500.000	5.500.000	4.300.000	1.850.000	0	6.000.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung einer Kita im Vienna house sowie Vorziehen der Finanzrate 2030 auf 2025-2027 angenommen 11 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0 Anmerkung der Verwaltung neu Hierzu liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor, der im APH zurückgezogen wurde.
				neu 21.150.000	0	2.700.000	8.500.000	5.300.000	1.850.000	0	2.800.000	
				Veränderung 1.000.000		200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	
				APH 1.000.000	0	200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	
				AfSG 1.000.000	0	200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
23b	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung einer Kita im Vienna house sowie Vorziehen der Finanzrate 2030 auf 2025-2027 angenommen 11 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0 Anmerkung der Verwaltung neu Hierzu liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor, der im APH zurückgezogen wurde.
				neu 0	0	0	0	0	0	0	0	
				Veränderung 0		0	0	0	0	0	0	
				VE 2026: 0		VE 2026 neu: 0		VE 2026 Veränderung: 0		0		
				VE 2027: 0		VE 2027 neu: 0		VE 2027 Veränderung: 0		0		
				APH 0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
				AfSG 0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen		
PPP-Projekte														
Erweiterung GY Neue Oberschule														
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		2.715.400	600.000	1.249.400	866.000	0	0	0		
24a	4E.210207	GY NO / Erweiterung		bisher	4.654.853	254.853	1.200.000	2.300.000	900.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 13.577.000 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung des GY NO (PPP Projekt) - Gesamtkosten bisher: 23.354.853 EUR; Gesamtkosten neu: 36.931.853 EUR	
			neu	7.370.253	254.853	1.800.000	3.549.400	1.766.000	0	0	0	0		
			Veränderung	2.715.400		600.000	1.249.400	866.000	0	0	0	0		
			SchA	2.715.400	0	600.000	1.249.400	866.000	0	0	0	0		angenommen 15 / 0 / 0
			APH	2.715.400	0	600.000	1.249.400	866.000	0	0	0	0		angenommen 11 / 0 / 0
18				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0		
24b	4E.210207	GY NO / Erweiterung		bisher	1.482.000	0	0	0	1.482.000	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen für die Erweiterung des GY N.O.	
			neu	1.482.000	0	0	0	1.482.000	0	0	0	0		
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	0		
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0	
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				10.861.600		2.400.000	4.997.600	3.464.000	0	0	0	
24c	4E.210207	GY NO / Erweiterung		bisher 18.700.000 neu 29.561.600 Veränderung 10.861.600	1.100.000 1.100.000	4.800.000 7.200.000	9.200.000 14.197.600	3.600.000 7.064.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 13.577.000 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung des GY NO (PPP Projekt) - Gesamtkosten bisher: 23.354.853 EUR; Gesamtkosten neu: 36.931.853 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.997.600 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 3.464.000 EUR
						VE 2026: 9.200.000 VE 2027: 3.600.000	VE 2026 neu: 14.197.600 VE 2027 neu: 7.064.000	VE 2026 Veränderung: 4.997.600 VE 2027 Veränderung: 3.464.000				
				SchA 10.861.600 APH 10.861.600	0 0	2.400.000 2.400.000	4.997.600 4.997.600	3.464.000 3.464.000	0 0	0 0	0 0	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
Erweiterung GY Ricarda-Huch-Schule												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
25a	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung		bisher 5.747.175 neu 5.747.175 Veränderung 0	374.475 374.475	4.079.300 4.079.300	1.293.400 1.293.400	0 0	0 0	0 0	0 0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.096.600 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch, da in 2024 überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind Gesamtkosten: 34.313.500 EUR
				SchA 0 APH 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
<div>18Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)</div> <div>0000000</div>												
25b	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung		bisher1.287.800001.287.80000000000	neu1.287.800001.287.80000000000	Veränderung00000000000		SchA00000000000	APH00000000000		Beibehaltung der investiven Einzahlungen für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch	
<div>25Baumaßnahmen (Veränderungen)</div> <div>-1.096.600-1.096.6000000000</div>												
25c	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung		bisher29.662.72519.972.1254.517.3005.173.3000000000	neu28.566.12519.972.1253.420.7005.173.3000000000	Veränderung-1.096.600-1.096.60000000000		VE 2026: 5.173.500VE 2026 neu: 5.173.500VE 2026 Veränderung: 0				geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.096.600 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch, da in 2024 überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind
				SchA-1.096.6000-1.096.6000000000	APH-1.096.6000-1.096.6000000000						Gesamtkosten: 34.313.500 EUR	
												angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Sanierung und Ausbau Mensa GS Rühme													
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		92.800		200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0		
26a	4E.210424	GS Rühme/San. (inkl. Mensaausbau)	bisher	3.200.000	0	200.000	2.600.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 464.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Rühme sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 16.464.000 EUR)	
			neu	3.292.800	0	400.000	1.600.000	1.292.800	0	0	0		
			Veränderung	92.800		200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0		
			SchA	92.800	0	200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0		
			APH	92.800	0	200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0		
25		Baumaßnahmen (Veränderungen)		371.200		800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0		
26b	4E.210424	GS Rühme/San. (inkl. Mensaausbau)	bisher	12.800.000	0	800.000	10.400.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 464.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Rühme sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 16.464.000 EUR)	
			neu	13.171.200	0	1.600.000	6.400.000	5.171.200	0	0	0		
			Veränderung	371.200		800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0		
													geringere VE zu Lasten 2026: - 4.000.000 EUR; zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 3.571.200 EUR
			VE 2026:		10.400.000	VE 2026 neu:	6.400.000	VE 2026 Veränderung:		-4.000.000			
			VE 2027:		1.600.000	VE 2027 neu:	5.171.200	VE 2027 Veränderung:		3.571.200			
			SchA		371.200	0	800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0	
APH		371.200	0	800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0				

33

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Altmühlstraße												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		50.400		200.000	-1.240.000	1.090.400	0	0	0	
28a	4E.210426	GS Altmühlstraße/Sanierung										
		bisher		3.640.000	0	200.000	3.040.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 252.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Altmühlstraße sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 18.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 18.452.000 EUR)
		neu		3.690.400	0	400.000	1.800.000	1.490.400	0	0	0	
		Veränderung		50.400		200.000	-1.240.000	1.090.400	0	0	0	
		SchA		<u>50.400</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>-1.240.000</u>	<u>1.090.400</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
		APH		<u>50.400</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>-1.240.000</u>	<u>1.090.400</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
	25	Baumaßnahmen (Veränderungen)		201.600		800.000	-4.960.000	4.361.600	0	0	0	
28b	4E.210426	GS Altmühlstraße/Sanierung										
		bisher		14.560.000	0	800.000	12.160.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 252.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Altmühlstraße sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 18.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 18.452.000 EUR)
		neu		14.761.600	0	1.600.000	7.200.000	5.961.600	0	0	0	
		Veränderung		201.600		800.000	-4.960.000	4.361.600	0	0	0	
												geringere VE zu Lasten 2026: - 4.960.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 4.361.600 EUR
						VE 2026:	12.160.000	VE 2026 neu:	7.200.000	VE 2026 Veränderung:		-4.960.000
						VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	5.961.600	VE 2027 Veränderung:		4.361.600
		SchA		<u>201.600</u>	<u>0</u>	<u>800.000</u>	<u>-4.960.000</u>	<u>4.361.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 15 / 0 / 0
		APH		<u>201.600</u>	<u>0</u>	<u>800.000</u>	<u>-4.960.000</u>	<u>4.361.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

35

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Sanierung Stadthalle													
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)									
				0		800.000	-1.600.000	0	800.000	0	0		
30a	4E.210441	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB											
			bisher	28.000.000	5.000.000	5.000.000	8.000.000	7.000.000	2.000.000	1.000.000	0	Anpassung der Finanzraten für die Sanierung der Stadthalle an den tatsächlichen Bedarf	
			neu	28.000.000	5.000.000	5.800.000	6.400.000	7.000.000	2.800.000	1.000.000	0		
			Veränderung	0		800.000	-1.600.000	0	800.000	0	0	angenommen 11 / 0 / 0	
			APH	0	0	800.000	-1.600.000	0	800.000	0	0		
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)									
				0		3.200.000	-6.400.000	0	3.200.000	0	0		
30b	4E.210441	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB											
			bisher	112.000.000	20.000.000	20.000.000	32.000.000	28.000.000	8.000.000	4.000.000	0	Anpassung der Finanzraten für die Sanierung der Stadthalle an den tatsächlichen Bedarf	
			neu	112.000.000	20.000.000	23.200.000	25.600.000	28.000.000	11.200.000	4.000.000	0		
			Veränderung	0		3.200.000	-6.400.000	0	3.200.000	0	0	geringere VE zu Lasten 2026: - 6.400.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 3.200.000 EUR	
			VE 2026:		32.000.000	VE 2026 neu:	25.600.000	VE 2026 Veränderung:		-6.400.000			
			VE 2027:		28.000.000	VE 2027 neu:	28.000.000	VE 2027 Veränderung:		0			
			VE 2028:		8.000.000	VE 2028 neu:	11.200.000	VE 2028 Veränderung:		3.200.000			
			VE 2029:		4.000.000	VE 2029 neu:	4.000.000	VE 2029 Veränderung:		0			
			APH	0	0	3.200.000	-6.400.000	0	3.200.000	0	0	angenommen 11 / 0 / 0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Klimaschutzmaßnahmen												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		2.250.000		450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	0	
31	4S.210107	städt. Gebäudemaßnah. / Begrünung		bisher 1.000.000 neu 3.250.000 Veränderung 2.250.000	1.000.000 1.000.000	0 450.000 450.000	0 450.000 450.000	0 450.000 450.000	0 450.000 450.000	0 450.000 450.000	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR jährlich für die Dach- und Fassadenbegrünung von städtischen Gebäuden (Klimaschutzmaßnahmen)
		APH		<u>2.250.000</u>	<u>0</u>	<u>450.000</u>	<u>450.000</u>	<u>450.000</u>	<u>450.000</u>	<u>450.000</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
Kita-Maßnahmen												
Dachsanierung Kita Thune												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		50.000		-400.000	450.000	0	0	0	0	
32	4E.210186	Kita Thune / Dachsanierung		bisher 454.486 neu 504.486 Veränderung 50.000	4.486 4.486	450.000 50.000 -400.000	0 450.000 450.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Dachsanierung der Kita Thune sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2025 auf 2026
		JHA		<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>-400.000</u>	<u>450.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 12 / 0 / 0
		APH		<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>-400.000</u>	<u>450.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Dachsanierung Kita Wenden												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		50.000		-400.000	450.000	0	0	0	0	
33	4E.210187	Kita Wenden / Dachsanierung										
		bisher		451.459	1.459	450.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Dachsanierung der Kita Wenden sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2025 auf 2026
		neu		501.459	1.459	50.000	450.000	0	0	0	0	
		Veränderung		50.000		-400.000	450.000	0	0	0	0	
		JHA		50.000	0	-400.000	450.000	0	0	0	0	angenommen 12 / 0 / 0
		APH		50.000	0	-400.000	450.000	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
Sanierung Kita Lamme												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-518.300		-518.300	0	0	0	0	0	
34	4E.210283	Kita Lamme / Sanierung										
		bisher		618.300	100.000	518.300	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 518.300 EUR für 2025, da die Sanierung der Kita Lamme nicht mehr durchgeführt wird
		neu		100.000	100.000	0	0	0	0	0	0	
		Veränderung		-518.300		-518.300	0	0	0	0	0	
		JHA		-518.300	0	-518.300	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 1
		APH		-518.300	0	-518.300	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Ersatzbau Kita Querum													
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0	
35a	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau		bisher	2.870.000	130.000	10.000	100.000	900.000	900.000	830.000	0	Vorziehen von Teilfinanzraten 2026-2029 für den Ersatzbau der Kita Querum auf 2025/2026
			neu	2.870.000	130.000	80.000	800.000	700.000	900.000	260.000	0		
			Veränderung	0		70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0		
			JHA	0	0	70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0	angenommen 12 / 0 / 0	
			APH	0	0	70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0	angenommen 11 / 0 / 0	
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0	
35b	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau		bisher	11.480.000	520.000	40.000	400.000	3.600.000	3.600.000	3.320.000	0	Vorziehen von Teilfinanzraten 2026-2029 für den Ersatzbau der Kita Querum auf 2025/2026
			neu	11.480.000	520.000	320.000	3.200.000	2.800.000	3.600.000	1.040.000	0		
			Veränderung	0		280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 2800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2027: - 800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 2.280.000 EUR	
			VE 2026:		400.000	VE 2026 neu:		3.200.000	VE 2026 Veränderung:		2.800.000		
			VE 2027:		3.600.000	VE 2027 neu:		2.800.000	VE 2027 Veränderung:		-800.000		
			VE 2028:		3.600.000	VE 2028 neu:		3.600.000	VE 2028 Veränderung:		0		
			VE 2029:		3.320.000	VE 2029 neu:		1.040.000	VE 2029 Veränderung:		-2.280.000		
			JHA	0	0	280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0		angenommen 12 / 0 / 0
			APH	0	0	280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0	angenommen 11 / 0 / 0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Neubau Kita Weststadt												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			392.800		0	0	200.000	190.000	2.800	0	
36a	4E.210388	Kita Weststadt / Neubau		bisher 1.020.000 neu 1.412.800 Veränderung 392.800	0 0	50.000 50.000 0	100.000 100.000 0	400.000 600.000 200.000	400.000 590.000 190.000	70.000 72.800 2.800	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.928.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau der Kita Weststadt (Gesamtkosten bisher: 10.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 14.128.000 EUR)
			JHA	<u>392.800</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>190.000</u>	<u>2.800</u>	<u>0</u>	angenommen 12 / 0 / 0
			APH	<u>392.800</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>190.000</u>	<u>2.800</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
25	Baumaßnahmen (Veränderungen)			3.535.200		0	0	1.800.000	1.710.000	25.200	0	
36b	4E.210388	Kita Weststadt / Neubau		bisher 9.180.000 neu 12.715.200 Veränderung 3.535.200	0 0	450.000 450.000 0	900.000 900.000 0	3.600.000 5.400.000 1.800.000	3.600.000 5.310.000 1.710.000	630.000 655.200 25.200	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.928.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau der Kita Weststadt (Gesamtkosten bisher: 10.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 14.128.000 EUR)
												zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.800.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.710.000 EUR
				VE 2026:	900.000	VE 2026 neu:	900.000	VE 2026 Veränderung:		0		
				VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	5.400.000	VE 2027 Veränderung:		1.800.000		
				VE 2028:	3.600.000	VE 2028 neu:	5.310.000	VE 2028 Veränderung:		1.710.000		
				VE 2029:	630.000	VE 2029 neu:	630.000	VE 2029 Veränderung:		0		
			JHA	<u>3.535.200</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.800.000</u>	<u>1.710.000</u>	<u>25.200</u>	<u>0</u>	angenommen 12 / 0 / 0
			APH	<u>3.535.200</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.800.000</u>	<u>1.710.000</u>	<u>25.200</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

41

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Brandschutzmaßnahmen												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		841.200	841.200	0	0	0	0	0
38a	4E.210228	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.		bisher	3.412.899	3.412.899	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 841.200 EUR für 2025 für Brandschutzmaßnahmen an der BBS V (Kastanienallee) - Gesamtkosten bisher: 3.687.159 EUR; Gesamtkosten neu: 4.528.359 EUR
				neu	4.254.099	3.412.899	841.200	0	0	0	0	
				Veränderung	841.200		841.200	0	0	0	0	
				SchA	<u>841.200</u>	<u>0</u>	<u>841.200</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 17 / 0 / 0
				APH	<u>841.200</u>	<u>0</u>	<u>841.200</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
38b	4E.210228	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.		bisher	274.260	274.260	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 841.200 EUR für 2025 für Brandschutzmaßnahmen an der BBS V (Kastanienallee) - Gesamtkosten bisher: 3.687.159 EUR; Gesamtkosten neu: 4.528.359 EUR
				neu	274.260	274.260	0	0	0	0	0	
				Veränderung	0		0	0	0	0	0	
				SchA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 17 / 0 / 0
				APH	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Sanierung / Umbauten von Dienstgebäuden												
Sanierung Rathaus-Neubau												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	-360.000	-1.640.000	2.000.000	0	0	0
39a	4E.210458	FB 20: Rathausneubau / Sanierung (ehemals 5E.210116 und 3E.210019)	bisher	7.380.818	1.180.818	400.000	2.000.000	2.200.000	1.600.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2025-2026 auf 2027 ff. für die Sanierung des Rathaus-Neubaus
			neu	7.380.818	1.180.818	40.000	360.000	4.200.000	1.600.000	0	0	
			Veränderung	0		-360.000	-1.640.000	2.000.000	0	0	0	
			APH	0	0	-360.000	-1.640.000	2.000.000	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	-1.440.000	-6.560.000	8.000.000	0	0	0
39b	4E.210458	FB 20: Rathausneubau / Sanierung (ehemals 5E.210116 und 3E.210019)	bisher	28.800.000	4.000.000	1.600.000	8.000.000	8.800.000	6.400.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2025-2026 auf 2027 ff. für die Sanierung des Rathaus-Neubaus
			neu	28.800.000	4.000.000	160.000	1.440.000	16.800.000	6.400.000	0	0	
			Veränderung	0		-1.440.000	-6.560.000	8.000.000	0	0	0	
												geringere VE zu Lasten 2026: - 6.560.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 8.000.000 EUR
					VE 2026:	8.000.000	VE 2026 neu:	1.440.000	VE 2026 Veränderung:		-6.560.000	
					VE 2027:	8.800.000	VE 2027 neu:	16.800.000	VE 2027 Veränderung:		8.000.000	
					VE 2028:	6.400.000	VE 2028 neu:	6.400.000	VE 2028 Veränderung:		0	
					VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:		0	
			APH	0	0	-1.440.000	-6.560.000	8.000.000	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Neubau Feuerwehrrhäuser												
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		666.500		0	20.000	100.000	180.000	600.000	-233.500	
40a	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau										
		bisher		522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.332.600 EUR für 2026-2029 für den Ersatzbau des Feuerwehrrhauses Geitelde-Stiddien sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 ff. (Gesamtkosten bisher: 3.214.400 EUR; Gesamtkosten neu: 5.347.000 EUR - die bereits veranschlagten Haushaltsmittel der Vorjahre in Höhe von 1,2 Mio. € verfallen)
		neu		1.189.400	120.000	0	20.000	100.000	180.000	600.000	169.400	
		Veränderung		666.500		0	20.000	100.000	180.000	600.000	-233.500	
		AFKO		<u>666.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>20.000</u>	<u>100.000</u>	<u>180.000</u>	<u>600.000</u>	<u>-233.500</u>	passieren lassen (10 / 0 / 0) angenommen 8 / 3 / 0
		APH		<u>666.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>20.000</u>	<u>100.000</u>	<u>180.000</u>	<u>600.000</u>	<u>-233.500</u>	
		Anmerkung der Verwaltung neu: Es liegen ähnliche Anträge des SBR 222 und der CDU-Fraktion vor, die in den Fachausschüssen passieren gelassen worden sind.										

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen																										
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)2.666.100080.000400.000720.0002.400.000-933.900																																						
40b	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.332.600 EUR für 2026-2029 für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 ff. (Gesamtkosten bisher: 3.214.400 EUR; Gesamtkosten neu: 5.347.000 EUR - die bereits veranschlagten Haushaltsmittel der Vorjahre in Höhe von 1,2 Mio. € verfallen) Zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 400.000 EUR Zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 720.000 EUR Zusätzliche VE zu Lasten 2029: + 2.400.000 EUR																										
			neu	5.357.600	1.080.000	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	677.600																											
			Veränderung	2.666.100		0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	-933.900																											
			<table><tr><td>VE 2027:</td><td>0</td><td>VE 2027 neu:</td><td>400.000</td><td colspan="2">VE 2027 Veränderung:</td><td colspan="3">400.000</td></tr><tr><td>VE 2028:</td><td>0</td><td>VE 2028 neu:</td><td>720.000</td><td colspan="2">VE 2028 Veränderung:</td><td colspan="3">720.000</td></tr><tr><td>VE 2029:</td><td>0</td><td>VE 2029 neu:</td><td>2.400.000</td><td colspan="2">VE 2029 Veränderung:</td><td colspan="3">2.400.000</td></tr></table>									VE 2027:	0	VE 2027 neu:	400.000	VE 2027 Veränderung:		400.000			VE 2028:	0	VE 2028 neu:	720.000	VE 2028 Veränderung:		720.000			VE 2029:	0	VE 2029 neu:	2.400.000	VE 2029 Veränderung:		2.400.000		
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	400.000	VE 2027 Veränderung:		400.000																																
VE 2028:	0	VE 2028 neu:	720.000	VE 2028 Veränderung:		720.000																																
VE 2029:	0	VE 2029 neu:	2.400.000	VE 2029 Veränderung:		2.400.000																																
AFKO	2.666.100	0	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	-933.900	passieren lassen (10 / 0 / 0)																													
APH	2.666.100	0	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	-933.900	angenommen 8 / 3 / 0																													
Anmerkung der Verwaltung neu: Es liegen ähnliche Anträge des SBR 222 und der CDU- Fraktion vor, die in den Fachausschüssen passieren gelassen worden sind.																																						

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Sanierung / Umbauten von Sportgebäuden Sanierung Sportfunktionsgebäude Rautheim												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		640.000	320.000	320.000	0	0	0	0
41	4E.21 Neu	Sportfunktionsgebäude Rautheim / Sanierung		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 EIR für 2025 / 2026 für die Sanierung des Sportfunktionsgebäudes Rautheim
				neu	640.000	0	320.000	320.000	0	0	0	
				Veränderung	640.000		320.000	320.000	0	0	0	
				APH	<u>640.000</u>	<u>0</u>	<u>320.000</u>	<u>320.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
Sanierungsmaßnahmen Städtisches Stadion												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		850.000	0	0	850.000	0	0	0
42	4E.210435	Städt. Stadion/San. Duschen+Umkleiden		bisher	1.055.000	1.055.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 850.000 EUR für 2027 für die Sanierung der Duschen und Umkleiden des Städtischen Stadions; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekte gedient haben
				neu	1.905.000	1.055.000	0	0	850.000	0	0	
				Veränderung	850.000		0	0	850.000	0	0	
				APH	<u>850.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>850.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
sonstige Instandhaltungen Sportfunktionsgebäude												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-640.000		-320.000	-320.000	0	0	0	0	
43	4S.210109	Global-Instandhaltung Sportfunktionsgeb.		bisher 7.100.000	600.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 320.000 EUR jährlich für 2025 und 2026 für die Instandhaltung der Sportfunktionsgebäude - Grund: Deckung zur Sanierung des Sportfunktionsgebäudes Rautheim
				neu 6.460.000	600.000	980.000	980.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	-640.000		-320.000	-320.000	0	0	0	0	
			APH	<u>-640.000</u>	<u>0</u>	<u>-320.000</u>	<u>-320.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
Abbruchmaßnahmen												
Abbruch Tennishalle Rote Wiese												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			300.000		300.000	0	0	0	0	0	
44	4E.21 Neu	Tennishalle Rote Wiese / Abbruch		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025 für den Abbruch der Tennishalle Rote Wiese
				neu 300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000		300.000	0	0	0	0	0	
			APH	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Abbruch ehem. Gärtnerei Zobel												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		640.000	140.000	500.000	0	0	0	0
45	4E.21 Neu	ehem. Gärtnerei Zobel / Abbruch		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 EUR für 2025 und 2026 für den Abbruch der ehemaligen Gebäude der Gärtnerei Zobel
				neu	640.000	0	140.000	500.000	0	0	0	
				Veränderung	640.000		140.000	500.000	0	0	0	
				APH	<u>640.000</u>	<u>0</u>	<u>140.000</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0
Präventionsmaßnahmen												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		450.000	0	450.000	0	0	0	0
46	4S.21 Neu (4S.210034)	Starkregenereignis / Präventionsmaßnahmen		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR für 2026 für Präventionsmaßnahmen an städtischen Gebäuden zum Schutz von Starkregenereignissen
				neu	450.000	0	0	450.000	0	0	0	
				Veränderung	450.000		0	450.000	0	0	0	
				APH	<u>450.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>450.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Denkmalschutzmaßnahmen													
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		102.000	0	25.500	25.500	25.500	25.500	0	
47a	4S.210024	FB 20:Projekt Inst. Denkmalschutz		bisher neu Veränderung	294.579 396.579 102.000	269.079 269.079 0	25.500 25.500 0	0 25.500 25.500	0 25.500 25.500	0 25.500 25.500	0 0 0	zusätzliche Erträge in Höhe von jährlich 25.500 EUR ab 2026 für städtische Denkmalschutzmaßnahmen	
				APH	102.000	0	0	25.500	25.500	25.500	25.500	0	angenommen 11 / 0 / 0
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		306.000	0	76.500	76.500	76.500	76.500	0	
47b	4S.210024	FB 20:Projekt Inst. Denkmalschutz		bisher neu Veränderung	1.005.571 1.311.571 306.000	929.071 929.071 0	76.500 76.500 0	0 76.500 76.500	0 76.500 76.500	0 76.500 76.500	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 76.500 EUR ab 2026 für städtische Denkmalschutzmaßnahmen	
				APH	306.000	0	0	76.500	76.500	76.500	76.500	0	angenommen 11 / 0 / 0
sonstige Instandhaltungsmaßnahmen													
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		750.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	
48	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.		bisher neu Veränderung	9.040.700 9.790.700 750.000	6.874.700 6.874.700 0	406.000 556.000 150.000	370.000 520.000 150.000	370.000 520.000 150.000	510.000 660.000 150.000	510.000 660.000 150.000	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für Sonnenschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden
				APH	750.000	0	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	angenommen 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit Beschaffung Videokameras "öffentliche Plätze / Straßen"												
	26	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		1.000.000		1.000.000	0	0	0	0	0	
49	5E.32 Neu	Videokameras öffentliche Plätze - Straßen / Beschaffung										
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 616.000 EUR für die Videoüberwachung (inklusive Erdarbeiten) durch die Polizei von öffentlichen Straßen und Plätzen.
		neu		616.000	0	616.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		616.000		616.000	0	0	0	0	0	
		AFKO		<u>616.000</u>	<u>0</u>	<u>616.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (10 / 0 / 0)
NEU				<u>1.000.000</u>		<u>1.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	Der Rat hat am 05.11.2024 dem Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Videoüberwachung im Stadtgebiet zugestimmt (DS 24-24349); es wird erwartet, dass sich das Land Niedersachsen mindestens an den Kosten der Ausweitung beteiligt Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten (inkl. Ausweitung) nunmehr auf 1.000.000 € anstatt von bisher 616.000 €

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Beschaffung von mobilen Sperren												
26 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				150.000		150.000	0	0	0	0	0	
50	5S.32 Neu	Mobile Sperren / Beschaffung 10 St.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für die Beschaffung von 10 mobilen Sperren zum Verleihen bei Veranstaltungen; die laufenden Kosten betragen jährlich 6.750 €
			neu	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
			angenommen 10 / 0 / 0									
Schnittstellen zum Dokumentenmanagementsystem												
26 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				38.700		38.700	0	0	0	0	0	
51	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	772.600	425.100	189.500	137.000	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 12.100 EUR für 2025 für die Schaffung einer Schnittstelle zwischen Fachverfahren Einbürgerung (32.4) und Enaio
			neu	784.700	425.100	201.600	137.000	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	12.100		12.100	0	0	0	0	0	
			AFKO	12.100	0	12.100	0	0	0	0	0	
			angenommen 10 / 0 / 0									
52	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	772.600	425.100	189.500	137.000	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 26.600 EUR für 2025 für die Schaffung einer Schnittstelle zwischen Fachverfahren Advis (32.4) und Enaio
			neu	799.200	425.100	216.100	137.000	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	26.600		26.600	0	0	0	0	0	
			AFKO	26.600	0	26.600	0	0	0	0	0	
			angenommen 10 / 0 / 0									

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Fahrzeugbeschaffungen												
26	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-50.000		-50.000	0	0	0	0	0	
53	5S.320004	FB 32: Global Instandh. Marktwesen										
			bisher	291.000	141.000	150.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Beschaffung eines PKWs für das Marktwesen, da die Gelder bereits in 2024 außerplanmäßig bereitgestellt werden mussten
			neu	241.000	141.000	100.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-50.000		-50.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	-50.000	0	-50.000	0	0	0	0	0	angenommen 10 / 0 / 0
Instandhaltungen												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			25.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
54	4S.320001	FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern										
			bisher	7.697.000	4.837.500	564.200	573.900	573.800	573.800	573.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 5000 EUR für die Wartung der Schnittstellen zwischen den Fachverfahren Einbürgerung und Advis zu Enaio.
			neu	7.722.000	4.837.500	569.200	578.900	578.800	578.800	578.800	0	
			Veränderung	25.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
			AFKO	25.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	angenommen 10 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 40 - Schule												
Einsatz einer neuen Bestell- und Abrechnungssoftware												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				446.000		43.800	104.300	99.300	99.300	99.300	0	
55a	4S.400018	FB 40: Softwarepflege (allgemein)										
			bisher	1.572.100	1.120.500	86.700	90.700	87.400	91.400	95.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel jährlich für die Nutzung einer neuen Bestell- und Abrechnungssoftware "Mittagsverpflegung Schulen" (jährlich bis zu 79.300 EUR Mehrkosten)
			neu	1.901.100	1.120.500	98.500	170.000	166.700	170.700	174.700	0	
		Veränderung		329.000		11.800	79.300	79.300	79.300	79.300	0	
		SchA		329.000	0	11.800	79.300	79.300	79.300	79.300	0	
55b	4S.400018	FB 40: Softwarepflege (allgemein)										
			bisher	1.572.100	1.120.500	86.700	90.700	87.400	91.400	95.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel je Jahr für die Nutzung von Rückmeldeterminals zur "Mittagsverpflegung Schulen" (jährlich bis zu 20.000 EUR Mehrkosten)
			neu	1.661.600	1.120.500	96.200	110.700	107.400	111.400	115.400	0	
		Veränderung		89.500		9.500	20.000	20.000	20.000	20.000	0	
		SchA		89.500	0	9.500	20.000	20.000	20.000	20.000	0	
55c	4S.40 Neu	FB 40: Mittagessenversorgung Schulen /Ern. Bestell- Abr. Softw.										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 17.500 EUR für die Beschaffung von 40 neuen Terminals im Rahmen einer neuen Bestell- und Abrechnungssoftware für die Mittagsverpflegung an Schulen (Ersatz der bisherigen Software MensaMax)
			neu	17.500	0	17.500	0	0	0	0	0	
		Veränderung		17.500		17.500	0	0	0	0	0	
		SchA		17.500	0	17.500	0	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
55d	4S.40 Neu	FB 40: Mittagessenversorgung Schulen /Ern. Bestell- Abr. Softw.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 5.000 EUR für 2025 und 2026 für die sukzessive Ausstattung der Mensen mit Rückmeldeterminals (Beschaffung von 8 Terminals je Jahr)
			neu	10.000	0	5.000	5.000	0	0	0	0	
			Veränderung	10.000		5.000	5.000	0	0	0	0	
			SchA	<u>10.000</u>	<u>0</u>	<u>5.000</u>	<u>5.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
26	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			60.000		30.000	30.000	0	0	0	0	
55e	4S.40 Neu	FB 40: Mittagessenversorgung Schulen /Ern. Bestell- Abr. Softw.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für 2025 und 2026 für die sukzessive Ausstattung der Mensen mit Free-Flow-Möglichkeiten (Ausstattung von drei Schulen jährlich mit jeweils 2 Geräten)
			neu	60.000	0	30.000	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	60.000		30.000	30.000	0	0	0	0	
			SchA	<u>60.000</u>	<u>0</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			295.400		295.400	0	0	0	0	0	
56	4E.41 Neu / 4S.41 Neu	Staatstheater / Umbau Chorsaal, Absauganlage, Lastenaufzug, Kostümfundus										
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 295.400 EUR für 2025 für kleinere Baumaßnahmen am Staatstheater (Umbau Chorsaal, Absauganlage, Lastenaufzug, Kostümfundus)
		neu		295.400	0	295.400	0	0	0	0	0	
		Veränderung		295.400		295.400	0	0	0	0	0	
		ArKW		295.400	0	295.400	0	0	0	0	0	angenommen 11 / 0 / 0
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation												
Sanierungsgebiete - hier Soziale Stadt Donauviertel												
9	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-780.000		200.000	266.700	273.300	-760.000	-760.000	0	
57a	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel										
		bisher		6.956.126	3.156.126	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	geringere Erträge aus Fördergeldern in Höhe von 780.000 EUR für 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
		neu		6.176.126	3.156.126	960.000	1.026.700	1.033.300	0	0	0	
		Veränderung		-780.000		200.000	266.700	273.300	-760.000	-760.000	0	
		APH		-780.000	0	200.000	266.700	273.300	-760.000	-760.000	0	passieren lassen (11 / 0 / 0)
		Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24- 24728 verwiesen.										

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				-1.425.000		370.000	420.000	290.000	-1.260.000	-1.245.000	0	
57b	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel										
			bisher	11.109.024	5.409.024	1.140.000	1.140.000	1.140.000	1.140.000	1.140.000	0	geringere Haushaltsmittel für den Eigenanteil in Höhe von 1.170.000 EUR für 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	9.939.024	5.409.024	1.440.000	1.540.000	1.550.000	0	0	0	
			Veränderung	-1.170.000		300.000	400.000	410.000	-1.140.000	-1.140.000	0	
			APH	-1.170.000	0	300.000	400.000	410.000	-1.140.000	-1.140.000	0	passieren lassen (11 / 0 / 0)
												Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
57c	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel										
			bisher	495.000	0	50.000	100.000	120.000	120.000	105.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 255.000 EUR für nicht förderfähige Kosten im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	240.000	0	120.000	120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-255.000		70.000	20.000	-120.000	-120.000	-105.000	0	
			APH	-255.000	0	70.000	20.000	-120.000	-120.000	-105.000	0	passieren lassen (11 / 0 / 0)
												Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
<div>18Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)-4.316.900-800.100-1.436.700-960.100-560.000-560.0000</div>												
57d	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel		bisher8.652.3732.442.2731.393.4002.316.7001.380.000560.000560.0000geringere investive Einnahmen aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 4.316.900 EUR in 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens								
				neu4.335.4732.442.273593.300880.000419.90000								
				Veränderung-4.316.900-800.100-1.436.700-960.100-560.000-560.0000								
				APH-4.316.9000-800.100-1.436.700-960.100-560.000-560.0000passieren lassen (11 / 0 / 0)								
												Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-2.640.100		0	480.000	-1.440.100	-840.000	-840.000	0	
57e	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel		bisher 12.746.080	3.431.080	2.090.000	3.475.000	2.070.000	840.000	840.000	0	geringere Haushaltsmittel als investiver Eigenanteil in Höhe von 6.475.100 EUR im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
				neu 6.270.980	3.431.080	890.000	1.320.000	629.900	0	0	0	
				Veränderung -6.475.100		-1.200.000	-2.155.000	-1.440.100	-840.000	-840.000	0	
				APH <u>-6.475.100</u>	<u>0</u>	<u>-1.200.000</u>	<u>-2.155.000</u>	<u>-1.440.100</u>	<u>-840.000</u>	<u>-840.000</u>	<u>0</u>	
												passieren lassen (11 / 0 / 0) Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
57f	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.835.000 EUR für nicht förderfähige Kosten (ehemals Straßenausbaubeiträge) im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Wegfall der Straßenausbaubeiträge
				neu 3.835.000	0	1.200.000	2.635.000	0	0	0	0	
				Veränderung 3.835.000		1.200.000	2.635.000	0	0	0	0	
				APH <u>3.835.000</u>	<u>0</u>	<u>1.200.000</u>	<u>2.635.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
												passieren lassen (11 / 0 / 0) Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Sanierungsgebiete - hier Investitionspakt Donauviertel													
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		133.000	133.000	0	0	0	0	0	
58a	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.643.393	2.643.393	0	0	0	0	0	0	zusätzliche ergebniswirksame Einzahlungen für 2025 in Höhe von 133.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel	
			neu	2.776.393	2.643.393	133.000	0	0	0	0	0		
			Veränderung	133.000		133.000	0	0	0	0	0		
			APH	133.000	0	133.000	0	0	0	0	0		angenommen 9 / 0 / 0
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		393.000	393.000	0	0	0	0	0	
58b	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	4.535.723	4.535.723	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 393.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel	
			neu	4.928.723	4.535.723	393.000	0	0	0	0	0		0
			Veränderung	393.000		393.000	0	0	0	0	0		0
			APH	393.000	0	393.000	0	0	0	0	0		angenommen 9 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
18 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
58c	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW										
			bisher	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungsraten für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel
			neu	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9 / 0 / 0
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0	
58d	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW										
			bisher	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 393.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel
			neu	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Sanierungsgebiete - hier Stadtumbau Bahnstadt												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-3.288.100	0	253.400	-840.000	-768.200	-1.933.300	0
59a	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	16.993.000	5.783.200	1.333.300	2.266.600	3.493.300	2.183.300	1.933.300	0	geringere ergebniswirksame Förderbeträge in Höhe von 3.288.100 EUR im Rahmen des Sanierungsgebietes Stadtumbau "Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	13.704.900	5.783.200	1.333.300	2.520.000	2.653.300	1.415.100	0	0	
			Veränderung	-3.288.100		0	253.400	-840.000	-768.200	-1.933.300	0	
			APH	-3.288.100	0	0	253.400	-840.000	-768.200	-1.933.300	0	
passieren lassen (11 / 0 / 0)												
Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-4.826.500	65.000	520.000	-1.359.200	-1.152.300	-2.900.000	0
59b	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	25.548.841	8.733.841	2.000.000	3.400.000	5.240.000	3.275.000	2.900.000	0	geringere Haushaltsmittel an Städtebaufördermittel in Höhe von 4.932.300 EUR im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	20.616.541	8.733.841	2.000.000	3.780.000	3.980.000	2.122.700	0	0	
			Veränderung	-4.932.300		0	380.000	-1.260.000	-1.152.300	-2.900.000	0	
			APH	-4.932.300	0	0	380.000	-1.260.000	-1.152.300	-2.900.000	0	
passieren lassen (11 / 0 / 0)												
Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.												

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
59c	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt										
			bisher	2.459.200	1.400.000	480.000	480.000	99.200	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 309.200 EUR für nicht förderfähige Kosten im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	2.150.000	1.400.000	250.000	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-309.200		-230.000	20.000	-99.200	0	0	0	
			APH	<u>-309.200</u>	<u>0</u>	<u>-230.000</u>	<u>20.000</u>	<u>-99.200</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0)
												Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
59d	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 415.000 EUR für nicht förderfähige Kosten (ehemals Straßenausbaubeiträge) im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Wegfall der Straßenausbaubeiträge
			neu	415.000	0	295.000	120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	415.000		295.000	120.000	0	0	0	0	
			APH	<u>415.000</u>	<u>0</u>	<u>295.000</u>	<u>120.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9 / 0 / 0
												Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
18 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				-2.000.000		0	0	0	-1.000.000	-1.000.000	0	
59e	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt		bisher 6.066.700 neu 4.066.700 Veränderung -2.000.000	2.333.400 2.333.400	333.300 333.300 0	400.000 400.000 0	1.000.000 1.000.000 0	1.000.000 0 -1.000.000	1.000.000 0 -1.000.000	0 0 0	geringere investive Einzahlungen aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 2.000.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Fördergebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			APH	<u>-2.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-1.000.000</u>	<u>-1.000.000</u>	<u>0</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0) Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
19 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				500.000		0	0	500.000	0	0	0	
59f	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt		bisher 900.000 neu 1.400.000 Veränderung 500.000	900.000 900.000	0 0 0	0 0 0	0 500.000 500.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen i. H. v. 500.000 EUR in 2027 - 2030 im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"
			APH	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9 / 0 / 0 Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-2.500.000		0	0	500.000	-1.500.000	-1.500.000	0	
59g	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt		bisher 9.100.000 neu 6.100.000 Veränderung -3.000.000	3.500.000 3.500.000	500.000 500.000	600.000 600.000	1.500.000 1.500.000	1.500.000 0	1.500.000 0	0 0	geringere Haushaltsmittel für Städtebaufördermittel in Höhe von 3.000.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Fördergebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			APH	<u>-3.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-1.500.000</u>	<u>-1.500.000</u>	<u>0</u>	passieren lassen (11 / 0 / 0) Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
59h	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt		bisher 900.000 neu 1.400.000 Veränderung 500.000	900.000 900.000	0 0	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: zusätzliche Erschließungsbeiträge
			APH	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9 / 0 / 0 Anmerkung der Verwaltung neu: Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Umsetzung digitaler Zwilling												
9		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		210.000		110.000	100.000	0	0	0	0	
NEU	4E.61 Neu	Digitaler Zwilling / Umsetzung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 210.000 EUR für 2025-2026 im Rahmen der Umsetzung des Digitalen Zwillings
			neu	210.000	0	110.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	210.000		110.000	100.000	0	0	0	0	
16		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		360.000		110.000	250.000	0	0	0	0	
NEU	4E.61 Neu	Digitaler Zwilling / Umsetzung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 360.000 EUR für 2025-2026 für die Umsetzung des Digitalen Zwillings; die Haushaltsmittel sind abhängig von der Aquirierung von Fördergeldern zur Wahrung der Haushaltsneutralität und sind bis dahin gesperrt. Zur Deckung des übrigen Mehrbedarfes erfolgt eine Absenkung i. H. v. 150.000 EUR im Ergebnishaushalt (Anlage 4.2).
			neu	360.000	0	110.000	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	360.000		110.000	250.000	0	0	0	0	

66

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Qualitätsstandards Radverkehr													
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				200.000		100.000	100.000	0	0	0	0		
62	4S.66 Neu	MEP / Verbesserung Qualitätsstandards Radverkehr		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung der Qualitätsstandards im Radverkehr (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)	
				neu 200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0		
				Veränderung 200.000		100.000	100.000	0	0	0	0		
				AMTA		200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	angenommen 8 / 0 / 3
Verbesserungen Radverkehrsführungen													
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				500.000		250.000	250.000	0	0	0	0		
63	4S.66 Neu	MEP / Verbesserungen Radverkehrsführungen		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung von Radverkehrsführungen in Knotenpunkten (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)	
				neu 500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0		
				Veränderung 500.000		250.000	250.000	0	0	0	0		
				AMTA		500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	angenommen 8 / 0 / 3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Förderung Fußverkehr (Innenstadt)												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			300.000		150.000	150.000	0	0	0	0	
64	4S.66 Neu	MEP / Förderung Fußverkehr		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025-2026 für die Förderung des Fußverkehrs in der Innenstadt und auf Stadtteilebene (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
				neu 300.000	0	150.000	150.000	0	0	0	0	
				Veränderung 300.000		150.000	150.000	0	0	0	0	
			AMTA	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8 / 0 / 3
Umbau Bohlweg												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			500.000		250.000	250.000	0	0	0	0	
65	3E.66 Neu	MEP / Umbau Bohlweg / Vorplanung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau des Bohlweges (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
				neu 500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	
				Veränderung 500.000		250.000	250.000	0	0	0	0	
			AMTA	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>250.000</u>	<u>250.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8 / 0 / 3

69

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport Sportreferat - Umrüstung Flutlichtanlagen auf LED												
	16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		1.900.000		0	0	190.000	190.000	190.000	1.330.000	
67	4E. 67 NEU	Flutlichtanlagen / Umrüstung auf LED										
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umrüstung der städtischen Flutlichtanlagen auf LED ab 2027 (10 Jahres Programm) - Grund: EU-Richtlinie 2011/65/EU - Verbot des Inverkehrbringens von Leuchtmitteln mit Quecksilber ab 2027
		neu		1.900.000	0	0	0	190.000	190.000	190.000	1.330.000	
		Veränderung		1.900.000		0	0	190.000	190.000	190.000	1.330.000	
		SpA		<u>1.900.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>190.000</u>	<u>190.000</u>	<u>190.000</u>	<u>1.330.000</u>	angenommen 10 / 0 / 0
Sportreferat - Jahnplatz/Schaffung Hockeykunstrasenpl.												
	25	Baumaßnahmen (Veränderungen)		400.000		400.000	0	0	0	0	0	
68	5E.670091	Jahnplatz/Schaffung Hockey-kunstrasenplatz										
		bisher		1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 EUR für die Schaffung eines Hockeykunstrasenplatzes auf dem Jahnplatz (Gesamtkosten bisher: 1.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 1.400.000 EUR)
		neu		1.400.000	1.000.000	400.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		400.000		400.000	0	0	0	0	0	
		SpA		<u>400.000</u>		<u>400.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 10 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Sportreferat - Instandhaltung Kunstrasenplätze												
Instandhaltung Kunstrasenplatz SpA Franz. Feld K3												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				50.000		-220.000	0	0	270.000	0	0	
NEU	4E.670042	SpA Franz. Feld K3/Inst. Kunstrasenplatz										Verschieben der Finanzrate 2025 für die Instadhaltung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Franzisches Feld auf das Jahr 2028 sowie Erhöhung der Gesamtkosten um 50.000 € (Gesamtkosten bisher: 220.000 EUR; Gesamtkosten neu: 270.000 EUR)
		bisher	220.000	0	220.000	0	0	0	0	0	0	
		neu	270.000	0	0	0	0	270.000	0	0	0	
		Veränderung	50.000		-220.000	0	0	270.000	0	0	0	
Instandhaltung Kunstrasenplatz SpA Kennelweg K2												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-50.000		220.000	0	0	-270.000	0	0	
NEU	4E.670044	SpA Kennelweg K2 / Inst. Kunstrasenplatz										Vorziehen der Finanzrate 2027 für die Instadhaltung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Kennelweg auf das Jahr 2025 sowie Verringerung der Gesamtkosten um 50.000 € (Gesamtkosten bisher: 270.000 EUR; Gesamtkosten neu: 220.000 EUR)
		bisher	270.000	0	0	0	0	270.000	0	0	0	
		neu	220.000	0	220.000	0	0	0	0	0	0	
		Veränderung	-50.000		220.000	0	0	-270.000	0	0	0	

72

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen										
71	5E.670077	FB 67: Lkw Kipper-Kran/Ersatz- beschaffung	bisher	255.000	255.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 65.000 EUR für 2026 für die Beschaffung eines LKW-Kipper-Krans - Grund: Preissteigerungen ; die bereits für 2023 veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 255.000 EUR müssen nachveranschlagt werden, so dass ein Mittelbedarf für 2026 in Höhe von 320.000 EUR entsteht (Gesamtkosten bisher: 255.000 EUR; Gesamtkosten neu: 320.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 320.000 EUR										
			neu	575.000	255.000	0	320.000	0	0	0	0											
			Veränderung	320.000		0	320.000	0	0	0	0											
			<table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>320.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>320.000</td><td colspan="4"></td></tr></table>										VE 2026:	0	VE 2026 neu:	320.000	VE 2026 Veränderung:	320.000				
VE 2026:	0	VE 2026 neu:	320.000	VE 2026 Veränderung:	320.000																	
			UGA	<u>320.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>320.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8 / 0 / 0										
72	5E.670086	FB 67: Lkw-Hubsteiger (SG 423) / Ersatzbeschaffung	bisher	250.000	250.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Ersatzbeschaffung eines LKW-Hubsteigers - Grund: Preissteigerungen (Gesamtkosten bisher: 250.000 EUR; Gesamtkosten neu: 300.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 50.000 EUR										
			neu	300.000	250.000	0	50.000	0	0	0	0											
			Veränderung	50.000		0	50.000	0	0	0	0											
			<table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>50.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>50.000</td><td colspan="4"></td></tr></table>										VE 2026:	0	VE 2026 neu:	50.000	VE 2026 Veränderung:	50.000				
VE 2026:	0	VE 2026 neu:	50.000	VE 2026 Veränderung:	50.000																	
			UGA	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8 / 0 / 0										

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Inklusionsmaßnahmen Außenanlagen												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		150.000	150.000	0	0	0	0	0
73a	4E.67 Neu	Außenanlagen IGS Heidberg / Inklusionsmaßnahmen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 150.000 EUR für 2025 für die Inklusionsmaßnahmen an der IGS Heidberg
			neu	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	0	
			SchA	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen 8 / 0 / 0
			UGA	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		307.600	307.600	0	0	0	0	
73b	4E.67 Neu	Außenanlagen IGS Heidberg / Inklusionsmaßnahmen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 307.600 EUR für 2025 für die inklusive Umgestaltung der Außenanlagen der IGS Heidberg (Eingangsbereich)
			neu	307.600	0	307.600	0	0	0	0	0	
			Veränderung	307.600		307.600	0	0	0	0	0	
			SchA	307.600	0	307.600	0	0	0	0	0	angenommen 15 / 0 / 0 angenommen: 8 / 0 / 0
			UGA	307.600	0	307.600	0	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Herrichtung Außenanlage Auguststraße 9-11												
16 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				585.000		100.000	485.000	0	0	0	0	
74a	4E.67 Neu	Außenanlage Auguststr. 9-11 / Umbau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 EUR für 2025-2026 für die Umgestaltung der Außenanlagen des Dienstgebäudes Auguststraße 9-11 (Parkplatz mit E-Ladesäulen)
			neu	585.000	0	100.000	485.000	0	0	0	0	
			Veränderung	585.000		100.000	485.000	0	0	0	0	
			UGA	585.000	0	100.000	485.000	0	0	0	0	
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				65.000		0	65.000	0	0	0	0	
74b	4E.67 Neu	Außenanlage Auguststr. 9-11 / Umbau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 EUR für 2025-2026 für die Umgestaltung der Außenanlagen des Dienstgebäudes Auguststraße 9-11 (Parkplatz mit E-Ladesäulen)
			neu	65.000	0	0	65.000	0	0	0	0	
			Veränderung	65.000		0	65.000	0	0	0	0	
			UGA	65.000	0	0	65.000	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
sonstige Instandhaltungsmaßnahmen im Teilhaushalt 67												
9			Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
75a	4S.670001	FB 67: Instandh. FB 67 allgem. (ohne 67.3)	bisher	1.380.000	980.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	0	Beibehaltung der Erträge im Rahmen der lfd. Instandhaltungen des FB 67
			neu	1.380.000	980.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen: 8 / 0 / 0
16			Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		800.000	400.000	400.000	0	0	0	0	
75b	4S.670001	FB 67: Instandh. FB 67 allgem. (ohne 67.3)	bisher	14.426.300	8.927.800	1.099.700	1.099.700	1.099.700	1.099.700	1.099.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 und 2026 in Höhe von jeweils 400.000,00 EUR für den erhöhten Instandhaltungsbedarf des Fuhrparkbestands vom FB 67 inklusive Sportreferat.
			neu	15.226.300	8.927.800	1.499.700	1.499.700	1.099.700	1.099.700	1.099.700	0	
			Veränderung	800.000		400.000	400.000	0	0	0	0	
			UGA	800.000	0	400.000	400.000	0	0	0	0	angenommen: 8 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 68 - Umwelt (inkl. 0680 Grün- und Freiraumplanung)												
Referat 00680												
Erschließungsmaßnahme Dibbesdorfer Str. Süd												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				1.630.000		0	0	1.630.000	0	0	0	
76a	4E.000003 (4E.610016)	Dibbesd. Str. (QU62)/Erschließung										zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.630.000 EUR für Grünbaumaßnahmen "Dibbesdorfer Straße Süd" ; (Gesamtkosten bisher: 323.100 EUR; Gesamtkosten neu: 1.953.100 EUR)
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0		
		neu	1.630.000	0	0	0	1.630.000	0	0	0		
		Veränderung	1.630.000		0	0	1.630.000	0	0	0		
			UGA	1.630.000	0	0	0	1.630.000	0	0	0	angenommen 6 / 0 / 0
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)								
				0		0	0	0	0	0	0	
76b	4E.000003 (4E.610016)	Dibbesd. Str. (QU62)/Erschließung										zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.630.000 EUR für Grünbaumaßnahmen "Dibbesdorfer Straße Süd" ; (Gesamtkosten bisher: 323.100 EUR; Gesamtkosten neu: 1.953.100 EUR)
		bisher	323.100	323.100	0	0	0	0	0	0		
		neu	323.100	323.100	0	0	0	0	0	0		
		Veränderung	0		0	0	0	0	0	0		
			VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	VE 2026 Veränderung:		0			
			VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	VE 2027 Veränderung:		0			
			VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	VE 2028 Veränderung:		0			
			VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:		0			
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 6 / 0 / 0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	
Ausbau und Schließung Ringgleis													
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
77a	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2.060.000 EUR für 2025 für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0		
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0		
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0		
			passieren lassen (6 / 0 / 0)										
Es liegt zwischenzeitlich ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Haushaltsansatz für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises um 1,7 Mio. EUR zu erhöhen (FWI 175)													
25				Baumaßnahmen (Veränderungen)		-2.060.000	-2.060.000	0	0	0	0	0	
77b	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	bisher	14.429.483	12.369.483	2.060.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2.060.000 EUR für 2025 für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises	
			neu	12.369.483	12.369.483	0	0	0	0	0	0		0
			Veränderung	-2.060.000		-2.060.000	0	0	0	0	0		0
UGA				-2.060.000	0	-2.060.000	0	0	0	0	0	passieren lassen (6 / 0 / 0)	
Es liegt zwischenzeitlich ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Haushaltsansatz für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises um 1,7 Mio. EUR zu erhöhen (FWI 175)													

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
erschließung Feuerwehrwache Westenbergstraße												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			635.000		635.000	0	0	0	0	0	
78	4E.00 NEU	Ref. 0680. Feuerwehrwache Westenbergstr.(RN46) / Erschließung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 635.000 EUR für 2025 für Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Erschließung der Feuerwehrwache Westenbergstraße
				neu 635.000	0	635.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung 635.000		635.000	0	0	0	0	0	
			UGA	<u>635.000</u>	<u>0</u>	<u>635.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 6 / 0 / 0
erschließung Langer Kamp												
18	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			120.000		120.000	0	0	0	0	0	
79a	4E.00 NEU	Ref. 0680 Langer Kamp (HA130) / Erschließung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in Höhe von 120.000 EUR für 2025 für die Herstellung von Kinder- und Jugendspielflächen im Rahmen der Erschließung Langer Kamp
				neu 120.000	0	120.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung 120.000		120.000	0	0	0	0	0	
			UGA	<u>120.000</u>	<u>0</u>	<u>120.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 6 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25 Baumaßnahmen (Veränderungen)				560.000		560.000	0	0	0	0	0	
79b	4E.00 NEU	Ref. 0680 Langer Kamp (HA130) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 560.000 EUR für 2025 für die Herstellung von Kinder- und Jugendspielflächen im Rahmen der Erschließung Langer Kamp
			neu	560.000	0	560.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	560.000		560.000	0	0	0	0	0	
			UGA	<u>560.000</u>	<u>0</u>	<u>560.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 6 / 0 / 0
Erschließung Mittelweg Süd-West												
18 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				230.000		0	230.000	0	0	0	0	
80a	4E.00 NEU	Ref. 0680 Mittelweg Süd-West (HA113) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in Höhe von 230.000 EUR für 2026 für die Herstellung eines Jugendplatzes im Rahmen der Erschließung des Mittelweges Süd-West
			neu	230.000	0	0	230.000	0	0	0	0	
			Veränderung	230.000		0	230.000	0	0	0	0	
			UGA	<u>230.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>230.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 6 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25		Baumaßnahmen (Veränderungen)		330.000		0	330.000	0	0	0	0	
80b	4E.00 NEU	Ref. 0680 Mittelweg Süd-West (HA113) / Erschließung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 330.000 EUR für 2026 für die Herstellung eines Jugendplatzes im Rahmen der Erschließung des Mittelweges Süd-West
				neu 330.000	0	0	330.000	0	0	0	0	
				Veränderung 330.000		0	330.000	0	0	0	0	
				VE 2026: 0 VE 2026 neu: 0 VE 2026 Veränderung: 0								
				UGA								angenommen 6 / 0 / 0
				330.000	0	0	330.000	0	0	0	0	
Gliesmaroder Str. / Quartiersplatz												
25		Baumaßnahmen (Veränderungen)		400.000		400.000	0	0	0	0	0	
81	5E.000006	Ref. 0680 Gliesmaroder Str. 70/Allg.Grün		bisher 1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln in Höhe von 400.000 EUR für 2025 für den Quartiersplatz Gliesmaroder Str. Mittel in entsprechender Höhe fließen in 2021 in den Haushalt zurück.
				neu 1.400.000	1.000.000	400.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung 400.000		400.000	0	0	0	0	0	
				VE 2026: 0 VE 2026 neu: 0 VE 2026 Veränderung: 0								
				UGA								angenommen 6 / 0 / 0
				400.000	0	400.000	0	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
ELER Fördermaßnahmen												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				22.300		0	0	10.000	12.300	0	0	
82a	4S.680048	Naturschutz / ELER - Fördermaßnahmen	bisher	60.000	30.000	10.000	10.000	10.000	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 22.300 EUR für die ELER Fördermaßnahmen im Naturschutz
			neu	82.300	30.000	10.000	10.000	20.000	12.300	0	0	
			Veränderung	22.300		0	0	10.000	12.300	0	0	
			UGA	22.300	0	0	0	10.000	12.300	0	0	angenommen 6 / 0 / 0
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				0		0	0	0	0	0	0	
82b	4S.680048	Naturschutz / ELER - Fördermaßnahmen	bisher	110.500	30.000	25.000	25.000	30.500	0	0	0	Beibehaltung der Haushaltsansätze für die ELER-Fördermaßnahmen Naturschutz
			neu	110.500	30.000	25.000	25.000	30.500	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 6 / 0 / 0

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Hochwasserschutz Maschplatz / Spinnerstraße												
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				200.000		50.000	150.000	0	0	0	0	
83	4E.68 Neu	FB 68: Maschplatz - Spinnerstraße / Maßnahmen Hochwasserschutz		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025-2026 für den Hochwasserschutz Maschplatz - Spinnerstraße
				neu 200.000	0	50.000	150.000	0	0	0	0	
				Veränderung 200.000		50.000	150.000	0	0	0	0	
				UGA 200.000	0	50.000	150.000	0	0	0	0	angenommen 6 / 0 / 0
Teilhaushaltsübergreifend												
Förderprojekt "LiViK"												
9				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				2.596.700		270.700	471.300	708.400	1.044.800	101.500	0	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 2.596.700 EUR für die Jahre 2025 - 2029 (Zuwendungen für das Förderprojekt "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)") Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LiViK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
				neu 2.596.700	0	270.700	471.300	708.400	1.044.800	101.500	0	
				Veränderung 2.596.700		270.700	471.300	708.400	1.044.800	101.500	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
16				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				2.596.700		270.700	471.300	708.400	1.044.800	101.500	0	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung		bisher neu Veränderung	0 3.246.400 3.246.400	0 0 338.500	0 0 589.300	0 0 885.600	0 0 1.306.100	0 0 126.900	0 0 0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 3.246.400 EUR für die Jahre 2025 - 2029 für das Förderprojekt "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LiViK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
NEU	4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen		bisher neu Veränderung	40.697.900 40.048.200 -649.700	28.422.100 28.422.100 -67.800	2.413.000 2.345.200 -118.000	2.465.700 2.288.500 -177.200	2.465.700 2.204.400 -261.300	2.465.700 2.440.300 -25.400	0 0 0	geringere Aufwendungen in Höhe von 649.700 EUR für die Jahre 2025 - 2029 für die Unterhaltung von Grün- und Spielanlagen (Deckung des Eigenanteils für das Förderprojekt "LiViK")
18				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)								
				2.172.200		33.400	63.800	127.400	973.800	973.800	0	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung		bisher neu Veränderung	0 2.172.200 2.172.200	0 0 33.400	0 0 63.800	0 0 127.400	0 0 973.800	0 0 973.800	0 0 0	zusätzliche Einzahlungen in Höhe von 2.172.200 EUR für die Jahre 2025 - 2029 (Zuwendungen für die Umgestaltung des Emsplatzes im Rahmen des Förderprojektes "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LiViK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
25 Baumaßnahmen (Veränderungen) 2.515.500 -58.200 -20.200 159.300 1.217.300 1.217.300 0												
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 2.715.500 EUR für die Jahre 2025 - 2029 für die Umgestaltung des Emsplatzes im Rahmen des Förderprojektes "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LiViK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
			neu	2.715.500	0	41.800	79.800	159.300	1.217.300	1.217.300	0	
			Veränderung	2.715.500		41.800	79.800	159.300	1.217.300	1.217.300	0	
NEU	5E.000003 (5E.610004)	Ref. 0680: Westpark 2. BA	bisher	610.372	410.372	100.000	100.000	0	0	0	0	geringere Finanzmittel in Höhe von 200.000 EUR für die Jahre 2025 - 2026 für den 2. BA des Westparks (Deckung des Eigenanteils für das Förderprojekt "LiViK" - die restliche Deckung erfolgt durch den Verfall von Haushaltsresten)
			neu	410.372	410.372	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000		-100.000	-100.000	0	0	0	0	

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung
(Finanzierungstätigkeit)

Haushaltslesung 2025/2026 - Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Investitionsmanagement)

Anlage 5.2.2

Nr.	Teilhaushalt Finanzstelle	Haushaltsansatzbezeichnung	Sachkonto Art der Ein- und Auszahlung	Veränderungen in €									
				2025		2026		2027		2028		2029	
				Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen
		Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft		25.000.000	- 2.168.300	- 8.000.000	4.331.900	55.000.000	4.592.000	26.000.000	- 1.101.000	8.000.000	1.799.200
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	692730 Anpassung der Kreditaufnahmen Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)	+ 25.000.000		- 8.000.000		+ 55.000.000		+ 26.000.000		+ 8.000.000	
			792730 Auszahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)		- 2.168.300		+ 4.331.900		+ 4.592.000		- 1.101.000		+ 1.799.200

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung
(nur Konzernfinanzierung)

Haushaltslesung 2025/2026 - Ansatzveränderungen der Verwaltung (nur Konzernfinanzierung)

Anlage 5.2.3

Teilhaushalt				Veränderungen in €										Anmerkungen				
Nr.	Finanzstelle oder Produkt	Haushaltsansatz-bezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages und Aufwands bzw. der Ein- und Auszahlung	2025		2026		2027		2028		2029						
				Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen					
Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft				20.146.000	- 15.286.500	54.372.000	- 7.867.600	- 9.210.000	- 8.108.300	69.915.000	- 7.894.900	49.832.000	- 2.649.900					
1	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	692735 Einz. InvKred.Kred.Inst. Laufz>5J.E (f.Zins) Exp	Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung): hier: Anpassung der Kreditaufnahmen durch die Stadt.														
				+	20.146.000		+	54.372.000		-	9.210.000		+	69.915.000		+	49.832.000	
2	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	792735 Tilgung, Rückzahlungen von Krediten Laufz >5J/ Experimentierklausel	Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung) hier: Tilgung der Darlehen durch die Stadt bei den Kreditgebern														
					-	3.830.300		-	1.860.700		+	317.300		-	48.000		+	2.751.900
3	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451715 Zinsaufwand an Kreditinstitute/ Experimentierklausel	Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung) hier: Zinsaufwendungen durch die Stadt Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten (insb. Anpassung der Zinssätze) im Rahmen der Konzernfinanzierung führen zu entsprechend geänderten Zinsaufwendungen.										Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.				
					-	11.516.200		-	6.169.900		-	8.398.600		-	8.056.900		-	5.551.800
4	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459115 Kreditbeschaffungskosten/ Experimentierklausel	Konzernfinanzierung- Für die im Rahmen der Konzernfinanzierung vorgesehenen Kreditaufnahmen sind Kreditbeschaffungskosten einzuplanen.										Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.				
					+	60.000		+	163.000		-	27.000		+	210.000		+	150.000
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen				-	15.625.100	20.146.000	- 8.245.400	54.372.000	- 8.366.900	- 9.210.000	- 8.392.000	69.915.000	- 3.047.000	49.832.000				
	5E.200011	Rückzahl. Ausleih. Städt.Gesell. /Exper.	688535 Rückflüsse Ausleih. a.verb.Unt. (> 5 Jahre) Exp.	Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung) hier: Erstattung der städtischen Tilgungsleistungen für Darlehen (Konzernfinanzierung) durch die städtischen Gesellschaften														
				-	3.830.000		-	1.860.700		+	317.300		-	48.000		+	2.751.900	
	5E.200010	Ausleihungen Städtische Gesellschaften/ Experimentierklausel	788535 Ausleihungen an vU/B/S > 5 Jahre Experimentierklausel	Weiterleitung der von der Stadt aufgenommen Darlehen an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung) Die von der Stadt im Rahmen der Konzernfinanzierung aufgenommenen Darlehen werden im Finanzhaushalt im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagt.														
					+	20.146.000		+	54.372.000		-	9.210.000		+	69.915.000		+	49.832.000
	Diverse	Diverse	361515 Zinsertrag von verb. Unt., Beteilig., Sonderverm./ Experimentierklausel	Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten (insb. Anpassung der Zinssätze) im Rahmen der Konzernfinanzierung führen zu entsprechend geänderten Zinsaufwendungen und Zinserträgen.										Die aufgrund der Kreditaufnahme von den städtischen Gesellschaften an die Stadt zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.				
				-	11.795.100		-	6.384.700		-	8.684.200		-	8.344.000		-	5.798.900	

Finanzhaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen (IM)

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 37 - Feuerwehr												
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
1a	4S.370001	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr										
			bisher	10.204.600	5.602.100	785.700	905.800	972.000	970.000	969.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen der Berufsfeuerwehr (inkl. Integrierte Leitstelle) in Höhe von 153.600 EUR für 2025-2026
			neu	10.358.200	5.602.100	891.300	953.800	972.000	970.000	969.000	0	
			Veränderung	153.600		105.600	48.000	0	0	0	0	
1b	4S.370002	FB 37: Instandhaltungen Freiw. Feuerwehr										
			bisher	2.902.400	1.491.900	599.700	202.700	202.700	202.700	202.700	0	geringere Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von 72.400 EUR für 2025-2026
			neu	2.830.000	1.491.900	525.000	205.000	202.700	202.700	202.700	0	
			Veränderung	-72.400		-74.700	2.300	0	0	0	0	
1c	4S.370003	FB 37: Instandhaltungen Katastrophenschutz										
			bisher	712.300	485.300	45.400	45.400	45.400	45.400	45.400	0	geringere Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen des Katastrophenschutzes in Höhe von 50.400 EUR für 2025-2026
			neu	661.900	485.300	32.500	7.900	45.400	45.400	45.400	0	
			Veränderung	-50.400		-12.900	-37.500	0	0	0	0	
1d	4S.370004	FB 37: Instandhaltungen Rettungsdienst										
			bisher	2.141.700	1.190.700	196.100	186.800	187.700	189.700	190.700	0	geringere Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen des Rettungsdienstes in Höhe von 30.800 EUR für 2025-2026
			neu	2.110.900	1.190.700	178.100	174.000	187.700	189.700	190.700	0	
			Veränderung	-30.800		-18.000	-12.800	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit												
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	0	
2a	4S.500023	FB 50: Instandh. Flüchtlingsunterkünfte										
		bisher		256.400	141.400	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	0	Verschieben von Haushaltsmitteln in Höhe von 5.000 EUR jährlich aus dem Ergebnishaushalt in das Investitionsmanagement (Korrektur einer fehlerhaften Kontenzuordnung)
		neu		281.400	141.400	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	0	
		Veränderung		25.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
2b	1.31.3155.20	Soz. Einr. f. Flüchtlinge und Asylbew. (Instandhaltung für fremde G+G)										
		bisher		25.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	Verschieben von Haushaltsmitteln in Höhe von 5.000 EUR jährlich aus dem Ergebnishaushalt in das Investitionsmanagement (Korrektur einer fehlerhaften Kontenzuordnung)
		neu		0	0	0	0	0	0	0	0	
		Veränderung		-25.000		-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	0	

Finanzhaushalt

IP 2024-2029 - Haushaltsvermerke

Teilhaushaltsübergreifend

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Änderung Wertgrenze - Globalmaßnahmen: < 300.000 € (bisher < 150.000 €)	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung GI (Global "Organisationseinheit") sind nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Hinweis: Es sind die einzelnen Haushaltsvermerke je Teilhaushalt und deren Besonderheiten zu beachten.</p>	Aufgrund der Baupreissteigerungen werden Einzelprojekte zukünftig erst ab 300.000 € anstatt ab 150.000 € eingerichtet. Bis zu dieser Wertgrenze sind die Maßnahmen mit Gesamtkosten von jeweils unter 300.000 € deckungsfähig (Globalmaßnahmen).

Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden
Teilhaushalt 20 - Finanzen

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Neubau Schulsporthallen - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Für Projekte, die Neubauten von Sporthallen beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich derzeit (2025 und 2026) um folgende Projekte:</p> <p>GS Melverode / Neubau Sporthalle (4E.210346) Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle (4E.210374) BBS V / Neubau 1 fach Sporthalle (4E.210375) GS Wenden / Neubau 2 fach Sporthalle (4E.210378) GS Veltenhof/Ersatzneubau Sporthalle (4E.210417)</p>	Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf örtliche Bedarfsänderungen bei neuen Schulsporthallen auch finanziell zu reagieren. Die Kosten je Feldeinheit je Schulsporthalle sind vergleichbar.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Einrichtung von Ganztagsbetrieben (ohne Sanierung) - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Für Projekte, die die Einrichtung von Ganztagsbetrieben (ohne Sanierung) beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich derzeit (2025 und 2026) um folgende Projekte:</p> <p>GS Querum / Erw. u. Einr. GTB (4E.210276) GS Mascheroder Holz / Einr. GTB (4E.210295) GS Hondelage / Einr. GTB (4E.210301) GS Timmerlah / Einr. GTB (4E.210304) GS Veltenhof / Einr. GTB (4E.210306) GS Schunteraue/Einricht. GTB (4E.210343)</p>	<p>Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf örtliche Bedarfsänderungen bei Ganztagsbetrieben auch finanziell zu reagieren.</p>

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Neubau und Erweiterung von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Für Projekte, die die Neubauten und Erweiterungen von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich für derzeit (2025 und 2026) um folgende Projekte:</p> <p>Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen (4E.210292) GY Gaußschule / Erweiterung G8/G9 (4E.210347) Wilhelmgymnasium/Erweiterung G8/G9 (4E.210348) Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9 (4E.210373) GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA (4E.210377) GS Weststadt/Neub. Schulgeb.+1fSpH (4E.210386) GY H.v.F. / Erweiterung (4E.210469) Lessinggymn./Containerber. 2.BA (4S.210092)</p>	<p>Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf örtliche Bedarfsänderungen bei Neubauten und Erweiterungen von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) auch finanziell zu reagieren.</p>

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Sanierung / Ersatzbauten Freiwillige Feuerwehr - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Für Projekte, die Sanierungsmaßnahmen und Ersatzbauten von Feuerwehrhäusern beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich derzeit (2025 und 2026) um folgende Projekte:</p> <p>Feuerwehrrh. Stöckh./Ersatzbau (4E 21 Neu) Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau (4E.210402)</p>	<p>Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf geänderte Bedarfe bei Neubauten von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) kurzfristig zu reagieren und sich finanziell auf die geänderten Prioritäten einzustellen.</p>

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk	"Die Mittel der Projekte 4S.610043 (FB 61: Investitionspakt Donauviertel KTK und KPW) und 3S.610007 (FB 61 Vorplanung Investitionspakt Donauviertel) sind nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig."	Der Investitionspakt Donauviertel ist aufgrund der besonderen Inhalte nicht Bestandteil des Sanierungsgebietes Donauviertel und daher auch nicht Teil des Budgets Programm 4 - Sanierungsgebiete. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen den beiden Projekten des Investitionspaktes kann daher nur über den beantragten Deckungsvermerk erreicht werden.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk	"Die Mittel der Projekte 3E.610039 (Digitaler Zwilling / Konzepterstellung) und 4E.61 Neu (Digitaler Zwilling / Umsetzung) sind nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig."	Für die Umsetzung des digitalen Zwillings (vgl. Ansatzveränderung der Verwaltung ist ein neues Projekt vorgesehen, da das bisherige Projekt lediglich für die Konzepterstellung besteht. Um die verbleibenden Mittel für die nun folgende Umsetzung des Projektes verwenden zu können, soll der beantragte Deckungsvermerk eingerichtet werden.

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Für Projekte, die Teil des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) sind, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich derzeit (2025 und 2026) um folgende Projekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - MEP / Umbau südliche Innenstadtumfahrung / Vorplanung (3E.660022) - MEP / Umbau Bohlweg / Vorplanung (3E.660023) - MEP / Verbesserung Qualitätsstandards Radverkehr (4S.660032) - MEP / Verbesserung Radverkehrsführung Knotenpunkte (4S.660033) - MEP / Förderung Fußverkehr (4S.660034) <p>Voraussetzung ist, dass die Maßnahmen Teil des Beschlusses über den Mobilitätsentwicklungsplans sind.</p>	<p>Aus Transparenzgründen werden die verschiedenen Maßnahmen des MEP auf Einzelprojekten dargestellt. Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs wird die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze vorgesehen.</p>

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	<p>"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Sanierung /Ersatzbauten Brücken - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."</p> <p>Für Projekte, die Sanierungen / Ersatzbauten von Brücken beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich derzeit (2025 und 2026) um folgende Projekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - FB 66: Neustadtmühlenbr. Inselw./Erneuer. (4E.660038) - FB 66: Brückenerneuerungen 2018ff (4S.660018) - Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch. /Ersatz (5E.660113) - Ferdinandbrücke / Sanierung (5E.660118) - Okerbrücke Hüttenwerke Schrotw./Ersatz (5E.660119) - Theodor-Heuss-Brücke /Sanierung (5E.660131) - Straßenbrücke Sachsendamm/San. (5E.660134) - Schunterbrücke Bienrode/Ersatzneubau (5E.660137) - Schunterflutbrücke Bienr.Gifhorn./Ersatz (5E.660140) - Schunterbrücke Thune/Ersatzneubau (5E.660156) <p>Als Grundlage gelten die Regelungen zu der Behandlung der Mehrkostenbedarfe in den Gremien.</p>	<p>Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf Sanierungsbedarfe kurzfristig zu reagieren und sich finanziell auf die geänderten Prioritäten einzustellen.</p>

Teilhaushalt 0800 - Wirtschaftsdezernat

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk	"Die Mittel der Projekte 4S.000024 (Breitbandausbau "weiße Flecken") und 4S.000038 (Breitbandausbau "graue Flecken") sind aufgrund vergleichbarer Inhalte des Breitbandausbaus gegenseitig deckungsfähig."	Aus Transparenzgründen werden die Fördertöpfe für "weiße Flecken" und "graue Flecken" auf verschiedenen Projekten dargestellt. Aufgrund des engen inhaltlichen Zusammenhangs wird die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Projekte vorgesehen.

Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen
der Fraktionen und Stadtbezirksräten

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 040 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Preissenkung Fahrscheine ÖPNV um 10%

Begründung:

Die Verkehrswende kann nicht nur mit Verboten umgesetzt werden. Viel wichtiger sind Anreize, damit der ÖPNV attraktiver wird. Insbesondere ein kostenfreier ÖPNV würde viele Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bewegen. Ein 10prozentiger Preisnachlass kann ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Stellungnahme:

Eine Tarifänderung ist beim Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) sowie dem Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) einzubringen und dann letztendlich über den VRB beim Land Niedersachsen zu stellen. Die Tarifhoheit liegt ausschließlich beim VRB.

Die Verkehrsunternehmen haben mit dem D-Ticket bereits mit einem Ertragsausfall umzugehen, der nur bis Ende 2024 verbindlich refinanziert wird. Weiter reduzierte Ticketpreise wären nach derzeitiger Einschätzung der Finanzmittel aller Voraussicht nach im VRB nicht mehrheitsfähig und würden die Finanzierung des Systems weiter gefährden.

Auch werden aus Sicht der Braunschweiger Verkehrs-GmbH noch weitere Reduzierungen im Ticketpreis nicht zu den erforderlichen Mehrkunden führen, die es benötigt, um das daraus entstehende Finanzloch auszugleichen.

I. A.

Hübner

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 64 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Überschrift:
Mobil-Tickets kostenlos

Begründung:

Geringverdienende und Leistungsberechtigte können über den Braunschweig-Pass das vergünstigte Mobilticket erwerben. Als Ausgleich entrichtet die Stadt im Jahr 2025 237.100 Euro und ab 2026 137.100 Euro an die BSVG. Das Mobilticket kostet 17 €/Monat mit und 25 €/Monat ohne Zeitbegrenzung.

Unsere Fraktion schlägt vor, dass Armutsbetroffene künftig kostenlos Bus und Bahn fahren können und mit dem Braunschweig Pass ÖPNV-Tickets kostenlos erhalten. Dies ist nicht nur eine sozialpolitisch sinnvolle Investition, sondern trägt auch dazu bei, dass vorhandene alte und besonders umweltschädliche Autos abgeschafft werden.

Der Wegfall der 17 bzw. 25 Euro müsste dann zusätzlich mit der BSVG verrechnet werden.

Stellungnahme:

Das Plus-Abo, welches als Basis für das BS-Mobilticket sowie BS-Mobilticket Plus dient, kostet derzeit 65,10 €. Für BS-Pass Inhaber*innen wird dieses in 2 Modellen für 17,-, respektive 25,- € (Plus) angeboten. Somit verbleibt ein Anteil, der durch Erlösminderung i.H.v. 19,50 € (BSVG) und einer Fahrgeldauffüllung durch die Stadt i.H.v. 20,60 € bzw. 28,60 € gedeckt wird.

Die voraussichtlich benötigten Mittel bei Fortführung zu den derzeitigen Konditionen betragen für 2025 -> 2.400.000 € und für 2026 -> 2.600.000 €. Hierbei handelt es sich lediglich um den Bedarf zur Abdeckung der städt. Fahrgeldauffüllung an die BSVG. Für ein kostenloses Ticket müsste jedoch auch der Anteil der BS-Pass Inhaber*innen mit übernommen werden.

Das wären in 2023 anhand der Verkaufszahlen 922.879 € für das BS-Mobilticket sowie 517.400 € für die Plus Version, mithin insgesamt 1.440.279 € gewesen.

Die Verkaufszahlen sind in den letzten Jahren zudem stetig gestiegen. In 2024 wurden bisher im Durchschnitt rd. 6.100 Tickets pro Monat verkauft. Das würde 6.100 BS-Pass Inhaber*innen entsprechen, die das Angebot annehmen. Insgesamt wurden zum 1. September 2024 (Stichtag BS-Pass) rd. 34.000 Pässe versandt. Es ist daher davon auszugehen, dass sich Anzahl der BS-Mobilticket Nutzer*innen bei kostenloser Bereitstellung vervielfachen würde. Bei einer nicht auszuschließenden Vervielfachung würde somit ein Mittelbedarf von rund 16 Mio. € entstehen.

Unberücksichtigt ist hierbei, ob aufgrund höherer Auslastung die entsprechenden

Kapazitäten in den Spitzenzeiten zur Verfügung gestellt werden könnten und welche Mehrkosten bei der BSVG durch die erhöhte Inanspruchnahme entstehen würden.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 094 der
BIBS-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Schwangeren- und Familienberatungsstelle Braunschweig: Präventionsprojekt
„Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ an Braunschweiger Schulen

Begründung:

Seit 2005 findet das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ in zahlreichen Braunschweiger Schulen statt. Das Projekt, welches sich an SuS ab Klasse 8 sowie an junge Erwachsene richtet, ist sehr nachgefragt und wird an Schulen und bei den SuS sehr gut angenommen. Es besteht eine langfristige Kooperation mit anderen Netzwerken in Braunschweig (z.B. Runder Tisch „Frühe Hilfen“, Netzwerk gegen Gewalt, Netzwerk Integration etc.).

Das Projekt umfasst verschiedenste Themen und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Aufklärung über Schütteltrauma und Folgen des Rauchens/Alkoholkonsums in der Schwangerschaft.

Aber auch die Themen Lebensplanung, Bedeutung von Elternschaft, Kindesvernachlässigung (z.B. durch Überforderung jugendlicher Eltern) werden thematisiert.

Wie wichtig dies ist, wird deutlich, wenn wir uns bewusst machen, dass bei Inobhutnahmen durch das Jugendamt häufig frühe Familiengründungen und Überforderung als Gründe für die Herausnahme der Kinder aus den Familien genannt werden.

Dieses Präventionsprojekt mit seiner umfassenden Aufklärungsarbeit ist also nötig und wichtig und muss unbedingt weitergeführt werden.

Die bisherige Finanzierung durch Stiftungen und Sponsoren ist nicht länger gewährleistet und somit beantragt der Sozialdienst der katholischen Frauen (SkF) zur Weiterführung des Präventionsprojektes die oben aufgeführte Summe.

Stellungnahme:

Die Prüfung einer städtischen Förderung für den Einsatz von Babysimulatoren hat ergeben, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht als adäquate Maßnahme im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen in Betracht zu ziehen und somit folgerichtig hierfür keine städt. Förderung zu gewähren ist. Hierzu ist zu erläutern, dass bereits im Vorfeld gesehene Unsicherheiten im Hinblick auf Methode, Ziele und Nachhaltigkeit Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Angebot Babysimulatoren war.

Zur „Sachverhaltsaufklärung“ hat 2015 ein Fachtag unter Beteiligung der in der Fachwelt zu dem Thema „Babysimulatoren“ anerkannten und renommierten Prof. Dr. Anke Spies, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Dr. Orthmann Bless, Universität Freiburg, Schweiz stattgefunden.

Auf der Basis der Inputvorträge „Anerkennung von Handlungsfähigkeit als Maßstab für Präventionskonzepte und Simulationsbasierte Lernsituationen gestalten und evaluieren“ wurden Für und Wider dargestellt.

Ein eindeutiges Ergebnis ist offengeblieben, nach Abwägung der wesentlichen Fakten bleibt ein „JAEIN“.

Zusammengefasst kann jedoch festgehalten werden, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen gesehen wird.

Auf Basis der fachlichen Argumente wird die Förderung nicht empfohlen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 095 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Essensgeld in städtischen Kindertagesstätten abschaffen

Begründung:

Der vom Bundestag einberufene Bürgerrat fordert vollkommen zu Recht, dass Essen in Kitas nicht nur gesund, sondern auch kostenfrei erfolgen soll. Dabei sollen Kita-Fachkräfte und Lehrkräfte gleich mit verköstigt werden. Die niedersächsische Landesregierung hat Anfang diesen Jahres mitgeteilt, dass sie den Vorschlag grundsätzlich gut findet und mit den Kommunen über eine Umsetzung reden will. Geschehen ist leider nichts. Wir sind der Ansicht, dass Braunschweig bei diesem wichtigen Thema eine Vorreiterrolle einnehmen und gleichzeitig Druck auf die Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung ausüben sollte.

Stellungnahme:

Allein die Abschaffung des Essensgeldes in den städtischen Kindertagesstätten führt zu Einnahmeausfällen von rd. 1,6 Millionen € pro Haushaltsjahr. Damit Eltern, deren Kinder in Kindertagesstätten freier Träger betreut werden, nicht schlechter gestellt werden, müssten im Zuge der Gleichbehandlung diese Kosten bei den freien Trägern ebenfalls durch die Stadt übernommen und die Förderung der freien Träger erhöht werden. Da die Festlegung des Essenentgeltes den jeweiligen Trägern obliegt, kann dieser zusätzliche Betrag nicht konkret beziffert werden. Es nach vorsichtiger Schätzung von einer zusätzlichen Haushaltsbelastung i. H. v. 3 bis 4 Millionen € jährlich auszugehen.

Mit Blick auf die derzeitige Finanzsituation wird daher empfohlen, den Haushaltsantrag abzulehnen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass bei einkommensschwachen Familien das Essensentgelt für die Mittagsverpflegung bereits aus BuT-Mitteln (Bildungs- und Teilhabepaket) getragen wird.

Eine Umsetzung des Antrages ist lediglich möglich, sofern aus Bundes- und/oder Landesmitteln ein finanzieller Ausgleich erfolgt.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 096 der
SPD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger

Begründung:

Die freien Träger der Kinder- und Jugendzentren fordern eine Erhöhung der Zuschüsse. Dazu liegt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (AK OKJA) vom 12.06.2024 vor, in dem Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig, Teil 3 Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Kinder-/Jugendzentren sowie Aktiv- bzw. Abenteuerspielplätze) gemacht werden (s. Anlage). Die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sollten dynamisiert und an die Sätze für die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen angepasst werden. Der Eigenanteil der freien Träger bleibt dabei bestehen. Die Sach- und Betriebskosten für Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft wurden seit Jahren nicht angepasst. Das hat inzwischen, auch bedingt durch die gestiegenen Kosten gerade in den letzten zwei Jahren, dazu geführt, dass ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen und denen in freier Trägerschaft entstanden ist. Die Qualität der Arbeit ist vergleichbar gut, die Kosten für die Stadt sind aber durch den Eigenanteil der Träger (10 % bei nichtkonfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern) geringer, sodass die Stadt schon allein deshalb ein Interesse daran haben sollte, weiterhin die Angebote der freien Träger zu erhalten und zu fördern.

Für 2025 ist eine Erhöhung um 75.000 € angesetzt (vgl. Schreiben des AK OKJA vom 12.06.2024). Für 2026 sollen die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen dynamisiert werden. Da der SPD-Fraktion die Bezugswerte nicht bekannt sind, haben wir nur die 75.000 € mit (vorläufig) 3,71 % für 2026 dynamisiert.

Stellungnahme:

Beim Beschluss des von den Trägern vorgeschlagenen Pauschalen sowie einer jährlichen Dynamisierung der Sachkosten in Höhe von 3,56 % ab 2026 sind folgende Beträge zusätzlich notwendig:

2025: 75.000 €

2026: 92.100 €

Basis der Berechnung sind die Antragszahlen 2024. Die Eigenanteile der Träger sind bereits eingerechnet.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 097 der
SPD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger

Begründung:

Die freien Träger der Kinder- und Jugendzentren fordern eine Erhöhung der Zuschüsse. Dazu liegt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (AK OKJA) vom 12.06.2024 vor, in dem Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig, Teil 3 Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Kinder-/Jugendzentren sowie Aktiv- bzw. Abenteuerspielplätze) gemacht werden (s. Anlage). Die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sollten dynamisiert und an die Sätze für die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen angepasst werden. Der Eigenanteil der freien Träger bleibt dabei bestehen. Die Sach- und Betriebskosten für Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft wurden seit Jahren nicht angepasst. Das hat inzwischen, auch bedingt durch die gestiegenen Kosten gerade in den letzten zwei Jahren, dazu geführt, dass ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen und denen in freier Trägerschaft entstanden ist. Die Qualität der Arbeit ist vergleichbar gut, die Kosten für die Stadt sind aber durch den Eigenanteil der Träger (10 % bei nichtkonfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern) geringer, sodass die Stadt schon allein deshalb ein Interesse daran haben sollte, weiterhin die Angebote der freien Träger zu erhalten und zu fördern.

Für 2025 ist eine Erhöhung um 75.000 € angesetzt (vgl. Schreiben des AK OKJA vom 12.06.2024). Für 2026 sollen die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen dynamisiert werden. Da der SPD-Fraktion die Bezugswerte nicht bekannt sind, haben wir nur die 75.000 € mit (vorläufig) 3,71 % für 2026 dynamisiert.

Stellungnahme:

Beim Beschluss des von den Trägern vorgeschlagenen Pauschalen sowie einer jährlichen Dynamisierung der Sachkosten in Höhe von 3,56 % ab 2026 sind folgende Beträge zusätzlich notwendig:

2025: 75.000 €

2026: 92.100 €

Basis der Berechnung sind die Antragszahlen 2024. Die Eigenanteile der Träger sind bereits eingerechnet.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 101 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FUN Hondelage e.V. - Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage

Begründung:

Mit Schreiben vom 19. Juni 2024 beantragt der FUN Hondelage e.V. eine zusätzliche Förderung in Höhe von 25.000 € für die Einrichtung einer halben Stelle für die Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage. Der Bedarf konnte sowohl im Anschreiben selbst als auch in der beigefügten Machbarkeitsstudie hinreichend nachgewiesen werden.

Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage und die formalen Kriterien der "Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima" soll mit diesem Antrag allerdings nicht der volle Betrag sondern in Abstimmung mit dem FUN Hondelage e.V. nur der Wert einer Minijobstelle gewährt werden. Es soll dem FUN Hondelage e.V. allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Summe ggf. durch das Einwerben weiterer Fördermittel aufzustocken.

Stellungnahme:

Die Stellungnahme gilt auch für die FWE 102 und FWE 103. Ein Antrag auf Förderung einer Bildungsstelle beim FUN Hondelage e.V. wurde bereits vom Verein selbst gestellt und auf Empfehlung der Verwaltung mit Beschlussvorlage 24-24223 durch den Umwelt- und Grünflächenausschuss in der Sitzung vom 29.08.2024 abgelehnt.

Die Zuschussmittel aus der „Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima („Ökotopf“) sollen in erster Linie für Projekte und nicht für Personalkosten genutzt werden. Außerdem betreibt die Stadt Braunschweig mit dem Naturerlebniszentrum Haus Entenfang bereits eine Umweltbildungseinrichtung in eigener Zuständigkeit. Weiterhin kann durch die Entscheidung auch ein Präzedenzfall geschaffen werden, sodass auch weitere Vereine und Organisationen in der Stadt Braunschweig Stellen für Umweltbildung beantragen könnten.

Darüber hinaus ist der erwähnten Machbarkeitsstudie zu entnehmen, dass die Stelle mindestens arbeitstäglich von 8 bis 16 Uhr besetzt sein sollte, sodass es fraglich ist, wie groß der Nutzen der hier in Rede stehenden Halbtagsstelle sein kann. Die Notwendigkeit von Urlaubs- und Krankheitsvertretungen ist dabei auch nicht berücksichtigt.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 108 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Dynamisierung der Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich

1. Das für das Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ zur Berechnung der Dynamisierungsrate für Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich (Vorlage 21-17494) wird aufgehoben. Stattdessen wird in Absprache mit den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden und dem Kulturrat Braunschweig ein praktikables Verfahren entwickelt, das aktuelle Tarifsteigerungen und die Inflationsrate zeitnah berücksichtigt und nicht die Durchschnittswerte von 6 Jahren rückwärts zugrunde legt.
2. Zur konsensualen Entwicklung eines praktikablen Verfahrens ist wahrscheinlich ein längerer Zeitraum nötig, so dass zumindest bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2025 dieses neue Verfahren nicht berücksichtigt werden kann.
3. Deshalb wird für 2025 einmalig ein pauschaler Dynamisierungssatz von insgesamt 7 % angesetzt, um die hohen Ausgaben-Steigerungen auffangen zu können, die durch Personalkosten-Erhöhrungen und Inflation eingetreten sind. Für 2026 wird zunächst der im Haushaltsentwurf vorgesehene Dynamisierungssatz eingeplant und im Laufe des Jahres 2025 an das neue Verfahren angepasst.
4. Das in Punkt 3. beschriebene Verfahren wird auf alle Zuschüsse angewendet, die unter die Dynamisierung fallen. Wenn für einzelne Zuschussempfänger*innen durch beschlossene Haushaltsanträge der Fraktionen höhere Zuschusserhöhungen beschlossen werden, wird für 2025 keine zusätzliche Dynamisierung angesetzt.

Begründung:

Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren eine hohe Inflation in allen Bereichen erfahren, deren Höhe mindestens seit der Jahrtausendwende nicht mehr erlebt worden ist. Entsprechend gab es hohe Tarifsteigerungen in allen Bereichen von teilweise 10 % und mehr. Das hat wie bei der Stadt Braunschweig so auch bei fast allen gemeinnützigen Trägern zu unerwartet hohen Kostensteigerungen geführt, die kaum aufzufangen sind. Die institutionellen Zuschüsse, die für fast alle Träger existenziell sind, müssen zumindest diese Kostensteigerungen abdecken. Die Zeiten, in denen sinkende Förderung durch andere Einnahmen, unterbezahltes Personal oder Ehrenamt kompensiert werden konnten, sind seit langem vorbei. Wenn Braunschweig nicht in eine Situation kommen will, in der zunehmend wichtige öffentliche Angebote für das Gemeinwohl wegfallen oder für mehr Geld durch die öffentliche Hand selbst übernommen werden müssen, muss auch gerade bei hoher Inflation eine angemessene Steigerung der Zuschüsse erfolgen. Das seit 2022 praktizierte Verfahren, nach der die jährliche Dynamisierungsrate nach den Durchschnittssteigerungen der Tarife und Sachkosten der letzten 6 Jahre berechnet wird - wobei das Jahr vor der jeweiligen Zuschusseinsparung unberücksichtigt bleibt, ist unproblematisch, wenn es von Jahr zu Jahr nur geringe Schwankungen gibt, lässt sich aber bei den großen Sprüngen von heute nicht anwenden. Trotz alledem ist nachvollziehbar, dass ein sicheres, einfaches und praktikables Verfahren nicht von heute auf morgen zu entwickeln ist. Da aber dringend Handlungsbedarf besteht, wird einmalig eine pauschale Erhöhung von insgesamt 7 % vorgeschlagen.

Stellungnahme:

Das für das Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ zur Berechnung der Dynamisierungsrate für Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich (DS 21-17494) wurde 2021 entwickelt. Diese Neuregelung sieht vor, die Durchschnittssätze für einen längeren Zeitraum zu betrachten und bietet den Zuwendungsempfängern dadurch eine verlässliche Grundlage.

Dies vorausgeschickt nimmt die Verwaltung zum Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026 wie folgt Stellung:

Zu Nr. 1: Der Antrag geht unzutreffend von einem Betrachtungszeitraum von sechs Jahren aus. Der Zeitraum beträgt laut Ratsbeschluss (s.o.; DS 21-17494) fünf Jahre. Der mehrjährige Betrachtungszeitraum dient dazu, kurzfristige Schwankungen auszugleichen und hat bei Einführung des neuen Berechnungsverfahrens dazu geführt, dass eine drohende Kürzung des Dynamisierungssatzes trotz niedriger Inflationsraten und Tarifabschlüssen verhindert wurde.

Zu Nr. 2: Die beiden bisher angewendeten Verfahren zur Berechnung des Dynamisierungssatzes wurden jeweils mit erheblichem Abstimmungsaufwand mit den Wohlfahrtsverbänden und der Politik einvernehmlich entwickelt. Ein praktikableres einfaches und zeitnahe Verfahren ist nicht erkennbar

Zu Nr. 3: Derzeit geht die Inflationsrate zurück. Die Höhe zukünftiger Tarifabschlüsse ist auch daher offen.

Ich empfehle am aktuellen Verfahren festzuhalten und bei extremen Schwankungen einem ggf. erforderlichen Ausgleich im Einzelfall durch einmalige Zuschüsse Rechnung zu tragen, soweit die Haushaltslage dies zulässt.

Gez. Geiger 16.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 110 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Überschrift:

Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.

Beschlussvorschlag:

Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert.

Begründung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen:

„1. Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ wird 2024 fortgesetzt. Hierfür werden Mittel in Höhe von bis zu 58.000 € bereitgestellt. (...) 3. Dem Awo-Bezirksverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 29.08.2023 für den Betrieb des Nachbarschaftsladens Heidberg (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 37.200 € erhöhte Zuwendung gewährt. 4. Dem Verein Ambet – Ambulante Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 08.11.2023 für die gerontopsychiatrische Beratungsstelle (Produkt 1.31.3151.20) für 2024 eine um 10.000 € erhöhte Zuwendung gewährt. 5. Dem Verein Frauen BUNT e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 30.11.2023 für 2024 eine um 9.900 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3517.20) gewährt. 6. Dem Verein Internationales Filmfest Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für 2024 eine um 13.000 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.25.2522.09) gewährt. 7. Dem Verein Mondo X e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für die Jugendberatung Mondo X für 2024 eine um 4.500 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.36.3630.06.05) gewährt. 8. Der Frauenberatungsstelle wird auf der Grundlage ihrer E-Mail vom 20.12.2023 an die Verwaltung und die Fraktionen für 2024 eine um 33.300 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3157.10) gewährt. (...) 10. Überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 26.400 € zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig“ vom 27.06.2023 (Drs. 23-21288-01) wird zugestimmt. (...)“

Diese 8 über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden in dem 1. genannten Antrag (DS 24-23046) ausführlich begründet (im Sachverhalt).

Der Rat der Stadt Braunschweig hat zudem am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) folgende weitere über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen:

„(...) 2. Dem Verein SOLWODI Niedersachsen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.02.2024 für das Projekt ASUNA (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 8.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.

3. Dem Verein Cura Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.01.2024 für die Anlaufstelle für Straffällige (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 11.500 € erhöhte Zuwendung gewährt. Die städtische Förderung erfolgt dabei nachrangig zu der Landesförderung. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V.

stattfindet.

4. Der Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH wird auf der Grundlage ihres Antrags vom

31.01.2024 für den Diakonietreff im Madamenhof (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 20.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.

5. Dem AWO-Kreisverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 18.03.2024 für das Frauenhaus Braunschweig (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 54.400 € erhöhte Zuwendung gewährt. (...)"

Auch diese 4 über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden in dem 2. genannten Antrag (DS 24-23373) ausführlich erläutert (im Sachverhalt).

Da die Verwaltung die im Februar und April 2024 vom Rat beschlossenen Mehraufwendungen und -auszahlungen nicht in den Haushaltsentwurf 2025 / 2026 übernommen hat, wird ein gesonderter Beschluss zur Fortführung und Dynamisierung der Nachträge 2024 in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. benötigt.

Stellungnahme:

Der Antrag beinhaltet, dass die in 2024 als überplanmäßige Aufwendung i. H. v. 26.400,- € zur Verfügung gestellte Zuwendung auch im Haushaltsjahr 2025 und folgende an die VHS zur Förderung der Hebammenzentrale gewährt wird. Tatsächlich ist im aktuellen Haushaltsplanentwurf bereits die gesamte Förderung für die VHS und das Projekt "Hebammenzentrale" i. H. v. 82.700,- € enthalten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Ratsbeschluss DS 23-21288, in dem ab dem Haushaltsjahr 2024 eine Förderung von jährlich 82.700,- € beschlossen wurde.

Die Förderung unterliegt momentan jedoch nicht der Dynamisierung. Demnach müsste hier ggfs. nur über die Dynamisierung der Förderung ab dem Haushaltsjahr 2025 beschlossen werden.

Zu den übrigen Erhöhungen gibt es verwaltungsseitig keinen Anlass für eine Stellungnahme.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 162 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Förderung POLDEH e.V. - Deutsch-Polnischer Hilfsverein

Begründung:

Der deutsch-polnische Hilfsverein POLDEH e.V. leistet wichtige Integrationsarbeit in Braunschweig und erhält dafür eine Landesförderung, die jedoch mit einem Eigenanteil in Höhe von 10 % verbunden ist. Dieser Eigenanteil entspricht den hiermit beantragten 7.000 Euro jährlich und konnte bisher nicht – wie ursprünglich durch den Verein geplant – durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Ähnliches erwirtschaftet werden.

Die Landesförderung muss jeweils bis spätestens zum 30. September eines Jahres beantragt werden und hat lediglich eine Laufzeit von 12 Monaten. So lange POLDEH die Landesförderung erhält, sollte der Eigenanteil von der Stadt Braunschweig getragen werden.

Stellungnahme:

Die Verwaltung weist darauf hin, dass dem Verein bewusst war, dass Eigenmittel in Höhe von 10 % einzubringen sind und diese bei der Antragstellung im Finanzplan aufgeführt wurden obwohl sie nicht erbracht werden können.

Des Weiteren ist die Landesrichtlinie, nach der eine Förderung erfolgt, der Verwaltung nicht bekannt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die städtische Förderung auf die Landesförderung anzurechnen ist und nicht als Eigenmittel des Vereins angesehen wird.

gez. Klockgether, 23.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 163 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Elternpraktikum mit Babysimulatoren - Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Begründung:

Das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ bietet der Sozialdienst katholischer Frauen Braunschweig (SkF) bereits seit 19 Jahren an den meisten weiterführenden Schulen Braunschweigs regelmäßig jedes Jahr. Schon jetzt gibt es für dieses beliebte und bewährte Präventionsprojekt viele Terminanfragen von den kooperierenden Braunschweiger Schulen für das kommende Schuljahr.

Perspektivisch stehen dem SkF jedoch keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung, um die Durchführung der Projekte zu finanzieren. Denn die Einwerbung von Fördermitteln durch Stiftungen und Sponsoren gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger. Viele Förderer unterstützen den SkF schon viele Jahre und obwohl sie ganz begeistert von der Präventionsarbeit sind, müssen sie leider zeitweilig aufgrund ihrer Förderrichtlinien mit der Förderung pausieren oder aus wirtschaftlichen Gründen die Mittel kürzen oder ablehnen. Aus diesem Grund ist die Weiterführung der Projekte in der jetzigen Form gefährdet.

Der SkF hat einen grundsätzlichen finanziellen Bedarf für das Projekt in Höhe von 41.500 Euro pro Jahr, kann aber aus unterschiedlichen Quellen einen großen Teil selbst erwirtschaften.

In den kommenden Jahren ergibt sich eine Unterdeckung von rund 20.000 Euro, die durch den städtischen Haushalt ausgeglichen werden sollte, um das Bestehen dieses wichtigen Projektes zu garantieren.

Die Förderung soll zunächst auf drei Jahre begrenzt sein, damit im Anschluss daran eine Evaluation – auch in Bezug auf andere Fördermöglichkeiten – erfolgen kann. Nach einer konkretisierten Auskunft des SkF werden für 2025 mindestens 15.000 Euro und für 2026 mindestens 16.300 Euro benötigt.

Durch die hiermit beantragte Summe von 20.000 Euro ist sichergestellt, dass keine finanziellen Nöte entstehen. Andererseits ist durch den im Anschluss einzureichenden Verwendungsnachweis sichergestellt, dass zu viel gezahltes städtisches Geld rückerstattet wird.

Stellungnahme:

Die Prüfung einer städtischen Förderung für den Einsatz von Babysimulatoren hat ergeben, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht als adäquate Maßnahme im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen in Betracht zu ziehen und somit folgerichtig hierfür keine städt. Förderung zu gewähren ist.

Hierzu ist zu erläutern, dass bereits im Vorfeld gesehene Unsicherheiten im Hinblick auf Methode, Ziele und Nachhaltigkeit Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Angebot Babysimulatoren war.

Zur „Sachverhaltsaufklärung“ hat 2015 ein Fachtag unter Beteiligung der in der Fachwelt zu dem Thema „Babysimulatoren“ anerkannten und renommierten Prof. Dr. Anke Spies, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Dr. Orthmann Bless, Universität Freiburg, Schweiz stattgefunden.

Auf der Basis der Inputvorträge „Anerkennung von Handlungsfähigkeit als Maßstab für Präventionskonzepte und Simulationsbasierte Lernsituationen gestalten und evaluieren“ wurden Für und Wider dargestellt.

Ein eindeutiges Ergebnis ist offengeblieben, nach Abwägung der wesentlichen Fakten bleibt ein „JAEIN“.

Zusammengefasst kann jedoch festgehalten werden, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen gesehen wird.

Auf Basis der fachlichen Argumente wird die Förderung nicht empfohlen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE_171 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln

Begründung:

Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll.

Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

Stellungnahme:

Grundsätzlich gibt es in Richtlinien, Regelwerken, etc. festgelegte Standards für Verkehrsanlagen. In den Planungen stellt sich häufig heraus, dass aufgrund der örtlichen Gegebenheiten diese nicht für alle Verkehrsträger eingehalten werden können. Daraus resultiert, dass Kompromisse gefunden werden müssen, die die Nutzbarkeit der Verkehrsanlagen für alle ermöglicht. Über den bestehenden Standard hinausgehende Anforderungen (z.B. für Premium-Wege) würde die Planungsfreiheit weiter einschränken und bei Nichteinhaltung zu weiteren Diskussionen führen.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 178 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung bei KinderPaten / Der Weg e.V. zurück nehmen

Begründung:

Mit dem Präventionsangebot KinderPaten erreicht der Verein Der Weg e.V. Kinder aus hochbelasteten Familien. Die langjährige, fachlich begleitete Beziehungsarbeit (meist 5 Jahre oder mehr) der ehrenamtlichen Patinnen und Paten reicht in ihrem Wirkungsgrad an den einer mehrjährigen Ambulanten Sozialpädagogischen Familienhilfe heran oder übertrifft diese.

Die betroffenen Kinder werden bereits in einem Alter erreicht, in dem eine Einflussnahme auf ihre Identitätsbildung noch gut möglich ist. Der Kostenaufwand für eine Patenschaft liegt derzeit bei ca. 2500,- €/ Jahr. Das entspricht ca. dem Kostenaufwand für eine SPFH im Monat.

KinderPaten im Verein Der Weg e.V. bietet langfristige ehrenamtliche Beziehungsarbeit mit fachlicher Begleitung, Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit auf höchstem Niveau. Das exponentiell mit der Größenordnung des Projekts steigende finanzielle Risikopotential sprengt die Finanzierungsmöglichkeit eines kleineren Vereins. Eine Finanzierung von 75% der kalkulierten Kosten durch die öffentliche Hand ist mittelfristig die unterste Voraussetzung für die langfristige Planung der ehrenamtlichen Hilfeangebote.

Im Haushalt 2023/2024 betrug die städtische Zuwendung noch 27.000 Euro. Erst am 28. Oktober informierte der Verein die Fraktionen, dass erst zu diesem Zeitpunkt eine Information des FB 51 erfolgt sei; wonach es im Haushalt 2025/2026 zu einer Kürzung in Höhe von 10.000 Euro kommen soll. Das würde bedeuten, dass deutlich weniger Kinder fachlich begleitet werden können. Zudem überlegt der Verein das Angebot gleich ganz in den Landkreis WF zu verlegen; wo eine Vollfinanzierung gesichert sein soll. Dazu darf es nicht kommen.

Stellungnahme:

Das Projekt „Kinderpaten“ vom Verein „Der Weg“ wird seit Jahren von der Stadt Braunschweig mit einer Zuwendung in Höhe von 17.000 € jährlich unterstützt. Es ist aus fachlicher Sicht in jedem Fall sinnvoll.

Aufgrund des kurzfristigen Wegfalls des Hauptsponsors wurde dem Verein auf Antrag der Fraktion BIBS für 2023/2024 jeweils 10.000 € zusätzlich zu den 17.000€ Zuwendungshöhe gewährt (Ratsbeschluss vom 21.3.2023).

Offenbar war dem Verein „Der Weg“ nicht klar, dass die zusätzliche Förderung von 10.000 € jährlich nur für die Jahre 2023/2024 vom Rat bewilligt wurde.

Herr Stößel, Geschäftsführer „Der Weg“, stellte im Juli 2024 einen Antrag auf 27.000 € Förderung für 2025.

In einem Telefonat von hier aus im August 2024 teilte er mit, davon ausgegangen zu sein, dass der Verein nach dem Ratsbeschluss vom März 2023 dauerhaft jährlich 27.000 € Zuwendung von der Stadt Braunschweig erhält.

Niemand habe den Verein über den Ratsbeschluss vom März 2023 – Befristung der zusätzlichen Förderung - informiert.

Ausgehend vom o.g. Ratsbeschluss – befristete zusätzliche Förderung- wurde in der hiesigen Haushaltsplanung für 2025/2026 der Zuwendungsbetrag in Höhe von 17.000 € nicht erhöht.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 118 der
SPD-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 51: Global-Sachanl. Zeltlager

Begründung:

Auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste sind jährlich ca. fünf Innenzelte zu ersetzen. Dafür werden 7.500 € p. a. (zusätzlich) für Beschaffungen angesetzt. Nach etwa zehn Jahren wären damit alle Innenzelte ersetzt. Auf die Delegationsreise des JHA am 01.07.2024 nach Lenste wird verwiesen

Stellungnahme:

Auf Grundlage eines aktuellen Angebotes wären bei einem Ersatz von 5 Innenzelten pro Jahr 8.200 € (statt 7.500 €) p.a. zu veranschlagen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 119 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Keine Zuschüsse für "private Denkmäler"

Begründung:

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt ist es nicht nachvollziehbar, dass der Wert von privatem Immobilienbesitz durch Steuergeld gesteigert werden soll. Hinzu kommt, dass die Borek Stiftung durch die Co-Finanzierung maßgeblich bestimmt, bei welchen privaten Immobilien der Wert mit Steuergeld gesteigert werden soll.

Stellungnahme:

Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 500 € bis maximal 20.000 € - stehen in allen Fällen sehr viel größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist in der Regel nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Ein relativ kleiner Förderbetrag führt so zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren aufgrund des gestiegenen Bauvolumens deutlich erhöht. Sollte die Fördersumme entfallen, hat die Verwaltung als untere Denkmalschutzbehörde keine Möglichkeiten mehr, Baumaßnahmen an Denkmalen eigenständig zu fördern und verlöre damit ein wichtiges Motivationsinstrument. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Bereits zuden Haushaltsberatungen 2017, 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023/2024 gab es einen identischen Antrag der Fraktion „DIE LINKE“, der damals mit Mehrheit von PIUA und FPA abgelehnt wurde.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_120 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung

Begründung:

Nachdem die Stadt Braunschweig mehr als 2 Millionen Euro Eigenanteil für den Austausch des belasteten Bodens der ehemaligen Bezirkssportanlage Kälberwiese investiert hat, verzögerte sich die Entwicklung des Baugebietes Feldstraße aufgrund von Klagen seit Jahren immer weiter. In der Mitteilung 24-22807 vom 09.0.2024 teilte die Verwaltung noch mit, dass eine zeitnahe Aufnahme des Bebauungsplanes in Aussicht steht.

Im Haushaltsplanentwurf sind die für die Entwicklung benötigten Mittel nun auf nach 2030 verschoben worden. Auch die Gelder für den Neubau der Kita Feldstraße/Kälberwiese sind entsprechend verschoben. Als Begründung wird die Prioritätensetzung genannt. Diese Entwicklung können wir von der FRAKTION.BS nicht hinnehmen. Zum einen wird das Baugebiet zur Schaffung von Wohnraum benötigt und zum andern hat sich bereits jetzt ein "Wäldchen" auf dem Baugebiet gebildet. Dass nach 2030 eine Erschließung ohne erneute Umweltprüfung möglich ist, wird stark bezweifelt. Damit wären auch die eingesetzten Mittel verloren.

Wir beantragen die Einsetzung der Planungsdaten aus dem IP 2023. Das führt zu einer Haushaltsentlastung von rund 2.5 Mio. Euro, da die Gesamtkosten sich von 4,4 auf 6,8 Mio. Euro erhöhen, falls es zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebung kommt.

Stellungnahme:

Zur Finanzierung der Erschließung wurde zwischenzeitlich die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) gebeten, Mittel in ausreichender Höhe in ihren Wirtschaftsplan einzustellen. Die GGB hat bestätigt, dass die Erschließungskosten im Wirtschaftsplan mit aufgenommen werden. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum Wirtschaftsplan durch den Aufsichtsrat sowie den FPDA und unter Vorbehalt der Beschlussfassung von APH und Aufsichtsrat zum Erschließungsvertrag/Städtebaulichen Vertrag.

Das Räumen der Fläche vom spontanen Bewuchs wird in Kürze erfolgen.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_121 der
Gruppe Die Fraktion.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Programm Radwege/Neubau

Begründung:

Die Kürzung der Raten für 2025 und 2026 soll sich laut Verwaltung ergeben, weil die Mittel auf konkrete Einzelprojekte verteilt wurden. Dazu hat unsere Fraktion eine Anfrage eingereicht. Hier wird beantragt, dass die Kürzung für den Radweg Neubau ab 2027 – von 2,7 Mio., auf 250.000 – nicht stattfindet.

Stellungnahme:

Es hat keine Kürzung bei den Mitteln für den Radverkehr gegeben, sondern lediglich eine Umverteilung innerhalb des Investitionsprogramms. Zur konkreten Umverteilung siehe Antwort zu Anfrage A_030.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_122 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 66: Planung weiterer Velorouten

Begründung:

Für die Planung weiterer Veloroute unter anderem in Richtung Timmerlah/Broitzem finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2025/2026 bislang keine Planungsmittel für das Jahr 2025 und nur geringe Mittel für das Jahr 2026. Um einen schnellen und verlässlichen Planungsprozess sicherzustellen sollen deshalb für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 200.000 € an Planungskosten über die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mittel hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Antwort:

Die zum Doppelhaushalt 2023/2024 in dem Projekt 3E.660021 "Veloroute Nr.3 /Vorplanung" bereitgestellten Mittel sind noch nicht verausgabt. Die Rate 2024 i. H. v. 100.000 € kann einmalig als Haushaltsrest nach 2025 übertragen und weiter genutzt werden. Weitere Planungsmittel wären erst ab 2026 sinnvoll.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_123 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau

Begründung:

Nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah/Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2026 fortgesetzt werden. Da dafür bislang keine Baukosten im Haushalt veranschlagt wurden, sollen insgesamt 2,4 Mio. € über die bestehenden Haushaltsansätze hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme:

Im Zuge der Ansatzveränderungen wurde das neue Projekt "Veloroute Weststadt" mit 1 Mio. € jährlich ab 2027 angemeldet. Hiermit kann mit der Umsetzung der Veloroute begonnen werden.

Da für die Route noch kein Trassenbeschluss geschweige denn eine Planung vorliegt, können die für die Umsetzung benötigten Haushaltsmittel noch nicht beziffert werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_124 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs

Für den barrierefreien Umbau des Prinzenwegs werden im Investitionsprogramm des Teilhaushalts Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr insgesamt 300.000 € über die bereits veranschlagten Haushaltsmittel hinaus zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird gebeten, die Planungsraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.

Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah/Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.

Begründung:

Mit dem 1. Kommunalen Aktionsplan Inklusion - kurz: KAP - hat sich die Stadt Braunschweig das Ziel gesetzt, dass öffentliche Straßen und Plätze inklusiv nutzbar sind. Als Pilotprojekt wird das Kopfsteinpflaster des Prinzenwegs so behandelt, dass eine barrierefreie und den Richtlinien entsprechend breite Oberfläche entsteht. Die Planung und Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Verbänden (z.B. Behindertenbeirat, Mobilitätsverbände).

Im Prinzenweg sind nur schmale Fußwege mit einer Breite von ca. 80 cm vorhanden, die mit noch schmaleren glatten Plattenstreifen gepflastert sind. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen sind diese Fußwege nicht komfortabel und gefahrlos befahrbar. Zudem werden die glatten Plattenstreifen von Radfahrenden u.a. mit Kinderanhängern und -sitzen wegen des groben Schüttelpflasters in der Fahrbahnmitte genutzt. Der Weg ist Teil einer wichtigen Fahrradrouten vom Westlichen Ringgebiet in die Innenstadt und wird von vielen Fußgänger*innen als Verbindungsweg zwischen dem Wilhelmitorwall und der Güldenstraße in Richtung Innenstadt genutzt (durchschnittlich 2.000 Radfahrer*innen/Tag an der Zählstelle Ferdinandbrücke).

Stellungnahme:

Die Kostenschätzung von 300.000 € wird für den Umbau des Prinzenweges fachlich als zu gering erachtet. Die Kosten werden auf rund 400.000 € geschätzt.

Bei Mittel sollten in 2026 eingeplant werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_125 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen.

In das Investitionsprogramm des Jahres 2025 werden über die bereits veranschlagten Haushaltsansätze hinaus 50.000 € zur Verfügung gestellt, um entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall einen provisorischen geschützten Radfahrstreifen einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu bis zum zweiten Quartal 2025 einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu entwickeln und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

Begründung:

Es ist geplant auf den Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall die Veloroute Wallring umzusetzen (s. Beschluss zur „Veloroute in Braunschweig: Wallring, DS 23-20323“). Für die finale Planung sind noch die Ergebnisse des MEP ausstehend. Eine kurzfristige Umsetzung dieser Veloroute im südlichen Ringabschnitt ist bedauerlicherweise nicht zu erwarten. Der nördliche Radweg der Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall ist in einem baulich sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr sicher befahrbar. Fußgänger*innen werden in Folge des notwendigen Ausweichens der Radfahrenden auf den Gehweg gefährdet. Der Radweg entspricht technisch nicht den aktuellen Regelwerken z.B. in Bezug auf die Breite.

Diesen Radweg mit einfachen Mitteln zu sanieren, z.B. aus dem Radwegedeckenerneuerungsprogramm würde kaum eine Verbesserung für den Radverkehr bedeuten. Ein jetziger Umbau ist auf Grund des geplanten Umbaus zur Veloroute wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Da ein akuter Handlungsbedarf besteht, schlagen wir vor, hier einen provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr zulasten einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr einzurichten.

Die hier beantragten Finanzmittel werden dadurch überkompensiert, da eine zwingend erforderliche Radwegedeckenerneuerung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei der Umsetzung dieses Antrags entfallen kann.

Die Sperrung derselben Fahrspur während einer längeren Baumaßnahme hat augenscheinlich zu keiner Beeinträchtigung des motorisierten Verkehrs geführt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Umwidmung möglich ist.

Antwort:

Die Machbarkeit einer dauerhaften Maßnahmen gegenüber einer temporären Sperung aufgrund einer Baumaßnahme müsste verkehrstechnisch (insbesondere Kreuzungsbereiche/LSA) überprüft werden. Die Untersuchung dürfte die beantragten Mittel benötigen. Mit Baukosten >250.000 € wäre nach erster überschlägiger Betrachtung zu rechnen.

Wie in der Begründung zu dem Antrag bereits ausgeführt, sind für die finale Planung noch die Ergebnisse des MEP ausstehend.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_166 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Zusätzliche Müllbehälter Innenstadt

Begründung:

Es wird die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ beantragt.

Bereits zum Haushalt 2018 hatte die CDU-Fraktion die Installation weiterer Müllbehälter – auch Unterflurbehälter – vorgeschlagen. Vorausgegangen waren entsprechende Anfragen im seinerzeitigen Bauausschuss, um geeignete Standorte zu erfragen.

Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH gab es darüber hinaus nun die Entscheidung, vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ umzustellen und damit schon durch die Behälter (größeres - FWI 166 -

Fassungsvermögen, schräge Oberfläche, besondere Beschichtung zur leichteren Entfernung von Graffiti und Aufklebern) die Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen.

In der Mitteilung 22-17870 hatte die Verwaltung darüber berichtet, dass für die auf Antrag der örtlichen CDU-Fraktion im Bezirksrat Innenstadt eingestellten 10.000 Euro insgesamt zwölf neue Müllbehälter vom Modell „Kendo“ beschafft werden sollten. Bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 lag ein identischer Haushaltsantrag der CDU vor, da eine flächendeckende Umrüstung nicht vorgesehen war und weiterhin nicht ist. Mit den nun beantragten 30.000 Euro kann diese aber forciert werden. Notwendig ist dies auf jeden Fall, da auch in den zurückliegenden zwei Jahren das Problem der Verschmutzung in der Innenstadt weiter zugenommen hat.

Im Übrigen erhebt auch der Arbeitsausschuss Innenstadt regelmäßig in seinem vielbeachteten City-Check die Forderung nach weiteren Müllbehältern und macht dabei stets konkrete Standortvorschläge.

Stellungnahme:

Grundsätzlich ist ein Austausch bzw. eine Ergänzung von Abfallbehältern möglich.

Eine Ausschreibung mit der Angabe eines genauen Produktes wie der Modellangabe „Kendo“ ist vergaberechtlich jedoch nicht möglich. Es können in der Ausschreibung lediglich Anforderungen beschrieben werden die dem gewünschten Modell entsprechen und eine Skizze beigefügt werden.

Neue Standorte oder auch Standorte wo diese neuen, größeren Behälter mit 90 Liter Fassungsvermögen, gegen einen kleineren Behälter ausgetauscht werden sollen, müssten verwaltungsintern und mit der ALBA zunächst abgestimmt werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 167 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Thermografiebefliegung

Begründung:

Es wird die Einstellung entsprechender Haushaltsmittel zur Durchführung einer Thermografiebefliegung von Braunschweig, Auswertung der Daten und Nutzbarmachung für die Eigenheimbesitzer beantragt.

In der Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Fraktion (vgl. 21-17368-01) heißt es, dass in Münster finanzielle Mittel in Höhe von 240.000 Euro benötigt wurden und diese nicht nur für die Befliegung sondern auch für die spätere Auswertung benötigt wurden.

Die so entstehenden anschaulichen Bilder eignen sich nach Ansicht der Verwaltung „sehr gut, um Aufmerksamkeit auf das Thema energetische Sanierung zu lenken.“ Weiter heißt es in der angesprochenen Stellungnahme, dass Thermografiebilder deutlich verständlicher seien und besser akzeptiert würden, als die berechneten Werte der Energiebedarfe, wie sie im Wärmekataster vorgesehen seien.

Da eine Thermografiebefliegung sinnvollerweise im Winter durchgeführt wird, teilen sich die angenommenen Gesamtkosten auf zwei Jahre.

Inhaltlich wird auf den CDU-Antrag „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte – Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen“ (DS.-Nr. 24-24242) verwiesen und darüber hinaus auf den Umstand, dass ein finanziell gleichlautender Antrag bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 eingebracht worden war.

Stellungnahme:

Es gilt weiter die Einschätzung der Verwaltung, dass der Wissenszuwachs durch eine Thermografiebefliegung für die Gebäudeeigentümer oder Mieter im Verhältnis zu den bekannten Daten zum Energieverbrauch aus den jährlichen Abrechnungen als eher gering einzustufen ist. Die damit verbundenen hohen Kosten und der personelle Aufwand einer datenschutzkonformen Bereitstellung sind aus Verwaltungssicht nicht gerechtfertigt (vgl. 21-17368-01, 24-24242-01).

Die Verwaltung erachtet eine Mischung aus Information und konkreten Anreizen (bspw. steuerliche Vorteile durch die Ausweisung von Sanierungsgebieten oder die Etablierung von energieeffizienten Wärmenetzen) für die zentralen Grundlagen, um Gebäudesanierungen im privaten Bereich zu steigern.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)